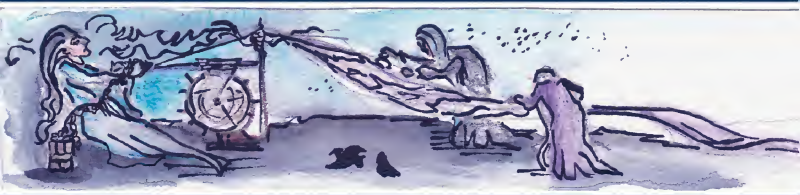
Universität Potsdam



Perspektiven für morgen

Gedanken zur Zukunft von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Herausgegeben von Linn Burchert &
Zoon Politikon – Werkstatt für Politik & Wirtschaft e. V.

Universitätsverlag Potsdam

Copyrighted material

Perspektiven für morgen:

Gedanken zur Zukunft von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Copyrighted material

Perspektiven für morgen

Gedanken zur Zukunft von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Herausgegeben von Linn Burchert &
Zoon Politikon – Werkstatt für Politik & Wirtschaft e. V.

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.de/ abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2012
http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: -2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
Satz: Basanta Thapa
Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Online veröffentlicht auf dem Publikationsserver
der Universität Potsdam:
URL http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2012/5940/
URN urn:nbn:de:kobv:517-opus-59403
http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-59403

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam
ISBN 978-3-86956-185-1

Inhaltsverzeichnis

VORWORTE

3 Grußwort
Prof. Dr. Andreas Köstler

4 Perspektiven für morgen – ein studentischer Essayband
Linn Burchert

8 Lernen – Denken – Handeln: Wissenschaft ausprobieren
Dorte Hühnert & Basanta E. P. Thapa

ZUKUNFTSFÄHIGKEIT & NACHHALTIGKEIT

10 Prognosen – Nützliche Fiktionen
Peter Eibich & Linn Burchert

22 Zukunftsfähigkeit durch Nachhaltigkeit
Sebastian Geschonke

GESELLSCHAFT

41 Tiger, Regenwald, Sprache – alles stirbt
N. Clara Grass

50 Handlungspotential! Für eine neue Lebenskunst
Linn Burchert

60 Recycling – von der Wegwerf- zur Austauschgesellschaft
Lilian Masuhr

POLITIK

70 Mehr Demokratie wagen! Für mehr Beteiligung der Bürgerschaft
David Marien

82 Mit internetbasierter bürgerschaftlicher Koproduktion
zu einer neuen Partizipationskultur
Basanta E. P. Thapa

93 Der kurzfristige Entscheidungshorizont von Politikern: Nachhaltige Entscheidungen institutionell fördern
Stephan Gürtler & Florian Kollewijn

104 Basiert eine zukunftsfähige Politikgestaltung auf Risiko oder Vorsorge?
Pia Haars

117 »Human Security« – Utopie oder kosmopolitische Sicherheitsstrategie mit Weitblick?
Dorte Hühnert

129 Wir schrumpfen! Ein Denkanstoß zur nachhaltigen Familienpolitik
Lisa Schee genannt Halfmann

WIRTSCHAFT

139 Was isst die Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit der Aufteilung und Beschaffenheit von Nahrungsmitteln auf unserer Erde
Marion Partel

154 Fünf Finger hat die Hand ...
Interessenvertretung im neuen Kapitalismus
Jacob Müller

163 Vom Ingenieur zum Tellerwäscher? Die Frage nach den Chancen ausländischer Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt
Katharina Nickel

172 Die Freiheit des Geldes
Christoph Straßburg

ADDENDA

180 Autoren & Illustratoren

184 Über »Zoon Politikon – Werkstatt für Politik & Wirtschaft e. V.«

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit und im Sinne der Einheitlichkeit verwenden wir in diesem Band das generische Maskulinum für Bezeichnungen, die Frauen, Männer und Transgender einschließen.

Vorworte

Grußwort

Prof. Dr. Andreas Köstler, Institut für Künste und Medien, Universität Potsdam

Den Geisteswissenschaften ist lange abgesprochen worden, Relevantes zur Zukunft von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft beisteuern zu können. Der Gegenbeweis wird hier angetreten: Dass nämlich die Kultur ein Lebenswissen erzeuge und speichere, das angesichts heutiger technokratischer Zwänge und ökonomischer Logiken zum Überlebenswissen heranwächst. Wenn der tiefere Sinn der Erweiterung der Geistes- und Sozialwissenschaften zu den Kulturwissenschaften darin gesehen werden darf, die in grenzpolizeilicher Befangenheit isolierten Einzelwissenschaften zugunsten eines Projekts wieder zusammenzuführen, so ist in diesem Projekt vor allen Dingen das Überleben angesichts drohender zukünftiger Szenarien zu erkennen.

Mit der vorliegenden Publikation der Universität Potsdam, die von den Studierenden eigenständig konzipiert und realisiert wurde, greifen junge Wissenschaftler in interdisziplinärer Perspektive in den Diskurs um die Gestaltung der Zukunft ein. Jenseits der zur instrumentellen Vernunft verpflichteten, in Partialphänomenen stecken bleibenden Ansätze geht es hier um die Fülle an Gedanken, die das Engagement und Ideen junger Menschen zu leisten vermögen, wenn sie sich auf jene kulturwissenschaftlich verpflichtende Interdisziplinarität einlassen. Gemeinsam ist allen Beiträgen, bei allen verschiedenen Themen und Vorschlägen, die Vorstellung der Nachhaltigkeit unseres Tuns, eben: unsere Zukunftsfähigkeit.

VORWORT

Perspektiven für morgen – ein studentischer Essayband

Linn Burchert

Was bringt die Zukunft – Wunder, Weltuntergang oder einfach Wandel? Angesichts der heutigen ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen mag niemand mehr an die Wunder der Zukunft glauben. An die Stelle früherer Utopien sind Untergangsszenarien getreten. Politikverdrossenheit und die Ansicht, nichts verändern zu können, sind prägend für unsere Zeit und vor allem die jüngere Generation. Mutlosigkeit und der fehlende Wille zu gestalten und zu verändern, könnten die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft gefährden. Daher haben wir es uns in einem studentischen Projektkurs an der Universität Potsdam zur Aufgabe gemacht, konkrete Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Lösungsansätze zu aktuellen Problemen zu erarbeiten. Damit wollen wir den zukünftigen Wandel abseits von Utopie und Weltuntergang mitgestalten und ein Zeichen gegen die Lethargie setzen.

Das Projekt begann im Wintersemester 2011/2012 im Rahmen eines Seminars, in dem verschiedene Probleme und Diskurse rund um das Thema Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit thematisiert wurden. In Diskussionen entwickelten wir konstruktive Denkanstöße und Lösungsansätze zu ausgewählten Problemen. Die Resultate unseres Austausches wurden anschließend in Form von Essays dokumentiert und weiter ausgebaut. Somit verfolgte das Projekt zwei Ziele: Zum einen wollten wir in der gemeinsamen, interdisziplinären Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen und Entwicklungen neue Perspektiven kennenlernen. Zum anderen wollten wir die ausgearbeiteten Perspektiven auch mit anderen teilen und mit diesem studentischen Essayband einen Einblick in unsere Auseinandersetzungen geben.

Wenn es um die nachhaltige Gestaltung der Zukunft geht und darum, zukunftsfähige Lösungen für gegenwärtige Probleme zu finden – dann sind insbesondere junge Menschen gefragt. Sie sind es, die diese Zukunft nicht nur leben, sondern auch gestalten werden. Das gemeinsame Anliegen, das sich durch alle Beiträge im Band zieht, ist daher, eine nachhaltige und zukunfts-

fähige Entwicklung der Gesellschaft zu denken. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir den schonenden, umsichtigen und erhaltenden Umgang mit dem, was wir heute haben und sind. Hierbei kann es sich sowohl um materielle Ressourcen handeln, als auch um immaterielle Güter wie politische Mitbestimmung und Sprache. Doch nicht nur die Erhaltung des Gegenwärtigen ist wichtig. Nachhaltigkeit im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung bedeutet auch, Alternativen zu entwickeln, Wandel zu ermöglichen und Veränderungen zuzulassen.

Eben diese Grundsätze legten die Studierenden an ausgewählte Probleme an, um Chancen und Perspektiven aufzuzeigen, die in der Zukunft liegen könnten. Im Projekt kamen Studierende aus verschiedenen Fachrichtungen der Geistes- und Sozialwissenschaften zusammen. Aus der Zusammensetzung der Projektgruppe ergibt sich das vielfältige thematische Spektrum des Bandes, der in die Bereiche ZUKUNFTSFÄHIGKEIT & NACHHALTIGKEIT, GESELLSCHAFT, POLITIK und WIRTSCHAFT gegliedert ist. Letztlich sind die Grenzen zwischen diesen Kapiteln, gerade auch aufgrund unseres interdisziplinären Ansatzes, fließend und sollen dem Leser zur Orientierung dienen.

Der erste Teil – ZUKUNFTSFÄHIGKEIT & NACHHALTIGKEIT – bildet die thematische Grundlage des Bandes. Einleitend beschäftigt sich der Beitrag von Peter Eibich und Linn Burchert mit der Rolle und der Verantwortung statistischer Prognosen für die Zukunftsgestaltung und stellt die Frage, was wir über die Zukunft wissen können. Sebastian Geschonke nimmt eine Analyse des Begriffes »Nachhaltigkeit« vor und leitet daraus Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft ab.

Im zweiten Teil des Bandes – GESELLSCHAFT – werden gesellschaftliche Aspekte von Nachhaltigkeit im weitesten Sinne beleuchtet. N. Clara Grass zeigt Gründe und Folgen des Sprachensterbens aus einer soziologischen Perspektive auf. Die Essays von Linn Burchert und Lilian Masuhr beschäftigen sich jeweils mit der Frage, wie Individuum und Gesellschaft zukunftsfähiger werden können. Dabei regt Linn Burchert ein neues Selbstverständnis des Individuums in der Gesellschaft an. Lilian Masuhr entwirft anhand des Prinzips des Recyclings als kultureller Praktik einen möglichen Weg von der Wegwerf- zur Austauschgesellschaft.

Im dritten Komplex – POLITIK – werden Ansatzpunkte und Perspektiven nachhaltiger politischer Systeme, Entscheidungen und Strategien behandelt. Die Beiträge von David Marien und Basanta Thapa beschäftigen sich mit

verschiedenen Aspekten von Bürgerbeteiligung in der Demokratie. Dabei legt David Marien den Fokus auf die Schwächen und das Ausbaupotential von Bürgerbeteiligung in der parlamentarischen Demokratie. Basanta Thapa schlägt ausgehend vom Problem der Politikverdrossenheit den Aufbau internetbasierter Partizipationsformen vor. Der Beitrag von Stephan Gürtler und Florian Kollewijn entwickelt Ansätze für eine institutionelle Förderung nachhaltiger Entscheidungen in der Politik. Der Essay von Pia Haars beschäftigt sich mit der Frage, ob eine zukunftsfähige Politikgestaltung auf Vorsorge oder Risiko basieren sollte. Dorte Hühnert erörtert die Chancen und Risiken bevölkerungszentrierter Sicherheitsstrategien in komplexen globalisierten Konflikten. Den politischen Themenkomplex abschließend, problematisiert Lisa Schee genannt Halfmann die demographische Entwicklung in Deutschland und fordert eine nachhaltigere Familienpolitik.

Der vierte Komplex – WIRTSCHAFT – beschäftigt sich mit sozioökonomischen Herausforderungen unserer Zeit. Er öffnet mit der Frage: »Was isst die Zukunft?« – Marion Partel setzt sich mit der weltweit ungleichen Verteilung von Nahrung auseinander. Die Essays von Jacob Müller und Katharina Nickel beleuchten verschiedene Perspektiven der Probleme des Arbeitsmarktes. Während Katharina Nickel sich kritisch mit Chancen ausländischer Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt auseinandersetzt, beschäftigt sich Jacob Müller mit der zunehmenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Abschließend erörtert Christoph Straßburg die Frage nach dem Zusammenhang von Geld und Freiheit vor dem Hintergrund der Staatsverschuldung.

Illustrationen von Kathrin Wylezol und Anna Slobodnik bieten darüber hinaus einen künstlerischen Zugang zu den Themen ausgewählter Essays. Wir konnten die beiden Studentinnen im Zuge einer deutschlandweiten Ausschreibung an verschiedenen Universitäten und Kunsthochschulen für unser Projekt gewinnen. Die Illustrationen bieten einen anderen oder vertiefenden Blick auf die jeweilige Thematik und öffnen Raum für freie Assoziationen und Ideen über die Texte hinaus.

Das Titelbild des Bandes wurde von Anna Slobodnik gestaltet. Das von ihr gewählte Motiv des Webens bzw. der Weber illustriert unsere Intention, uns als Mit-Autoren einer gemeinsamen Zukunft zu verstehen und diese aktiv zu gestalten. Für ihr Engagement und ihre Offenheit möchten wir uns herzlich bei den beiden Illustratorinnen bedanken!

Der Essayband ist in Kooperation mit dem Verein »Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V.« entstanden und wurde von der »Studiumplus AG« der Universität Potsdam unterstützt. Für die Unterstützung und Genehmigung des Projekts möchten wir uns beim »Studiumplus«-Team, insbesondere bei Dr. Ljuba Kirjuchina und Manuela Pohl bedanken, die unter anderem die Antragstellung betreut haben.

Ziel des »Studiumplus«-Programms ist die fächerübergreifende und -ergänzende Vermittlung von persönlichen, sozialen und beruflichen Schlüsselkompetenzen. Da solche Kompetenzen nicht rein theoretisch, sondern vor allem praktisch vermittelt werden müssen, fördert das Programm über das Lehrangebot hinaus die Möglichkeit für Studierende, eigene Projekte zu entwickeln und zusammen mit Kommilitonen durchzuführen. So erhielten wir die Chance, eigenständig und -verantwortlich Erfahrungen in der Projektarbeit, im wissenschaftlichen Schreiben, Lektorieren und Publizieren zu gewinnen.

Besonderer Dank für die Unterstützung bei diesem Vorhaben gilt »Zoon Politikon« für ihre Hilfe bei Lektorat, Organisation und Layout sowie ihren inhaltlichen Beitrag in Form von Essays. Der Verein stand uns stets mit Rat, Tat und konstruktiver Kritik zur Seite.

Für die bereichernde Kooperation, ihr Engagement und ihre Offenheit möchte ich mich außerdem herzlich bei den Autoren bedanken. Ihre Bereitschaft, für konstruktive Kritik ihrer Kommilitonen jederzeit offen zu sein und kontinuierlich sowie sorgfältig an den eigenen Beiträgen zu arbeiten, hat das Projekt stetig vorangetrieben.

Bei Prof. Dr. Andreas Köstler vom »Institut für Künste und Medien« bedanken wir uns herzlich für die Betreuung des Projekts und seine einleitenden Worte!

VORWORT

Lernen – Denken – Handeln: Wissenschaft ausprobieren

Dorte Hühnert & Basanta E. P. Thapa

Perspektiven für die Zukunft erfordern junge, innovative und vor allem querdenkende Köpfe. Die Initiatoren dieses Essaybands haben unter Beweis gestellt, dass sie nicht nur über Veränderungen nachdenken, sondern auch den Willen haben, ein konkretes Vorhaben umzusetzen und so ihre Ideen in die Gesellschaft zu tragen.
»Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V.« hat es sich als gemeinnütziger Verein zur Aufgabe gemacht, derartige studentische Initiativen beratend zu begleiten und zu unterstützen. Hinter ZP verbirgt sich ein Netzwerk junger Akademiker unterschiedlicher Fachrichtungen, die gemeinsam eine Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft schlagen wollen. Wir sind überzeugt, dass in den Köpfen junger Akademiker wertvolle Expertise, unkonventionelle Perspektiven und frische Ideen brachliegen. Aus unserem Verständnis als Nachwuchs-Denkfabrik heraus entwickeln wir Ideen, setzen eigene Projekte um – und unterstützen andere dabei.
Dieser Essayband ist unser erstes Kooperationsvorhaben. Damit möchten wir einerseits die freie und eigenständige wissenschaftliche Arbeit junger Akademiker fördern und andererseits dabei helfen, diese in die wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussion einzubringen.
Das ZP-Leitmotiv »Lernen – Denken – Handeln« zieht sich dabei wie ein roter Faden durch die Kooperation. Wir unterstützen sowohl das inhaltliche Anliegen des Projekts – nämlich akute Probleme unserer Zeit zu benennen und nachhaltige Handlungsempfehlungen zu entwickeln – als auch dessen Zweck, Erfahrung im wissenschaftlichen Schreiben und dem Publizieren zu sammeln.

ZP steht für eine professionelle und wissenschaftlich fundierte Arbeitsweise. Diesen Anspruch legen wir nicht nur unserer eigenen Arbeit zugrunde, sondern haben diesen auch in das Essaybandprojekt hineingetragen. Im Sinne einer Werkstatt, als die wir auch unseren Verein verstehen, bietet dieses Projekt Raum zum Lernen und Ausprobieren. Daher haben wir den Entstehungsprozess dieses Bandes mit Rat und Tat unterstützt, insbesondere mit unseren Vorerfahrungen im publizistischen Bereich. So hat ZP beispielsweise an den

Verlagsverhandlungen mitgewirkt und das Layout dieses Bandes übernommen. Das *peer-to-peer review*-Verfahren unter den Potsdamer Autoren ergänzten wir um die Begutachtung durch unsere Mitglieder. Durch Kommentare und kritische Nachfragen ermutigten wir die Autoren, immer neue Zugänge zum eigenen Essay zu finden und sich ständig kritisch sowohl mit ihrem Thema als auch der eigenen Argumentation auseinander zu setzen. Als Mitlernende haben wir unsere Anmerkungen stets als Angebote an die Autoren verstanden.

Die von uns initiierte deutschlandweite Ausschreibung der Illustration des Bandes hat den studentischen und interdisziplinären Charakter des Projekts gestärkt. Die Illustrationen werten den Essayband nicht nur ästhetisch auf, sondern eröffnen dem Leser auch eine weitere Perspektive auf die Themen.

Auch für ZP war die Arbeit an diesem Essayband lehrreich. Als Gruppe war vor allem die erfolgreiche Koordination der Zusammenarbeit, sowohl vereinsintern als auch mit den Autoren der Universität Potsdam, eine wertvolle Erfahrung. Die einzelnen Mitglieder konnten mit diesem Projekt zuvorderst Erfahrung im Lektorat sammeln. Vier unserer Mitglieder – Pia Haars, Dorte Hühnert, Jacob Müller und Basanta Thapa – haben mit eigenen Essays auch aus der Perspektive der Autoren am Publikationsprozess teilgenommen. Neben unseren Autoren waren auch Lisa Barthelmes, Nicolas Geiger, Luca Scholz, Olga Seidensal, Michael Themann und Daniel Weber als Lektoren tätig.

Auf beiden Seiten des Review-Verfahrens haben wir in kleinem Kreis ausprobiert, was in der Wissenschaft zum Alltag gehört: sich ständig der Kritik zu stellen und die eigenen Texte wieder und wieder zu lesen, zu überdenken und neu zu gestalten. Diese Fähigkeit macht gute Wissenschaftler aus, und zwar über die bloße Beherrschung von Methoden und Theorien hinaus. Die Lektoren und Autoren, sowohl von der Universität Potsdam als auch aus den Reihen von ZP, stellten sich dieser Herausforderung mit viel Offenheit, Engagement und Ausdauer – dafür gilt ihnen unser Dank. Wir danken den Autoren der Universität Potsdam zudem dafür, dass wir an diesem Projekt mitwirken und an dieser Lernerfahrung teilhaben durften. Besonders herzlich bedanken möchten wir uns bei der Projektleiterin Linn Burchert für die vertrauensvolle und stets konstruktive Zusammenarbeit.

Für uns war dieses Projekt eine außerordentlich positive Erfahrung, so dass wir hoffen, noch zahlreiche weitere Vorhaben dieser Art umsetzen zu können.

Prognosen – Nützliche Fiktionen

Peter Eibich & Linn Burchert

Die Essays in diesem Band eint die Frage nach der Zukunft. Doch ist diese nicht gänzlich ungewiss? Können wir überhaupt etwas über sie sagen, außer, dass sie vermutlich völlig anders wird, als wir erwarten? Welchen Zweck hat es, über sie nachzudenken und zu schreiben, wenn wir gar nicht wissen können, was kommt?

Mit verschiedenen Methoden und Strategien hat der Mensch im Laufe der Geschichte versucht, Ungewissheit und Zufall beherrschbar zu machen oder gar auszuschalten. Ob im Orakel, in Prophezeiungen, in Astrologie oder in der modernen Statistik – zu jeder Zeit wurde und wird versucht, das, was noch nicht ist, erfahrbar und vorhersehbar zu machen. Obwohl uns heute kaum etwas wichtiger ist als unsere Freiheit, die uns Selbstbestimmung in Gegenwart und Zukunft gewährleistet, hegen wir doch in vielen Belangen Sympathien für eine deterministische Weltsicht. Mit der völligen Offenheit der Zukunft können wir nur schwer umgehen. Der sogenannte Laplacesche Dämon, der unter Kenntnis aller Naturgesetze und der genauen Ausgangszustände eines Systems zukünftige Zustände berechnen könnte, liegt uns näher als der würfelnde Gott. Dieser ist Sinnbild einer akausalen, willkürlichen, ungewissen Zukunft.[1]

Zweifelsohne ist die Statistik heute eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Instrument, um mit der Unbestimmtheit der Zukunft umzugehen. Hier lässt sich allerdings eine interessante Diskrepanz beobachten: Zum einen war Statistik nie so bedeutsam wie heute, denn niemals wurde so viel mit Zahlen argumentiert und überzeugt. Andererseits wächst die Skepsis: Das Sprichwort »Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!«[2] mahnt vor der Manipulationskraft und Subjektivität statistischer Aussagen, zeugt gleichermaßen aber auch von falschen Erwartungen, die an sie gerichtet werden.

Illustration von Anna Slobodnik

Dieser Essay beschäftigt sich mit der Rolle der Statistik in Prognostik und Zukunftsgestaltung. Hierzu werden zunächst ihre Grundlagen und Grenzen skizziert sowie das Fiktive als ihr produktives und konstruktives Element herausgearbeitet. Da Prognosen einen maßgeblichen Einfluss auf Entscheidungen im persönlichen und gesellschaftlichen Bereich haben, sind eine verantwortungsvolle, selbstkritische Wissenschaftspraxis sowie ein grundlegendes gesellschaftliches Verständnis statistischer Aussagen und ihrer Grenzen wichtig. Ziel ist es, mit diesem Essay ein *besseres* Verständnis statistischer Methoden zu schaffen und im Sinne des interdisziplinären Anspruches dieses Bandes ein Exempel einer Zusammenführung quantitativer Forschung und kulturwissenschaftlicher Fragestellungen zu leisten.

Grundlagen der Statistik

Die Anfänge der modernen Wahrscheinlichkeitsrechnung gehen auf die Zeit des Barock zurück. Im 17. Jahrhundert, so Esposito, vollzog sich eine »Auflösung der sozialen und kosmologischen Geschlossenheit der klassischen Welt«, die zu einem »Verlust der Kongruenz« führte.[3] Zukunft war nicht mehr durch die göttliche Vorsehung determiniert und auch andere Autoritäten verloren an Bedeutsamkeit. Soziale Sicherheiten und Fixierungen brachen zunehmend auf und generelle Zweifel darüber, was man überhaupt über die »Wirklichkeit« wissen könne, führten unweigerlich auch zu der Frage, auf welcher Grundlage man planen und Entscheidungen treffen kann. Ein wichtiges Instrument ist seither die Prognostik, die zum einen eine Grundlage für Entscheidungen geben kann und zum anderen selbst Einfluss auf die Zukunft nimmt. Denn eine Zukunft, die »nicht länger als vorherbestimmt« betrachtet wird, so Esposito, ist »abhängig von in der jeweiligen Gegenwart getroffenen Entscheidungen, die selbst (zirkulär) an Zukunftserwartungen ausgerichtet« sind.[4]

Obwohl im Rahmen der Wahrscheinlichkeitsrechnung mögliche zukünftige Ergebnisse bestimmt werden können, lässt sich doch nie mit Sicherheit sagen, welches Ereignis wirklich eintreffen wird. Diese Unsicherheit ist in einigen Bereichen des Lebens ausdrücklich erwünscht, zum Beispiel in Glücks- und Gesellschaftsspielen. Spieler sind hier zwar potentiell in der Lage, durch ihr Geschick und ihre Taktik das Ergebnis zu beeinflussen. Doch in fast allen Spielen ist auch der Zufall involviert, sei es durch Würfel, Karten oder ähnliche Mechanismen. Die Ungewissheit über den Ausgang ist Voraussetzung für das Funktionieren des Spiels und den gewünschten Nervenkitzel.

Während Spiele jedoch für gewöhnlich regulierte, relativ geschlossene Systeme darstellen, in denen die verschiedenen Möglichkeiten weitestgehend isolierbar und einschätzbar bleiben, ist die Lebenswelt weitaus komplexer und unberechenbarer. In der Medizin ist die Wirksamkeit von Medikamenten beispielsweise zufällig erscheinenden Schwankungen unterworfen, die eine exakte Prognose verhindern. Es stößt oft auf Unverständnis, dass Fortschritte in der Medizin nur selten auf Ursache-Wirkungsbeziehungen beruhen, sondern anhand statistischer Indizien erzielt werden und somit der Wahrscheinlichkeit unterworfen sind.[5] Auch hier herrscht nicht der Laplacesche Dämon, sondern der Zufall. Die Frage, ob eine beobachtete Variabilität Ergebnis ›echten‹ Zufalls ist oder lediglich Ausdruck der nicht zu kontrollierenden Komplexität des Lebens, ist dabei praktisch irrelevant: Wäre die Welt vollkommen deterministisch, ließen sich zwar unterschiedliche Ergebnisse auf minimale Abweichungen der Ausgangsbedingungen zurückführen. Die Bestimmung der Ausgangsbedingungen ist jedoch nur mit begrenzter Präzision möglich. Die dadurch unweigerlich auftretenden Abweichungen können somit als zufällig betrachtet werden.

Ein Beispiel für die Komplexität statistischer Probleme ist die Klimaforschung, die unter anderem versucht, Prognosen für zukünftige Entwicklungen des Klimas aufzustellen. Möchte man die Durchschnittstemperatur eines Ortes im nächsten Jahr errechnen, sind einige Einflussgrößen bekannt. Dazu gehören z. B. der CO_2-Gehalt der Atmosphäre, die Durchschnittstemperatur der vergangenen Jahre, die Höhe des Ortes relativ zum Meeresspiegel und die Klimazone.[6] Dennoch kann die Zielgröße nicht genau bestimmt werden, da Messungen zum einen durch Ungenauigkeiten geprägt sind, einige Einflussgrößen möglicherweise unbekannt sind oder aus anderen Gründen nicht mit einbezogen werden können. Auch kann sich herausstellen, dass bisher berücksichtigte Größen keinen Einfluss haben. So ist nach wie vor umstritten, inwiefern CO_2-Ausstoß und Erderwärmung zusammenhängen. Der suggerierte Zusammenhang könnte auf einen anderen Faktor – möglicherweise die Sonnenaktivität – zurückzuführen sein, welcher sowohl den CO_2-Gehalt der Atmosphäre als auch das Klima beeinflusst. In diesem Fall wären Erderwärmung und CO_2-Ausstoß korreliert, ein kausaler Zusammenhang würde jedoch nicht existieren. Bei der Prognose der Durchschnittstemperatur mit Hilfe der Einflussgrößen würde so unweigerlich ein Fehler auftreten. Die Bestimmung der Fehlerquelle stellt sich zumeist schwierig dar, da Fehler potentiell sowohl in den Daten selbst, in den Annahmen und/oder im Modell liegen können.

Jede Statistik beruht – ob bewusst oder unbewusst – auf einer Reihe von Annahmen. Legitimation und Voraussetzung für die Prognostik schlechthin ist die Annahme, dass sich aus der Vergangenheit und Gegenwart Aussagen über die Zukunft treffen lassen. Dies muss nicht immer der Fall sein. So lassen sich über die Sicherheit einer neuen Technologie zumeist keine genauen Aussagen treffen, weil noch nicht ausreichend Daten vorliegen. Auch könnte der Prozess, dessen Wirkung beobachtet wird, durch unvorhergesehene Geschehnisse grundlegend verändert werden: Neue Einflussgrößen können hinzukommen, der Einfluss bisher berücksichtigter Größen sich als vernachlässigbar oder falsch herausstellen. Sollten die angenommenen Größen keinen oder nicht den angenommenen Einfluss haben, sind die getroffenen Aussagen obsolet. Gleichzeitig gilt, dass falsche Annahmen negative Folgen für die statistische Modellierung besitzen und die Qualität von Prognosen mindern: Die Schätzung könnte an Genauigkeit verlieren, systematisch verzerrt oder das komplette Modell inadäquat für den Untersuchungsgegenstand sein. Auf der anderen Seite führen »stärkere«[7] Annahmen zu einer genaueren Schätzung. Es kann daher nicht das Ziel sein, möglichst wenige, schwache oder keine Annahmen zu treffen, sondern gültige und aussagekräftige Annahmen zu treffen. Häufig ist es möglich, die Gültigkeit von Annahmen mit statistischen Tests zu überprüfen, manchmal ist dies jedoch nicht möglich. In diesem Fall ist zu überprüfen, ob die Gültigkeit der Annahme plausibel ist.

Zukunftsfiktionen

Plausibilität steht und fällt mit der Überzeugungskraft bestimmter Hypothesen, die sich zwar nicht gänzlich beweisen lassen, aber beispielsweise in der Wissenschaftsgemeinde und Gesellschaft breiten Konsens finden. Argumentationsweisen, die heute als plausibel und wissenschaftlich gelten, können in Zukunft völlig willkürlich erscheinen: Der Zusammenhang von Körperflüssigkeiten und Charakterzügen, wie er bis ins 18. Jahrhundert hinein gelehrt wurde, gilt heute als unwissenschaftlich, war damals jedoch zeitgemäß und entsprach Logik, Wissen und Denken der Zeit.

Auch Statistiken und Prognosen sind immer Ausdruck der Kultur und Zeit, in der sie entstehen und somit Zeugnis der Zusammenhänge und Korrelationen, die wir vermuten sowie der Themen, Konflikte und Vorstellungen, die eine Gesellschaft bewegen: Das Interesse an Genderunterschieden ist in Statistiken heute in ganz anderer Weise präsent als früher. Die Frage nach heutigen und zukünftigen Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie die genderspezifische Entwicklung des Arbeitsmarktes sind heute Gegenstand

zahlreicher Statistiken und Prognosen, weil sie gesellschaftlich relevant sind und diskutiert werden.[8] Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch waren sie in dieser Form kein Thema. Auch demographische Entwicklungen, die im Essay »Wir schrumpfen! Ein Denkanstoß zur nachhaltigen Familienpolitik« von Lisa Schee genannt Halfmann in diesem Band angesprochen werden, sind aktuell brisant.

Statistiken sagen nicht nur etwas über die Zukunft aus, sondern auch – und dies weitaus exakter – über die Gegenwart, in der sie entstehen. Dass in Zukunft dieselben Bewertungskriterien wie heute gelten werden, dass kommende Generationen dieselben Fragen an die Statistik stellen und auch, dass die Zukunft so wird, wie wir prognostizieren, ist unwahrscheinlich. Aber was ist der Zweck von Prognosen, wenn sie der Gegenwart verhaftet sind, anstatt konsequent in die Zukunft zu weisen? Was ist der Wert dieser Hochrechnungen gegenwärtiger Zustände in die Zukunft, wenn wir letztendlich doch nie genau sagen können, was die Zukunft bringt?

Das 17. Jahrhundert ist nicht allein das Jahrhundert der Statistik. Auch die Geschichte des modernen Romans nimmt hier ihren Anfang und weist interessante Parallelen zur Prognostik auf: Die moderne Fiktion stellt, so Esposito, ebenso wie die Statistik, eine Welt vor, »die so plausibel ist, daß sie wahr sein könnte«.[9] Roman und Prognosen sind gleichermaßen Formen fiktionaler Wirklichkeitskonstruktion, da sie alternative Wirklichkeiten hervorbringen. Dabei sind Fiktionen seit jeher nicht nur Ausdruck, sondern auch Orientierungspunkt für das Denken und Handeln von Menschen:[10] Sie geben mögliche Handlungsanweisungen und Orientierungen in Konfliktsituationen, formen unsere Wünsche und Vorstellungen. Freundschaft, Liebe, Lebenssinn und Abenteuerlust – unser Leben ist geprägt von den Geschichten, die wir gelesen haben, den Filmen, die uns gefangen genommen haben und den Protagonisten, denen wir uns nahe fühlten.

Fiktionen lassen uns Dinge im Rahmen einer alternativen Wirklichkeit erleben und erproben. Der Romanist Ottmar Ette definiert Fiktion als »einen Erprobungsraum, innerhalb dessen die Leser in einem ernsten Spiel andere Lebenssituationen testen, sich diesen aussetzen und dabei Erfahrungen machen können, die ihnen ansonsten ›im richtigen Leben‹ verwehrt blieben«.[11] Am Beispiel von Klima und Klimawandel erläutert die Medienwissenschaftlerin Birgit Schneider, inwiefern auch Prognosen und ihre visuellen Darstellungen etwas wahrnehmbar machen, was im Alltag nicht erfahrbar ist: »[D]ie mit dem Klimawandel verbundenen Veränderungen [sind] als

Bedrohungslage für große Teile der Erdbevölkerung der alltäglichen und direkten Wahrnehmung entzogen«. Auch können wir immer nur »einen lokalen Ausschnitt des Wetters erleben, nicht jedoch die globalen Auswirkungen des Klimawandels«.[12] Erst Zahlen und Graphiken, die globale Entwicklungen über einen längeren Zeitraum hinweg darstellen, können ein Bewusstsein für Klimaveränderungen schaffen.

Fiktionen – ob in Statistik oder Roman – vermögen es, Wahrnehmungen und Bewusstsein zu verändern sowie mitunter Zusammenhänge herzustellen, die zuvor nicht bestanden. Der Roman muss dabei, ebenso wie die Prognostik, gewissen Regeln der Plausibilität gehorchen, damit sein System – der Plot – funktioniert. Fiktion lebt gerade von Lücken und Sprüngen, von einer gewissen Vereinfachung, die zu ihrem Funktionieren beiträgt. Sie kann nie alle Faktoren berücksichtigen. Im Herunterbrechen von Sachverhalten auf das Wesentliche, so Esposito, liegt ihr Vorzug: »Statistik und Wahrscheinlichkeitstheorie stellen […] eine irreale, aber realistische Realität dar, gerade weil sie diese vereinfachen und auf eine Weise durchschaubar machen, die die reale Welt nie zulassen würde. Sie stellen uns eine regelmäßigere und besser geordnete Realität zur Verfügung«.[13] Durch die Berücksichtigung weiterer Einflussgrößen, Interaktionen und Terme höherer Ordnung in der Statistik lässt sich die Anpassung eines statistischen Modells an die Realität zwar stets verbessern. Allerdings kann diese Komplexität u. a. dazu führen, dass auf dem Modell basierende Prognosen deutlicher von der »Realität« abweichen als die Prognosen eines einfacheren Modells. Formale Kriterien zur Modellwahl berücksichtigen daher sowohl die Anpassung an die Daten als auch die Komplexität des Modells. Das optimale Modell passt also zu den Daten und ist relativ einfach.[14]

Wie im Folgenden an einer Reihe von Beispielen aufgezeigt wird, sind ›Realität‹ und Fiktion keineswegs zu trennen, da sie aufeinander einwirken. Fiktionen sind an der Semantik, der Sinngebung und Konstitution von Wirklichkeit beteiligt, analysieren und konstruieren auf verschiedene Weise Zusammenhänge und schaffen Bedeutung. Prognosen haben einen maßgeblichen Einfluss auf gesellschaftliche und individuelle Entscheidungsprozesse und Verhaltensweisen. Sie beeinflussen die Zukunft, indem sie Veränderungen im Verhalten von Menschen sowie politische Entscheidungen zu bewirken vermögen.

Der Anspruch, dem sich die die Prognostik stellen muss, ist demnach nicht so sehr, dass sie sich in Zukunft als zutreffend erweist, sondern, dass sie Ten-

denzen und Möglichkeiten aufzeigt, auf die zugesteuert werden können oder die verhindert werden sollten. Dabei ist es wichtig, dass nicht nur Aussagen über die (zukünftige) Gesellschaft, sondern auch der Einfluss dieser Aussagen auf aktuelle Prozesse verstanden und reflektiert werden.

Der Einfluss von Prognosen auf Gegenwart und Zukunft

In der Politik sind Wahlprognosen ein Beispiel dafür, wie Statistiken das Verhalten von Menschen und damit die Zukunft verändern können. Im Vorfeld einer Wahl werden stets verschiedene Prognosen veröffentlicht. Die Parteien neigen dazu, ihr Verhalten an diesen auszurichten. Liegen Regierungspartei und Oppositionspartei laut Statistik beispielweise gleichauf, wird es der Anspruch der Oppositionspartei sein, stärkste Partei zu werden und die Regierung zu stellen. Dies könnte Wähler verschrecken, die sie lieber als Junior-Partner in einer Koalition mit der derzeitigen Regierungspartei sähen. Verliert die Oppositionspartei zufolge neuer Prognosen daher an Wählerstimmen, könnte sie ihren Anspruch, die Regierung zu stellen, aufgeben und sich stattdessen als Koalitionspartner anbieten. Wer sich einen Regierungswechsel erhofft hatte, gibt seine Stimme aus Enttäuschung nun vielleicht einer dritten Partei. In jedem Fall kann sich das tatsächliche Wahlergebnis anders als die Prognose gestalten, da die handelnden Akteure, d.h. Wähler und Parteien, ihr Verhalten danach ausgerichtet haben.

Auch wirtschaftliche Prognosen haben einen Einfluss auf politische Entscheidungen. Die Wirtschaftspolitik in Deutschland orientiert sich an einer Vielzahl von Indikatoren, z.B. dem ifo-Geschäftsklimaindex. Für diesen werden Unternehmen unter anderem danach befragt, wie sie die Aussichten ihres Unternehmens für das nächste halbe Jahr beurteilen. Werden diese als eher schlecht eingeschätzt, kann dies eine Trübung der Konjunktur oder gar eine Rezession andeuten. Die Regierung hat die Möglichkeit, ihre Politik dementsprechend auszurichten und wird versuchen, der Rezession entgegen zu wirken. Haben diese Maßnahmen Erfolg, wird die Wirtschaftslage besser ausfallen als prognostiziert, weil die Prognose zu einer anderen Wirtschaftspolitik geführt hat.[15]

Dementgegen wirken Statistiken mitunter auch als sogenannte »selbsterfüllende Prophezeiungen«: Eine schlechte Konjunkturprognose kann Unternehmen dazu bewegen, ihre Produktion zu senken, da sie in der Rezession voraussichtlich weniger Abnehmer für ihre Produkte finden werden. Daraus folgen eine sinkende Arbeitsnachfrage und sinkende Löhne, die wiederum Kaufkraft und Nachfrage senken und die Rezession somit verstärken. Auch kann die Prognose einer steigenden Arbeitslosenquote in bestimmten Bran-

chen dazu führen, dass Arbeitnehmer aus betroffenen Branchen einen größeren Teil ihres Einkommens sparen und größere Anschaffungen verschieben. Die geringere Verbrauchernachfrage könnte anschließend dazu führen, dass einige Unternehmen schlechtere Geschäfte machen und Mitarbeiter entlassen müssen. Die Prognose der steigenden Arbeitslosenquote hätte sich somit selbst erfüllt.

Auch auf die Zukunfts- und Karriereplanung junger Menschen haben Statistiken mitunter großen Einfluss. Die Prognose eines Fachkräftemangels in einer bestimmten Branche führt häufig dazu, dass viele sich für diese Fachrichtung entscheiden, weil sie sich für die Zukunft gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen. Dadurch wird jedoch nicht selten ein Überangebot an potenziellen Arbeitnehmern produziert. Hier zeigt sich, dass ein Grundverständnis der Aussagekraft und Reichweite von Statistik wichtig ist.

Ethische Anforderungen und das richtige Verständnis von Statistik

Da Statistiken einen maßgeblichen Einfluss auf die Wahrnehmung von Wirklichkeit sowie auf persönliche und gesellschaftliche Entscheidungen haben, muss sie ethischen Maßstäben genügen. Dazu gehört, dass Prämissen und Vorgehensweisen ständig hinterfragt und um neues Wissen ergänzt werden. Wissenschaftler müssen sich möglichst auch ihrer implizit getroffenen Annahmen bewusst werden, sie fortlaufend überprüfen und gegen andere mögliche abwägen. Sie dürfen nicht einmalig eine Entwicklung prognostizieren, auf deren Eintreffen nur noch gewartet wird. Ausgehend von gesellschaftlichen Entwicklungen und neuen Erkenntnissen sollten Prognosefehler und Veränderungen im untersuchten System fortlaufend überprüft und korrigiert werden. Statistik muss dabei transparent sein, d. h. sie muss offenlegen, auf welcher Grundlage Prognosen aufgestellt wurden. Dabei müssen sich sowohl Statistiker als auch gesellschaftliche Akteure zu jedem Zeitpunkt bewusst sein, dass die prognostizierten Werte inhärent unsicher sind und dass keine unveränderlichen Fakten erzeugt werden, sondern Tendenzen, Hypothesen – Fiktionen. Diese haben selbst potentiell Einfluss auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und die untersuchten Gegenstände.

Bei Aussagen, die über die Zukunft getroffen werden, sind somit zwei Punkte zu bedenken:
ERSTENS: Statistische Aussagen sind unsicher. Eine Abweichung der Prognose vom tatsächlichen Wert ist sehr wahrscheinlich. Ein statistisches Modell zielt

stets darauf ab, die Abweichung möglichst gering zu halten, allerdings kann man sich nicht auf den einzelnen prognostizierten Wert verlassen. Statistiker geben in der Regel ein sogenanntes Konfidenzintervall an, welches die Unsicherheit des Prognosewertes quantifiziert. Politiker, Journalisten, Manager und Bürger neigen jedoch dazu, diese Angabe nicht zu berücksichtigen. Dadurch werden einzelne Prognosen als feststehende Wahrheiten verkündet. So wird in Wahlprognosen zumeist nur angegeben, welchen Anteil der Wählerstimmen eine Partei erhalten würde und wie groß die Differenz zur letzten Prognose ist. Die Tatsache, dass je nach Stimmenanteil und Anzahl der Befragten, eine Fehlerquote von mehreren Prozentpunkten entstehen kann, wird entweder nur am Rande oder gar nicht beachtet.[16] Tatsächlich könnte eine Partei an Beliebtheit verloren haben, obwohl ihr ein Zuwachs an Wählerstimmen zugeschrieben wurde.

ZWEITENS: Statistische Aussagen sind nur unter den getroffenen Annahmen gültig. Die Prognose ist im Allgemeinen nur gültig, wenn die Annahmen der Realität entsprechen. Durch sie wird der Rahmen abgesteckt, in dem Aussagen über die Zukunft möglich sind. Prognosen können mögliche Tendenzen und Zusammenhänge zukünftiger Prozesse aufzeigen. Unsicherheit und Kurzweiligkeit von Erkenntnissen sind Umstände, die jedoch bedacht und in die wissenschaftliche Praxis einbezogen werden müssen. Der Wahrheitsgehalt von Prognosen ist, wie überall, in dem Maße begrenzt, wie die derzeitigen Informationen und die Kenntnis von Sachverhalten begrenzt sind. Auch kann Statistik den eigenen Einfluss auf gesellschaftliche und politische Entscheidungen nicht prognostizieren.

Oftmals ist es nicht einmal wünschenswert, dass Prognosen zutreffen, sondern erstrebenswert, Wandlungsprozesse anzustoßen, die ihnen entgegenwirken. Hinsichtlich der Klimaforschung würde ein Eintreffen pessimistischer Prognosen implizieren, dass der Mensch es nicht vermocht hat, den Entwicklungen auf Grundlage seines Wissens entgegenzuwirken. Indem die Statistik wahrscheinliche Zukunftsszenarien kreiert, hat sie das Potential, positive Entscheidungen zu bewirken und Gefahren einzudämmen. Nicht außer Acht zu lassen ist dabei, dass vor allem provokant angelegte Statistiken Debatten und Diskussionen in der Gesellschaft hervorrufen, während weniger kontroverse, differenzierte Statistiken mitunter weniger Aufmerksamkeit erhalten als sie verdienen. Gerade Polemiken im Gewande der Wissenschaftlichkeit können rückblickend zu unerwünschten Entscheidungen und Prozessen führen. Der differenzierte und transparente Umgang mit Daten bildet daher die Grundlage guter, verantwortungsvoller Statistik.

Eine mögliche Kontrollfunktion können außerdem die Kulturwissenschaften einnehmen. So wie Zukunftsvorstellungen und -konstruktionen der Vergangenheit unter kulturgeschichtlicher Perspektive analysiert und in ihren Entstehungszusammenhang eingeordnet wurden, sollte auch die gegenwärtige Statistik fortlaufend analysiert werden. Durch das breite historische und gesellschaftliche Wissen können so unbewusste Prämissen und Denkweisen wie Stereotypisierungen und Pauschalisierungen herausgearbeitet und kritisiert werden.

Aufgrund der Bedeutsamkeit der Statistik ist es wichtig, gesellschaftlich ein Grundverständnis für Aussagekraft und Grenzen der Statistik zu schaffen, denn in vielen Fällen täuschen nicht die Statistiken selbst, sondern die daraus gezogenen Schlussfolgerungen und Interpretationen.

---

[1] »Würfelnder Gott« bezieht sich auf den Ausspruch »Gott würfelt nicht!«, mit dem Albert Einstein seine Ablehnung gegenüber den Ideen der Quantenphysik zum Ausdruck brachte. Zu den Konzepten Laplacscher Dämon und würfelnder Gott s. Hawkins, Stephen (1999): »Does God Play Dice?«. Vortrag. Verfügbar unter: *http://www.hawking.org.uk/does-god-play-dice.html* [20.02.2012].

[2] Vgl. Barke, Werner: »Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe«. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 11 (2004). Verfügbar unter: *http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag04_11_11.pdf* [20.02.2012].

[3] Esposito, Elena (2007): *Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 27.

[4] Ebd. 29.

[5] Vgl. exemplarisch: Schumacher, Martin; Schulgen, Gabi (2008): *Methodik klinischer Studien*. 3. Auflage. Berlin und Heidelberg: Springer, 3–5.

[6] Dieses Beispiel dient als stark vereinfachtes Modell allein der besseren Anschaulichkeit. Es geht uns nicht darum, die komplexe Praxis der Klimaforschung darzustellen, sondern exemplarisch einige statistische Probleme aufzuzeigen.

[7] »Stärker« bedeutet hier, dass die Annahme aussagekräftiger sind und sich aus mehreren – mitunter »schwächeren« – Annahmen zusammensetzen.

[8] Ein prominentes Beispiel hierfür ist die Studie und der dazugehörige Datensatz von Mroz, Thomas A. (1987): »The sensitivity of an empirical model of married women's hours of work to economic and statistical assumptions«. In: *Econometrica* 55 (1987), 765–799.

[9] Esposito 2007, 13.

[10] Wir beziehen uns hier insbesondere auf die Literaturtheorie Wolfgang Isers. Nachzulesen z. B. in: Iser, Wolfgang (1975): »Der Lesevorgang. Eine phänomenologische Perspektive«. In: Warning, Rainer (Hrsg.): *Rezeptionsästhetik: Theorie und Praxis*. München: Fink, 253–275.

[11] Ette, Ottmar (2010): »Literaturwissenschaft als Lebenswissenschaft. Eine Programmschrift im Jahr der Geisteswissenschaften«. In: Asholt, Wolfgang; Ette, Ottmar (Hrsg.): *Literaturwissenschaft als Lebenswissenschaft. Programm – Projekte – Perspektiven.* Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag, 26–27.

[12] Schneider, Birgit (2010): »Ein Darstellungsproblem des klimatischen Wandels? Zur Analyse und Kritik wissenschaftlicher Expertenbilder und ihren Grenzen«. In: Felfe, Robert; Weddigen, Tristan: *Kritische Berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften* 3 (2010): Kunst und Wissenschaft – Tendenzen, Probleme, Chancen, 82.

[13] Esposito 2007, 13.

[14] In der Statistik ist das Akaike Informationskriterium (AIC) das wohl bekannteste Beispiel, siehe hierzu: Akaike, Hirotugo (1974): »A New Look at the Statistical Model Identification«. In: *IEEE Transactions on Automatic Control AC-19*, 6 (Dez. 1974), 716–723. Verfügbar unter: *http://ieeexplore.ieee.org/xpls/abs_all.jsp?arnumber=1100705&tag=1* [01.03.2012].

[15] Interessant sind in diesem Zusammenhang ergänzend die Essays von Stephan Gürtler und Florian Kollewijn (»Der kurzfristige Entscheidungshorizont von Politikern – Nachhaltige Entscheidungen fördern«) und Pia Haars (»Basiert eine zukunftsfähige Politikgestaltung auf Risiko oder Vorsorge?«).

[16] Exemplarisch hierfür ist das ZDF-Politbarometer. Die Angabe der ungefähren Fehlerquote findet sich am Ende der Website. Auf eine genaue Darstellung der einzelnen Konfidenzintervalle wird verzichtet: Website der Forschungsgruppe Wahlen: *http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer* [21.02.2012].

Zukunftsfähigkeit durch Nachhaltigkeit

Sebastian Geschonke

Wir haben die Erde nicht von unseren Ahnen geerbt,
wir borgen sie uns von unseren Kindern.
Sitting Bull, Lakhota (Sioux)

Was macht eine Gesellschaft zukunftsfähig? Welche Eigenschaften und Fähigkeiten sollte eine Gesellschaft haben, um zukunftsfähig zu sein? Die Fähigkeit einer Gesellschaft generell eine Zukunft zu haben, ist mit dem zukünftigen Vorhandensein dieser Gesellschaft verbunden. Damit zielt die Frage nach der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft auf die Bedingungen ab, welche erfüllt sein müssen, um die Existenz der Gesellschaft langfristig zu erhalten. Das Eingangszitat verdeutlicht, dass die zukünftige Welt in unserer Gestaltung der Gegenwart berücksichtigt werden muss. Im Kontext von Klimawandel, Umweltkatastrophen oder auch demographischer Entwicklung ist intergenerationelle Gerechtigkeit, die Verbindung von gesellschaftlicher Gegenwart und Zukunft, mittlerweile auch bei politischen Entscheidungsträgern ein Begriff geworden. Gegenwart und Zukunft verbinden sich zunehmend unter dem Begriff der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist zu einem Symbol der Hoffnung auf ein Fortbestehen der Gesellschaft geworden. Dieses Essay strebt eine Analyse des Begriffes Nachhaltigkeit an und will Bedingungen aufzeigen, unter welchen Nachhaltigkeit vorhanden ist. Daraus soll im Anschluss eine Aussage über die Bedingungen für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft möglich werden.

Verschiedene Dimensionen der Nachhaltigkeit

Historisch gesehen wurde der Begriff der Nachhaltigkeit ab 1713 bis ins 20. Jahrhundert überwiegend ressourcenökonomisch verwendet.[1] Beispielsweise macht es bei langfristiger Perspektive ressourcenökonomisch Sinn, einen bewirtschafteten Wald in dem Umfang zu nutzen, wie es mit Nachpflanzungen realisierbar ist für jedes Jahr den gleichen Umfang an Rodungen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang war Nachhaltigkeit damit gegen eine Übernutzung ökologischer Ressourcen gerichtet.

Illustration von Anna Slobodnik

Doch der Begriff der Nachhaltigkeit begegnet uns in vielen verschiedenen Zusammenhängen. Fragen danach, ob unsere Forstwirtschaft, unser gesellschaftliches Zusammenleben oder auch Produkte nachhaltig sind, zeigen, dass Nachhaltigkeit verschiedene Sphären bzw. Dimensionen tangiert. Am prominentesten sind die Ökologische, Ökonomische und Soziale Nachhaltigkeit. Diese speziellen Begriffe erwecken den Eindruck, dass jeweils ein genau abgegrenztes Gebiet abgebildet wird. Sicher sind klare Abgrenzungen ohne Überschneidungen nicht möglich, doch scheinen sie Nachhaltigkeit unter verschiedenen Aspekten zu betrachten oder diese auf unterschiedliche Untersuchungsgegenstände zu beziehen. Für ein allgemeines Modell und Verständnis von Nachhaltigkeit sind die getrennten Dimensionen von Nachhaltigkeit jedoch eher hinderlich.

Ein Ansatz der Vereinigung dieser Dimensionen ist im »Drei-Säulen-Modell« aus der Enquete-Kommission des Bundestages »Schutz des Menschen und der Umwelt« vorzufinden,[2] welches ein Gleichgewicht der drei Aspekte proklamiert, um ein allumfassendes Konzept für die Zukunft langanhaltender gesellschaftlicher Entwicklung zu etablieren. In der Vorstellung dieses Ansatzes, sei es als Säulen-Modell oder Nachhaltigkeitsdreieck[3], werden die Dimensionen nicht nur als wechselwirkend, sondern sogar als gegensätzlich verstanden. Insofern, als dass die Nachhaltigkeit der einen Dimension gleichzeitig die Nachhaltigkeit anderer Dimensionen einschränkt und im Extremfall sogar ausschließen kann. Ist zum Beispiel die Ökonomische Nachhaltigkeit vollständig hergestellt, so ist Nachhaltigkeit in der Ökologischen und Sozialen Dimension nicht erreichbar. Dies mag aufgrund persönlicher Erfahrungen vielleicht intuitiv richtig wirken, aber es ist fraglich wie langfristig eine solche Vorstellung von Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und ob sie den eigentlichen Kern des Begriffes trifft. Eine allgemeine Nachhaltigkeit ist mit sich ausschließender Nachhaltigkeit der einzelnen Dimensionen nicht vorstellbar.

Nachhaltigkeit ist in jeder der genannten Dimensionen ein Begriff und findet dort Verwendung. Neben der historisch-ökonomischen Verwendung, welche von ökologischen Aspekten abhängt, wurde der Begriff im sozialen Kontext vor allem durch die Vereinten Nationen in den 1980ern geprägt. Diese beschreiben Soziale Nachhaltigkeit als ein Gleichgewicht zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen. Dieses Gleichgewicht kann, so wird im Brundtland Report hinzugefügt, allerdings nicht ohne die Beachtung von physischen Tatsachen, wie dem Zugang zu Ressourcen und der Verteilung von Kosten und Gewinnen, zu Stande kommen: »[Sustainable] Development involves a progressive transformation of economy and society«.[4]

Die Grenzen zwischen Sozialer und Ökonomischer Nachhaltigkeit scheinen schwer greifbar zu sein. Soziale Nachhaltigkeit hängt von der Ökonomischen ab. Die Ökonomische Nachhaltigkeit hängt wiederum von der Ökologischen ab. Dementsprechend stellen das Drei-Säulen-Modell und das Nachhaltigkeitsdreieck die Interdependenzen zwischen den betrachteten Dimensionen nur unzureichend oder falsch dar. Ein Modell, welches die Bedingungen einer generellen Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft darstellen könnte und damit als Ausgangspunkt für sinnvolles gesellschaftliches und politisches Handeln brauchbar wäre, muss die Interdependenzen zwischen den Dimensionen der Nachhaltigkeit korrekt auffassen.

Um die vermeintliche Differenz der drei Dimensionen zu überwinden und zu einem allgemeinen Nachhaltigkeitsbegriff zu kommen, sollen die Gemeinsamkeiten dieser Dimensionen in den folgenden Abschnitten analysiert werden. Das Gemeinsame ist die Voraussetzung für die Möglichkeit, dass sich die Dimensionen trotz ihrer unterschiedlichen Untersuchungsgegenstände, abweichender Begriffssysteme oder gar Untersuchungsmethoden mit dem gemeinsamen Begriff der Nachhaltigkeit beschäftigen können.

Das Gemeinsame der verschiedenen Dimensionen

Bevor wir Begriffe wie Ökologische, Soziale oder Ökonomische Dimension im Alltag verwenden, sind sie Gegenstand von speziellen Diskursen, die im Allgemeinen in der Wissenschaft institutionalisiert sind.[5] Erst kommen die Ideen oder Vorstellungen Einzelner oder auch von Gruppen in spezialisierten Kontexten, dann verbreiten sich überzeugende Ideen oder Vorstellungen.[6] Dass die Dimensionen Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse sind, ist ihre grundlegende Gemeinsamkeit. Dabei spielt der konkrete Inhalt einer wissenschaftlichen Disziplin keine Rolle. Das Gemeinsame ist die dem Inhalt zu Grunde liegende Methode des Erforschens. Die wissenschaftlichen Disziplinen entwickeln Modelle, um Zusammenhänge in der Welt darzustellen. Sie streben nach Wissenskonstruktion, welche ihre Relevanz durch tiefergehende Erkenntnisse gegenüber vorhergehenden Modellen erhält. Das Erkenntnisstreben nach einem besseren Verständnis von Zusammenhängen in der Welt ist die gemeinsame methodische Essenz von Wissenschaften. Der Zustand vor der Erkenntnis ist ein anderer als nach der Erkenntnis. Erkenntnis erzeugt also Veränderung. Sie ist auf ein besseres Verständnis gerichtet und kann als Entwicklung bezeichnet werden. Entwicklung ist die Verbindung der Zustände vor und nach der Erkenntnis. Um dies beispielhaft nachvollziehbar zu machen, seien hier zunächst einige historische Veränderungen dargestellt.

Das erste Beispiel einer solchen Entwicklung stammt aus der Ökologie. 1972 erschien die Studie *Die Grenzen des Wachstums* vom Club of Rome.[7] Darin werden mehrere Prognosen über das ökologische Gesamtsystem von Erde und Mensch dargestellt. Die berücksichtigten und voneinander abhängigen Variablen sind z. B. Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelproduktion, Nutzung bzw. Übernutzung natürlicher Ressourcen und Umweltverschmutzung. Sie wurden in Modellprognosen mit verschiedenen Parametern bis zum Ende des 21. Jahrhunderts extrapoliert.[8] Auch bei schwer realisierbaren Annahmen wie unbegrenzter Ressourcenvorkommen führten fast alle Modell-Simulationen zu dem Ergebnis, dass die absoluten Wachstumsgrenzen jeglicher Art noch im 21. Jahrhundert erreicht werden würden. Die meisten Simulationen prognostizierten ein drastisches Abfallen der Weltbevölkerung und des Lebensstandards. Die Vorhersagen wurden zum Teil kritisch aufgenommen. Trotzdem bewirkten sie, dass viele Menschen eine bessere Vorstellung von den Zusammenhängen unserer Welt bekamen und für Gefahren sensibilisiert wurden, die bei Trendfortschreibung zu einem Zusammenbruch der bestehenden gesellschaftlichen Systeme führen könnten. Das Streben, ein tiefergehendes Verständnis der Welt und in diesem Beispiel einiger Interdependenzen gesellschaftlicher und ökologischer Entwicklungen zu erlangen, kennzeichnet diese Studie. 2008 veröffentlichte Graham Turner eine Studie, welche reale Werte aus dreißig Jahren nach der Veröffentlichung mit den Prognosen aus *Die Grenzen des Wachstums* verglich.[9] Es zeigten sich viele Übereinstimmungen.

Aus der Sozialwissenschaft, genauer der Politikwissenschaft, stammt das zweite Beispiel. Nach einem lange zuvor beginnenden Diskurs über Menschenrechte wurden 1949 einige in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.[10] Im Vergleich dazu hat die Grundrechtecharta der EU (2009 in Kraft getreten) mit ihren 54 Artikeln zu Grundrechten gegenüber den 19 Artikeln aus dem Grundgesetz einen umfangreicheren Katalog.[11] Beispielsweise befinden sich in der Charta explizit Grundrechte zu Umweltschutz (Art. 37) und Verbraucherschutz (Art. 38). Dieser größere Umfang an Grundrechten, welche auch vor jedem Gericht der Union einklagbar sind, kann als Verbesserung für die persönliche Situation von deutschen Staatsbürgern und EU-Bürgern bezeichnet werden. Hier handelt es sich sozusagen schon um ein Produkt mit ausgeweiteten Funktionen für die Gesellschaft. Es entstand aus der vorhergehenden Erkenntnis, dass Menschen- bzw. Grundrechte eine Verbesserung für gesellschaftliches Zusammenleben darstellen.

Auch für die Disziplin der Ökonomie lässt sich ein adäquates Beispiel finden. Als in der Wirtschaftstheorie Adam Smiths Theorie der Absoluten Kostenvorteile durch David Ricardos Theorie der Relativen Kostenvorteile abgelöst wurde, bedeutete dies ein besseres Verständnis der Welt, im Speziellen ihrer ökonomischen Zusammenhänge. Bei den Absoluten Kostenvorteilen war es das Ziel, die absolut günstigsten Produktionskosten im Vergleich zu anderen Ländern zu haben. Nur dies, so die Logik, ermögliche gewinnbringenden Handel durch den Absatz dieser Produkte. Dieses Verständnis wich der Erkenntnis durch die Relativen Kostenvorteile. Diese begründen, dass sich Handel schon lohne, wenn die Handelspartner bei ihren Produkten jeweils nur relativ günstigere Produktionskosten hätten. Die durchschnittlichen Preise für Produkte würden dieser Theorie zufolge für alle am Handel Beteiligten sinken. Die Absoluten Kostenvorteile als Handelsvoraussetzung wurden irrelevant. In der Folge führte dies zu einem steigenden Handel zwischen den beteiligten Ländern. Handel wurde theoretisch selbst für jene Länder lohnenswert, welche die absolut höheren Produktionskosten hatten. Das Handelsvolumen und der Wohlstand nahmen im Durchschnitt zu. Damit kann der Zustand nach der Erkenntnis von Relativen Kostenvorteilen als ein verbesserter im Vergleich zu dem vorhergehenden Zustand bei Absoluten Kostenvorteilen bezeichnet werden. Es ergab sich ein besseres Verständnis von Zusammenhängen in der Welt, welche Vorteile für die am Handel beteiligten Länder ergeben.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass das Streben nach tieferem Weltverständnis eine Entwicklung erzielen kann. In der Folge eines speziellen Diskurses könnte das Ergebnis einer Entwicklung als ein besseres Verständnis der Welt bezeichnet werden. Die Problematik, die sich hier auftut, ist eine notwendige Unterscheidung zwischen dem Streben nach Verbesserung und einer konkreten Entwicklung, welcher man das Prädikat eines besseren Verständnisses von der Welt zuordnen möchte. Ob dies auch bei den angeführten Beispielen der Fall ist, kann durchaus strittig sein und spiegelt die Bewertung des Autors wieder. Da die Geschichte in der Gegenwart kein Ende hat, sind andere Bewertungen in der Zukunft auf Basis tiefergehender Erkenntnisse möglich.

Welche Entwicklungen als Verbesserungen definiert werden, ist ein Diskurs, der gesellschaftlich geführt werden muss. Mitunter sind Verbesserungen nicht klar der Menschheit im Allgemeinen oder einer Gruppe von Individuen bzw. Gesellschaften zuordenbar. Möglicherweise bringt auch die Verbesserung für die Einen eine Verschlechterung für die Anderen. Eine eindeutige Bewertung, ob eine bestimmte Entwicklung eine Verbesserung oder Verschlechterung

ergeben hat, ist mit größer werdendem historischen Abstand besser möglich. Aufgrund der Notwendigkeit zwischen Verbesserungsstreben und der Bewertung einer konkreten Entwicklung als Verbesserung zu unterscheiden, konzentriert sich der folgende Abschnitt auf das Streben als Katalysator von Entwicklung.

Das Streben nach einem besseren Verständnis der Welt

Dieses Streben ist nicht nur in der in unserer Gesellschaft überwiegend institutionalisierten Wissenschaft als Raum für spezialisierte Diskurse zu erkennen. Vielmehr zieht es sich durch jede Entwicklung in der Menschheitsgeschichte. Es besser zu verstehen ist nötig, weil es eine fundamentale Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Disziplinen ist, welche den Begriff der Nachhaltigkeit in ihr Begriffssystem einbinden. Ein besseres Verständnis des Strebens ergibt die Möglichkeit, einen allgemeinen Nachhaltigkeitsbegriff zu finden.

Worauf ist nun das Streben nach einem besseren Verständnis der Welt gerichtet? Das Streben an sich ist abstrakt, aber immer auf konkrete Situationen, Zustände o. ä. bezogen. Eine Verbesserung gegenüber einem vorhergehenden Zustand bedeutet, dass ein Vorteil existiert. Ob Verbesserung eines Zustandes oder Vorteil, beide sind darauf gerichtet, eine Form von Leben zu sichern. Sicherung heißt, die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten günstiger Ereignisse zu steigern und ungünstiger Ereignisse zu verringern. Dazu seien folgende Beispiele betrachtet.

Als Menschen vor mehr als 12 000 Jahren noch größtenteils Jäger und Sammler waren, zogen sie mit ihren Nahrungsquellen mit. Waren Menschen eine Weile an einem Ort, so wurde es aus verschiedenen Gründen schwieriger, Wild zu jagen und Früchte aus der Natur zu sammeln. Die Jahreszeiten veränderten im Kreislauf die Umstände für die Nahrungsbeschaffung. Als sich in Mesopotamien bei Euphrat und Tigris eine Landschaft entwickelte, die über das ganze Jahr hinweg mit Nahrung versorgen konnte, da war das mit Aufwand verbundene Umherziehen nicht mehr notwendig. Die Sesshaftigkeit wurde möglich. Dies bot einige Vorteile. Der Auf- und Abbau von Behausungen beispielsweise war nicht mehr nötig und setzte zeitliche Kapazitäten frei. Es entstand die Möglichkeit einer umfangreicheren Vorratshaltung. Mit der Sesshaftigkeit konnte sich Ackerbau herausbilden, da das Begleiten des Zyklus vom Säen bis zum Ernten eben auch die Anwesenheit an diesen Orten und in diesem Zeitraum erforderte. Vorratshaltung wie auch Ackerbau mussten erst als eine ausführbare Möglichkeit in der Welt verstanden werden und

Vorteile für das Überleben bieten, um dann eine verbesserte Situation für die Anwender erzeugen zu können.

Vorratshaltung und Ackerbau sind Teil einer evolutionär dominanten Strategie, die sie nicht ohne Vorteile für das Überleben geworden wäre. Eine bessere Planung, Nahrung verfügbar zu machen und sie in größerem Umfang bereit zu stellen, bedeutet schließlich eine höhere Wahrscheinlichkeit des Überlebens von Einzelnen und der Gemeinschaft. Eine größere Wahrscheinlichkeit des individuellen und damit in der Regel gemeinschaftlichen Überlebens ist eine Verbesserung. Das davor liegende bessere Verständnis der Welt bezieht sich hier auf Zusammenhänge, z. B. den Zusammenhang, dass nach dem Verstreuen von Körnern unter bestimmten weiteren Bedingungen Pflanzen wachsen können.

An dieser Stelle könnten noch viele weitere historische Entwicklungen beschrieben werden, welche alle konkrete Verbesserungen für Individuen, Gruppen von Individuen, Gesellschaft oder schließlich die gesamte Menschheit beinhalten. Doch die angeführten Beispiele sollten ausreichen, den Kerninhalt zu verdeutlichen. Das Streben nach einem besseren Verständnis ist auf einen Vorteil gerichtet, welcher eine höhere Wahrscheinlichkeit zu überleben ermöglicht. Sicherlich gab es auch Verschlechterungen für die eine oder andere der genannten Menschengruppen. Doch da diese zu einer geringeren Überlebenswahrscheinlichkeit führen, sind solche Veränderungen bewusst durch menschliche Beeinflussung verbessert worden oder zufällig durch Populationsverringerung evolutionär nicht stabil und damit in der Geschichte der Menschheit seltener anzutreffen.

Anders als in den genannten Beispielen aus der frühen Menschheitsgeschichte sind Vorteile oder Verbesserungen in der heutigen Gesellschaft sehr selten relevant für das Überleben an sich. Vielmehr geht es darum, die Wahrscheinlichkeit für jedwede Gefahr gegenüber der bestehenden Form des Lebens zu verringern. Ziel ist daher mehr die Erhaltung eines bestimmten Niveaus oder einer bestimmten Qualität des Lebens. Hier tritt die Befriedigung der Grundbedürfnisse in den Hintergrund. Es handelt sich um ein Über-Leben, was über das reine Erhalten der physischen Existenz hinaus geht. Dazu sei noch angemerkt, dass eine höhere Wahrscheinlichkeit von simplem Überleben ebenso eine höhere Qualität des Lebens bedeutet. Es ist weniger Sorge auf das reine Überleben gerichtet. Dass diese frei gewordene zivilisatorische Kapazität zu vielen wirklich banalen Sorgen als Subsumption für nicht mehr vorhandene fundamentale, die physische Existenz bedrohende Sorgen führt, ist eine traurige Tatsache, die einen gesellschaftlichen Diskurs mehr als wert ist.

Die Übergänge zwischen Überleben und Über-Leben sind fließend und die beiden Begriffe sollen die Anwendbarkeit des Konzeptes des Strebens nach Überlebenswahrscheinlichkeit erhöhenden Erkenntnissen verdeutlichen. Dies gilt für alle Formen des menschlichen Zusammenlebens, von wenig komplexen und kleinen Strukturen, bis hin zu einer stark vernetzten Menschheit. Auf der Ebene der Menschen ist das Empfinden, was dabei als eine Verbesserung von Qualität definiert wird, für jedes Individuum zunächst subjektiv. Doch in Kontakt mit anderen Individuen muss auf einer gemeinsamen kommunikativen Ebene Qualität gemeinsam definiert werden. Andernfalls sind Verbesserungen, wie schon erwähnt, auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene oder darüber hinaus nicht klar definierbar.

Für die Ökologische, Soziale und Ökonomische Dimension wurde das Fundament des Strebens nach einem besseren Verständnis der Welt herausgearbeitet. Es wurde auch festgestellt, dass dieses Streben aus dem Drang zu überleben oder zu über-leben motiviert ist und nicht nur für den Bereich der organisierten Forschung, sondern auf jegliche Entwicklung zutrifft. Was dies genau für die Nachhaltigkeit bedeutet, soll in den folgenden Abschnitten näher betrachtet werden.

Nachhaltigkeit

Der Ausgangspunkt der Analyse des Begriffes der Nachhaltigkeit war das Verständnis von Nachhaltigkeit in den verschiedenen Dimensionen und deren Zusammenhänge im Drei-Säulen-Modell bzw. Nachhaltigkeitsdreieck. Für einen allgemeinen Begriff der Nachhaltigkeit sind dort die Interdependenzen unzureichend oder falsch dargestellt. Der interessante Fakt, dass die verschiedenen Dimensionen trotz unterschiedlicher Untersuchungsgegenstände, wohlmöglich abweichender Begriffssysteme oder gar Untersuchungsmethoden sich alle drei dem Begriff der Nachhaltigkeit bedienen können, führte auf den Weg, deren Gemeinsamkeit näher zu untersuchen. Denn deren Gemeinsames ermöglicht auch die ihnen gemeinsame Betrachtung und Verwendung von *Nachhaltigkeit*. Als dieses Gemeinsame wurde das Streben nach einem besseren Verständnis der Welt identifiziert, dessen fundamentale Zielstellung es ist, die Wahrscheinlichkeit für das Überleben in der einen oder anderen Form zu verbessern. Dieser gemeinsame Sachverhalt der Dimensionen ist die Voraussetzung dafür, den Begriff der Nachhaltigkeit verwenden zu können. Mehr noch; er trifft die Bedeutung des Begriffes der Nachhaltigkeit in ihrem Kern.

Nachhaltigkeit bezieht sich auf das Nachhalten von Etwas und ist als Begriff ein Kennzeichen für das Fortwähren von Systemen, Strukturen oder Entitäten. Etwas – ein System, eine Struktur, eine Entität – hält an, es dauert an, es besteht in seiner Form trotz oder begünstigt durch andere Systeme, Strukturen, Entitäten fort.[12] Nachhaltigkeit ist damit auch auf die Form des Lebens, das Überleben, gerichtet. Der Begriff der Nachhaltigkeit geht sogar über als »belebte Materie« klassifizierte Dinge und deren Organisationsformen hinaus und beinhaltet eben auch das Fortbestehen von als »unbelebt« klassifizierten Dingen.

Im Folgenden soll ein neues Modell der allgemeinen Nachhaltigkeit vorgestellt werden, welches unter anderem die Möglichkeit gibt, die Interdependenzen zwischen Ökologischer, Sozialer und Ökonomischer Dimension klarer zu erkennen und im Sinne der Nachhaltigkeit korrekt darzustellen. Das Modell trägt den Namen »Existenzraum-Modell« und soll über die Klärung von Interdependenzen der Dimensionen auch die Analyse von Systemen dahingehend ermöglichen, ob sie nachhaltig sind oder nicht.[13] Die Bedingungen, die hierbei für eine allgemeine Nachhaltigkeit herausgestellt werden, sind gleichzeitig Bedingungen für eine nachhaltige und damit zukunftsfähige Gesellschaft.

Ein allgemeines Modell der Nachhaltigkeit: Das »Existenzraum-Modell«

Es gibt viele unterschiedliche Systeme mit mehr oder minder starken Abgrenzungen zu anderen Systemen. Um die Systeme klarer unterscheiden zu können, verwende ich im Folgenden den Begriff Metasystem für übergeordnete Systeme und Subsystem für untergeordnete Systeme. Der Begriff System steht für Meta- wie auch für Subsystem.

Ein Metasystem kann viele Subsysteme beinhalten. Alle *in* diesem Metasystem bestehenden Subsysteme teilen sich den Raum dieses Metasystems, welcher ihre Existenz ermöglicht und daher Existenzraum heißt.[14] Kein System ist vollkommen abgegrenzt von den anderen. Sie müssen sich in einem Austauschprozess befinden. Denn vollkommene Abgrenzung würde bedeuten, dass es keinen Bezug des einen Systems zu anderen Systemen gibt. Eine vollkommene Abgrenzung hieße, aus der Perspektive aller anderen Systeme nicht zu existieren. Daher stehen alle Systeme, deren Existenz wahrgenommen werden kann, in einer Verbindung zu anderen Systemen. Abgeschlossene Systeme sind nur ein theoretisches Konstrukt und kommen in der Wirklichkeit nicht vor.

Systeme haben eine bestimmte Ordnung, welche je nach System über verschiedene Zeiträume stabil ist. Keine Ordnung ist über lange Zeit aus sich selbst heraus stabil.[15] Um ihre Ordnung aufrecht zu erhalten benötigen Systeme einen Zufluss von Energie, welcher die Prozesse zur Aufrechterhaltung der Ordnung am Laufen hält. Ein System ist erst dann ein begrifflich fassbares System, wenn es über einen ausreichend langen Beobachtungszeitraum seine Ordnung aufrecht erhält. Das heißt, jedes vorübergehend in seiner Ordnung stabile System, muss die Tendenz bzw. das Streben zum Aufrechterhalten seines Existenzraums haben. Andernfalls könnten wir es aufgrund fehlender Stabilität nicht als System erkennen.[16] Systeme haben also eine Art Selbsterhaltungsstreben. Das Erhalten des Existenzraums eines Systems geht nur durch eine Zufuhr von externer Energie.

Der Umfang der externen Energie, welche Subsystemen insgesamt zur Verfügung steht, kann nicht über den Umfang dessen hinausgehen, was das Metasystem an externer Energie empfängt. Je *mehr* Energie einem System zur Verfügung steht, desto wahrscheinlicher ist die Selbsterhaltung.[17] Es gibt mehr Systeme als Formen von Energie. Daher gibt es Systeme, die die gleiche Form von Energie verwenden. Aus diesem Grunde kann man von einer Konkurrenzsituation von Systemen um den bestehenden Umfang von Energie in den jeweiligen Formen sprechen.

Auf diese Konkurrenzsituation können Systeme mit verschiedenen Methoden reagieren. Der Existenzraum des jeweiligen Systems, das heißt der Zugriff auf Energie irgendeiner Form, kann größer und kleiner werden. Die Vergrößerung des Existenzraums kann auf zwei Weisen erfolgen. Die erste Möglichkeit ist die Erhöhung der eigenen Energiezufuhr aus der im gesamten Metasystem zur Verfügung stehenden Energie – eine absolute Existenzraumvergrößerung. Die zweite Möglichkeit der Existenzraumvergrößerung ist durch eine Änderung der Form des Systems gekennzeichnet. Die Ordnung eines Systems ist im begrenzten Maße veränderbar, insofern die Grundfunktion des Systems dadurch nicht beeinträchtigt wird. Kann mit weniger Energie das gleiche System bzw. das System in ähnlicher Form erhalten werden, so handelt es sich um eine Steigerung der Effizienz. Wird die durch die Effizienzsteigerung nicht mehr wesentlich benötigte Energie für die Ausfüllung des Existenzraums verwendet, so ist dies eine relative Existenzraumvergrößerung. Denn im gleichen Existenzraum kann nun mehr existieren. Andersherum gibt es ebenso eine absolute und eine relative Existenzraumverkleinerung. Diese sind allerdings nicht das angestrebte Ziel von Systemen. Denn dies würde die Wahrscheinlichkeit zur Selbsterhaltung verringern.

Da Systeme die ihnen zugeführte Energie prozessual verwerten, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie die ihnen zugeführte Energie in eine andere Energieform umwandeln. Zudem besteht kein Wirkungsgrad von hundert Prozent bei Prozessen und ein Teil der an Prozessen beteiligten Energie geht in die Umgebungssysteme über. Da unterschiedliche Systeme verschiedene Formen von Energie verwenden können, kann es vorkommen, dass die durch ein System erzeugte Energieform die Energiezufuhr für ein anderes System ist. Das andere System ist insofern von dem einen System abhängig, als dass das eine System die energetische Grundlage für das andere System bildet. Andersherum ist das eine System von dem anderen System abhängig, als dass es bei einer absoluten Existenzraumvergrößerung des anderen Systems im Extremfall seine eigene Existenz verlieren könnte. Diese Art von Zusammenhang ist die unvermeidliche Interdependenz von Systemen, welche sich aus der unmöglichen Abgeschlossenheit von Systemen und der Konkurrenz um die verfügbare Energie ergibt.

Was sind nun die Bedingungen für die Nachhaltigkeit in einem System? Nachhaltig ist ein System, das seinen Existenzraum über einen gewissen Zeitraum hinweg aufrecht erhält. Reine Nachhaltigkeit ist damit eine Art Konstanz. Nachhaltigkeit kann auch mit Sicherheit bestehen, wenn es eine relative Existenzraumvergrößerung durch Effizienzsteigerung gibt. Eine Gefahr für die Nachhaltigkeit eines Systems ist jedoch eine absolute Existenzraumvergrößerung. Diese Gefahr besteht nicht nur, wenn die absolute Existenzraumvergrößerung durch andere Systeme betrieben wird, mit welchen eine Konkurrenzsituation um die gleiche Energieform besteht, sondern es besteht auch eine Gefahr für sich selbst durch eine eigene absolute Existenzraumvergrößerung. Dies ergibt sich aus der Interdependenz der Systeme. Eine absolute Existenzraumvergrößerung eines Systems verringert den Existenzraum von anderen Systemen. Durch die Interdependenz sind neben der Beeinträchtigung anderer Systeme auch Beeinträchtigungen für das den Existenzraum absolut vergrößernde System selbst möglich.

Systeme sind die Entitäten, auf die im jeweiligen Diskurs einer Dimension Nachhaltigkeit angewandt wird. Das im Nachhaltigkeitsdreieck vermittelte Verständnis, dass die vollkommene Nachhaltigkeit des einen Systems die vollkommene Nachhaltigkeit der anderen Systeme ausschließt, ist damit nicht mehr zu halten. Diese Interpretation von Nachhaltigkeit vernachlässigt die Interdependenz der Systeme. Denn Nachhaltigkeit bedeutet, dass andere Systeme durch die Nachhaltigkeit des einen Systems nicht beeinträchtigt werden, da in ihrem Sinne nicht in den Existenzraum anderer Systeme eingegriffen

wird. Die Nachhaltigkeit ist, wie hier analysiert, ein allgemeiner Begriff für alle Systeme. Auch das Drei-Säulen-Modell stellt die Interdependenzen unzureichend dar. Hier bietet das Existenzraum-Modell eine dynamischere Perspektive.

Die begründeten Elemente des Existenzraum-Modells sind in aller Kürze Selbsterhaltungsstreben von Systemen, Konkurrenz von Systemen um die verfügbare Energie, Selbsterhaltung durch Existenzraumvergrößerung, Interdependenz der Systeme, nachhaltige Selbsterhaltung durch Konstanz oder Effizienzsteigerung.

Das Metasystem Erde

Die Anwendung des Existenzraum-Modells auf das Metasystem Erde soll hier ein besseres Verständnis der konkreten Interdependenzen zwischen den im Nachhaltigkeitsdiskurs betrachteten Subsystemen der Ökologischen, Sozialen und Ökonomischen Dimension ergeben.

Das Metasystem Erde empfängt als externe Energiezufuhr von der Sonne Licht und Wärmestrahlung.[18] Wie aus dem Metasystem Erde geschichtlich gesehen das Ökosystem Erde entstand, ist hier nicht darstellbar. Doch empirische Tatsache ist, dass als belebte Materie kategorisierte Entitäten existieren und zusammen mit der unbelebten Materie und physikalischen Kräften das Ökosystem Erde bilden. Dieses beinhaltet unter anderem Soziale Systeme und Ökonomische Systeme.

Die externe Energie in Form von Licht und Wärme (und auch Wärme aus dem Inneren der Erde) steht den Subsystemen zur Verfügung. Pflanzen beispielsweise entwickeln sich durch die Energiezufuhr von Licht, Wärme und einigen benötigten Elementen. Geschichtlich später entwickelte Subsysteme sind nicht mehr zwangsläufig an die direkte Energiezufuhr durch Licht oder Wärme angewiesen und können auf die in den schon vorhandenen Subsystemen gespeicherte Energie zurückgreifen. Viele Tierarten beispielsweise führen sich Energie in Form von Pflanzen zu oder sogar durch andere Tiere. Fakt ist ebenso, dass alle als belebte Materie kategorisierten Systeme eine Zufuhr von Energie und Elementen benötigen. Dies ist auch auf aus Lebewesen zusammengesetzte Systeme übertragbar. Beispielsweise benötigen einige heute bestehende Gesellschaften zum Über-leben neben der historisch ursprünglichen Energiezufuhr in Form von Nahrung aus Pflanzen oder Tieren für die einzelnen Individuen eine zusätzliche und andere Energiezufuhr.

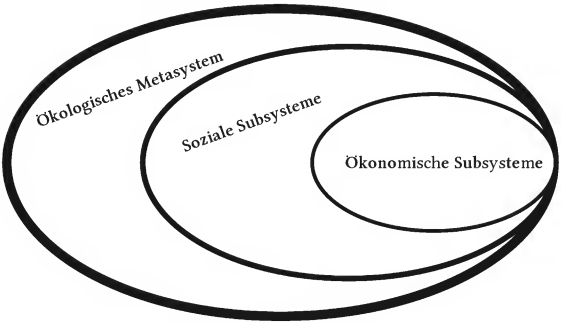
Ohne Energie in Form von Strom aus lang- bzw. kurzfristig regenerativen Quellen wäre die Form des Lebens in der westlichen Welt undenkbar. Auch langfristig regenerative Energiequellen wie Öl oder Kohle als Zersetzungsprodukte von ehemaligen Lebewesen sind indirekt auf Licht oder Wärme als Energielieferant zurückzuführen. Es gibt keine Energiequelle auf der Erde, die letzten Endes nicht auf die Urquellen Licht oder Wärme zurückführbar sind (ausgenommen der Kernspaltung).[19] Zwischen den Systemen wird also Licht und Wärme ausgetauscht. Dies kann in ihrer ursprünglichen Form oder in daraus entwickelten Energie-Formen geschehen. Die einzelnen Systeme konkurrieren um die verfügbare Energie, nutzen aber durch Wiederverwertung von schon einmal umgeformter Energie die Möglichkeiten der zufließenden Energie mehrfach aus.

Fundamental ist hierbei die universelle Anwendbarkeit des Existenzraum-Modells auf die verschiedenen Dimensionen. Ob der Existenzraum für das Ökosystem Erde, ein soziales System der Menschen oder ein ökonomisches System untersucht wird, jedes System hat seinen zuordenbaren Existenzraum. Bei einer Veränderung der Energiezufuhr verändert sich der Existenzraum der betroffenen Systeme. Dabei müssen die Interdependenzen zwischen den Systemen berücksichtigt werden. Eine absolute Existenzraumvergrößerung eines Systems verändert das Verhältnis zwischen diesem und anderen Systemen. Vergrößert beispielsweise eine Population einer Tierart ihren Existenzraum absolut, indem es seine pflanzliche Energiequelle übernutzt, so führt dies *ceteris paribus* später zu einer Verringerung der Populationsgröße, da der pflanzliche Energielieferant nicht mehr in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Der tierische Existenzraum ist nach dem Vorgang möglicherweise sogar kleiner als vor dem Ausgangspunkt der absoluten Existenzraumvergrößerung. Bei einer relativen Existenzraumvergrößerung entsteht keine Übernutzung. Als Beispiel hierfür stelle man sich eine tierische Population vor. Sinkt etwa die Sterberate von Nachkommen, so sind *in summa* weniger Geburten für eine stabile Population notwendig. Die Energiemenge, welche die Population zuvor für die Aufzucht von später versterbenden Nachkommen benötigte, ist dann geringer. Wird diese frei gewordene Energie durch die Population in die Aufzucht von Nachkommen zur Populationsvergrößerung verwendet, dann fällt dies unter die Kategorie der relativen Existenzraumvergrößerung.

Betrachtet man nun das Ökologische System Erde, die Sozialen Systeme und die Ökonomischen Systeme, so ist zunächst eine Hierarchie feststellbar. Das Ökologische System Erde umfasst als Metasystem alle auf die Erde ein-

strömende Energie. Die Subsysteme der Sozialen und Ökonomischen Dimension konkurrieren um die vorhandene Energie in den jeweils benötigten Formen. Sie nehmen einen verschieden großen Existenzraum ein. Soziale Subsysteme umfassen einen kleineren Anteil der im gesamten Metasystem verfügbaren Energie, denn es gibt viele organische und auch anorganische Systeme im Ökologischen Metasystem, welche nicht unter die Kategorisierung von existierenden sozialen Beziehungen fallen. Ökonomische Subsysteme[20] wiederum kommen nur in Sozialen Subsystemen vor. Es gibt soziale Beziehungen im Tierreich und auch unter den Menschen, die nicht auf pekuniäre Beziehungen reduzierbar sind. Ökonomische Subsysteme sind an den Menschen als Träger gebunden und können ohne die Zwischenebene der Sozialen Subsysteme nicht existieren. Sie sind daher, um die Hierarchie zu verdeutlichen, Sub-Subsysteme. Soziale Subsysteme sind also der in ihrer Größe nicht überwindbare Existenzraum für Ökonomische Sub-Subsysteme.

Für die Interdependenzen der Systeme hat die einseitige Abhängigkeit der Subsysteme von dem jeweilig übergeordneten System die Folge, dass die Subsysteme ihren Existenzraum maximal bis auf den Existenzraum des übergeordneten Systems vergrößern können. Geschieht dies, so besteht die Gefahr, dass das übergeordnete System als Existenzgrundlage zerstört wird. Je mehr Soziale Subsysteme den Existenzraum des Ökologischen Metasystems ausfüllen, desto weniger Existenzraum bleibt für andere Subsysteme, die möglicher-



Die Hierarchie der drei betrachteten Dimensionen. Die Nachhaltigkeit eines Systems ist dadurch gekennzeichnet, dass sein Existenzraum in der Größe konstant bleibt oder durch Effizienzsteigerung relativ größer wird. (Eigene Darstellung)

weise als Energielieferant für die Sozialen Subsysteme dienen. Ein konkretes Beispiel hierfür ist, dass das menschliche Bevölkerungswachstum immer mehr Existenzraum des Ökologischen Metasystems, beispielsweise zum Wohnen ausfüllt, dadurch aber Ökologischen Existenzraum zum Anbauen der überlebensnotwendigen Nahrung wegnimmt. Für die Beziehung zwischen Sozialen Subsystemen und Ökonomischen Sub-Subsystemen gilt dies in ähnlicher Weise. Je mehr Existenzraum der Sozialen Subsysteme durch die Ökonomischen Sub-Subsysteme ausgefüllt wird, desto weniger Existenzraum bleibt für andere Sub-Subsysteme, die möglicherweise als Energielieferant für die Ökonomischen Sub-Subsysteme dienen. Betrachtet man zum Beispiel das Soziale System Familie einer Gesellschaft und nimmt an, dass immer mehr Existenzraum des Sozialen Systems durch ein Ökonomisches Subsystem in Anspruch genommen wird, dann sind die Beziehungen zwischen den Elementen (hier: der Familie) tendenziell ökonomisierter. Der Mensch als eigenes Subjekt in der Familie oder Gesellschaft wird zum Objekt ökonomischer Abwägungen. Bis zu welchem Grad eine Familie oder eine Gesellschaft dies verkraften kann, ohne ihre Grundlage – den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – zu verlieren, ist eine spannende Frage; gerade auch, was die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft im Allgemeinen angeht.

Um der Gefahr des Verlustes der eigenen Existenzgrundlage aus dem Weg zu gehen, bietet sich für Soziale Subsysteme und Ökonomische Sub-Subsysteme die Nachhaltigkeit als Lösung an. Nur ein konstant großer Existenzraum oder ein durch Effizienzsteigerung vergrößerter Existenzraum können Nachhaltigkeit und damit das langfristige Bestehen gewährleisten. Wenn in durch Menschen beeinflussbaren Systemen dennoch absolute Existenzraumvergrößerungen stattfinden, so muss zur Sicherung einer langfristigen Existenz sehr stark darauf geachtet werden, dass nicht ein einzelnes Subsystem auf Kosten anderer auch wichtiger Subsysteme den Existenzraum des Metasystems an irgendeiner Stelle übernutzt. Die Nachhaltigkeit im Sinne des Existenzraum-Modells, welche ein Garant für eine langfristige Existenz ist, stellt damit eine klare Hierarchie der bestehenden Systeme und Subsysteme heraus. In diese muss sich auch der Mensch einfügen, insofern er eine langfristige Existenz als wünschenswert erachtet.

Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft

Die Bedingungen für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sind die gleichen Bedingungen wie für Nachhaltigkeit. Denn eine langfristige Perspektive für eine Gesellschaft ist an ihre fortbestehende Existenz und diese wiederum

ist an Nachhaltigkeit gebunden. Die Bedingungen der Nachhaltigkeit sind ein konstant großer Existenzraum bzw. eine relative Existenzraumvergrößerung. Für die Gesellschaft im Konkreten bedeutet die Übertragung des Existenzraum-Modells, dass jedwede Form von Existenzraumvergrößerung, die nicht durch Effizienzsteigerung verursacht ist, nicht nachhaltig ist und damit die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft gefährdet.

In einigen Gesellschaften gibt es derzeit Existenzraumvergrößerungen. Dazu zählen beispielsweise Bevölkerungswachstum, Bedürfniswachstum und Wirtschaftswachstum. Ein auf Effizienzsteigerung beruhendes Bevölkerungswachstum würde bedeuten, dass jeder einzelne Mensch mit weniger Nahrung auskommt oder, dass auf der gleichen Menge benutzten Ackerlandes mehr Nahrung gewonnen wird, in einem das Bevölkerungswachstum abdeckenden Umfang. Wenn Bedürfniswachstum auf Effizienzsteigerung beruhen würde, so würden neue Bedürfnisse alte Bedürfnisse derart subsumieren, dass die für die Bedürfnisbefriedigung verwendete Energie pro Mensch gleich bleibt. Dies ist aktuell leider nicht zu beobachten und mit steigendem Wohlstand von Gesellschaften steigt auch der für die Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen aufgewendete Energiebedarf.

Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum würde bestehen, wenn das Wachstum ausschließlich auf Effizienzsteigerung beruhen würde und nicht durch steigenden Energiebedarf erzeugt würde. Die beispielhaft genannten absoluten Existenzraumvergrößerungen sind im Ökologischen Metasystem Erde gerade in einem Umfang anzutreffen, der nicht mehr nachhaltig ist. Dies gefährdet langfristig die Zukunft der Gesellschaft, da Nachhaltigkeit die zentrale Bedingung dafür ist. Die Frage, wie viel absolute Existenzraumvergrößerung die übergeordneten Systeme oder andere Subsysteme vertragen können, ist schwer zu beantworten. Doch Zeichen wie der Klimawandel als Sinnbild für die Übernutzung des Ökologischen Metasystems durch Soziale Subsysteme der Menschen oder auch Hungersnöte sind eine deutliche Warnung. Erfolgsarme Klimagipfel und Hilfstransporte, die nur das reine Überleben ermöglichen können, anstatt Strukturänderungen zu fördern, sind eine enttäuschende Antwort.

Eine zentrale Frage für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ist, ob es den menschlichen Sozialen Systemen möglich ist, sich selbst auf effizienzverursachtes Wachstum zu beschränken. Darüber hinaus gehendes Wachstum kann zwar kurzfristig bessere Lebensverhältnisse für Einige ergeben, ist aber eine Gefährdung für langfristig gute Lebensbedingungen. Wie viel Risiko

können wir eingehen? Wie viel Risiko dürfen wir eingehen? Wenn wir als Gesellschaft verpflichtet sein sollten, unseren Nachkommen eine Welt mit ähnlich guten Lebensmöglichkeiten zu hinterlassen, dann ist auch nachhaltiges Handeln unsere Pflicht. Alle gesellschaftlichen Akteure sind daher angehalten auf eine Gesellschaft hinzuwirken, die nicht auf Kosten anderer Menschen, Gesellschaften oder der Natur wächst. Denn dies beeinträchtigt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft negativ.

---

[1] Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Bundestages (2004): »Der aktuelle Begriff – ›Nachhaltigkeit‹«. *Wissenschaftliche Dienste des Bundestages* 06/2004. Verfügbar unter: *http://webarchiv.bundestag.de/archive/2008/0506/wissen/analysen/2004/2004_04_06.pdf* [21.01.2012].

[2] Abschlussbericht der Enquete-Kommission (1998): »Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung«. *Drucksache des Deutschen Bundestages* 13/11200, 17ff. Verfügbar unter: *http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/13/112/1311200.pdf* [21.01.2012].

[3] Kleine, Alexandro (2008): »Integrierendes Nachhaltigkeitsdreieck«. Verfügbar unter: *http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/f4/Integrierendes_Nachhaltigkeitsdreieck.png* [21.01.2012].

[4] Report of the World Commission on Environment and Development (1987): »Our Common Future«. *Brundtland Report,* Chapter 2, Nr. 3. Verfügbar unter: *http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm* [21.01.2012].

[5] Wissenschaft ist der Begriff für den institutionellen Rahmen und den geschichtlichen Kontext; Forschung ist der Akt, Wissen zu schaffen.

[6] Es ist nicht ausgeschlossen, dass Ideen in nicht wissenschaftlich-institutionellen Diskursen entstehen. Im Kern gibt es auch hier spezialisierte Menschen, die adäquate Lösungen auf bestimmte Probleme finden.

[7] Meadows et al. (1972): *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

[8] Zusammenfassung von »Die Grenzen des Wachstums«. Verfügbar unter: *http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/ziele_und_wege_3/Probleme_95/meadows_u_a_die_grenzen_des_wachstums_1972_1373.htm* [21.01.2012].

[9] Turner, Graham (2008): »A comparison of The Limits to Growth with 30 years of reality.« Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation. Zusammenfassung. Verfügbar unter: *http://www.csiro.au/en/Portals/Multimedia/CSIROpod/Growth-Limits.aspx* [21.01.2012].

[10] Bundesrepublik Deutschland (1949–2010): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Verfügbar unter: *http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html* [21.01.2012].

[11] Europäisches Parlament, Rat, Kommission (2000): Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Verfügbar unter: *http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:303:0001:0016:DE:PDF* [21.01.2012].

[12] Der Begriff Form wird hier in einem sehr weiten Sinn verstanden. In Analogie zu einem Körper, der sich durch seine Form von dem abgrenzt, was nicht der Körper ist, ist die Form als das zu verstehen, was eine Entität von dem abgrenzt, was nicht diese Entität ist. (vgl. Spencer-Brown (1969): *Laws of Form*. Leipzig: Bohmeier Verlag).

[13] Der von mir verwendete Begriff des Systems hat Parallelen zu Luhmanns Systembegriff. (vgl. Niklas Luhmann (1987): »Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie«. Frankfurt am Main: Suhrkamp).

[14] Raum ist hier in einem weiten Sinne zu verstehen. Er ist nicht nur auf die aus dem alltäglichen Gebrauch bekannten drei physischen Raumdimensionen zu beziehen, sondern geht über die Ausdehnung hinaus und inkludiert auch die Voraussetzungen, welche für die Existenz von Systemen erforderlich sind.

[15] Ganz im Sinne des 2. Hauptsatzes der Thermodynamik.

[16] Eine nicht aufrecht erhaltene Ordnung kann auch ein innerlich partiell verändertes System sein. Eine veränderte Ordnung kommt nicht sofort einer Aufgabe der Existenz gleich. Doch je größer die Ordnungsänderung, desto unwahrscheinlicher die Fortexistenz und desto ausgeschlossener die Fortexistenz in der alten Form (Ordnung).

[17] Diese Aussage muss ein wenig relativiert werden. Denn bei sehr viel Energie in kurzer Zeit und auf kleinem Raum ist in Anlehnung an den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik der Druck, mit welchem die Energie von dem energiereichen auf den energiearmen Raum fließt, möglicherweise unbeherrschbar groß. Dies ist die Funktionsweise einer Explosion. Die Energiemenge muss also schon beherrschbar für die von ihr durchflossenen Systeme bleiben.

[18] Eine genauere Betrachtung ist in diesem Rahmen nicht erforderlich.

[19] Auch Windkraft gäbe es ohne Wärmeunterschiede nicht. Diese sind wiederum überwiegend durch die Einstrahlungsunterschiede bei Tag, Nacht, Erdrundung verursacht. Für manche Entstehung von Energiequellen sind neben einer bestimmten Temperatur auch bestimmte Druckbedingungen erforderlich. Ohne eine bestimmte Wärme geht aber auch das nicht. Der klassische Druck wird in dieser Betrachtung weiterhin außer Acht gelassen, weil er als Urquelle von Energie vernachlässigbar ist.

[20] Um Irritationen zu vermeiden, sei hier darauf hingewiesen, dass Ökonomische Systeme im Sinne der Ökonomischen Dimension nach dem Drei-Säulen-Modell sich auf pekuniäre Zusammenhänge beziehen. Es ist damit kein über Wirtschaftlichkeit hinausgehender Ansatz verbunden.

Gesellschaft

Tiger, Regenwald, Sprache – alles stirbt

N. Clara Grass

Es ist abends und der Fernseher läuft. Wie üblich unterbricht Werbung den Film. Eine Großaufnahme des Regenwalds aus der Vogelperspektive zeigt grüne Bäume und Nebel. Der Soundtrack besteht aus einer orchestralen, hoffnungsvoll klingenden Melodie und ein Tiger kreuzt den Bildschirm von links nach rechts. Weitere Aufnahmen zeigen ausgewachsene Tiere und kleine Tigerjunge, eine Stimme aus dem Off erklärt, es gäbe nur noch 3200 frei lebende Tiger auf dieser Welt, denn ihre Existenz werde durch Wilderer und den Holzhandel bedroht. Schon sind dreißig Sekunden um, in denen wir darauf hingewiesen wurden, dass es vielen Tieren in freier Wildbahn auf Grund des sich durch Menschenhand verringernden Lebensraumes schlecht geht und unser Regenwald in vielen Teilen der Welt zusehends verschwindet, während wir faul auf der Couch liegen und fernsehen. Wieder denken wir kurz daran, dass man da eigentlich etwas tun müsste und man sich ohnehin viel mehr engagieren könnte und … Sieh an! Ein neues Shampoo ist auf dem Markt! Es ist unglaublich innovativ und – äußerst faszinierend – reinigt die Haare! Kurz erscheint einem das Bild eines traurig blickenden Tigers vor dem inneren Auge, bevor der Film weitergeht und alles in der Werbung gezeigte sich ins Unterbewusstsein zurückzieht. Der nächste Tag nimmt seinen Lauf und es gilt, den Alexanderplatz zu überqueren. Ein riskantes Unternehmen, denn Gefahren wie lautlose Straßenbahnen und Fundraiser sind überall auf dem Platz verstreut. Nachdem man erfolgreich der Straßenbahn ausgewichen ist und sich an einem verträumten Zeitungs-Promoter vorbeigestohlen hat, steht plötzlich eine gutgelaunte Person vor einem und ruft herzlich »Hallo!«. Erst dann entdeckt man den Stand, der mit bunten und aussagekräftigen Bildern verkündet, dass der Regenwald unbedingt gerettet werden muss, die Organisationen dafür jedoch Hilfe in Form von Geld benötigen. Weil die Argumente des Fundraisers durchaus Sinn ergeben und die Abholzung des Regenwaldes auch unser Leben nachhaltig beeinflussen kann und wird, macht man mit und unterstützt den Regenwald monatlich per Lastschrift.

Der Regenwald ist, ohne Frage, lebenswichtig für uns. Ein Drittel des Sauerstoffs, den wir atmen, wird dort produziert.[1] Ein Drittel der Arzneiwirkstoffe unserer Medikamente werden nur im Regenwald gefunden.[2] Zwei Drittel aller uns bekannten Tier- und Pflanzenarten kommen aus dem tropischen Urwald.[3] Der Schutz und die Erhaltung des Regenwaldes gilt deshalb als zentrales Ziel im Kampf gegen den Klimawandel und für die Erhaltung der Biodiversität. Ohne den Regenwald ist ein Leben, wie wir es kennen, nicht möglich. Sauerstoff ist essentiell für ein Leben auf der Erde. Er ist eine der Grundlagen unseres Daseins.

Doch auch andere Faktoren sind maßgebend für unser Leben. Entscheidend für das Zusammenleben mit Anderen ist unsere Fähigkeit zur Kommunikation. Neben der nonverbalen Ebene, spielt die sprachliche Ebene eine zentrale Rolle bei der Verständigung. Von klein auf lernen wir zu sprechen und unsere Wünsche, Gedanken, Abneigungen und Gefühle auszudrücken. Manches davon ist leichter in Worte zu fassen als anderes, dennoch sind wir mit Hilfe von Worten immer in der Lage, einen Standpunkt zu verdeutlichen. Unsere Muttersprache begleitet uns ein Leben lang. Im Vergleich zu anderen Sprachen, die wir im Laufe unseres Lebens lernen, sei es in der Schule, in der Freizeit oder arbeitsbedingt, verfügen wir bei unserer Muttersprache über die meisten Vokabeln, Ausdrücke und Idiome. Neben der Muttersprache sprechen 52,7 Prozent der Europäer mindestens eine Fremdsprache, meist Englisch.[4] Die Muttersprache ist und bleibt jedoch ein besonderer Teil der menschlichen Kultur und formt gleichzeitig die Identität eines jeden Individuums. Egal, wie viele Sprachen wir dazu erlernen, sie wird diejenige sein, in der wir am besten unsere Gefühle ausdrücken können. Denn wie Belmondo schon sagte: »Auch ein Mensch, der zwanzig Sprachen beherrscht, gebraucht seine Muttersprache, wenn er sich in den Finger schneidet«.[5]

Die unterschiedlichen Sprachen dieser Welt sind nicht durch die Ländergrenzen voneinander abgeschottet; mit der Bewegung ihrer Sprecher werden sie an andere Orte transportiert und verbreitet, sodass in einem Land mitunter viele verschiedene Sprachen gesprochen werden. Eine einzige Sprache kann bisweilen die Kommunikation über viele Ländergrenzen hinweg ermöglichen. Auf der Welt werden derzeit schätzungsweise 6 000 Sprachen gesprochen.[6] Genauso wie Regenwald und Tiger sind auch Sprachen vom Aussterben bedroht. Wenn Tiger und Regenwald verschwinden, dann sind die Folgen weitgehend bekannt. Der Verlust einer einzelnen Sprache wirkt zunächst bei weitem nicht so dramatisch, wie das Aussterben einer Großkatze. Doch was passiert, wenn eine Sprache nicht mehr gesprochen wird? Und warum »sterben« Sprachen?

Illustration von Kathrin Wylezol

So wie sich der Lebensbereich eines Tieres verändern kann, so verwandelt sich das Umfeld, in dem eine Sprache gesprochen wird. Sie ist Moden und Einflüssen von außerhalb unterworfen, befindet sich daher ständig in einem Veränderungsprozess. Diese Wandlungen werden oftmals kritisiert, so wie derzeit die Übernahme vieler vermeintlich englischer Ausdrücke ins Deutsche.[7] Die Aufnahme von Fremdwörtern ist jedoch nichts Neues. Auch rein wissenschaftlich betrachtet wird die deutsche Sprache tatsächlich nicht von Lehnwörtern bedroht. Nicht einmal der Satzbau werde bei der Einbürgerung von fremdsprachlichen Wörtern beschädigt, so Bödecker.[8] Dass viele Wörter auch gar keinen Sinn ergeben, wenn sie in die deutsche Sprache übersetzt werden, zeigt sich gerade in der Computer-Technologie. Dort wird das Motherboard zum Mutterbrett, Software zur Weichware und der Joystick zum Freudenstock. Dennoch wurde schon 1885 der Allgemeine Deutsche Sprachverein gegründet, der sich ausschließlich um die »Erhaltung und Wiederherstellung des echten Geistes und eigentümlichen Wesens der deutschen Sprache« kümmerte.[9] Die Sprachpuristen fürchteten das Überhandnehmen der französischen Wörter und den Verfall der deutschen Sprache. Diese Sorge um die deutsche Sprache rief schon bei Goethe Verachtung hervor, der die Sprach-Pedanterie als »ein absurdes Ablehnen weiterer Ausbreitung des Sinnes und Geistes« beschrieb.[10] Lehn- bzw. Fremdwörter und Neologismen bereichern den Wortschatz und verdrängen andere Wörter nicht notwendigerweise. Durch sie stirbt eine Sprache nicht aus. Sie verändert sich nur und folgt dem Wandel der Zeit. Nur durch diese Toleranz gegenüber anderen Sprachen und ihre Fähigkeit zur Flexibilität kann eine Sprache überleben. Jedes Jahr kommen rund 800 neue Wörter in den Duden, die sich neu gebildet haben und uns eine ausdifferenziertere Wortwahl ermöglichen.[11]

Manchmal verändert sich aber eine Sprache nicht nur, sondern verschwindet gänzlich bzw. wird nicht mehr aktiv gesprochen. Die schlichteste Ursache für das Aussterben einer Sprache ist das Sterben ihrer Sprecher. Dies ist der Grund für das Sterben von 20 Prozent der heutigen Sprachen. Ein Fünftel der Sprachen werden derzeit von Sprachgruppen von bis zu zwanzig Personen gesprochen;[12] die Lebenszeit ihrer Sprache ist sichtlich begrenzt. Warum eine Sprache nicht an Nachfahren oder Bewohner der gleichen Region weitergegeben wurde, kann mehrere Hintergründe haben. Der einfachste ist, dass es weder Nachfahren noch andere Personen gibt, an die die Sprache vererbt werden könnte. Das passiert zumeist an abgelegenen Orten, z. B. in der Nähe des Polarkreises oder in Regenwaldgebieten.

Paradoxerweise haben diese Sprachgruppen eigentlich die besten Voraussetzungen für den Erhalt ihrer Sprache: Sie leben beinahe autark und verfügen über ein starkes Identitätsbewusstsein. Dadurch, dass kaum Einflüsse von außen, wie z. B. andere Dialekte und Sprachen des jeweiligen Landes, in ihre Sprache eindringen, verändert sie sich über die Jahre hinweg nur wenig, wird aktiv gesprochen und an die Nachfahren überliefert. Trotzdem ist ihr Sprachgut durch die vergleichsweise kleine Sprecherzahl gefährdet. So gibt es allein in Peru einige Völker, wie die Yora und Cacataibos, die ihre eigene Sprache entwickelt haben und gezielt den Kontakt zu anderen Völkern meiden. Ebenso wie die dort lebenden Tiere durch den Holzabbau und die vermehrte Ölförderung bedroht werden, werden auch die Völker und ihre Sprachen bedroht. Denn der Amazonasregenwald ist auch ihr Lebensraum. Wird dieser zerstört, sterben diese Völker, denn durch die jahrzehntelange Isolation ist ihr Immunsystem den Krankheiten der Außenwelt nicht gewappnet.[13] Darüber hinaus verfügen sie nicht über die nötigen Ressourcen um sich eine nachhaltige Lebensgrundlage zu schaffen.

Jedoch kann das Aussterben auch langsam vonstattengehen und über viele Jahrzehnte dauern. In Indien z. B. wird im Schulsystem Wert auf Multilingualität gelegt. Das bedeutet, dass jedes Kind neben seiner Muttersprache (eine von etwa 120 existierenden Sprachen in Indien),[14] eine aus dem bewohnten Bundesstaat und eine der landesweiten Sprachen, also Englisch oder Hindi, lernt.[15] Das ist vergleichbar mit Deutschland: Zunächst lernt jedes Kind Deutsch. Ab der dritten oder fünften Klasse kommt meistens Englisch dazu und später, wenn die gymnasiale Oberschule besucht wird, eine dritte Sprache. Anders aber als deutsche Schüler, kommt es in Indien oft vor, dass die Muttersprache mit der Zeit durch eine der anderen beiden Sprachen ersetzt wird. Sei es, weil a) die Verwandten und Bekannten ebenfalls die anderen Sprachen verstehen und sprechen, b) die Muttersprache weitaus komplexer ist als die anderen, c) die Person in ein Umfeld zieht, in der die Muttersprache gar nicht mehr gesprochen wird oder d) die Muttersprache negativ konnotiert ist und daher vermieden wird.[16] Im Folgenden möchte ich die genannten Faktoren vertiefen.

Ist man im ständigen Kontakt mit zwei weiteren Sprachen, kommt es vor, dass die eigentlich zuerst erlernte Sprache in den Hintergrund gerät, da sie im täglichen Schulalltag kaum gebraucht wird. Sitzen in einer Klasse Kinder aus verschiedenen Dörfern, in denen nicht nur andere Dialekte gesprochen werden, sondern sogar komplett unterschiedliche Sprachen, werden die Kinder untereinander eine andere Sprache sprechen als daheim. Gehen sie anschließend nach Hause, behalten sie die Sprache oftmals bei, da auch ihre

Familien diese Mundart erlernt haben und sich mit ihr verständigen können. Durch das stete Nutzen der häufiger gesprochenen Sprache gerät die eigentliche Muttersprache der indischen Schüler in Vergessenheit und wird wieder verlernt. Oftmals sind diese Muttersprachen kleine Sprachen, also Sprachen, die von weniger als 5 000 Personen gesprochen werden. Durch die geringen Sprecherzahlen und dadurch, dass sie von ihren Sprechern verlernt werden, sind diese Sprachen stark gefährdet.

Außerdem sind kleine Sprachen häufig kompliziert. Sie weisen eine höhere Anzahl an lexikalischen Irregularitäten auf und haben eine stark ausgeprägte Morphologie.[17] Synthetische Sprachen, in denen die grammatische Funktion eines Wortes durch dessen Affix (grammatikalischer Wortanhang) erkannt wird, werden in vielen Fällen durch analytische Sprachen ersetzt. Diese Sprachen verfügen über Funktionswörter, die die Funktion eines Begriffes kenntlich machen. Manche Sprachen, so wie Deutsch, verfügen über eine Mischform. Auch hier setzt sich die analytische Form mit der Zeit durch. Vor allem beim Konjunktiv wird der Wandel sichtbar: Nur wenige Personen sagen heute noch: »Ich wünschte, du bliebst«, eher sagen die meisten: »Ich wünschte, du würdest bleiben«. Bei »bliebst« ist der Affix „st" spezifisch für die zweite Person Singular und zeigt an, dass die Person mit der man gerade spricht, bleiben solle. Die Funktionswörter sind einprägsamer als die differierenden Affixe der synthetischen Sprache und werden daher häufiger benutzt. In vielen Ländern herrscht das Problem der Landflucht. Die Jugendlichen erhoffen sich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und vor allem ein höheres Einkommen in den Städten. Teilweise werden aber auch Völker aus dem Regenwald durch dessen Zerstörung vertrieben und müssen zwangsläufig in Städte umsiedeln, so wie z. B. das Volk Awa-Guajá im Norden Brasiliens. In den Städten wird überwiegend die Landes- bzw. Mehrheitssprache einer Region gesprochen, sodass kleine Sprachen langsam aussterben: Die Muttersprache wird selten oder gar nicht mehr gesprochen, gerät in Vergessenheit und wird von den Zugezogenen nicht mehr an die nächste Generation weitergegeben.

Es gibt noch einen weiteren, eher außergewöhnlichen Grund für das Aussterben von einer Sprache: Manche Sprachen werden von ihren Rednern derart negativ betrachtet, dass sie bewusst aufhören, sie zu benutzen.[18] Das liegt daran, dass andere Sprachen als moderner und zeitgemäßer erscheinen bzw. über mehr Prestige verfügen als die eigentliche Muttersprache. Sprachen, Slangs und Dialekte, die vor allem in unteren sozialen Schichten gesprochen werden, haben ein niedrigeres Ansehen als die Sprache der führenden obe-

ren Klasse. Durch die Nutzung der »höheren« Sprache wird somit versucht, bewusst eine Identität mit höherem Status zu konstruieren.

Ob eine Sprache negativ oder positiv konnotiert ist, ist vor allem gesellschaftlich bedingt. In kultureller und linguistischer Hinsicht gibt es keine höhere oder primitivere Sprache. Jede Ethnie, jede Region, jede abgelegene Siedlung hat über Jahrtausende Sprachen erfunden, entwickelt, manche teilweise wieder verworfen oder anderen angepasst. Jede Sprache ist ein integraler Bestandteil einer Gesellschaft und Kultur. Jeder Sprachwortschatz ist einzigartig und kann gleiche Dinge vollkommen anders beschreiben. Bisweilen treten sogar Wörter und Konzepte auf, die es nur in einer spezifischen Sprache gibt und in sonst keiner anderen. Durch die Kenntnis einer neuen Sprache eignet man sich das Verständnis einer Kultur an. Einerseits weil man kommunizieren kann und andere Menschen versteht. Andererseits, weil man sich ein Stück der Kultur an sich angeeignet hat. Sprache bedeutet somit nicht nur Kommunikation, sondern auch Geschichte, Wissen und Identität. Geht eine Sprache für immer verloren, so ist das auch ein Verlust von Diversität, Kultur und Identität.

Wenn also jemand sich zielgerichtet von seiner Sprache abwendet, um eine andere, vermeintlich bessere Sprache zu nutzen, dann kann das auch einen Verlust von Identität mit sich bringen. Viele Sprachen sterben aus, ohne dass man etwas für ihren Erhalt tun könnte. Man kann sie dokumentieren, verschriftlichen und sie in Büchern aufbewahren. Doch, abgesehen davon, dass manche Sprachen gar nicht über eine schriftliche Form verfügen, wird sie dadurch nicht am Leben erhalten. Schrift ist nicht gleich Sprache. Man kann auch niemanden dazu zwingen, eine Sprache anzuwenden, die er nicht als seine eigene anerkennt. Man kann jedoch das Bewusstsein zu seiner Muttersprache ändern. Wenn man zu seiner Zunge steht, steht man nicht notwendigerweise zu einem sozialen Status, sondern zu sich selbst. Denn Sprache ist der Schlüssel zur eigenen, aber auch zu anderen Kulturen.

Alle zwei Wochen stirbt eine Sprache für immer.[19] Um dem entgegen zu wirken haben engagierte Organisationen beschlossen, kleine Sprachen zu fördern. So z. B. das Projekt »We Care« von »Auszeit Neuseeland«, welches den Erhalt der Maori-Kultur fördert und Kindern das Lernen der Maori-Sprache nahe legt. In Deutschland spricht die Mehrheit der Bevölkerung Deutsch. Doch obwohl alle in Deutschland Deutsch sprechen, verstehen sich manchmal nicht alle, da innerhalb einer Sprache Variationen und Dialekte auftreten. Trotzdem erkennen wir alle Variationen des Deutschen als Deutsch an und

messen keiner Variation mehr oder weniger Wert zu. In anderen Kontinenten gilt dieses Prinzip nicht. Dort wird gesprochen, was sich im Laufe der Zeit regional ausgebildet hat. In vielen Ländern können daher viele Sprachen eine Entwicklung erfahren haben und manche gelten als minderwertig. Doch dies kann nur durch das gesellschaftliche Bewusstsein geschehen, denn keine Sprache ist von sich aus »besser« oder »schlechter« als eine andere. Dieses Bewusstsein gegenüber der Sprache kann durch niemand anderes verändert werden als durch den Einzelnen selbst. Kein Teil der individuellen Identität sollte versteckt oder verdrängt werden, auch nicht der der Sprache. Sollte das Sprachensterben mit dem bisherigen Tempo fortfahren, wird in hundert Jahren nur noch die Hälfte der bisherigen Sprachen existieren. Der Verlust, den wir dadurch erfahren, ist kaum vorstellbar.

Die Regenwälder und Tiger dieser Erde werden noch nicht ausreichend geschützt. Doch unzählige Fundraiser und Organisationen weisen auf die Abholzung der Wälder und die Folgeschäden hin. Die Rettung der Biodiversität und erfolgreicher Klimaschutz sind noch nicht in Sicht, aber wenigstens schon ein globales Vorhaben. Das Aufhalten des Sprachensterbens ist nur einigen wenigen ein Ziel. Auch wenn die Zukunft der Menschheit nicht davon abhängt, auf wie vielen Sprachen wir uns verständigen: Die Diversität und die kulturelle Vielfalt, die auf diesem Planeten existiert, wird durch Sprache konstituiert. Es ist daher im Sinne der menschlichen Kultur, die sich unter anderem durch Sprachen manifestiert, dass wir der Sprache ein neues Bewusstsein zugedenken und unsere Sprachen sprechen. Denn nur gesprochene Worte leben.

---

[1] Primoschitz, Florian (2011): *Leitfaden WWF*. Berlin: Talk2move Fundraising GmbH.

[2] Ebd.

[3] Ebd.

[4] Europäische Kommission Generaldirektion Bildung und Kultur: »Europäer und Sprachen: eine Sondererhebung von Eurobarometer«. Verfügbar unter: *http://ec.europa.eu/education/languages/archive/policy/consult/ebs_de.pdf* [02.02.2012].

[5] Belmondo, Jean-Paul. *Zitate Online*. Verfügbar unter: *http://zitate.net/sprachen.html* [20.01.2012].

[6] Wunderlich, Dieter (2002): »Was verlieren wir, wenn Sprachen sterben?«. Mainzer Universitätsgespräche 2002. Verfügbar unter: *http://www.studgen.uni-mainz.de/manuskripte/wunderlich.pdf* [20.01.2012].

[7] Handy, Kaffee »to go«, Service Point: klingt alles Englisch, ist es aber nicht.

[8] Bödecker, Anne (o.J.): »Riesenbiss ins Mutterbrett – Zum Streit um ›Denglisch‹ im Computer-Jargon«. Heise Online. Verfügbar unter: *http://www.heise.de/ct/artikel/Riesenbiss-ins-Mutterbrett-287068.html* [20.01.2012].

[9] Duden: »Freund oder Feind? – Haltungen gegenüber dem Fremdwort«. Duden Online. Verfügbar unter: *http://web.archive.org/web/20091122195204/http://www.duden.de/downloads/produkte/duden05/fremdwort_freund_oder_feind.pdf* [20.01.2012].

[10] Ebd.

[11] Varwig, Cornelia (2010): »Was wird aus unserer Sprache?«. *Bild der Wissenschaft Online* 2/2010. Verfügbar unter: *http://www.bild-der-wissenschaft.de/bdw/bdwlive/heftarchiv/index2.php/?object_id=32158064* [02.02.2012].

[12] Vgl. Anmerkung 7.

[13] Survival International: »Unkontaktierte Indigene«. Verfügbar unter: *http://www.survivalinternational.de/indigene/unkontaktierteperu* [02.02.2012].

[14] Census of India (2001): »Abstract of Speaker's Strength of Languages and Mother Tongues«. Census Data Online. Verfügbar unter: *http://www.censusindia.gov.in/Census_Data_2001/Census_Data_Online/Language/Statement1.htm* [20.01.2012].

[15] Ebd.

[16] Ebd.

[17] Ebd.

[18] WWF Global Network (o.J.): »Lautloses Sterben«. Verfügbar unter: *http://www.boa-muenchen.org/boa-kuenstlerkooperative/sprache.htm* [04.02.2012].

Handlungspotential! Für eine neue Lebenskunst

Linn Burchert

In den letzten Jahren sind die Folgen und Gefahren von Umweltschädigung, Ressourcenknappheit und Klimawandel immer stärker in den Alltagsdiskurs und in unser Bewusstsein eingedrungen. Darüber, dass sich die klimatischen Bedingungen auf der Erde in kürzester Zeit verändern, dass wichtige Ressourcen schwinden und einige heute bewohnte Regionen bald unbewohnbar sein werden, herrscht weitestgehend Übereinstimmung. Zwar formieren sich seit den 1970er Jahren Initiativen und Bewegungen, die Konsequenzen aus diesen Entwicklungen ziehen, nach wie vor dominieren jedoch Trägheit und Unverbindlichkeit: Der Klimagipfel 2010 in Kopenhagen ist trotz der Dringlichkeit zu handeln daran gescheitert, verbindliche Übereinkommen über Klimaschutz und Schadstoffemissionen im globalen Kontext zu vereinbaren. Auch die Konferenz 2011 in Durban brachte in dieser Hinsicht keinen großen Schritt nach vorne.
Gescheiterte Klimagipfel und globalpolitische Unverbindlichkeiten rufen seit Jahren weltweit Empörung und Unverständnis hervor. Doch herrscht dieselbe Unverbindlichkeit nicht auch auf alltäglicher, individueller Ebene? Nur Wenige sind bereit, Lebensweisen und insbesondere Konsumgewohnheiten zu verändern, um ein ökologischeres und sozial verträglicheres Leben zu führen. Durchgesetzt hat sich die Ansicht, dass das Individuum im Angesicht der globalen Probleme ohnehin nichts ausrichten könne und darüber hinaus zu egoistisch sei, Kompromisse in seiner Lebensführung einzugehen. Doch trifft dies wirklich den Kern des Problems?

Dieser Essay widmet sich dem heute zumeist unterschätzten Handlungspotential des Individuums. Dabei geht es nicht darum, moralische Gesichtspunkte zu wiederholen, die ein Umdenken und Handeln erfordern. Stattdessen soll unter identitätstheoretischem und künstlerischem Blickwinkel überlegt werden, wie das Handlungspotential des Individuums gesteigert werden kann, welche Voraussetzungen und Hindernisse dafür bestehen und wie Letzteren entgegenzutreten ist. Als Lösungsansatz dient das Konzept der Lebenskunst als einer Form der Lebenspraxis, die dem Individuum zu neuen Handlungsspielräumen verhelfen könnte.

Illustration von Kathrin Wylezol

Es kommt auf den Einzelnen an

Politik und Wirtschaft stehen zweifelsohne in der Verantwortung, verbindliche Maßnahmen für Umweltschutz und Ressourcenbewahrung zu treffen. Doch ohne das Individuum wird kein Wandel stattfinden. Wie das »Worldwatch Institut« in seinem Bericht *State of the World 2010* aufzeigt, werden alle politischen Maßnahmen ohne einen generellen, nachhaltigen Wandel in der Konsumkultur und im Bewusstsein nichts nützen.[1] Auch die Kulturwissenschaftlerin Hildegard Kurt betont die Bedeutsamkeit des Individuums in Angesicht von Klimawandel und Ressourcenknappheit: »Wenn [...] die Welt ein sich veränderndes Bewusstsein braucht, um zukunftsfähig zu werden, steht jeder und jede von uns als Akteur mitten im Geschehen. Denn nicht der Staat ist primärer Träger von Bewusstsein [...]. Es ist das Individuum«.[2] Um auf gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ebene zukunftsfähigeres Denken und Handeln zu etablieren, braucht es Individuen, die anders denken, handeln und konsumieren.

In *Engagiert euch!* warnt der Résistance-Kämpfer und Diplomat Stéphane Hessel, dass die Erde heute von der Resignation bedroht werde. Das eigentliche Problem liege daher in der »Überwindung der Hoffnungslosigkeit«.[3] Resignation gefährdet als Form der Selbstaufgabe sowohl das Subjekt an sich, als auch die zukünftige Lebensfähigkeit des Menschen. Paradigmatisch für den vorherrschenden Fatalismus und die Hoffnungslosigkeit steht Theodor W. Adornos berühmte Aussage, dass es kein richtiges Leben im falschen gebe.[4] Demnach wären letztlich alle Bemühungen des Einzelnen vergeblich, weil er gegen das, was im Großen an Unrecht geschieht, im Kleinen nicht ankämpfen könne. Weniger bekannt ist, dass Adorno diese Aussage 24 Jahre später revidierte. In seinen bisher unveröffentlichten Vorlesungen zur Moralphilosophie forderte er 1975: Man solle so leben, wie man »glaubt leben zu sollen, mit all den unvermeidbaren Widersprüchen und Konflikten, die das nach sich zieht«, um »die Existenzform vorwegzunehmen, die die eigentlich richtige wäre«.[5] Nun plädierte Adorno dafür, dass das Individuum für das, was es für richtig hält, einstehen und sich darin trotz widriger Umstände und der eigenen (vermeintlichen) Bedeutungslosigkeit nicht beirren lassen solle.

Die Bereitschaft – oder Fähigkeit? – am eigenen Leben zu arbeiten und Gewohnheiten abzulegen, fehlt heute häufig. Sind es Egoismus und Bequemlichkeit, die uns daran hindern, unseren Lebensstandard mit globalen und ökologischen Zusammenhängen in Einklang zu bringen? Reflektieren und ändern wir unsere Konsumgewohnheiten deshalb nicht, weil unserer Kul-

tur ein stetiges materielles Wachstum immanent ist und dieser Teil unseres Selbstverständnisses und unserer Freiheit ist? Oder ist etwa gerade ein Verlust an Selbstbestimmung und Lebensqualität eine Nebenerscheinung der derzeitigen (Konsum-)Kultur?

Konsum, Glück und Freiheit

In seinem Artikel »Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum« hinterfragt der Volkswirt Niko Paech die Korrelation von Reichtum und Lebensqualität. Er bezeichnet den Reichtum und Überfluss, in dem wir heute leben, als Ballast, dem es sich zu entledigen gelte. Der Überfluss beanspruche viel »Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen« und stifte dabei nur »minimalen Nutzen«.[6] Das »Viel-Haben« stehe im Widerspruch zum »Gut-Leben«.[7] Auch der Soziologe Zygmund Bauman stellt ausgehend von seinen Recherchen über den Zusammenhang von Wohlstand und Glück fest, dass alle verfügbaren Untersuchungen darauf hindeuten, dass es einen Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstand und Zufriedenheit in den wohlhabenden Gesellschaften nicht gebe.[8]

Das Hinterfragen der Korrelation von Überfluss und Glück ist nicht neu, sondern fest in unserem kulturellen Gedächtnis verankert. Viele der erfolgreichsten und beliebtesten Erzählungen zeugen von einer Ablehnung des Überflusses. Allbekannt ist die Figur des reichen, aber vereinsamten Geschäftsmannes als der Personifikation eines schlechten, selbstsüchtigen Menschen, der, insofern er sich nicht bessert, gesellschaftlich geächtet, isoliert und unglücklich bleibt. Paradigmatisch für diesen Typen steht Ebenezer Scrooge in Dickens' »A Christmas Carol«, der letztendlich von seinem maßlosen Geiz geläutert wird. Die vielfachen Adaptionen des Stoffes zeigen, wie relevant das Motiv nach wie vor ist. Andere Geschichten erzählen von selbstlosen Menschen, die ihr Glück finden und gar verehrt werden, weil sie, anders als Scrooge, ihre Habe mit Anderen teilen, auch wenn sie selbst wenig haben. Das Märchen vom armen Mädchen in »Der Sterntaler« sowie die Verehrung Sankt Martins zeigen, dass der einfache, arme Mensch gleichermaßen als der Edle und Gute repräsentiert wird. Dabei sind in den Geschichten nicht Geld und Besitz an sich schlecht – allein der Umgang damit ist entscheidend.

Das Verhalten des Individuums mit der Angst vor dem Verlust von Besitz und – damit einhergehend – Lebensqualität zu begründen, greift zu kurz. So stellt der überflüssige Besitz einen Ballast dar, dessen sich in der »Wegwerfgesellschaft« immer schneller entledigt wird: Je mehr konsumiert wird,

desto mehr wird auch weggeworfen. Die meisten Konsumgüter dienen gar nicht erst dazu, über einen längeren Zeitraum gebraucht zu werden und haben schnell ausgedient – sind *ver*braucht. Die neuangeschafften Objekte, so Bauman, »sollen schnellstmöglichst überflüssig werden und die Bühne des Lebens verlassen, sobald sie sie nicht mehr zieren«.[9] Im ständigen Entsorgen des Überflüssigen findet sich bereits ein paradoxer Ausdruck des Wunsches nach dem rechten Maß, der Beseitigung eines unästhetischen Übermaßes und Ballastes. Gleichzeitig werden mit steigender Frequenz jedoch immer mehr Konsumgüter erworben. Was hält das Individuum davon ab, weniger und gebrauchsorientierter zu kaufen sowie Produkte nachhaltiger zu nutzen?

Gerade im Konsumbereich wird dem Individuum vielfach ein Verlust an selbstbestimmter Entscheidungsfähigkeit attestiert – so, als würde ein unaufhörliches Begehren zum ununterbrochenen Konsum zwingen, ohne, dass es noch Einfluss darauf hätte. Einher geht dies mit der Ansicht, dass das Subjekt durch unbewusste Prozesse gesteuert wird, Entscheidungen irrational trifft und mitunter nicht mehr – wie Freud es ausgedrückt hat – Herr im eigenen Hause ist. Gerechtfertigt wird das Selbstbild des fremdbestimmten Individuums durch eine kulturell konstruierte Lethargie, die sich selbst naturalisiert und in Form von Gewohnheiten immer weiter fortsetzt. Dabei liegt es gerade im Konsumbereich am Individuum, bewusst Entscheidungen zu treffen – trotz bzw. gerade wegen der Behauptung, dass das Subjekt von Medien und Marketinginstrumenten längst so manipuliert wird, dass es nunmehr kritikunfähig sei und dem Konsumbegehren nicht entkommen kann.

Nicht nur die Entscheidungsfähigkeit des Individuums wird zunehmend hinterfragt. Auch der Einfluss der eigenen Konsumgewohnheiten auf globale Produktionsstrukturen wird unterschätzt. Gerade in der freien Marktwirtschaft ist der Einzelne dazu befähigt, das Angebot und somit die Produktionsstrukturen mitzubestimmen: Der Philosoph Wilhelm Schmid weist in *Ökologische Lebenskunst. Was jeder Einzelne für das Leben auf dem Planeten tun kann* darauf hin, dass Individuen, solange es konkurrierende Produkte gebe, »eine ökologische Marktmacht von unten« ausüben.[10] Was Energie, Nahrung, Kleidung, technische Geräte und Wohnraum angeht, gibt es genügend Wahlmöglichkeiten, faire, nachhaltige und effiziente Angebote zu wählen. Voraussetzung ist die Bereitschaft, sich ausreichend und differenziert über die Herkunft von Produkten zu informieren.

Viele Unternehmen kommen mittlerweile der Forderung nach mehr Transparenz hinsichtlich ihrer Produktionsbedingungen nach. Auch hier liegt es am

Einzelnen, auf einer solchen Transparenz zu beharren, und ausgehend von vorhandenen Informationen Kaufentscheidungen zu fällen. Das viel strapazierte Argument, ein solcher Konsum wäre zu zeitaufwändig, berücksichtigt nicht, dass wohlüberlegte und nachhaltige Käufe vielfach gleichzeitig die Frequenz verringern würden, mit der neue Anschaffungen getätigt werden. Hochwertig und fair produzierte Kleidungsstücke, technische Geräte und Möbel halten länger, sehen länger gut aus und erfüllen länger ihren Zweck als Billigwaren aus mitunter ausbeuterischer Produktion.

Das Individuum als Lebenskünstler

Trotz seiner zahlreichen Handlungs- und Entscheidungsspielräume fühlt sich das Individuum heute im Angesicht der globalen und ökologischen Zusammenhänge so machtlos, dass es resigniert. Gleichzeitig bleibt es Gewohnheiten verhaftet, die sich insbesondere im Konsumbereich nur schwer ablegen lassen und seine kulturell manifestierte Passivität bestärken. Diese Faktoren sind nicht nur einer nachhaltigen Entwicklung abträglich, sondern auch Ausdruck eines Verlusts an individueller Selbstbestimmung. In ihrem Artikel »Immer mehr zu Künstlern werden« gibt Hildegard Kurt einen möglichen Impuls für ein neues Selbstverständnis des Individuums, indem sie fragt: »Wenn der Typus des Intellektuellen charakteristisch für das 20. Jahrhundert war – wird das 21. Jahrhundert dann ein Jahrhundert der Künstlerin, des Künstlers im erweiterten Sinn?«.[11]

Was könnte eine künstlerische Herangehensweise für das Streben nach einem selbstbestimmteren, nachhaltigeren Leben bedeuten? Hildegard Kurts Tagebuch *Leicht auftreten* gibt eine mögliche Antwort darauf: Es ist Ausdruck der Erprobung neuer Lebenspraktiken und der Betrachtung des Lebens als Experiment. Kurt geht gleichermaßen empathisch und tastend vor, ohne alles auf einmal verändern zu wollen. So gelingt es ihr, im Individuellen und Kleinen Handlungsfähigkeiten auszuloten und Hemmungen auszuräumen – ob es um Fragen der Ernährung, des Wohnens oder Reisens geht. Sie begreift das Selbst als ein prozessuales Kunstwerk, das es zu formen und deren (schöpferisches) Potential es zu erproben gilt. Ein künstlerischer Umgang mit dem Leben zielt im Angesicht der globalen Herausforderungen und Krisen jedoch nicht auf eine Verharmlosung derselben ab. Er kann dazu beitragen, alte Gewohnheiten aufzubrechen und neue Handlungsfähigkeiten zu generieren. So kann das Individuum neue, nachhaltige Lebensformen kreieren und sich selbst aus seiner Passivität und Resignation befreien.

In diesem Zusammenhang erlebt das Konzept der Lebenskunst derzeit eine Konjunktur.[12] Lebenskunst hebt auf die bewusste Gestaltung des Lebens ab. Wie Hildegard Kurt beschreibt auch Wilhelm Schmid das Leben in *Philosophie der Lebenskunst* als ein prozessuales Kunstwerk, das es fortwährend und bewusst zu gestalten gilt. Dabei zeichne sich der Lebenskünstler dadurch aus, »nicht nur dem Selbst und dem Moment verhaftet zu bleiben, sondern ein umsichtiges und vorausschauendes Denken und Handeln zu befördern«.[13] Verwandt ist dieses Konzept mit dem der griechischen »Sorge um sich«, das insbesondere Michel Foucault untersucht hat. Die »Sorge um sich« ist mit einer asketischen Praxis verbunden, bei der es nicht um eine Moral des Verzichts geht, sondern um den Versuch »sich selbst zu bearbeiten, sich selbst zu transformieren und zu einer bestimmten Seinsweise Zugang zu gewinnen«,[14] um »die Begierden zu meistern, die einen mitzureißen drohen«.[15] Das Konzept ist Ausdruck eines gestärkten Individuums, das sich nicht allein in seiner Einschränkung durch Gesellschaft und Umstände betrachtet, sondern Regisseur des eigenen Lebens ist. Der Lebenskünstler ist ein Individuum, das es vermag, sich von mitunter schädlichen Gewohnheiten und dem Verlangen nach exzessivem Konsum zu lösen – nicht allein aus moralischen Gründen, sondern auch aus ästhetischen Gesichtspunkten.

Konsum, Ästhetik und Lebenskunst

Differenziert werden müssen lebenskünstlerische Ansätze vom reinen »Lifestyle«, da dieser, so Schmid, flüchtig ist und die Existenz fast ausschließlich auf Gegenständliches reduziere.[16] Die Ansätze sind unter anderem getrennt durch die Diskrepanz von Verbrauch und Gebrauch: Gebrauch ist, anders als Verbrauch, nicht durch den »Verschleiß um einer momentanen Bedürfnisbefriedigung willen« geprägt, sondern Ausdruck eines nachhaltigen, sorgsamen sowie handlungsorientierten Umgangs mit Konsumgütern.[17] Ausdruck der Kurzlebigkeit des »Lifestyles« sind z. B. Kleidungsstücke, die nur für eine Saison »angesagt« und schön, Computer und Kameras, die nur wenige Monate brauchbar sind sowie Mobiltelefone, die für eine aktuellere Produktversion monatlich gewechselt werden. Solche Konsumgewohnheiten, die sich an flüchtigen Trends orientieren, laufen nicht nur Aspekten der Nachhaltigkeit entgegen, sondern auch ästhetischen Gesichtspunkten.

Einige Tendenzen deuten bereits auf neue, ästhetische Paradigmen hin, die zumindest einen maßvolleren, ressourcenschonenderen und sparsameren Konsum zu versprechen scheinen. In der Technologie wird seit geraumer Zeit alles leichter, reduzierter und mobiler. Neue Bücher und Zeitungen müssen

längst nicht mehr immer in Tasche und Hand liegen, Papier gleitet seltener durch die Finger. Ein elektronisches Gerät kann Unmengen an Papier und Druckerschwärze ersetzen, Musik wird nicht mehr ganz so häufig auf einzeln verpackten Datenträgern erworben. Besitz und Arbeit werden in vielen Bereichen zunehmend immateriell, und so auch ressourcenschonender. Unabhängig von moralischen Beweggründen haben sich auf ästhetischer Ebene bereits neue Leitbilder der Reduzierung und Mobilität herausgebildet, die von materiellem Ballast befreien. Sind wir nicht längst zukunftsfähig(er), weil wir Ressourcenverbrauch und Besitz reduzieren?

Es ist evident, dass die Digitalisierung das Konsumverhalten verändert hat – dies allerdings in der Weise, dass mithilfe der Technologien nur noch mehr, einfacher und schneller konsumiert wird als zuvor. Neben Immaterialität und Mobilität wären daher andere Paradigmen nötig, die sich weniger aus Konsumtrends heraus entwickeln, sondern aus einer ästhetischen Reflexion des Lebens, in deren Mittelpunkt das Streben nach Maß und das eigene Handlungspotential stehen. Aus ästhetischer Perspektive kann man fragen: Wie viel Kleidung ist nützlich und schön? Wann verkommt der Erwerb von Mode zu einem hässlichen Überfluss und gar zur Sucht? Können Kleidungsstücke und Technologien überhaupt als schön und zweckmäßig empfunden werden, wenn sie es nur für eine Saison sind?

Eine Lust an der Einfachheit, am Wenigen, »Haltbaren« und Besonderen sowie am Selbst-Machen, zeichnet sich hier und da bereits ab, und könnte eine nachhaltige Alternative zum Konsumsog des reinen »Lifestyles« schaffen. Dabei geht es gerade nicht darum, im Rahmen lebenskünstlerischer Praktiken Identitäten, die sich in Moderne und Postmoderne dynamisiert haben, erneut zu fixieren. Auch eine Konsumverweigerung soll keineswegs gefordert werden. Der Flüchtigkeit des »Lifestyles« werden hier Prozessualität und Selbstbestimmtheit entgegengesetzt. Der Essay »Recycling – von der Wegwerf- zur Austauschgesellschaft« von Lilian Masuhr in diesem Band behandelt mögliche Praktiken und Strategien einer neuen Lebenskunst. Das Prinzip des Recyclings entspricht eben jener kreativen Prozessualität lebenskünstlerischer Praktiken.

Neues Handlungspotential

Lebenskunst hebt auf die performative Realisation des Individuums ab, das sich ständig neu formiert und hervorbringt. Sie stellt eine Alternative zur Lethargie dar, indem sie zum ästhetischen Lebensexperiment aufruft. Dabei

gilt es stets, das (individuelle) Maß auszuloten – ob es um Ernährung, Wohnen oder andere Formen des Konsums geht – und möglichst wenig Überfluss und Ausschuss zu schaffen. Es geht nicht darum, das ganze Leben mit einem Mal auf den Kopf zu stellen, sondern zunächst ein Bewusstsein für Handlungsspielräume zu schaffen und ausgehend davon Schritt für Schritt Neues zu erproben. So bleibt das Individuum tätig und selbstbestimmt.

Nachhaltigkeit ist nicht allein ein Thema in Politik und Wirtschaft, sondern stellt gleichermaßen eine ästhetische Herausforderung an die Lebenspraxis des Einzelnen dar. Das Individuum sollte die eigenen Handlungs- und Veränderungspotentiale neu entdecken und nutzen. Lebenskünstlerische Praktiken beginnen beim Subjekt, das sich und seine Gewohnheiten zunächst selbst hinterfragt. Durch sein Handeln wird etwas Positives kreiert, nämlich neue Formen des Lebens und Handelns. Dabei ist der Lebenskünstler keineswegs isoliert, sondern verortet sich in der Gesellschaft. In ihr hat er ein Veränderungspotential inne, das er mit Anderen in Form von Initiativen und anderen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe bündeln kann. Mit dem Handlungspotenzial und der Teilhabe des Einzelnen in demokratischen Prozessen beschäftigen sich in diesem Band auch die Beiträge von David Marien und Basanta Thapa. Die Schwächung des Individuums, das zum Spielball der großen Strukturen im Politischen, Wirtschaftlichen und Medialen verklärt wird und sich selbst mit einer solchen Rolle abfindet, wirkt einer nachhaltigen Entwicklung entgegen und stellt eine Gefahr für das Subjekt an sich sowie für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar.

---

[1] Starke, Linda; Mastny, Lisa (2010): *State of the World 2010. Transforming Cultures from Consumerism to Sustainability.* New York u. a.: W. W. Norton & Company.

[2] Kurt, Hildegard (2011): *Leicht auftreten. Auf dem Weg in eine andere Welt. Ein Tagebuch.* Bad Homburg: VAS-Verlag, 7.

[3] Hessel, Stéphane (2011): *Engagiert euch! Im Gespräch mit Gilles Vanderpooten.* Berlin: Ullstein, 21.

[4] Adorno, Theodor W. (2008 [1951]): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben.* Frankfurt/ Main: Suhrkamp, 59.

[5] Adorno, Theodor W. zitiert nach Schmid, Wilhelm (2008): *Ökologische Lebenskunst. Was jeder Einzelne für das Leben auf dem Planeten tun kann.* Frankfurt/ Main: Suhrkamp, 7.

[6] Paech, Niko (2009): »Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum«. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 46/160-161, 29. Verfügbar unter: *http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-160-161_Paech.pdf* [21.03.2012].

[7] Ebd., 29.

[8] Bauman, Zygmunt (2010): *Wir Lebenskünstler*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, 10.

[9] Ebd., 31.

[10] Schmid, Wilhelm (2008): *Ökologische Lebenskunst. Was jeder Einzelne für das Leben auf dem Planeten tun kann*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, 82.

[11] Kurt, Hildegard (2011): »Immer mehr zu Künstlern werden. Der Wandel muss von ›künstlerischer‹ Radikalität sein«. Verfügbar unter: *http://www.oya-online.de/article/read/426.html?highlight=Immer%20mehr%20zu%20K%C3%BCnstlern%20werden* [21.03.2012].

[12] Interessant ist in diesem Zusammenhang die Initiative »ÜberLebenskunst«, einem Projekt der Kulturprojekte des Bundes in Kooperation mit dem »Haus der Kulturen der Welt«. Weitere Informationen unter: *http://www.ueber-lebenskunst.org*.

[13] Schmid, Wilhelm (1999): *Philosophie der Lebenskunst*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, 74.

[14] Foucault, Michel (2007): »Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit«. In: *Ästhetik der Existenz. Schriften zur Lebenskunst*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp, 254.

[15] Foucault 2007, 258.

[16] Schmid 1999, 128.

[17] Ebd. 2008, 70.

Recycling – von der Wegwerf- zur Austauschgesellschaft

Lilian Masuhr

Neu, frisch und unberührt – so wollen wir unsere moderne Welt. Vor allem wenn es um Dinge geht, die wir an oder in uns tragen: Kleidung und Nahrung. Der Kaffee trinkt sich einfach frischer aus dem Pappbecher als aus der gespülten Tasse. Er suggeriert die Freiheit, auf dem Sprung zu sein. Neuerdings nimmt der Kaffeetrinker auch im gemütlichen Café und am Imbissstand in Kauf, dass die Plastikabdeckung des Bechers an die Schnabeltasse eines Krankenhauses erinnert. Doch wo laufen wir hin mit dem »Coffee to go«? Ist er Ausdruck einer Gesellschaft, in der wir alles nur noch unterwegs erledigen, unnötigen Abfall produzieren und dabei unachtsam aneinander vorbeilaufen? Ein Gegenkonzept lautet: »Reduce, Reuse, Recycle« – die 3R-Politik, die für weniger Konsum und für mehr Wiedergebrauch und Neuverwertung steht. Ein ressourcenschonendes und erfinderisches Prinzip.

»Coffee to stay«

Laut dem »World Wide Fund For Nature« (WWF) verbraucht jeder Deutsche im Durchschnitt 235 Kilogramm Papier pro Jahr für Pappbecher, Küchenrollen, Werbeprospekte, Druckpapier und Taschentücher. Damit ist Deutschland EU-weit führend im Papierverbrauch.[1] Auch in der Universität wird eine große Menge an Papier verschwendet – beim Drucken von Skripten wie beim Kaffeetrinken. Immerhin waren es 2011 rund 208 Bäume, die für 2,5 Millionen verkaufte Pappbecher im Studentenwerk Berlin gefällt wurden.[2] Um diese in Zukunft zu retten, fordert die studentische Initiative »Coffee to stay« mit ihrem Slogan »Porzellan statt Pappe«, den Kaffee in der Mensa wieder aus Porzellantassen zu trinken.

Die Variante für unterwegs – der Becher aus Edelstahl – wurde bereits an der FH Kiel als Willkommensgeschenk an Studienanfänger verteilt.[3] An vielen deutschen Universitäten steht der Mehrwegbecher zum Verkauf. Allerdings ist zu erwarten, dass der Preis auch dann die Kaufentscheidung beeinflusst, wenn ein Mehrwegbecher nur einmal gekauft werden muss. Während für Mehrwegflaschen selbstverständlich das Pfandgeld bezahlt wird, weigern sich

die meisten Studierenden, den Preis für einen Mehrwegbecher zu bezahlen. Dabei sind wir doch eigentlich davon überzeugt, dass gerade hierzulande ordentlich recycelt wird. Mit seiner Verpackungsverordnung war Deutschland 1991 internationaler Vorreiter und verpflichtete damit die Hersteller, ihre Verpackungen selbst zu entsorgen oder die Verantwortung an deutschlandweite Sammelsysteme wie das »Duale System Deutschland« (»Der Grüne Punkt«) abzugeben.[4] Außerdem wird in der industriellen Produktion zunehmend auf einen »produktionsintegrierten Umweltschutz« gesetzt, sodass ein Produkt bereits bei der Entwicklung nach ökologischen Gesichtspunkten gestaltet wird (»Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit, geringer Energieverbrauch, Recyclingfreundlichkeit«).[5]

Nein, Recycling ist längst kein Tabuthema mehr. Jeder trennt sein Altpapier und Altglas – die Rücklaufquoten liegen laut Umweltbundesamt bei 80 Prozent.[6] Doch schon bei der Trennung von Plastik- oder Biomüll wird Zuhause gerne mal gemogelt, auch wenn in nahezu allen Wohnhäusern dafür Tonnen bereit stehen. Da verwundert es nicht, dass viele den Weg zu Kommunalen Sammelstellen scheuen, wenn es um die Entsorgung ihrer Energiesparlampen und Elektroaltgeräte geht. Gerade unterwegs ist der Müll oft nur eine lästige Beschwerung der Handtasche, sodass wir alles gemeinsam entsorgen – die teure Pfandflasche inklusive. Ist es Bequemlichkeit oder hält sich etwa das Gerücht so stark, dass Müllfirmen den Müll sowieso nicht richtig – oder gar sorgfältiger als wir – trennen, und wir uns die Vorarbeit sparen können?

Recyclingstrategien überdenken

Es gilt, routinierte Recyclingabläufe zu durchschauen und zu hinterfragen. Selbst der Einkäufer im Biosupermarkt kauft Produkte, die in Aluminium verpackt sind, und transportiert sie in Plastiktüten. Zwar gibt es bereits Tüten aus Maisstärke, die vollständig kompostierbar sind, aber Kompost-Bauern bemängeln die lange Kompostierzeit, die den Wiederverkauf des Komposts erschwert.[7] Ökologisch sinnvoller scheint da der Trend des »Jutebeutels«, der unlängst vom Image des großmütterlichen Baumwollbeutels hin zu einem mondänen »Hipster-Accessoire« avancierte.

Das Verpackungsproblem ist damit allerdings noch nicht gelöst: Auch im ökologisch einwandfreien Jutebeutel landen neu gekaufte »Markenwasser-Behälter« aus Plastik, die Teil der weltweit 26,5 Milliarden pro Jahr produzierten Halbliter-Flaschen sind.[8] Die Alternative für unterwegs hieße, das Leitungswasser in schon einmal gekaufte Plastik- oder Glasflaschen zu füllen, um die

energieverbrauchende Flaschenproduktion zu senken. »The Coca Cola Company« partizipiert bereits am Recyclingtrend und bietet die »PlantBottle®«-Flasche an, die zumindest zu 30 Prozent aus pflanzlichen Rohstoffen besteht.[9]

Verpackungen aus biologisch abbaubaren Biokunststoffen scheinen für die Zukunft eine sinnvolle Alternative zu den Verpackungen aus den nur noch begrenzt verfügbaren fossilen Rohstoffen zu sein. Eine andere Variante wäre, gleich auf jede neue Verpackung zu verzichten und als Käufer eigene Verpackungen mitzubringen. Das sogenannte »Precycling« propagieren bereits neue Startups wie der Lebensmittelladen »Unpackaged« in London oder der Supermarkt »in.gredients« in Austin, Texas.[10] Es geht auch darum, das Impulskaufen zu steuern, das durch werbungsbeladene Verpackungen ausgelöst wird.

Transparenz des Recyclingweges

So wenig, wie wir uns des werbungsgesteuerten Einkaufs bewusst werden, wissen wir oft auch nicht, wie Recyclingprozesse tatsächlich ablaufen. Einzige Einigkeit besteht in der guten Absicht davor und dem guten Gewissen danach. Während man auf dem Flohmarkt durch den Verkauf gebrauchter Kleidung Geld verdienen kann, spenden andere Menschen ihre Kleidung an Hilfsorganisationen. Für die Entrümpelung des Kleiderschranks stehen unzählige Container von Hilfsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz bereit.

Wie eine investigative Reportage des NDR 2011 jedoch zeigte, verbirgt sich hinter diesen Containern eine »Altkleiderlüge«: Die Kleidungspakete erreichen zwar die Entwicklungsländer, beispielsweise in Afrika, aber nicht zu ihrem vorgesehenen Zweck. Trotz eines karitativen Logos kooperieren einige deutsche Hilfsorganisationen mit Firmen und Händlern, die den größeren Teil der Altkleidung zum Kilogrammpreis vor Ort verkaufen. Die Folgen sind vor allem in Tansania spürbar, wo die regionale Textilbranche aufgrund konkurrenzunfähiger Produktionskosten ruiniert wird und ehemalige Textilmitarbeiter unter dem Existenzminimum leben.[11]

Durch mehr Transparenz und Information wüssten deutsche Altkleiderspender, was wirklich mit ihrer Kleidung passiert. Sie würden andere Wege wählen und ihre Kleidung zum Beispiel eher an Second-Hand-Läden abgeben. Die unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation »Oxfam Deutschland e. V.« spendet sogar einen Teil der Einnahmen aus ihrem Second-Hand-Laden direkt an Hilfsorganisationen.

Zwei Konsumgenerationen

Der Konsumzyklus neu gekaufter und wieder verworfener Produkte wird in unserer Gesellschaft immer kürzer. Und das trotz begrenzt verfügbarer Ressourcen und des zunehmend medial vermittelten Wissens über wahrhaft ausbeuterische Verhältnisse in der globalisierten Kleidungs-, Elektronik- und Nahrungsmittelindustrie: Kinderarbeit, Niedrigstlöhne und Gesundheitsgefährdung.[12]

Die meisten Verbraucher bleiben dem alten Konsummuster dennoch treu. Es wird häufig und billig Kleidung sowie Fastfood eingekauft, und der Technikbestand jährlich um eine aktuellere Produktversion erneuert. Marken wie H&M laden Teenager mit niedrigen Preisen zum »Frustkauf« ein, wenn eine Jeans nur 9,95 Euro kostet. Firmen wie »Apple« verkörpern mit ihren Produkten den Trend einer angesagten Technologiekultur, die ein neues Feature nach dem anderen bietet. Ketten wie »Starbucks« und »McDonalds« fördern die »To-Go-Mentalität«, indem sie umweltschädliches Verpackungsmaterial in Form von Pappbechern oder McDrive-Tüten verteilen.

Fernab vom Mainstream entdecken jedoch junge Menschen zunehmend neue umwelt- und sozialverträglichere Alternativen und wandeln Recycling zu einem sozialen Spiel. Man trifft sich auf »Klamottentauschpartys«, auf denen jeder seine eigene Kleidung gegen schon getragene, aber immer noch hippe Kleidung von anderen tauschen kann. Den Veranstaltern geht es darum, »den Bruch mit dem System ›Kaufen-Tragen-Wegwerfen‹ zu zelebrieren«.[13] Es wird selbstgebackener Kuchen angeboten und Musik aufgelegt, manchmal wird zu den Kleidungsstücken auch mal eine persönliche *Outfit-Story* erzählt. Wer sich nicht von seiner gewohnten Kleidung trennen mag, kann sie auch behalten und in diversen neu gegründeten »Nähcafés« in Moderecycling-Workshops umnähen.

Den Recyclingtrend entdecken auch zunehmend Startups im Internet. Während auf dem Online-Marktplatz »Kleiderkreisel« ausschließlich Kleidung getauscht wird, kann beim finnischen Startup »Netcycler« alles mögliche getauscht und sogar verschenkt werden.

Eine Austauschgesellschaft

Teil- und Tauschgeschichten könnten das gesellschaftliche Zusammenleben in eine neue Richtung lenken: Wer konsumiert, lässt andere daran teilhaben,

statt alles allein abzunutzen. Derjenige, der nicht auf ein Auto verzichten mag, kann sich über Carsharing günstig stundenweise eins mieten oder über »Mitfahrgelegenheit.de« verreisen, und – ob im fremden oder eigenen Auto – Reparatur- und Spritkosten sparen.

Ähnliche Szenarien des Produktteilens ließen sich auch auf Elektrogeräte übertragen. Es wäre ein Gegenentwurf zum Konsumtrend, der laut Umweltbundesamt zugunsten immer neuer Modelle einen deutschen Auslandsexport von teilweise gefährlichem Elektroschrott im Umfang von 50 000 Tonnen PC- und TV-Monitoren pro Jahr nach sich zieht.[14]

In Zukunft könnten generationsübergreifend Räume gestalten werden, in denen Recyclingerfahrene und -unerfahrene sich gedanklich austauschen und praktisch ausprobieren. Gelebt wird dieses Konzept bereits in sogenannten »Umsonstläden«, wo gebrauchte Kleidung und Wohnungsgegenstände abgegeben und umsonst mitgenommen werden können. Oder beim Projekt »Mehr Wege als Einweg!« der Berliner Organisation »LIFE e. V.«, in dem sich Frauen mit Migrationshintergrund zusammen mit ethnischen Geschäften für umweltbewussten Konsum in ihrem Viertel einsetzen: Sie informieren öffentlich über Abfallvermeidung und führen künstlerische Recyclingprojekte vor.[15] Oft sind Recyclingprojekte an soziales Engagement gekoppelt. Bei »Pfandtastisch helfen!«, einer Initiative des Berliner Vereins »Sozialhelden«, kann im Supermarkt der Pfandbon von Mehrwegflaschen in eine Spendenbox gesteckt werden. Der Erlös unterstützt gemeinnützige Organisationen wie »pro familia« und die »Berliner Tafel«.[16] Und in der Wiener Firma »Gabarage Upcycling Design« werden ehemals Suchtkranke für die Produktion von recycelten Möbeln und Modeaccessoires tätig.[17]

Extremformen des Recyclings

In neuen Teil- und Austauschräumen der Zukunft könnten auch extreme Formen des Recyclings zitiert, hinterfragt und nachgeahmt werden. Was lernen wir beispielsweise von sogenannten »Müllverweigerern«?[18] Wäre es eine Alternative, in einer Wohnung zu leben, in der Möbel, Nahrung und Kleidung komplett in ihre Bestandteile zerteilt und zerbröselt werden können? Was dem Einen hinsichtlich der praktischen Umsetzung unmöglich scheint, hat für den Anderen einen tieferen Sinn.

Kaum jemand kann sich vorstellen, im Müll von Anderen nach verwertbaren Lebensmitteln zu suchen – Anhänger des »Containern«-Prinzips schon.

Bei dieser aus den USA kommenden Bewegung werden Produkte mit überschrittenem Mindesthaltbarkeitsdatum, auch Obst und Gemüse, das durch das Schönheitsraster fiel – eine krumme Kartoffel, ein schwitziger Salat – aus Containern von Supermarktketten gefischt. Die Bewegung versteht sich als Protest gegen die Verschwendungssucht. In Deutschland ist »Containern« offiziell illegal und wird als Diebstahl geahndet. Auch in anderen Ländern werden die »Mülltaucher« bestraft, wenn Supermarktketten die Lebensmittel mit Glasscherben, Desinfektionsmitteln oder Farbe verunreinigen.[19]

Ähnlich brisant ist das Projekt »Mundraub«. Dabei handelt es sich um eine Internet-Plattform, über die alle Obstbäume und Nusssträucher des öffentlichen Raums auf einer interaktiven Karte eingezeichnet werden können. Die Betreiber wollen die Wahrnehmung für »in Vergessenheit geratene Früchte der Kulturlandschaft im öffentlichen Raum« wieder stärken.[20] Wer pflückt, sollte offiziell vorher fragen, wem die Früchte tragenden Gewächse gehören, da nahezu jeder Baum und Strauch in Deutschland das Eigentum von jemandem, wenn auch nur der Kommune, ist.

Entwicklungsländer als Vorbild

In einer »Wegwerfgesellschaft« werden Dinge, die ihre ursprüngliche Funktion verlieren, zu lästigem Abfall. Das Individuum ergibt sich seiner Bestimmung des passiven und werbungsgesteuerten Verbrauchers: Auf den emotional besetzten Kauf eines bestimmten Produktes folgt schnell sein gleichgültiger Wegwurf – für ein vermeintlich vielversprechenderes Produkt. Ganz anders dient »Abfall« in Entwicklungsländern als Quelle nützlicher Kreationen. Zunächst nahm Recycling in diesen Ländern eine kulturelle Dimension ein. Würdenträgern, wie Medizinmännern aus Benin oder Togo, wurden aufwendig gestaltete Stäbe aus altem Blech überreicht. Aus Kunstarbeiten entstanden allmählich pragmatische Lösungen, da Restmaterial durch das gesteigerte Abfallaufkommen für jeden verfügbar wurde. Händler können nun durch kreative Eigenleistung ihre Konkurrenzfähigkeit ausbauen und gleichzeitig ihre Arbeitszufriedenheit stärken. Aus alten Ölfassdeckeln werden Kuchenbleche, aus Gummischläuchen Wasserschöpfsäcke und aus altem Rüstungsmaterial werden Reibeisen hergestellt. Letzteres erinnert an Deutschland in der Nachkriegszeit, in dem Stahlhelme zu Küchensieben und Fallschirmseide zu Pullovern verarbeitet wurden.[21]

Was damals noch aus Mangel an Ressourcen geschah, ist heute eher ein kreatives Spiel von internationalen Designern und Künstlern. Sperrige Recyc-

lingobjekte wie alte Autos und Motorräder werden zu Skulpturen reitender Indianer oder Meter großer Elefanten gestaltet[22] und Ferraris zu Fernsehtischen geschrottet.[23] Auch im Alltagsbereich von Möbeln und Mode entwickeln sich zukunftsträchtige Perspektiven. »Do it yourself« könnte zum Slogan für funktionale Liebhaberstücke werden, denn schon jetzt fertigen Designer Kleiderhaken aus Stuhllehnen, Lampen aus Plastikflaschen oder Vasen aus Flip-Flops.[24] In der Modeszene haben sich vor allem die aus Abfallmaterial gestalteten Accessoires durchgesetzt. Es gibt Umhängetaschen aus alten LKW-Planen, Kinoplakaten und Autoreifen - und Schmuck aus Fahrradresten, Kronkorken oder Tastaturtasten.[25]

Grenzen des Recyclings

Natürlich ist Recycling auch Grenzen unterworfen. Zum Beispiel den Grenzen des Geschmacks, wenn wir etwa den Online-Shop des Plastinators Gunther von Hagen nach Schmuck aus »medizinischen Abfällen« durchstöbern. Recycling ist auch eine Kostenfrage. Da unsere globalen Produkte durch Materialkombinationen an Komplexität zunehmen, wird ein industrielles »Downcycling« – d. h. die Abwertung eines Produktes zu einer geringeren als seiner Ausgangsqualität – immer aufwendiger. Ein Beispiel ist das TetraPak, das ein Verpackungsgemisch aus Aluminium, Kunststoff und Papier ist.[26] Neue Recyclingtechnologien erfordern auch jüngere Elektro- und Elektronikgeräte: LCD-Bildschirme mit Leuchtstoffröhren enthalten Gemische an Wert- und Schadstoffen; in Geräten wie Handys verstecken sich schwer zurück gewinnbare Edel- und Sondermetalle.[27]

Den Trends der Verpackungsindustrie könnten festgelegte Grenzwerte entgegenwirken. Dies wäre vor allem für Kunststoffverpackungen interessant, die Lebensmittel durch Kunststoffverschlüsse und als gekühlte Fertiggerichte allseits frisch und verfügbar bereitstellen.[28]

Es bleibt auch ein ständiger Abwägungsprozess, ob innovative ökologische Konzepte tatsächlich Ressourcen schonen. Am Beispiel der kompostierbaren Maistüte reiben sich die Probleme der energieverbrauchenden Herstellung und der unnötig langen Kompostierzeit. Häufig schwebt der Verdacht der Monopolsicherung mit, wenn wie beim »Dualen System Deutschland« aus einem Non-Profit-Unternehmen auf einmal ein börsennotiertes Unternehmen wird. Dessen Monopolstellung hat die EU-Kommision mittlerweile zugunsten des Wettbewerbs vieler Entsorgungsfirmen aufgelöst.[29] Auf dem Prüfstand steht mittlerweile auch die »Orange Box«, ein Pilotprojekt der Berliner

Stadtreinigung (BSR): Positiv sei die wohnortnahe Entsorgungsmöglichkeit von Elektrokleinschrott und Textilien; negativ jedoch, dass ein großer Teil des Inhalts nur energetisch verbrannt werde und es sich hier wieder um eine Monopolsicherung drehe.[30]

Recycling funktioniert auch meistens nicht ohne die Zustimmung Anderer. Schon in der Spätantike und zur Zeit der Völkerwanderung war Altmetall ein begehrtes Beute- und Prestigeobjekt, das die Römer den Kelten und später die Germanen den Römern gewaltsam wegnahmen. In Zeiten der Not wurde die Beute zu gerade benötigten Gegenständen verarbeitet, und in der Merowingerzeit zu diesem Zweck sogar aus Gräberfeldern entwendet.[31] Das Szenario heute: Der Raubbau der Bodenschätze in Entwicklungsländern, wie zum Beispiel in Afrika, zugunsten der Produktion von ständig weiter entwickelten technologischen Produkten in den Industrienationen. Und: Wir exportieren unseren vermeintlich noch brauchbaren Elektroschrott zu einem großen Teil wieder dorthin zurück, anstatt ihn selbst zu verwerten, so wie es die 2003 beschlossene europäische Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte eigentlich vorsieht.[32]

Vom Hippie über den Hipster zum Helden

Früher noch ausschließlich als Hippie-Strategie verkannt, avanciert der recycelbare Alltagsgegenstand in Großstädten zunehmend zum Hipster-Trend. Doch bis Recycling tatsächlich allgemein akzeptiert und praktiziert wird, muss erst ein neues Bewusstsein wachsen: damit wir neu bewerten, was wir schon besitzen; abwägen, was wir wirklich zusätzlich brauchen; nachdenken, wie wir Vorhandenes persönlich sinnvoll umgestalten wollen. Zwischen welchen Möglichkeiten an individuellen Handlungsspielräumen sich der Konsument derzeit verortet, beschreibt Linn Burchert in ihrem Essay »Handlungspotential! Für eine neue Lebenskunst« in diesem Band. Letztlich entscheidet jeder für sich, ob er die schon einmal getragene Jeans für den Glanz des Neukaufs eintauscht, und ob das haptische Erlebnis der Porzellan-Kaffeetasse mehr wert ist als das Knistern von Pappe und Plastik. Doch es ist nicht nur eine Image- oder Wohlfühlfrage. Denn im weiteren Kontext – der wachsenden Weltbevölkerung und der zunehmenden Knappheit an natürlichen Ressourcen – wäre Achtsamkeit, gepaart mit Neugier, eine notwendige neue Einstellung. Ob wir den Kreislauf des Konsums durchbrechen können, und inwieweit die globale Wirtschaft sich den Forderungen einer ökologisch und sozial nachhaltigen Produktionsweise stellt, wird in Zukunft über Sinn und Unsinn des Recyclings entscheiden.

[1] Pressestelle WWF (2011): »Auf dem Weg zum kahlen Planeten«. Verfügbar unter: *http://www.wwf.de/auf-dem-weg-zum-kahlen-planeten* [11.03.2012].

[2] Ebd.; Studentenwerk Berlin (2012): »Nachhaltigkeit in den Mensen und Cafeterien«. Verfügbar unter: *http://www.studentenwerk-berlin.de/mensen/produkte_preise/nachhaltigkeit/index.html* [11.03.2012].

[3] Rebehn, Volker (2011): »Diese Idee ist nicht von Pappe«. Verfügbar unter: *http://aktuell.meinestadt.de/kiel/2011/09/08/diese-idee-ist-nicht-von-pappe* [11.03.2012].

[4] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2009): »Verpackungen und Getränke«. Verfügbar unter: *http://www.bmu.de/abfallwirtschaft/abfallarten_abfallstroeme/verpackungsabfaelle/doc/41160.php* [11.03.2012].

[5] Internet-Portal Produktionsintegrierter Umweltschutz: »Was ist Produktionsintegrierter Umweltschutz?«. Verfügbar unter: *http://www.pius-info.de/de/projekt_u_partner/pius/index.html* [11.03.2012].

[6] Umweltbundesamt (2010/11): »Papierverbrauch und Verwertung von Altpapier«. Verfügbar unter: *http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent =2314*; »Verwertung von Altglas«.Verfügbar unter: *http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2313* [11.03.2012].

[7] Rohrmeier, Sophie (2011): »Biomüll-Tüten stinken Kompostbauern«. Verfügbar unter: *http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ebersberg/vaterstetten-biomuell-tueten-stinken-kompostbauern-1.1080315* [11.03.2012].

[8] Bauer, Birgit S. (2011): »Reuse, Reducse, Recycle: Verpackung & Nachhaltigkeit«. Verfügbar unter: *http://www.lilligreen.de/reuse-reduse-recycle-verpackung-nachhaltigkeit* [11.03.2012].

[9] Verfügbar unter: *http://www.thecocacolacompany.com/citizenship/plantbottle.html* [11.03.2012].

[10] Bauer, Birgit S. (2011): »precycle statt recycle oder: back to tante emma«. Verfügbar unter: *http://www.lilligreen.de/precycle-statt-recycle-oder-back-to-tante-emma/* [11.03.2012].

[11] Norddeutscher Rundfunk (2011): »Die Altkleider-Lüge«. Reportage. Verfügbar unter: *http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/die_reportage/hintergrund/altkleider101.html* [11.03.2012].

[12] ARD (2012): »Markencheck. Lidl-Check, McDonald›s-Check, H&M-Check und Media-Markt-Check". Verfügbar unter: *http://www.daserste.de/information/all-round_dyn~uid,aef7g6209c2ryk0~cm.asp* [11.03.2012].

[13] Lorenz, Gesine (2011): »Wozu braucht mensch eine Klamottentauschparty?«. Verfügbar unter: *http://www.konsumkritik-kassel.de* [aufgerufen am 11.03.2012].

[14] Umweltbundesamt (2010): »Export alter Elektrogeräte: Viel Gold, aber auch viel Gift«. Verfügbar unter: *http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2010/pd10-012_export_alter_elektrogeraete_viel_gold_aber_auch_viel_gift.htm* [11.03.2012].

[15] Life e. V. (2011-2012): »Mehr Wege als Einweg!«. Verfügbar unter: *http://www.life-online.de/aktuelle_projekte/p_mehrwege.html* [11.03.2012].

[16] Sozialhelden e. V. (2008): »So pfandtastisch kann helfen sein«. Verfügbar unter: *http://www.pfandtastisch-helfen.de* [11.03.2012].

[17] Gabarage (2003–2012): »Gesellschaft«. Verfügbar unter: *http://www.gabarage.at/de/menu16* [11.03.2012].

[18] Keiffenheim, Marcel (2005): »Der Mann ohne Müll«. Verfügbar unter: *http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=2995* [11.03.2012].

[19] Dumpstern.de (2010–2012): »Mülltauchen – ein Trend aus den USA«. Verfügbar unter: *http://www.dumpstern.de/muelltauchen-trend-aus-den-usa* [11.03.2012].

[20] Mundraub.org (Hrsg.) (2009–2012): »Über uns«. Verfügbar unter: *http://mundraub.org/uberuns* [11.03.2012].

[21] Werobèl-La Rochelle, Jürgen M.; Keil, Andreas (1989): *Einfälle statt Abfälle. Eine Ausstellung über Recycling in Afrika und Asien.* Eine Ausstellung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg: Universitätsbibliothek Marburg.

[22] Mahler, Marco (2011): »Custom Sculptures made from Recycled Metal by Tom Samui«. Verfügbar unter: *http://marcomahler.com/recycling_art.html* [11.03.2012].

[23] Molinelli, Charly (2011): »Crashed Ferrari Table«. Verfügbar unter: *http://molinellidesign.com/2011/05/08/crashed-ferrari-table* [11.03.2012].

[24] Brötzmann, Leopold: »Recycling-Kleiderhaken aus alten Stuhllehnen«. Verfügbar unter: *http://www.lilligreen.de/recycling-kleiderhaken-aus-alten-stuhllehnen*; »plastik-flaschen-lampe!«. Verfügbar unter: *http://www.lilligreen.de/plastik-flaschen-lampe*; »Studio Schneemann: Flip Flop Recycling«. Verfügbar unter: *http://www.lilligreen.de/studio-schneemann-flip-flop-recycling* [11.03.2012].

[25] Verfügbar unter: *http://www.nobrands.de* [11.03.2012].

[26] Bauer, Birgit S. (2011): »Reuse, Reduce, Recycle: Verpackung & Nachhaltigkeit«. Verfügbar unter: *http://www.lilligreen.de/reuse-reduse-recycle-verpackung-nachhaltigkeit* [11.03.2012].

[27] Umweltbundesamt (2011): »Elektro- und Elektronik-Altgeräte«. Verfügbar unter: *http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2312* [11.03.2012].

[28] Umweltbundesamt (2012): »Verpackungsaufkommen und Verwertung von Verpackungsabfällen«. Verfügbar unter: *http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2312* [11.03.2012].

[29] Europäische Kommission (2001): »EU-Kommission definiert Wettbewerbsgrundsätze für die Organisation der Märkte für die Entsorgung von Verpackungsabfällen«. Verfügbar unter: *http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/01/850&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en* [11.03.2012].

[30] Muysers, Kathrin (2011): »Die orange Box: ein Pilotprojekt der Berliner Stadtreinigung«. Verfügbar unter: *http://journal.translarte.de/2011/08/die-orange-box-ein-pilotprojekt-der-berliner-stadtreinigung* [11.03.2012].

[31] Baumeister, Martin (2004): *Metallrecycling in der Frühgeschichte. Untersuchungen zur technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rolle sekundärer Metallverwertung im 1. Jahrtausend n. Chr.* Rahden/Westf.: Leidorf, 171–198.

[32] Umweltbundesamt (2011): »Elektro- und Elektronik-Altgeräte«. Verfügbar unter: *http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2312* [11.03.2012].

Politik

Mehr Demokratie wagen! Für mehr Beteiligung der Bürgerschaft

David Marien

Der öffentliche Schlichtungsprozess um das Bahnprojekt »Stuttgart 21«, der 2011 in Reaktion auf die Proteste gegen das Projekt eingeführt wurde, und der Einzug der Piratenpartei in das Berliner Abgeordnetenhaus 2011, wurden von den Medien mit großem Interesse verfolgt. Diese Beispiele zeigen, dass zumindest ein Teil der Bürgerschaft bereit ist, neue Wege in Richtung Bürgerbeteiligung zu gehen. Ein Wille, das gegenwärtige politische System zu verändern und zukünftig mehr Beteiligung einzufordern, wird sichtbar. Wer aber neue Wege der Beteiligung beschreiten möchte, ist mit den eingetretenen Pfaden der bisherigen parlamentarischen Demokratie nicht mehr zufrieden. Wenn die Wahlbeteiligung weiter sinkt und das Vertrauen in die Demokratie weiter abnimmt, wird unser politisches System nachhaltig gefährdet, weil es vom Vertrauen und von der Beteiligung seiner Bürger lebt.

Internationale Unternehmen und NGOs sowie finanzkräftige Einzelpersonen sind heute wichtige Akteure. Wenn sie zukünftig durch Globalisierungsprozesse mehr Einfluss im politischen System gewinnen, muss ihnen etwas entgegengesetzt werden. Der im Verhältnis zur Bürgerschaft stärkere Einfluss dieser Akteure führt zu einer Verzerrung im politischen Willensbildungsprozess. Eine, im Verhältnis zu den hier genannten Akteuren, gestärkte Bürgerschaft muss auch in Zukunft ihre Interessen angemessen artikulieren können. Interessengruppen vertreten nur einen Teil der Bürgerschaft. Gegensätzliche Interessen sollten unter gleichen Bedingungen artikuliert und durchgesetzt werden können. Hier gibt es Defizite, die eine auf Interessenausgleich bedachte Demokratie behindern. Es stellt sich die Frage, wie ein fairer Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren, die unterschiedlichen Einfluss auf staatliche Institutionen ausüben, gewährleistet werden kann. Daran schließt sich die Frage an, wie ein fairer Interessenausgleich

gewährleistet werden kann. Dieser Essay beschäftigt sich mit Hindernissen, Problemen und Chancen beteiligungsorientierter Demokratie. Er erläutert Defizite im jetzigen politischen System und gibt Lösungsvorschläge für eine Bürgerschaft, welche in der Demokratie ihre vielfältigen Interessen besser gestalten kann.

Defizite des gegenwärtigen parlamentarischen Systems

Zunächst werden stichwortartig einige Probleme des gegenwärtigen politischen Systems aufgezeigt. So repräsentieren politische Vereinbarungen zwischen Parteien nur selten das Stimmungsbild der Bevölkerungsmehrheit. Als Beispiel kann die Mehrwertsteuererhöhung der großen Koalition von 2007 anführt werden. Im Wahlkampf wollte die CDU die Steuer um zwei Prozent erhöhen, die SPD um einen Prozent. Im Rahmen der großen Koalition einigten sich beide Parteien auf eine Erhöhung um drei Prozent. Natürlich gab es für diesen Schritt nachvollziehbare Gründe. Der Staat muss seine vielfältigen Aufgaben finanzieren und die Parlamentarier müssen einen funktionierenden Staat gewährleisten. Hier wurde aber etwas umgesetzt, was der Wählerschaft so nicht versprochen wurde. Dies widerspricht dem »Demokratieprinzip« und damit dem Kern unseres Staatswesens, da die Parteien hiernach die Interessen der Bevölkerung abbilden sollen. Das »Demokratieprinzip« in einer repräsentativen Demokratie beschreibt ein politisches Prinzip, in dem die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Es bestimmt in der repräsentativen Demokratie durch Wahlen und Abstimmungen Abgeordnete, die seinen Willen in den politischen Prozess einbringt.

Ein weiteres Problem liegt in der (in-)transparenten Aushandlung von politischen Vereinbarungen. Welcher politische Akteur steht für welchen Inhalt der Vereinbarung? Fehlende Nachvollziehbarkeit politischer Verantwortung verstößt gegen die Kontrollrechte der Bürgerschaft. Sie übt durch ihr Wahlrecht eine Kontrollfunktion aus. Mehr Transparenz ermöglicht der Bürgerschaft eine bessere Kontrollfunktion. Mehr Information durch höhere Transparenz schafft mehr Kontrolle. Dies ist notwendig, weil die Bürgerschaft als Souverän die Arbeit der Politiker so gut wie möglich kontrollieren muss. Ein Beispiel für Intransparenz ist die Hartz-Kommission, die 2002 Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes erarbeitete. Kommissionen verfügen zwar über eine demokratische Legitimation. Jedoch werden durch das Ausgliedern von Entscheidungen aus Regierung und Parlament, z. B. durch Kommissionen, Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten des Parlaments ausgehöhlt. Diese Kommissionen fertigen Gesetzesentwürfe an, welche dem Parlament

vorgelegt werden. Wenn Parlamentarier große Teile des Gesetzes, die durch Kommissionen erarbeitet wurden, unkritisch passieren lassen, werden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht. Wenn die Abgeordneten z. B. Gesetzesentwürfe nicht kritisch genug auf Zumutbarkeit für den Bürger prüfen, werden dem Bürger ggf. zu hohe Lasten aufgebürdet. Wenn sie Gesetzesentwürfe nicht auf Eignung überprüfen, d. h. auf ihren Zweck, entstehen eventuell Mehrkosten für den Staat. Mehrkosten können ebenfalls entstehen, wenn nicht hinreichend geprüft wird, ob es bessere Alternativen zum Gesetzesentwurf gibt.

Auch eine zu große Einflussnahme von Interessengruppen stellt eine Gefahr für das demokratische System dar. Natürlich sollen Interessengruppen auf Gesetze Einfluss nehmen dürfen, etwa wenn sie negative Folgen zu befürchten haben. Politiker, die über Gesetze zu entscheiden haben, stehen Lobbyisten gegenüber. Diese Lobbyisten vertreten Interessengruppen: Unternehmen, NGOs, Gewerkschaften und Fachverbände, Kulturschaffende und Vertreter der Wissenschaft. Dass Interessen vertreten werden, ist legitim. Einzelne Interessengruppen dürfen jedoch keinen zu großen Einfluss bekommen, nur weil sie beispielsweise über besonders große monetäre, personelle oder gesellschaftliche Ressourcen[1] im Vergleich zu anderen Interessengruppen verfügen. Wenn beispielsweise Arbeitgeberverbände durch Lobbyarbeit einen besseren Zugang in das Bundesarbeitsministerium erhalten als die Gewerkschaften, entsteht ein Ungleichgewicht in der Interessenvertretung. Dies führt zu einer Verzerrung im politischen Meinungsbildungsprozess. Hier kann ein Verstoß gegen den Grundsatz, dass politischer Einfluss gleich gewichtet werden soll, ausgemacht werden. Vor dem Hintergrund der Chancengleichheit sollen alle Interessengruppen im gleichen Umfang bzw. proportional zu den von ihnen vertretenen Personen Zugang zum politischen Meinungsbildungsprozess erhalten, weil alle Interessen in einer pluralistischen Gesellschaft die gleiche Chance zur Durchsetzung erhalten müssen.

Abgeordnete und Beamte auf Ministerialebene müssen bei politischen Entscheidungen viele Argumente und Interessen abwägen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen möglichst viele Interessengruppen ihre Argumente gleichberechtigt vortragen können. Dies ist notwendig, weil die Beamten nicht alle relevanten Interessen und Argumente kennen können. Sie haben vor allem die Interessen des Staates im Blick. Die Interessengruppen bringen ihre Interessen und Argumente als Betroffene in den Gesetzgebungsprozess ein. Wenn einzelne Interessengruppen durch hohen materiellen Aufwand mehr Zugang zu politischen Entscheidungsträgern erhalten, wird dem Ziel der gleichberechtigten Interessenartikulation entgegengewirkt. Das Verbrei-

ten von Interessen über Medien und eine Mobilisierung der Anhängerschaft sind neben dem persönlichen Gespräch mit Politikern mögliche Durchsetzungsstrategien für die Interessen solcher Gruppen. Wenn z. B. ein Bauunternehmen eine staatliche Autobahn bauen möchte, besteht die Gefahr, dass das Unternehmen über die Medien, durch Mobilisierung von Autofahrern sowie über Gespräche mit Politikern seine Interessen besser durchsetzen könnte als ein örtlicher Naturschutzverein. Da das Bauunternehmen durch höhere Budgets bessere Öffentlichkeitsarbeit leisten kann und durch gezielte Lobbyarbeit einen besseren Zugang zu Politik und Gesellschaft hat, könnte der Kompromiss zwischen einer vielspurigen Autobahn und einer umweltschonenden Bodennutzung so zugunsten der Autobahn verschoben werden. Im Zuge unserer Parteiendemokratie existiert eine große Abhängigkeit der politischen Mandatsträger von ihren Parteien. Fraktionsdisziplin und Parteisolidarität schränken die Entscheidungs- und Gewissensfreiheit von Parlamentariern ein. Ihnen wird aber genau diese Entscheidungs- und Gewissensfreiheit eingeräumt. Nach Art. 38 Abs. 1 S. 2 sind Abgeordnete des Bundestages an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, weil sie vom Volk legitimiert werden. Sie sind in erster Linie dem Volk und erst in zweiter Linie ihrer Partei verpflichtet. Die praktizierte Fraktionsdisziplin im Bundestag zeigt eine Differenz zwischen der Absicht des Grundgesetzes und der gelebten parteipolitischen Realität.

Die Diskussion um »Abweichler« bei der Bundespräsidentenwahl 2010 zeigt das Spannungsfeld zwischen parlamentarischer Eigenständigkeit und parteipolitischer Solidarität. Einige Wahlmänner von CDU/CSU und FDP wählten den Kandidaten von B90/Die Grünen und SPD, obwohl von ihren Parteien ein eigener Kandidat aufgestellt wurde. Parteimitglieder versuchten, ihre Wahlmänner zu überzeugen, für den Kandidaten ihrer Partei zu stimmen.

Über Wahllisten können Parteigremien großen Einfluss auf die Kandidatenaufstellung für die Parlamente ausüben. Hier wird die Entscheidungs- und Gewissensfreiheit der Parlamentarier indirekt konterkariert. Die Aussicht auf einen sicheren Listenplatz bei späteren Wahlen übt Einfluss auf sie aus. Dadurch entsteht ein Interaktionsprozess zwischen Parlamentariern und ihren Parteien, in dem Sinne, dass die Parlamentarier durch möglichst parteipolitisch konformes Handeln einen für sie vorteilhaften Listenplatz erhalten wollen. Das parteipolitisch konforme Handeln kann sich im Erfüllen der Parteidisziplin bei Abstimmungen und bei Auftritten in den Medien äußern. Im Zuge dieses Interaktionsprozesses einigen sich Parlamentarier auch auf politische Kompromisse, die das Funktionieren des Staates gewährleisten,

die überhaupt erst eine Entscheidungsfähigkeit ermöglichen, jedoch nicht im Sinne der Bevölkerung sind. Sie nehmen hin, dass ein Teil ihrer parlamentarischen Funktionen in externe Kommissionen ausgelagert wird. Dies hat den Vorteil, dass externer Sachverstand zu Entscheidungen hinzugezogen werden kann. Es birgt aber auch den Nachteil, dass Parlamentarier sich auf den externen Sachverstand zu stark verlassen und sie ihre Kontrollpflichten vernachlässigen könnten. Ressourcenstarke Interessengruppen führen die Parlamentarier in einen Interessenkonflikt. Ihr Gewissen und ihre Integrität spielen hier eine zentrale Rolle, weil sie nach Art. 38 Abs. 1 S. 2 nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Ein Interessenkonflikt kann die Gewissensfreiheit gefährden, weil sie ihre Entscheidungen nicht nur mit ihrem Gewissen, sondern auch mit Interessen Dritter vereinbaren müssen. Einerseits sollen alle Interessengruppen den gleichen Zugang zu ihnen erhalten. Andererseits wissen sie aber auch, dass große Interessengruppen ihre Partei durch Spenden mitfinanzieren.

In der Theorie bilden Parlamentarier den Kern unserer repräsentativen Demokratie. Sie sind durch die Wähler zur Kontrolle der Regierung legitimiert. Dabei müssen in der Praxis jedoch viele Interessenkonflikte ausgehalten werden. Wenn Parlamentarier auf Interessen ihrer Partei und auf das persönliche Interesse, auch in Zukunft im Parlament vertreten zu sein, Rücksicht nehmen müssen, wird ihre Kernfunktion, nur nach dem eigenen Gewissen zu entscheiden, marginalisiert.

Definitionsvorschlag: Was ist beteiligungsorientierte Demokratie?

Tatsächlich weist unser demokratisches System vielfach Lücken auf, welche das demokratische Prinzip – die Volksherrschaft – unterminieren. die Möglichkeiten, Herrschaft auszuüben wird von den einzelnen Menschen und ihren Interessen auf Interessengruppen und deren Interessen übertragen. Die Form der repräsentativen Demokratie bietet den Vorteil, die Diktatur der Mehrheit zu verhindern. Es besteht aber auch der Nachteil, dass nicht alle Interessen die gleiche Chance zur Artikulation besitzen. Eine beteiligungsorientiert(er)e Demokratie könnte helfen, diese Lücken zu schließen, ohne das gegenwärtige politische System in eine Diktatur der Mehrheit zu verwandeln.

Unter beteiligungsorientierter Demokratie werden Verfahren, Organisationen und Institutionen verstanden, die den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Bürger in das Zentrum der politischen Willensbildung

stellen. Politische Parteien sollen etwas an Einfluss verlieren, jedoch weiterhin wichtige Beiträge zur politischen Willensbildung leisten, weil sie eine Bündelungs- und Artikulationsfunktion in der politischen Willensbildung besitzen. Allerdings sind sie nicht in der Lage, alle Interessen zu vertreten. Bereits innerhalb der Parteien werden Kompromisse beschlossen, mit denen einzelne Bürger unzufrieden sein können. Durch geeignete Verfahren, Organisationen und Institutionen können Bürger ermächtigt werden, ihre Kritik und ihre Vorschläge zu artikulieren. Denn politischer Wille entsteht nicht nur bei den Parteien, er entsteht auch bei den Bürgern selbst. Demokratisch verfasste Staaten unterscheiden sich voneinander im Grade der Beteiligungsorientierung.

Eine Demokratie definiert sich nicht nur durch Verfahren und Institutionen, sondern auch durch Organisationen, die sich durch ihre Mitglieder, ihren Organisationszweck und ihre Hierarchie auszeichnen und deren Existenz sowie Zweck wir konstruktiv hinterfragen. Die Mitglieder der Gesellschaft lehnen die Mitgliedschaft in Organisationen bewusst ab, bzw. sie streben diese bewusst an. Organisationen sind wichtige Bestandteile der Gesellschaft. Sie artikulieren und bündeln Interessen, die sich in einer Demokratie gegenüber stehen können. Interessenverbände wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Unternehmen sowie Verbraucherschutzzentralen bilden und bündeln gegensätzliche Positionen. Hierarchische Strukturen in Organisationen repräsentieren nicht immer das demokratische Prinzip. Dennoch greifen diese hierarchisch organisierten Organisationen in den demokratischen Entscheidungsprozess des Staates ein. Josef Ackermann griff als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG und Vorstandsvorsitzender des IIF, einer globale Vereinigung von Finanzinstituten, in die Verhandlungen um die griechische Schuldenkrise 2010/2011 ein. Er verhandelt mit den Euro-Finanzministern über die Beteiligung privater Gläubiger für Schuldenerlass für Griechenland.[2] Dabei verfügt er über keinerlei Legitimation durch allgemeine Wahlen.

Die Bürgerschaft hat die Möglichkeit, sich auf kommunaler und Landesebene direkt an der politischen Meinungsbildung zu beteiligen. Unter anderem folgende Rechte eröffnen Beteiligungsmöglichkeiten: Wahlrecht, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind die Voraussetzung, um seinen persönlichen politischen Willen artikulieren zu können. Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid in den Kommunen, das Volksbegehren sowie der Volksentscheid auf Landesebene geben der Bürgerschaft die Möglichkeit, direkt über Sachfragen abzustimmen. Auch kann sich die Bürgerschaft in politischen Parteien, Vereinen und Initiativen organisieren. Ein Demokratieverständnis sowie

ein Verständnis, wie ein fairer Wettbewerb zwischen den einzelnen Akteuren abzulaufen hat, befördern die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Staates. Wahlgesetze, Regulierungen zur Parteienfinanzierung sowie Regulierungen zur Transparenz unserer Parlamentarier bilden dieses Verständnis von Demokratie und Wettbewerb in Gesetzesform ab.

Die Beteiligung der Bürgerschaft ist neben der Repräsentation durch Parlamentarier Kern unseres Demokratieverständnisses. Wahlen und das Engagement in Parteien, Vereinen und Interessenverbänden lassen diese Beteiligung sichtbar werden. Sie kann weiter ausgebaut werden. Je stärker der Bürger beteiligt ist, desto eher bekommt er ein Verständnis für die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse und gesellschaftlicher Interessen. Dieses Verständnis ist notwendig, um darauf aufbauende politische Entscheidungen zu artikulieren, sie zu beschließen und sie zu akzeptieren. Zusätzlich wird es für den Wähler so einfacher, seine Wahlentscheidung zu fällen. Er kann besser bewerten, ob Parteiprogramme politisch umsetzbar sind oder nicht. Mehr Bürgerbeteiligung kann aber auch Kosten sparen. Kleine Gruppen, bis hin zu Individuen, können Kritik und Vorschläge einbringen, die in Verbänden herausgefiltert werden. Mit ihrer Hilfe können bürokratische Verfahren beschleunigt und durch das eingebrachte Wissen der Bürgerschaft bereichert werden. Auch sind bessere Politikergebnisse erzielbar.[3] Hier muss aber auch eingeräumt werden, dass diese Aussage nicht ohne weiteres pauschalisierbar ist.[4]

Vorschläge für mehr Beteiligung

Doch wie und mit welchen Verfahren kann mehr Beteiligung erreicht werden? Hier erscheint eine Unterscheidung zwischen Meinungsbildungsverfahren, Beteiligungsverfahren und Wahlverfahren sinnvoll, um die Ebenen von Beteiligung besser abbilden zu können. Meinungsbildungsverfahren sollen der Bürgerschaft dabei helfen, sich eine differenzierte Meinung zu bilden. Das Internet bietet neben Zeitung, Hörfunk, Fernsehen und der Diskussion vor Ort schon heute vielfältige Informationsmöglichkeiten, auch zu politischen Themen. Es wird zu einem immer wichtigeren Instrument der Information und Meinungsbildung und soll daher im Folgenden auf sein – zum Teil noch ungenutztes – Potenzial hinsichtlich einer beteiligungsorientiert(er)en Gesellschaft betrachtet werden.

In den Online-Ratsinformationssystemen vieler Kommunen fehlt es noch an der Aufbereitung vorhandener Informationen. Viele Sachverhalte werden nicht erläutert, es fehlt häufig eine Verlinkung zwischen Sachverhalten.

Für einige Bürger dürfte dies eine Hürde darstellen, die sie von der Nutzung abhält. Die Ratsinformationssysteme sollten besser strukturiert und effizienter durchsuchbar werden. Dies ist notwendig, weil die vorhandenen Informationen transparent angeboten werden müssen. Die Bürgerschaft hat, um ihre Kontrollrechte zu wahren, das Recht, so leicht wie möglich auf Informationen zugreifen zu können. Durch einen Anschluss dieser Systeme an Dienste wie Twitter oder Facebook könnten sie für viele Bürger attraktiver werden, gerade für Jüngere. Die Verzahnung mit sozialen Netzwerken ermöglicht, dass Bürger mit weniger Aufwand schneller erfahren, was vor Ort politisch diskutiert wird. So gelangen sie schneller an für sie relevante Diskussionen, die sie auf anderen Wegen verpasst hätten.

Meinungsbildung findet nicht nur durch Information, sondern gerade auch durch Diskussion statt. Betroffene und interessierte Bürger könnten sich innerhalb bestehender Ratsinformationssysteme oder in Foren über interessante Beschlussvorlagen informieren und im Anschluss über die Beschlussvorlagen diskutieren. Neben den netzbasierten Möglichkeiten der Information und Diskussion sollten diese Möglichkeiten vor Ort ebenfalls gestärkt werden. Stammtische zu lokalen Themen, Diskussionsforen mit Experten sowie Informationsveranstaltungen zu Sachfragen sind einige Vorschläge. Schon heute bieten Länder und Kommunen Diskussionsforen und Informationsveranstaltungen an.

Neben Meinungsbildungsverfahren gibt es Beteiligungsverfahren. Sie ermöglichen der Bürgerschaft Ideen, Vorschläge und Konzepte in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Volksbegehren und -entscheide auf Landesebene geben der Bürgerschaft die Möglichkeit, ihre Themen auf die Agenda zu bringen. Volksbegehren und -entscheide sind Instrumente, die auch auf Bundesebene gezielt eingesetzt werden sollten. Bürgerhaushalte, in denen Bürger über einen Haushalt mitentscheiden können, Bürgerwerkstätten, wo Ideen zur Gestaltung eines Themengebietes gesammelt und in die Diskussion aufgenommen werden, sowie Bürgerforen, wo Bürger mit Experten für eine bestimmte Zeit an einem Sachverhalt beraten, sind weitere Meinungsbildungsverfahren.

Wahlverfahren bilden den Abschluss des politischen Entscheidungsprozesses. Die Ausweitung des Kumulierens und Panaschierens auf Landes- und Bundesebene gibt der Stimme des Bürgers mehr Macht und schwächt den Einfluss der Parteien. Der einzelne Wähler hat hierbei mehr als eine Stimme, die er an einen Kandidaten vergeben kann. Zusätzlich kann er seine Stimmen

auf mehrere Listen verteilen. Der Wähler kann so seine Präferenz besser ausdrücken. Auf diese Weise bekommen parteilose Kandidaten mehr Stimmen. Sie haben zwar eine potenzielle Wählerschaft, in den herkömmlichen Wahlverfahren führen taktische Erwägungen der Wählerschaft jedoch zu einem Stimmenverlust für den parteilosen Kandidaten. Dies ermöglicht, dass auch von Parteien unabhängige Personen am politischen Entscheidungsprozess mitwirken können. Das ist positiv zu bewerten, weil der Entscheidungsprozess vielfältiger beeinflusst wird. Der unabhängige Kandidat ist zudem keiner parteipolitischen Disziplin verpflichtet. Entscheidungen können so stärker nach dem eigenen Gewissen getroffen werden.

Neben den Verfahren spielen Organisationen eine wichtige Rolle. Sie wirken bei der Gestaltung der Gesellschaft mit. In Tarifverhandlungen, im Gesetzgebungsprozess, in Wirtschaft und Kultur, kooperieren unterschiedliche Organisationen und schließen Kompromisse. Mehr Bürgerbeteiligung und ein fairer Aushandlungsprozess zwischen Interessenverbänden bilden keinen Widerspruch. Bürger schließen sich zu Interessenverbänden zusammen, um ihre gemeinsamen Interessen zu bündeln. Nicht jeder von Interessenverbänden ausgearbeitete Vorschlag findet Anklang in der Bevölkerung. Nicht alle Bürger, die bestimmte Interessen oder Vorschläge haben, treten Interessenverbänden bei. Auch Ihnen sollten Wege der Beteiligung eröffnet werden. Wenn sich Bürger in Interessenverbänden engagieren, die gegensätzliche Interessen bündeln und artikulieren, bleibt der politische Aushandlungsprozess wichtig. Um ihn erleichtern und verstärken zu können, bedarf es weiterer Regulierung. Ein detailliert abgefasstes Lobbyregister der Bundes- und der Landesparlamente, wie es die NGO »LobbyControl« fordert,[5] tragen zu höherer Transparenz bei. Ebenso wie die konsequente Offenlegung von Nebenbeschäftigungen und Nebeneinkünften von Mandats- und Amtsträgern. Bundestagsabgeordnete sollten Nebeneinkünfte bereits unter einer Grenze von monatlich 1 000 Euro bzw. 10 000 Euro jährlich offenlegen. Es sollte eine stärkere Regulierung geben, wie viele Stunden ein Abgeordneter maximal neben seiner Abgeordnetentätigkeit arbeiten darf. Das *Whistleblowing*, d. h. das Preisgeben von geheimen, aber für die Öffentlichkeit wichtigen Informationen, sollte stärker gefördert werden. Gerade die Veröffentlichung solcher Informationen durch staatlich unabhängige Stellen kann ein Informationsmonopol einzelner Akteure verhindern. Mehr durch öffentliche Mittel finanzierte Daten sollten veröffentlicht und auswertbar gemacht werden.

Die genannten Maßnahmen führen einerseits zu einer höheren Transparenz der Aktivitäten von Akteuren, die über hohe finanzielle, personelle und

informationelle Ressourcen verfügen und im politischen Bereich agieren. Andererseits mindern sie jenen Einfluss auf Parlamentarier, welcher die Souveränität des Volkes gefährdet. Schärfere Nebenverdienstregeln für Parlamentarier können dazu führen, Nebentätigkeiten zumindest einzuschränken. Hieraus folgt, dass Geld, Personal und Wissen seitens Interessenverbänden, Unternehmen und NGOs nicht mehr den starken Einfluss auf Abgeordnete generieren, der heute beobachtbar ist. Insbesondere kleinere Akteure würden einen besseren und faireren Zugang zu politischen Entscheidungsträgern erhalten. Das ist gut für eine pluralistische Gesellschaft.

Institutionen sind wichtig im menschlichen Zusammenleben. Sie können als »eine Erwartung über die Einhaltung bestimmter Regeln, die verbindliche Geltung beanspruchen«, definiert werden.[6] Sie sind das verinnerlichte und nicht hinterfragte Verständnis von sozialen Beziehungen[7] und bilden neben Verfahren und Organisationen eine weitere Säule des politischen Systems. Für eine konstruktive Diskussion sollte die Bürgerschaft sachlich, ausgewogen, neutral und konsensorientiert argumentieren. Vorurteile, beleidigende und provozierende Bemerkungen laden die gesellschaftliche Diskussion unnötig auf und erschweren somit die Konsensbildung. Die Diskussion über Integration von Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen sowie die Diskussion zur Integration sozialer Schichten in Deutschland zeigt, dass emotional aufgeladene Diskussionen für eine Gesellschaft sehr belastend sein können. Die in der DDR ab 1989 eingerichteten runden Tische, wo auch SED-Funktionäre beteiligt wurden, können als Beispiel für Foren dienen, in denen konsensorientiert diskutiert wurde. Oppositionelle und SED-Funktionäre, die bis vor kurzem überhaupt nicht zusammen gearbeitet hatten, gestalteten für kurze Zeit gemeinsam die Politik in der DDR.

Kritik

Mehr Beteiligung der Bürgerschaft entspricht einem Demokratieverständnis, durch welches bestehende Lücken und Defizite der aktuellen Demokratieausprägung in Deutschland ausgeglichen und entschärft werden könnten. Durch Beteiligung übt der Souverän, das Volk, Macht im Staat aus. Diese Rolle muss er mit allen verfügbaren Instrumenten ausfüllen können. So wünschenswert mehr Beteiligung auch ist, leider schmälern auch hier Hindernisse ihren Mehrwert. Denn ist die Einführung neuer Partizipationsmöglichkeiten nicht reine Geldverschwendung, weil die bestehenden Möglichkeiten ausreichend sind? Dagegen kann erwidert werden, dass wir trotz sinkender Wahlbeteiligung die Wahlen nicht einstellen. Trotz steigendem Desinteresse an Politik

verringern wir nicht das Informationsangebot. Es geht gar nicht um ein Kosten-Nutzen-Kalkül, in dem Kosten minimiert werden sollen. Die Frage, wie wir die Gesellschaft organisieren wollen, ist sehr relevant. Verfahren, die betriebswirtschaftlich gesehen als am effizientesten gelten, hingegen weniger relevant. Es geht um Verfahren, welche die Bürgerschaft akzeptiert und ihr helfen, als Souverän zu agieren. Nicht das »Kostengünstigste« zählt, sondern das »Hilfreichste«.

Aber wollen sich die Bürger überhaupt mehr beteiligen? Sicherlich besteht für viele nicht das Interesse, sich stärker an politischen Prozessen zu beteiligen. Parteien wirken lediglich an der politischen Willensbildung mit. Es gibt auch andere Formen, zur politischen Willensbildung beizutragen. Wer sich außerhalb der Parteien politisch betätigen möchte, dem sollten die nötigen Instrumente zur Verfügung stehen. Das Argument, dass die Idee einer pluralistischen und fairen Gesellschaft zu idealistisch sei, berücksichtigt nicht, dass es durchaus möglich wäre, eben diese Ideale den einzelnen Individuen näher zu bringen. So kann z. B. die politische Bildung an Schulen und Hochschulen ausgebaut werden. Es sollte dabei nicht nur um die Frage gehen, welchen politischen Aufbau der Staat besitzt, sondern gerade um die Frage nach Rechten und Eingriffsmöglichkeiten des Einzelnen im politischen System: von den direkt-demokratischen Möglichkeiten auf Kommunalebene bis zu den Informations- und Auskunftspflichten, wie das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes.

Dass politische Bildung für die Beteiligten mit Spaß verbunden werden kann, zeigt z. B. das Planspiel »Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren«, das der Besucherdienst des Deutschen Bundestages veranstaltet.[8] Auch das Weiterbildungsangebot der »Bundeszentrale für politische Bildung« im Rahmen der didaktischen Planspiele sei hier als Beispiel genannt.[9]

Die beste Bildung, die beste Berichterstattung, die vielfältigsten Beteiligungsinstrumente und selbst die schärfsten Transparenz- und Kontrollbestimmungen bringen jedoch keine bessere politische Kultur, wenn die Bürgerschaft desinteressiert ist. Interesse kann man nicht einimpfen, mehr Beteiligung nicht aufzwingen und bessere Bildung produziert keinen besseren Menschen. Es gibt keine Selbstverständlichkeiten auf dem Weg zu »mehr Demokratie«. Wer seine Verantwortung nur allzu gern an Politiker delegiert, um sich im Nachhinein über deren Arbeit zu beschweren, der wird sich nicht stärker am politischen Gemeinwesen beteiligen. Wem Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu komplex erscheinen, um sich damit zu beschäftigen, wird nicht verstärkt

versuchen, diese komplexen Systeme verstehen zu wollen. Wem es zu viel Aufwand ist, sich für ein (politisches) Ziel zu engagieren, wo dazu noch unsicher ist, ob man dieses Ziel in absehbarer Zeit erreichen wird, wird sich nicht mehr engagieren, auch wenn Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Es braucht neben den bisher genannten Vorschlägen einen innerlichen Impuls für mehr Eigenverantwortung, für das »Verstehen-wollen« komplexer Zusammenhänge. Es braucht einen Impuls für mehr Engagement in Staat und Gesellschaft.

Entsprechende Rahmenbedingungen durch bessere politische Bildung, vielfältigere Beteiligungsmöglichkeiten, schärfere Transparenz- und Kontrollbestimmungen und ein besseres gesellschaftliches Klima für politische Kultur sind das Haus – Türen, Fenster, Wände und Dach. Das Fundament, auf dem das Haus steht, stellt jeder selbst bereit: durch den Willen, etwas verändern zu wollen. Ein Haus benötigt ein Fundament und eine Fassade, damit es ein stabiles und wohnliches Haus wird. Beides gehört untrennbar zusammen.

---

[1] Unter gesellschaftlichen Ressourcen verstehe ich hierbei, dass sowohl Angehörige der Interessengruppen, als auch andere Akteure die Arbeit der Interessengruppen materiell, ideell und personell unterstützen.

[2] Spiegel Online (2011): »Euro-Finanzminister einigen sich auf Hilfspaket für Griechenland«. Verfügbar unter: *http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,816486,00.html* [21.02.2012].

[3] Freitag, Markus; Vatter, Adrian (2002): »Mehr Volksmitsprache in Finanzfragen. Positive Erfahrungen aus den Kantonen und Gemeinden«. Verfügbar unter: *http://europa-magazin.ch/europamagazin/Aktuell/Dossiers-Themenfokus/Demokratie/5/cmd.14/audience.de* [19.01.2012].

[4] Schulze, Gesine; Walz, Susanne (2002): »Was kostet Bürgerbeteiligung?« *eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 19/2011. Hier besteht die Gefahr, dass Kritik und Vorschläge eingebracht werden, die nicht zielführend sind.

[5] LobbyControl: »Lobbyisten zu Transparenz verpflichten! Ein Lobbyistenregister für Berlin«. Verfügbar unter: *http://www.lobbycontrol.de/download/Info-Lobbyregister_Dez2009.pdf* [21.01.2012].

[6] Esser, Hartmut (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen 5: Institutionen.* Frankfurt a. M.: Campus, 2.

[7] Ebd., 4 f.

[8] Planspiel »Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren«. Online-Angebot des Deutschen Bundestages. Siehe: *http://www.bundestag.de/besuche/hinweise/planspiel/index.html* [16.01.2012].

[9] Tutzinger Didaktikforum: Planspiele in der politischen Bildung im Online-Angebot der »Bundeszentrale für politische Bildung«. Siehe: *http://www.bpb.de/veranstaltungen/VL1C6G,0,Tutzinger_Didaktikforum%3A_Planspiele_in_der_politischen_Bildung.html* [16.01.2012].

Mit internetbasierter bürgerschaftlicher Koproduktion zu einer neuen Partizipationskultur

Basanta E. P. Thapa

Die Forderung nach mehr politischer Partizipation jenseits des Parteiensystems prägt seit mehreren Jahrzehnten die Diskussion um die Revitalisierung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Im Folgenden argumentiere ich, dass das Problem weniger in den mangelnde Möglichkeiten als vielmehr im fehlenden Willen zur Partizipation liegt, der auf einer grundlegenden Entfremdung von Staat und Bürger beruht. Weiter zeige ich auf, weshalb die Beteiligung der Bürger an der Produktion öffentlicher Leistungen das Fundament politischer Partizipation bildet. Basierend auf den Lehren des Neuen Steuerungsmodells und den neuen Möglichkeiten des Internets heraus schlage ich eine internetbasierte Plattform für das Partizipationsmanagement der Bürgerbeteiligung vor.

Was ist das Problem? – Politikverdrossenheit und Entfremdung zwischen Bürger und Staat

Fast alle westlichen Demokratien ringen mit unterschiedlichen Formen der Politikverdrossenheit. Politikverdrossenheit bezeichnet ein Zusammenspiel aus der Unzufriedenheit der Bürger mit den Akteuren und Ergebnissen der Politik sowie das Gefühl, persönlich keinen Einfluss auf die Politik zu haben.[1] In Deutschland wird dies an verschiedenen Stellen sichtbar: Beispielsweise schwinden die Mitgliederzahlen der politischen Parteien seit den 1980ern deutlich. Zugleich stimmen über 90 Prozent der Bundesbürger der Aussage »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.« zu.[2] Andererseits bewerten 60 Prozent der Bundesbürger die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems der Bundesrepublik mit »gut« bis »sehr gut«.[3]

Diese Kombination aus grundlegender Zufriedenheit mit dem Regierungssystem und schwindendem Partizipationswille deutet darauf hin, dass die Mehrheit der Bürger sich in der passiven Rolle des Regierten eingerichtet

hat. Auf Dauer höhlt eine reine Legitimation durch die Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik jedoch das Fundament eines demokratischen Systems aus. Denn wenn die Akzeptanz des politischen Systems nur von Ergebnissen der Politik abhängt, hat jeder exogene Schock und jede politische Fehleinschätzung das Potential zur Staatskrise. Ohne Fundierung in der der Rechtmäßigkeit von Wahlen und politischen Prozessen stellt jedes unerwünschte Politikergebnis das politische System als Ganzes in Frage.

Diese Entkoppelung von Input und Output des politischen Systems kann auch Politikverdrossenheit erklären. Der Bürger begegnet dem Staat in verschiedenen, voneinander isoliert scheinenden Rollen. Auf der Output-Seite des Staates findet sich der Bürger in der Rolle des Befehlsempfängers, des Dienstleistungsempfängers und des Bittstellers. Auf der Input-Seite stehen zuvorderst die Rolle des Wählers und des Steuerzahlers.

Kontakt zwischen Staat und Bürger findet zudem nicht nur in unterschiedlichen Rollen, sondern im Alltag nur punktuell wahrnehmbar und mit verschiedensten Ansprechpartnern seitens des hochgradig ausdifferenzierten Staatsapparats statt. Dies verstellt den Blick auf den übergeordneten Zusammenhang zwischen Staat und Bürger.[4] Einerseits fällt es den Bürgern schwer, die verschiedenen Rollen, in denen sie dem Staat begegnen, zur übergeordneten Rolle des kollektiven Souveräns zusammenzuführen. Andererseits ist kaum nachzuvollziehen, dass die verästelte Organisation von Politik und Verwaltung letztendlich die Manifestation unseres Gemeinwesens ist.

Insgesamt lässt sich also diagnostizieren, dass Arbeitsteilung, Rollendifferenzierung und übermäßige Mittelbarkeit letztendlich zu einer Entfremdung zwischen Bürger und Staat führen.

Warum mehr Partizipation? – Eine kommunitaristische Diagnose

Im Kommunitarismus steht die Entfremdung zwischen Bürger und Staat im Fokus. Diese philosophische Denkrichtung ist insbesondere als Kritik am atomistischen Menschenbild des Liberalismus zu verstehen, das den Menschen auf einen hypothetischen Urzustand als »ungebundenes Selbst«[5] reduziert. Diesem Menschenbild zufolge schließen die Menschen sich nur aufgrund eines individuellen Nutzenkalküls zu Gemeinwesen zusammen. Der Kommunitarismus hingegen stellt die Zugehörigkeit zu einem oder mehreren Gemeinwesen als konstitutive Eigenschaft des Menschen heraus.

Demnach entscheidet nicht das Rationale, sondern das Emotionale über die Bildung einer Gemeinschaft. Emotionale Gemeinschaftsbindung und ihre Ausbildung durch das aktive Erleben der Gemeinschaft stehen im Zentrum der kommunitaristischen Staatstheorie.

Die kommunitaristische Antwort auf die Entfremdung zwischen Bürger und Staat ist offensichtlich: Die Bindung zu den Mitbürgern kann nur gestärkt werden, wenn mehr direkte Zusammenarbeit stattfindet, über die das Gemeinwesen in der Lebenswelt der Bürger greifbar wird.[6] Die Steuerung und Umsetzung von Gemeinschaftsaufgaben an zentral organisierte Instanzen muss also mindestens so weit um kooperative und partizipative Elemente ergänzt werden, wie es nötig ist, um diese Instanzen als ausführende Organe der Gemeinschaft und nicht als eigensinnige Akteure begreifen zu können. Kurz gesagt erzeugen mehr direkte Kooperation der Bürger untereinander sowie die gemeinsame Produktion öffentlicher Leistungen ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl und somit auch einen größeren Partizipationswillen.

Warum reicht politische Partizipation nicht aus? – Das Beispiel der Bürgerkommune

Das Reformmodell der Bürgerkommune, das seit den 1990er Jahren in deutschen Kommunen zunehmende Beliebtheit erfährt, greift diese Wirkungskette auf. Im Konzept der Bürgerkommune werden dabei drei Beteiligungsrollen der Bürger unterschieden: der politische Auftraggeber, der Kunde und der Mitgestalter.[7] Die Rolle des Auftraggebers manifestiert sich beispielsweise in Bürgerforen, Bürgerwerkstätten und Bürgerhaushalten, die allen interessierten Bürgern offenstehen. Dort werden zu einer spezifischen Fragestellung Empfehlungen abgegeben oder sogar bindende Entscheidungen getroffen. Hintergedanke ist, die Arbeitsteilung zwischen Wähler und Repräsentant teilweise aufzuheben: Indem die Steuerung und politische Verantwortung des Gemeinwesens für den einzelnen Bürger zugänglich wird, kann dieser seine Macht als kollektiver Souverän erfahren.

Die Rolle des Kunden bezieht sich auf eine höhere Bürgerorientierung der Verwaltung. So wird einerseits die Entfremdung der Verwaltung vom Bürger und Überbleibsel einer obrigkeitsstaatlichen Geisteshaltung angegangen. Andererseits soll auf Seite der Bürger ein Anspruchsdenken geweckt werden, das sich aus einem Bewusstsein für ihre Rechte als kollektiver Souverän ergibt.

Als Mitgestalter sollen die Bürger aktiv in die Produktion öffentlicher Leistungen einbezogen werden, beispielsweise indem Bürgerstiftungen Bibliotheken betreiben oder einzelne Bürger sich in der kommunalen Bildungs-, Betreuungs- und Sozialarbeit engagieren. Auf diese Weise wird das abstrakte Konstrukt des Staates als Produzent von Gemeinschaftsgütern, im Auftrag und unter Finanzierung der Bürger, unmittelbar greifbar.

Bei der praktischen Umsetzung der Bürgerkommune lag der Schwerpunkt bisher klar auf politischer Partizipation. Angebote zur politischen Partizipation alleine können einem mangelnden Partizipationswillen jedoch nicht entgegenwirken. Die bekannten Formen der politischen Partizipation in der Bürgerkommune sind freiwillige Übertragungen von Entscheidungsbefugnissen durch das etablierte politisch-administrative System. Dadurch droht sogar eine verstärkte Wahrnehmung von Top-Down-Prozessen – und somit eine weitere Entfremdung seitens der Bürger. Der Bürger *darf* sich hier beteiligen. Ein Selbstverständnis als kollektiver Souverän kann er aber nur entwickeln, wenn sich politische Partizipation aus einem *Recht* zur Mitentscheidung ergibt.

Die Kundenrolle des Bürgers hat durch den Siegeszug des Neuen Steuerungsmodells auch weit über das Leitbild der Bürgerkommune hinaus an Bedeutung gewonnen. Diese Bürgerorientierung fügt sich nahtlos in die vorhergehenden Überlegungen: sie stellt die logische Konsequenz aus der Betonung des Staates als ausführendem Organ des Gemeinwesens und dem Bürger als dessen kollektivem Souverän dar. Durch Bürgerorientierung allein wird dieser Zusammenhang jedoch nicht sichtbar. Denn auch privatwirtschaftliche Unternehmen zeichnen sich durch eine hohe Dienstleistungsorientierung aus, ohne dass eine gemeinschaftliche Beziehung vorliegt.

Die Mitgestalterrolle der Bürger im Kontext des Kommunitarismus halte ich für den Schlüssel, um der Entfremdung zwischen Bürger und Staat entgegenzuwirken. Indem sich die Bürger aktiv an der Produktion von Gemeinschaftsgütern beteiligen, können sie ihre Gemeinschaftsbindung unmittelbar erfahren. Die Politikwissenschaftler Jörg Bogumil und Lars Holtkamp, Vordenker der Bürgerkommune, unterscheiden hierbei drei Wirkungen: »die Selbsthilfe (›Wir tun etwas für uns‹), das klassische Ehrenamt (›Wir tun etwas für andere‹), das bürgerschaftliche Engagement [...] (›Wir tun etwas für andere und damit etwas für uns selbst‹)«.[8] Wenn der Staat als Vehikel dieser Wirkungen wahrgenommen wird, ist die Entfremdung erfolgreich aufgehoben. Zusätzlich wird bei einem solchen »Dienst am Gemeinwesen« im Gegen-

satz zu den weitgehend unsichtbaren Steuerzahlungen der Zusammenhang zwischen individueller Investition und gemeinschaftlichem Produkt sichtbar.

Diese praktische Beteiligung steigert nicht nur die Identifikation mit dem Gemeinwesen, sondern folglich auch den Partizipationswillen und -anspruch. Wer mitarbeitet, will auch mitreden: Als Ownership ist dieser Effekt in der partizipativen Entwicklungszusammenarbeit seit Jahrzehnten anerkannt.[9]

Natürlich ist bei einer solchen sogenannten »bürgerschaftlichen Koproduktion« auch die Beteiligung der Bürger bei der Planung und Entscheidung unabdingbar, um das Selbstverständnis als kollektiver Souverän zu stärken. Im Sinne des Ownership wird politische Partizipation nun als ein aus der Mitarbeit erwachsenes Recht verstanden und nicht als eine großzügig gewährte Mitsprachemöglichkeit.

Bürgerschaftliche Koproduktion ist also das Fundament, auf dem sich weitere Partizipationsformen erst richtig entfalten können. Diese Säule der Bürgerkommune wird in der Praxis allerdings oft vernachlässigt, da sie eine dauerhafte Umstellung der Verwaltungsstruktur erfordert. Die am häufigsten umgesetzte Variante ist die Übertragung einzelner Aufgaben, z. B. der Betrieb von Sporthallen oder Bibliotheken, an Vereine und Bürgerstiftungen. Dies ist mit vergleichsweise wenig Aufwand verbunden und kann analog zu Verträgen mit Unternehmen gesteuert werden. Ob so aber einer breiten Masse der Bürger die Mitgestalterrolle eröffnet wird, ist fraglich. Deshalb konzentriere ich mich im Folgenden auf Formen der bürgerschaftlichen Koproduktion, die auch unorganisierten Einzelpersonen die Beteiligung ermöglichen.

Die praktischen Erfahrungen mit dem Modell der Bürgerkommune zeigen, dass konventionelle Formate der Bürgerbeteiligung allesamt recht aufwendig und teuer sind.[10] Auch bei der Mobilisierung der Bürger sind die Resultate ernüchternd. Bürgerschaftliche Koproduktion erleichtert zwar die Mobilisierung für politische Partizipation, das Problem der hohen Kosten bleibt jedoch bestehen.

Um eine ernsthafte Alternative zu klassischen Partizipationsformen zu bieten, muss die Koordination der bürgerschaftlichen Koproduktion also sowohl kostengünstig sein als auch eine breite Mobilisierung von Einzelpersonen ermöglichen.

Wo können sich Bürger als Koproduzenten beteiligen? – Lehren aus dem Neuen Steuerungsmodell

Die Organisation der öffentlichen Verwaltung wurde in den letzten zwei Jahrzehnten maßgeblich durch das Neue Steuerungsmodell geprägt. Ein Kernelement dieses Modells ist die Auslagerung von Teilaufgaben der Verwaltung an private Unternehmen. Daraus können wertvolle Lehren für die Auslagerung in bürgerschaftliche Koproduktion gezogen werden.

Dabei werden nach dem Staatsleitbild des Gewährleistungsstaats[11] zunächst zwei Arten von Aufgaben unterschieden: Staatliche Kernaufgaben, die nicht ausgelagert werden können, und Gewährleistungsaufgaben, für die der Staat nur die Qualität der Dienstleistung garantieren muss. Unterschieden wird anhand der strategischen Bedeutung einer Aufgabe, d. h. ob eine kurz- oder mittelfristige Versorgungslücke tolerierbar ist, und ihrer Spezifität, also benötigtem Fachwissen oder Spezialgeräten.[12]

Die Auslagerung an private Dienstleister ist nie so zuverlässig wie die Eigenerstellung durch die Verwaltung, z. B. aufgrund der nie ausschließbaren Gefahr einer Insolvenz. Während sich für wenig spezifische Aufgaben am Markt problemlos ein Ersatzdienstleister finden lässt, droht bei hochspezifischen Aufgaben die Abhängigkeit von einem Anbieter. Deshalb werden Aufgaben, die hochspezifisch sind und bei denen auch kurzfristige Versorgungslücken nicht toleriert werden können, als sogenannte staatliche Kernaufgaben eingestuft, die stets in Verwaltungshand bleiben müssen.

Strategisch wichtige Aufgaben müssen daher für die bürgerschaftliche Koproduktion grundsätzlich ausgeschlossen werden, da bereits privatwirtschaftliche Verträge hierfür nicht zuverlässig genug sind. Der Versuch, mit strengen Leistungsvereinbarungen bei der bürgerschaftlichen Koproduktion ein ähnliches Maß an Zuverlässigkeit zu erreichen, würde diese Form des Engagements zudem vollkommen unattraktiv machen.

Für spezifischere Aufgaben ist Koproduktion dagegen denkbar, wenn beispielsweise die Anleitung durch einen kompetenten Verwaltungsmitarbeiter ausreicht. Optimal für Koproduktion sind strategisch unbedeutende, eher unspezifische Aufgaben: Ein klassisches Beispiel aus den Bürgerkommunen für eine solche Aufgabe sind Spielplatzpatenschaften. Hier halten engagierte Bürger Spielplätze in ihrer Umgebung sauber, führen einfache Reparaturen selbst durch und melden größere Schäden der Kommunalverwaltung.

Die Erfahrungen des Neue Steuerungsmodells zeigen, dass die Auslagerung von Aufgaben vor allem dann erfolgreich ist, wenn klare Leistungsvereinbarungen geschlossen werden. Deren Einhaltung muss die Verwaltung kompetent überwachen und mit Sanktionsmechanismen durchsetzen können. Diese Kompetenzen muss auch das Partizipationsmanagement der bürgerschaftlichen Koproduktion mitbringen, wenn ein Mindestmaß an Zuverlässigkeit und Effizienz erreicht werden soll.

Wie kann bürgerschaftliche Koproduktion gesteuert werden? – Die neuen Möglichkeiten des Internets

In einem Werk zur Kommunalreform aus dem Jahr 1997 weist der Verwaltungswissenschaftler Dietrich Budäus Bürgerbeteiligung aufgrund einer »Arithmetik der Partizipation«, die sich aus Raum-, Mengen- und Zeitproblemen ergibt, in enge Schranken. In einer Fußnote prognostiziert er: »Auch neue technologische Möglichkeiten (z. B. Internet) ändern an diesen Problemen im Prinzip nichts.«[13]

Seit 1997 haben sich die Möglichkeiten des Internets jedoch potenziert: Soziale Medien wie Facebook oder Twitter haben das Kommunikationsverhalten nachhaltig verändert. Die anhaltende Welle des Web 2.0 bettet immer mehr Dienstleistungen in virtuelle soziale Netzwerke ein. Durch die weite Verbreitung von mobilen Datengeräten wie Smartphones ist das Internet zudem fast allgegenwärtig geworden.

Unter der Überschrift »Open Government« sammeln sich inzwischen zahlreiche Ansätze, die mit Hilfe des Internets mehr politische Partizipation und Transparenz des politisch-administrativen Systems erreichen wollen. Mit der Piratenpartei und ihrer offenen Vorschlags- und Entscheidungsplattform »Liquid Democracy« sind diese Methoden bereits in der deutschen politischen Landschaft angekommen. Die kollaborative Online-Enzyklopädie Wikipedia und hochkomplexe, gemeinschaftlich programmierte Open-Source-Software beweisen zudem, dass internetbasierte Koordinationsformen auch produktiv sein können. Budäus' »Arithmetik der Partizipation« wird so zwar nicht ausgehebelt, ihre Grenzen jedoch weit nach oben verschoben.

Mit Blick auf die bürgerschaftliche Koproduktion stellt sich also die Frage: Kann ein internetbasiertes Partizipationsmanagement die identifizierten Anforderungen an die bürgerschaftliche Koproduktion erfüllen?

Zunächst erleichtert eine internetbasierte Lösung die Mobilisierung der Bürger. Denn klassische Formen der Ansprache leiden entweder unter geringer Reichweite (z. B. Aushänge in Rathäusern) oder hohen Kosten (Werbung in Massenmedien). Elektronische Medien hingegen verursachen vernachlässigbar geringe Kosten, können zielgerichteter eingesetzt werden und erreichen ihre Zielgruppe bequem am heimischen Schreibtisch oder über das Smartphone.

Durch die dynamische Verknüpfung und Darstellung von Informationen können über Internet-Plattformen komfortabel Termine gefunden sowie den Bürgern Aufgaben passend zu ihrem Interessenprofil vorgeschlagen werden. Dies senkt den Aufwand und somit die Hürde für freiwilliges Engagement seitens der Bürger. Die Aufteilung in klar eingegrenzte Aufgaben und die flexible Zuordnung kommen der Scheu vor langfristigen Verpflichtungen entgegen, die die Ehrenamtsforschung als zunehmenden Trend ausgemacht hat.[14] Gleichzeitig kann bürgerschaftliche Koproduktion über das Internet transparent und öffentlich gemacht werden. So erhält der Einzelne Anerkennung für seinen Einsatz und sieht, dass auch seine Mitbürger sich für die Gemeinschaft engagieren. Gemeinsam mit der direkten Zusammenarbeit ist dies vermutlich der effektivste Weg, Gemeinschaftsbindung zu fördern und der Entfremdung von Staat und Bürger entgegenzuwirken.

Internetplattformen und die Interaktion über diese werden durch Protokolle gesteuert. Die Standardisierung und Automatisierung von Abläufen und Kommunikation durch Protokolle erleichtert eine dezentrale Form der Koordination, bei der die Rolle der beteiligten Verwaltungsmitarbeiter weniger prominent ist und Kosten verringert werden.
Der Medienwissenschaftler Alexander Galloway schreibt über Protokolle: »These conventional rules that govern the set of possible behavior patterns within a heterogeneous system are what computer scientists call protocol. Thus, protocol is a technique for achieving voluntary regulation within a contingent environment«.[15] Die Vorgabe von Interaktionsmustern in virtuellen sozialen Netzwerken durch Protokolle vereinfacht Koordination und Selbstregulierung. So haben beispielsweise die Transaktionsprotokolle von Online-Marktplätzen den Bedarf nach Zwischenhändlern eliminiert. Die vertrauensbildende Funktion des Zwischenhändlers wird dabei unter anderem durch Reputationssysteme ersetzt, die Kontrolle und Sanktionen unter den Nutzern und innerhalb der Logik des Online-Marktplatzes ermöglichen. Durch die Verbindung derartiger Systeme mit nicht-virtuellen Sanktionsmöglichkeiten der Verwaltung bei Nichterbringung einer vereinbarten Leistung

kann auch die bürgerschaftliche Koproduktion effizient kontrolliert werden. Da sämtliche Falldaten wie Aufgaben, Freiwillige und Termine bereits elektronisch erfasst sind, gestaltet sich das Partizipationsmanagement auch für die Verwaltung einfacher.[16] Eine erste Leistungs- und Ergebniskontrolle kann beispielsweise durch Standortinformationen oder Belegfotos, die von den Freiwilligen direkt per Mobiltelefon in die Beteiligungsplattform eingespeist werden, erfolgen. Auch die Nachkontrolle kann durch einen Verwaltungsmitarbeiter mit mobilem Datengerät durchgeführt werden, dessen Termin- und Wegplanung anhand der Falldaten in der Beteiligungsplattform optimiert wird.

Menschen ohne Zugang zum Internet können diese Beteiligungsplattform über persönliche Beratungsstellen, z. B. die weit verbreiteten Freiwilligenagenturen, nutzen. Mein Vorschlag hat einige Parallelen zu diesen Freiwilligenagenturen, unterscheidet sich jedoch in wesentlichen Punkten: So beschränken sich Freiwilligenagenturen auf die Vermittlung von Freiwilligen an Vereine und ähnliches, mein Vorschlag zielt hingegen auf ein umfassendes Management von individuellen Freiwilligen und ihren Einsatz für klar eingegrenzte Aufgaben. Zusätzlich wird die Zahl der Menschen ohne Internetzugang in den nächsten Jahren stetig sinken,[17] so dass eine persönliche Beratung zu Partizipationsmöglichkeiten nur noch in Ausnahmefällen nötig sein wird.

Im Gegensatz zu vielen der über Freiwilligenagenturen vermittelten Tätigkeiten muss für bürgerschaftliche Koproduktion eine Aufwandsentschädigung geboten werden. Nicht nur, um die Attraktivität der bürgerschaftlichen Koproduktion als freiwilliges Engagement zu fördern, sondern auch aus Gerechtigkeitsaspekten. Aufgaben, die zuvor gemeinschaftlich aus Steuern finanziert wurden, dürfen nicht in Folge der bürgerschaftlichen Koproduktion auf Kosten der einzelnen Freiwilligen erbracht werden. Zudem kann so verhindert werden, dass besonders engagierte Freiwillige sich langfristig als »wahre« Träger des Gemeinwesens gerieren und reinen Steuerzahlen das Mitspracherecht absprechen.

Schlussendlich ist eine internetbasierte Beteiligungsplattform allein nicht die Antwort. Der entsprechende Umbau der Verwaltung, personelle Investitionen in das Partizipationsmanagement und das Herstellen von Vertrauen unter den Bürgern sowie zwischen Verwaltung und Bürgern ist unerlässlich. Die vorgeschlagene Plattform kann jedoch eine katalysierende Wirkung für die Gemeinschaftsbindung haben und hat gleichzeitig das Potential, bekannte Probleme partizipativer Formate zu vermeiden.

Fazit

In diesem Essay habe ich gezeigt, dass Politikverdrossenheit auf die Entfremdung zwischen Bürger und Staat zurückzuführen ist. Die Rückkopplung über Wahlen und Steuern ist schlichtweg zu abstrakt, um eine emotionale Bindung zum Gemeinwesen zu entwickeln. Aus Sicht des Kommunitarismus ist aber genau dies nötig, um eine Identifikation und somit Partizipationsbereitschaft zu entwickeln. Erfahrungen mit verschiedenen Partizipationsformen aus den Bürgerkommunen zeigen, dass klassische Formen des Partizipationsmanagements sehr aufwendig sind. Zudem illustrieren sie, dass politische Partizipation mit praktischer Partizipation, der bürgerschaftlichen Koproduktion, einhergehen muss.

Virtuelle soziale Netzwerke erlauben hierfür ein effizienteres und transparenteres Partizipationsmanagement. Gleichzeitig können Ergebniskontrolle und Sanktionsmechanismen, zwei Erfolgsfaktoren aus den Erfahrungen des Neuen Steuerungsmodells, problemlos integriert werden. Das Neue Steuerungsmodell bietet zudem anhand strategischer Bedeutung und Spezifität eine erste Orientierung, welche Aufgaben in bürgerschaftliche Koproduktion gegeben werden können.

Daher empfehle ich den Aufbau lokaler internetbasierter Beteiligungsplattformen, um die deutsche Demokratie zu revitalisieren und so die langfristige Legitimität und Stabilität des politischen Systems zu sichern.

---

[1] Arzheimer, Kai (2002): *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

[2] Wiesendahl, Elmer (2011): *Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien. Demokratie in Deutschland 2011.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

[3] Embacher, Serge (2011): *Einstellungen zur Demokratie. Demokratie in Deutschland 2011.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

[4] Benda, Ernst (1983): »Staatsverfassung oder Bürgerverfassung?«. Rede im Überseeclub in Hamburg am 25. März 1983.

[5] Sandel, Michael J. (1998): *Liberalism and the Limits of Justice.* Cambridge: Cambridge University Press.

[6] Haus, Michael (2001): *Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Bürgergesellschaft und lokaler Politik: Zwischen deliberativer Demokratie und kommunitärer Solidarität.* Beitrag für die Tagung des Arbeitskreises Lokale Politikforschung in der DVPW »Lokale Politik und Bürgergesellschaft« am 15./16. März 2001 in Heppenheim/Bergstraße.

[7] Bogumil, Jörg (1999) »Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Der Bürger als Auftraggeber, Mitgestalter und Kunde«. In:

Kubicek, Herbert u.a. (Hrsg.): *Multimedia @ Verwaltung. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999*. Heidelberg: Hüthig Verlag, 51–61.

[8] Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2002): *Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 27.

[9] Sangmeister, Hartmut (2009): *Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos, 19.

[10] Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2002): *Bürgerkommune konkret. Vom Leitbild zur Umsetzung*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

[11] Bogumil, Jörg; Jann, Werner (2008): *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 71.

[12] Picot, Arnold; Wolff, Brigitte (1994): »Zur ökonomischen Organisation öffentlicher Leistungen: ›Lean Management‹ im öffentlichen Sektor?«. In: Naschold, Frider; Pröhl, Marga: *Produktivität öffentlicher Dienstleistungen. Dokumentation eines wissenschaftlichen Diskurses zum Produktivitätsbegriff*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 51–120.

[13] Budäus, Dietrich (1997): *Kommunitarismus – eine Reformperspektive? Eine kritische Analyse kommunitaristischer Vorstellungen zu Gesellschafts- und Verwaltungsreform*. Berlin: Edition Sigma, 48.

[14] Becker, Elke (2009): *Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raumentwicklung*. Berlin: Maecenata Verlag, 16.

[15] Galloway, Alexander R. (2004): *Protocol: how control exists after decentralization*. Cambridge: MIT Press, 7.

[16] Brüggemeier, Martin; Dovifat, Angela; Kubisch, Doreen; Lenk, Klaus; Reichard, Christoph; Siegfried, Tina (2006): *Organisatorische Gestaltungspotenziale durch Electronic Government*. Berlin: Edition Sigma.

[17] Deutschland Online (2007): *Studie Deutschland Online 2007*. Bonn: Deutschland Online.

Der kurzfristige Entscheidungshorizont von Politikern: Nachhaltige Entscheidungen institutionell fördern

Stephan Gürtler & Florian Kollewijn

Unsere gegenwärtigen Handlungen beeinflussen den zukünftigen Zustand unserer Gesellschaft. Gleichzeitig sind unsere Handlungen von Institutionen, als Systemen verhaltenssteuernder Regeln, bestimmt. Um als Gesellschaft zukunftsfähig zu sein, bedarf es daher Institutionen, die zukunftsfähiges Verhalten fördern.

In demokratischen Staaten hat die Legislative als legitimierte Inhaberin der Gestaltungskompetenz das Recht, formelle Institutionen in Form von Gesetzen festzulegen oder zu verändern. Formelle Institutionen sollen dabei als Regeln verstanden werden, die durch positive und negative Sanktionen Anreize setzen, sich in einer bestimmten Weise zu verhalten. Beispielsweise kann die Legislative durch Gesetze Anreize für nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten und nachhaltiges Verhalten von Individuen setzen.

Das politische System in Demokratien begünstigt durch die gewollten regelmäßigen Wahlen und zeitlich begrenzten Legislaturperioden jedoch kurzfristig wirkende Entscheidungen, die eine (Wieder-)Wahl unterstützen sollen. Institutionen, deren Anreize zukunftsfähiges Verhalten hervorrufen, werden von der Politik nicht umgesetzt, da sie kurzfristig nicht mit den Erfolgsfaktoren übereinstimmen, die zur Zielerreichung der Politiker[1] und Parteien unter den gegebenen Anreizstrukturen führen. Um eine Gesellschaft wie die deutsche nachhaltiger und somit zukunftsfähiger zu machen, müssten demnach die Anreizstrukturen für Politiker verändert werden.

Dieses Essay konzentriert sich auf die langfristig orientierte Ausgestaltung von Institutionen. Es behandelt die Frage, wie der kurzfristige Horizont der Politiker durch eine feste langfristige Perspektive erweitert werden kann. Dazu werden zuerst kurz Institutionen vorgestellt, um dann auf das Anreiz-

system des deutschen Politiksystems einzugehen. Abschließend werden verschiedene Reformvorschläge diskutiert, die das Ziel haben, in der Bundesrepublik Deutschland Anreize für nachhaltigere Entscheidungen zu setzen.

Institutionen

In der Geschichte der Menschheit wurde Zusammenleben organisiert, indem man sich auf Verhaltensregeln einigte. Entscheidend ist, dass durch gegenseitiges Befolgen der Regeln Erwartungen über das Verhalten des Gegenübers bestätigt und dadurch Erwartungsbildung ermöglicht wurde. Erkennt mein Gegenüber das von mir abgesteckte Land als das meinige an, kann ich davon ausgehen, dass es auch morgen als das meine gilt. Ist Eigentum definiert und durchgesetzt, können die Menschen erwarten, dass sie ein Recht auf die Produkte ihrer Arbeit haben. Die durch solche Regelungen ermöglichte Erwartungsbildung erlaubt Planung in die Zukunft und langfristig angelegtes Verhalten. Nachdem sich die Menschen auf Jagdgründe und Landbesitz geeinigt hatten, konnten sie die Ressourcen einteilen und mehrere Jahre im Voraus planen: Nachwuchs der Jagdbestände zu ermöglichen und die Äcker zu bestellen, wurde für Menschen erst sinnvoll, als sie erwarten konnten, die Früchte ihrer Arbeit selber zu ernten.[2]

Douglass North nennt die beschriebenen Regeln und Verhaltensmuster Institutionen und unterscheidet zwischen informellen und formellen Institutionen.[3] Informelle Institutionen umfassen demnach alle Verhaltensregeln, Normen und Denkmuster innerhalb einer Gesellschaft, die nicht explizit festgeschrieben sind, sondern sich durch die Entwicklung ergeben, aber vom Gegenüber erwartet werden können. Beispielsweise kann in Europa davon ausgegangen werden, dass der Gegenüber die Hand schüttelt, wenn man sie zur Begrüßung entgegenstreckt. Formelle Institutionen sind hingegen Regeln und Gesetze, die durch positive und negative Sanktionen Anreize setzen, sich entsprechend zu verhalten. Eigentumsrechte beispielsweise sind bedeutende Institutionen der bisherigen Entwicklung der Menschheit. Sie legen fest, wer das Recht auf Nutzung von Objekten hat und gibt die Garantie, auch in Zukunft Nutzen aus den Rechten zu ziehen.[4]

Institutionen setzen Anreize, die ein bestimmtes Verhalten induzieren. Dadurch legen die informellen und formellen Institutionen die Rahmenbedingungen menschlichen Verhaltens fest. Sie sind – um eine verbreitete bildhafte Beschreibung zu nutzen – die »Spielregeln« des Spiels »Leben«, sowohl im direkten als auch im indirekten Zusammenleben, der Wirtschaft und der

Politik. Da das Verhalten der anderen Menschen ebenfalls durch die institutionellen Anreize und Normen beeinflusst ist, kann es antizipiert werden. Dadurch werden Erwartungen möglich, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit erfüllt werden. Ohne die Institution »Straßenverkehrsordnung« könnte das Verhalten der Autofahrer beispielsweise nicht antizipiert werden. Der Verkehrsfluss wäre gehindert und die Unfallquote deutlich höher.[5]

Festzustellen ist demnach, dass Institutionen zukunftsorientiertes Verhalten generell erst ermöglichen. Während sich informelle Institutionen entweder durch die Weiterentwicklung der Gesellschaft – stark beeinflusst von den vorherigen informellen Institutionen – oder durch ihre Interdependenz mit den formellen Institutionen verändern, werden formelle Institutionen *festgelegt*.[6] Da formelle Institutionen durch Anreize, die sich aus den Sanktionen ergeben, Verhalten beeinflussen, werden sie von dem Akteur festgelegt, der sanktionieren kann. In letzter Instanz ist dieser Akteur der Inhaber des Gewaltmonopols in der Gesellschaft. In westlichen, nationalstaatlichen Demokratien wird das Gewaltmonopol der Politik anvertraut. Auch wenn Institutionen zukunftsorientiertes Verhalten ermöglichen, können sie und ihre Anreize unterschiedlich förderlich für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft sein. Entscheidend scheint demnach, ob und wie die politischen Entscheider solche Institutionen ausgestalten und durchsetzen, die nachhaltiges und Zukunftsfähigkeit förderndes Verhalten induzieren.

Anreize für kurzfristig wirkende Entscheidungen in der Politik

Die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches und individuelles Verhalten werden von einem Politikbetrieb gesetzt, dessen institutionelle Ausgestaltung vor allem Anreize für kurzfristig orientierte Entscheidungen setzt. Dabei spielen das kurze und undifferenzierte Gedächtnis der Wähler und ihr Sanktionsmechanismus (Wahl, Wieder- oder Abwahl), die Kurzlebigkeit von Themen in den Medien und vor allem die Parteiendisziplin und der Fraktionszwang eine Rolle. Parteien setzen für die Politiker dabei die stärksten Anreize, da sie die Kandidaten aufstellen und ihnen lukrative Posten in Aussicht stellen können. Die Legislative als Gesetzgeberin und die Exekutive mit dem Verwaltungsapparat sind für die Gestaltung, Anreizsetzung, Umsetzung, Überwachung und Durchsetzung von Institutionen, vor allem von Gesetzen, Auflagen, Verordnungen, Strafen und ähnlichem, verantwortlich. Durch Wahlen legitimiert erhalten das Parlament und die Regierung von den Bürgern den Auftrag, sie zu regieren und Gesetze zum Wohle des Volkes zu erlassen.[7]

Politikern können zwei Handlungsmotive unterstellt werden: Zum einen haben sie das Ziel, eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen und zum anderen streben sie nach einer Position, die ihnen ein finanzielles Einkommen sichert. Aus den Motiven lässt sich demnach ein Streben nach möglichst hohen Positionen und einflussreichen Ämtern ableiten. Wenn das Erreichen oder Halten einer solchen Position das Ziel der Politiker ist, wird ihr Verhalten maßgeblich von drei Anreizsystemen beeinflusst: Parteiinternen Anreizen, der öffentlichen Aufmerksamkeit und Darstellung in den bzw. durch die Medien sowie der Wahl durch das Volk.

Das politische System Deutschlands basiert auf einer Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative, die eine Machtkonzentration verhindern und unabhängige, demokratische Entscheidungen ermöglichen soll. Die durch Wahlen legitimierten Bundestagsabgeordneten sind dem Gesetz nach an keine Partei gebunden und können mit ihrer Stimme unabhängig Beschlussvorlagen befürworten oder ablehnen.[8] De facto herrscht allerdings eine hohe Fraktionsdisziplin, die durch die starke Rolle der Parteien und deren Anreizsystem entsteht. Ein Sanktionsmittel der Parteien ergibt sich durch das faktische Rekrutierungsmonopol der Parteien:[9] Erst als Mitglied einer Partei hat ein Kandidat die Aussicht, auf einen Listenplatz gesetzt und gewählt zu werden. Einmal gewählt, ist der Einfluss abhängig von der Zugehörigkeit zu einer Fraktion, die wiederum von den Parteien abhängt. Ein zweites Sanktionsmittel besteht in der Delegation der Vorsitzenden von Regierungsorganisationen: Parteimitglieder gewinnen durch Engagement und parteikonformes Verhalten die Aussicht auf eine gut entlohnte Position in einer der Organisationen, deren Vorsitz von dem Parlament delegiert wird.[10]

Um sich in der Partei und der Öffentlichkeit gut zu positionieren, sind Politiker auf eine Mediendarstellung in ihrem Sinne angewiesen. Die Kurzlebigkeit der Themen, populäre Darstellung und der Sensationalismus der Medien setzen Anreize für kurzfristig orientierte Entscheidungen. Letztendlich sanktionieren die Wähler an der Urne mit Wahl und Wiederwahl. Dabei sind ihre Entscheidungen stark von der medialen Darstellung und ihrem häufig kurzen und undifferenzierten Gedächtnis abhängig. Noch weniger als Politiker können sich die Bürger, schon aufgrund mangelnder Ressourcen, ein Bild der Entscheidungen schaffen und mangels Kenntnis der Wirkungszusammenhänge absehen, welche langfristigen Auswirkungen sie zeitigen.[11]

Die Anreize, die sich durch die drei genannten Sanktionsmöglichkeiten ergeben, laufen auf kurzfristig populäre und von der Partei befürwortete

Entscheidungen hinaus.[12] Da sich Parteien ebenfalls in den Medien präsentieren und gewählt werden müssen, sind ihre Anreizsysteme ähnlich: Auch die Gesamtheit einer Partei wird den kurzfristigen Erfolg suchen und langfristig sinnvollen Entscheidungen weniger Aufmerksamkeit schenken.

Beispielhaft für die Sanktionierung sind die »Magdeburger Beschlüsse« von B90/Die Grünen von 1998 mit dem formulierten Wahlziel, den Benzinpreis schrittweise auf 5 Deutsche Mark zu erhöhen. Als langfristiges Ziel strebte B90/Die Grünen innerhalb von zehn Jahren eine schrittweise Erhöhung der Benzinpreise an. Im Gegenzug sollten die Sozialversicherungsabgaben gesenkt und Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr getätigt werden. Ziel der Erhöhung war es, Anreize zu energiesparenden Verkehrsmitteln zu setzen, sodass die Ausgaben für Benzin durch sparsamere Autos nach zehn Jahren trotz der deutlichen Abgabenerhöhung nicht höher sein sollten.[13]

Die Reaktion der Medien auf die Bekanntgabe des »5-Mark-Ziels« war »verheerend«.[14] Der Partei wurden »Realitäts-« und »Regierungsuntauglichkeit« vorgeworfen. Aufgrund des Medienechos und sinkender Umfragewerte trat B90/Die Grünen mit dem Hinweis »durch den Benzinpreis von 5 Mark sei ein falsches Symbol für ein ökologisch langfristig richtiges Ziel gesetzt worden«, von der Forderung zurück.[15] Daraufhin erholten sich die Umfragewerte und B90/Die Grünen wurde Regierungspartei.

Von dem Risiko abgeschreckt, kurzfristig zu verlieren, nicht gewählt oder als Parteispitze von der Basis abgestraft zu werden, trat die Partei von langfristig als sinnvoll erachteten Forderungen zurück.

Empfehlungen

Die erwähnten Hindernisse aufgreifend, werden im Folgenden einige Gedanken und Anregungen zur Ausgestaltung von Institutionen formuliert, die zum einen die langfristige und nachhaltige Perspektive im Politikbetrieb Deutschlands verstärken und zum anderen Anreize für kurzfristig erfolgreiche Entscheidungen einschränken.

Um zu erreichen, dass Politiker häufiger Entscheidungen unter Berücksichtigung eines langfristigen Horizontes treffen, schlagen wir zwei verschiedene Arten von institutionellen Veränderungen vor. Erstens sollte in dem kurzfristig orientierten Politikbetrieb die langfristige Perspektive gestärkt werden. Hier schlagen wir eine deutliche Ressourcen- und Kompetenzerweiterung des

»Rates für Nachhaltige Entwicklung« sowie die Einführung eines Nachhaltigkeitsbeauftragten im Bundeskanzleramt vor. Diese Vorschläge sind in den derzeitigen Politikprozess leicht zu integrieren und schnell umsetzbar. Zweitens sollten die Anreize für Politiker, vor allem kurzfristig erfolgreiche Maßnahmen zu unterstützen, reduziert werden. Dies erfordert die Begrenzung des Einflusses der Parteien und somit regen wir die Bildung einer zweiten Kammer an, die sich nicht aus Parteipolitikern zusammensetzt. Diese Veränderung ist deutlich weitreichender und nur schwer umzusetzen. Dieser Vorschlag sollte daher als Gedankenanstoß verstanden werden.

In der aktuellen deutschen Politiklandschaft ist die einzige Institution, die bisher eine unabhängige langfristige Perspektive einbringt, der 2001 von Gerhard Schröder einberufene »Rat für Nachhaltige Entwicklung«. Dieses Gremium aus fünfzehn Vertretern der Zivilgesellschaft berät die Bundesregierung in der Nachhaltigkeitspolitik, erarbeitet Vorschläge zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie und fördert den gesellschaftlichen Dialog zur Nachhaltigkeit. Insbesondere die Arbeit zu dem letzten Punkt soll laut dem aktuellen Arbeitsprogramm intensiviert werden.[16] Dies entspricht auch den Empfehlungen, die die Autoren des *Peer Review* der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in ihrem Bericht gaben.[17] Um die Vorstellung von dem, was Nachhaltigkeitspolitik konkret bedeutet aber wirklich in der Bevölkerung zu verbreiten und alle relevanten Akteure zur Beteiligung an Aktivitäten zum Thema Nachhaltigkeit zu motivieren, braucht der Rat eine bessere Ausstattung. Erst mit einer deutlich erhöhten personellen und finanziellen Ressourcenausstattung kann der Rat eine impulsgebende Rolle für langfristig orientierte Politik und deren Kommunikation übernehmen.

Neben der Ressourcenerweiterung sollte der Rat auch eine Kompetenzerweiterung erfahren. Besonders seine Rolle in der Entwicklung von Indikatoren sollte aufgewertet werden. Im Moment misst die Bundesregierung, laut ihrer Nachhaltigkeitsstrategie, die aktuelle Entwicklung anhand von 21 Indikatoren. Diese reichen von Messungen der Treibhausgasemissionen, des Staatsdefizits, der Artenvielfalt, der Ausgaben für Bildung, bis hin zu Angaben über die Ganztagsbetreuung von Kindern.[18] Für jeden Indikator werden Ziele festgelegt, die es in einem bestimmten Zeitrahmen zu erreichen gilt. Bei der Auswahl der Indikatoren und der Bestimmung der Ziele besitzt der Rat zwar die Vorschlags- und Beratungskompetenz, die letztendliche Entscheidung liegt aber in den Händen der Bundesregierung. Somit besteht die Gefahr, dass Indikatoren oder Zielwerte verändert werden können, wenn die festgestellte Entwicklung für eine Erfolgsmeldung nicht ausreicht.

Eine regelmäßige Überprüfung der Indikatoren und Zielsetzungen unter Einbezug neuer Erkenntnisse ist natürlich von immenser Wichtigkeit. Allerdings sollte eine solche Überprüfung nicht von dem Akteur vollzogen werden, der für die Erreichung der festgelegten Ziele verantwortlich ist. Die negative Wirkung einer solchen möglichen Einflussnahme auf Indikatoren durch die Exekutivorgane zeigt sich häufig bei Statistiken zur Arbeitslosigkeit. So gelten beispielsweise seit 2008 Langzeitarbeitslose, die eine »arbeitsmarktpolitische Maßnahme« absolviert haben oder länger als sechs Wochen krankgeschrieben waren, als Neuzugänge in der Arbeitslosenstatistik. Aus Langzeitarbeitslosen werden so statistische Kurzzeitarbeitslose, wodurch das Ziel, die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern, auf dem Papier schneller erreicht wird.[19] Aus diesem Grunde halten wir es für sinnvoll, die Kompetenz für die Festlegung und Überprüfung von Indikatoren dem »Rat für Nachhaltige Entwicklung« zu übertragen. Diese Regelung unterbindet die Möglichkeit, Zielwerte anzupassen und setzt auf diese Weise stärkere Anreize für Regierungsmitglieder, die einmal festgelegten Ziele auch wirklich zu erreichen.

Die eben schon erwähnte Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wird maßgeblich von einem Staatssekretärsausschuss erarbeitet und umgesetzt. Diesem Ausschuss gehören beamtete Staatssekretäre aller Ministerien an. Er tagt im Bundeskanzleramt und wird vom Chef des Bundeskanzleramtes, im Augenblick Ronald Pofalla (CDU), geleitet. Laut dem *Peer Review* Bericht arbeitet der Ausschuss auf »hohem Niveau«,[20] seine Arbeit ist der Öffentlichkeit jedoch kaum bekannt. In Anlehnung an die Autoren des *Peer Review* Berichtes regen wir deshalb die Einsetzung eines Beauftragten für »Nachhaltige Entwicklung« im Bundeskanzleramt an. Dieser sollte Mitglied des Ausschusses sein und ihn nach außen hin vertreten. Neben der symbolischen Bedeutung, nämlich der institutionellen Aufwertung des Themas Nachhaltigkeit, ist die Schaffung eines solchen Amtes noch aus einem weiteren Grund sinnvoll: In dieser Funktion kann der Amtsträger direkt den Austausch der Bundesregierung mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Kommunen und der Länder zum Thema Nachhaltigkeit intensivieren. Ein solcher Austausch ist von fundamentaler Notwendigkeit, um die gesamtgesellschaftliche Unterstützung für konkrete Nachhaltigkeitspolitiken zu gewährleisten und beeinflusst rückwirkend in konstruktiver Weise die Meinungsbildung zum Thema Nachhaltigkeit innerhalb der Regierung.

Beide Maßnahmen haben die Etablierung von Institutionen zum Zweck, die eine langfristige Perspektive in den Politikprozess einbringen. Diese Institutionen verfügen jedoch kaum über Sanktionsmechanismen. Um eine solche

Institution zu ergänzen, schlagen wir in Anlehnung an Jörn Kruse einen Senat vor, der seine Zustimmung zu Gesetzen von Nachhaltigkeitskriterien abhängig macht, den Bundesrat als zweite Kammer ablöst und die Anreize, kurzfristig erfolgreiche Entscheidungen zu präferieren, einschränkt.[21] Dieser Vorschlag hat zum Ziel, den Einfluss der Parteien im Politikbetrieb und ihren Einfluss auf das Verhalten der einzelnen Politiker einzuschränken.

Die zweite Kammer würde für die erste, also den Bundestag, die Regelsetzungs- und Delegationskompetenz übernehmen. Auf diese Weise wird den Parteien die Kompetenz, Führungspositionen in staatlichen Institutionen, Verwaltungsorganisationen und Unternehmen mit Staatsbeteiligung zu besetzen, entzogen. Durch die Übernahme der Regelsetzungskompetenz durch den Senat kommt der Bundestag nicht in die Situation, die Bedingungen des Politikprozesses in seinem Sinne ändern zu können.

Die Neuverortung der Kompetenz führt erst dadurch zu dem erstrebten Ergebnis, dass der Senat personell vom übrigen Politikbetrieb getrennt ist: Seine Mitglieder werden direkt vom Volk gewählt und sollen sich nicht aus dem Kreise der Berufspolitiker oder Verbandsfunktionäre rekrutieren, sondern sich aus unterschiedlichen professionellen Hintergründen zusammensetzen. Die Wiederwahlmöglichkeit wird begrenzt und die Mitglieder revolvierend gewählt. Diese Rahmenbedingungen zielen darauf ab, möglichst wenig Karriereanreize zu setzen, sondern Senatoren mit einem breit gefächerten Erfahrungsspektrum zu versammeln, die aufgrund von Erfahrung, fachlichem Hintergrund, parteipolitischer Unabhängigkeit und geringem Eigeninteresse sachliche, pragmatische und langfristig orientierte Entscheidungen treffen können. Zusätzlich erhalten sie die Aufgabe, die föderale Perspektive und eine zukunftsorientierte bzw. nachhaltige Perspektive gegenüber der ersten Kammer zu vertreten. Der Senat hat die Aufgabe, ein begründetes Veto einzulegen, wenn Gesetzesentwürfe gegen festgelegte Nachhaltigkeitskriterien verstoßen.

Doch wie sollen sich parteiunabhängigen Kandidaten für den Senat einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen? Schließlich fehlt ihnen die organisatorische, personelle und vor allem finanzielle Unterstützung, die Bundestags-Kandidaten von ihrer Partei erfahren. Die Lösung dieses Problems liegt in einem Wahlkampfverbot; per Gesetz werden Senatskandidaten an öffentlichen Werbeauftritten gehindert. Stattdessen gibt es eine formal nüchterne Vorstellung der Kandidaten im Internet sowie in postalisch versendeten Wahlinformationen. Da der Senat revolvierend gewählt wird, also nie alle Senatoren gleichzeitig, ermöglicht die geringe Kandidatenzahl solch ein Prozedere.

Durch die Delegationskompetenz gegenüber den staatlichen Organisationen wird einerseits das »Belohnungsverhalten« der Parteien aufgehoben, andererseits wird eine Unabhängigkeit von beispielsweise Kontroll- und Beratungsinstitutionen hergestellt, die gegebenenfalls Ergebnisse abseits der Parteiinteressen erzielen.

Der Senat hat die Funktion, über die demokratischen Regeln, von formalen Kompetenzen über Verfahrensweisen bis hin zum Wahlrecht, zu entscheiden. Für bestimmte Gesetze übernimmt der Senat bei der Gesetzgebung die zustimmende oder blockierende Funktion einer zweiten Kammer. Insbesondere bei längerfristigen Angelegenheiten oder wenn die Interessen der Bundesländer betroffen sind. Er sichert dadurch einerseits das föderale Prinzip der Bundesrepublik und andererseits eine nachhaltigere Politik.

Es ist jedoch festzuhalten, dass aus Gründen der Machtteilung die föderale Ordnung der Bundesrepublik im Grundgesetz unter der sogenannten Ewigkeitsklausel verankert ist, d. h. sie ist unveränderbarer Bestandteil des politischen Systems. Die genaue Ausgestaltung des Senats in Bezug auf die Vertretung der Länderinteressen muss aus diesem Grund an dieser Stelle offen bleiben.

Neben den nachhaltigen Effekten durch die langfristigere Perspektive der Senatoren verändern sich auch die institutionellen Bedingungen der Bundestagspolitiker: Es gibt weniger Anreize, sich an die Parteiinteressen zu halten, die aufgrund des Machtstrebens kurzfristig orientiert sind. Stattdessen setzt die Zustimmungsfunktion des Senates anhand von Nachhaltigkeitskriterien Anreize, diese zu antizipieren und Gesetzesentwürfe nachhaltiger auszugestalten, und dadurch eine längerfristige Perspektive anzunehmen.

Schlussbetrachtung

Die Etablierung einer langfristigen Perspektive innerhalb des politischen Prozesses in Deutschland kann durch Institutionen wie dem »Rat für Nachhaltige Entwicklung« oder eines Nachhaltigkeitsbeauftragten gelingen, wenn diese mit den erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet sind. Wichtig für einen langfristigen Entscheidungshorizont sind aber vor allem die institutionellen Anreize zur Entscheidungsfindung. Diese begünstigen momentan eher kurzfristig orientierte Entscheidungen, die zu schnell nachweisbaren Erfolgen führen. Eine Möglichkeit, wie diese Anreizsysteme aufgebrochen werden könnten, ist die Schaffung einer parteiunabhängigen,

an Nachhaltigkeit orientierten und über die Delegationskompetenz verfügenden zweiten Kammer anstelle des Bundesrates. Auf diese Weise würde das politische System den Anreiz erhalten, mehr Gesetze zu beschließen, die ein zukunftsfähiges Verhalten aller gesellschaftlichen Akteure fördern sollen. Da weniger Wert auf kurzfristigen Erfolg gelegt wird, können langfristig gedachte Gesetze durchgesetzt werden, die auf kurze Sicht Einbußen mit sich bringen.

Den Autoren ist bewusst, dass insbesondere die Forderung nach der Abschaffung bzw. grundlegenden Abwandlung des Bundesrates eine fundamentale Änderung des politischen Systems Deutschlands ist, deren Umsetzung äußerst unwahrscheinlich ist. Wir verstehen dieses Gedankenexperiment als Anstoß für weitere Forschung, die sich mit institutionellen Anreizen für Politiker im Besonderen und dem Spannungsverhältnis der Politik zwischen Nachhaltigkeit und kurzfristigen Erfolgen im Allgemeinen befasst.

---

[1] Aus Gründen der Lesbarkeit verwenden wir hier nur die männliche Form.

[2] Demsetz, Harold (1967): »Toward a Theory of Property Rights«. In: *The American Economic Review*, Vol. 57, No. 2 (May 1967).

[3] North, Douglass C. (1991): »Institutions«. In: *The Journal of Economic Perspectives*, Bd. 5, Nr. 1. (Winter 1991).

[4] Ebd. 97–112.

[5] Minsch, Jörn; Feindt, Peter-Henning; Schneidewind, Uwe; Schulz, Tobias (1998): *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit*. Berlin: Springer Verlag, 30.

[6] Rutherford, Malcolm (1996): *Institutions and Economics: the Old and New Institutionalism*. Cambridge: Cambridge University Press.

[7] Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Art. 56, Art. 64.

[8] Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Art. 38.

[9] Kruse, Jörn (2008): *Parteien-Monopol und Dezentralisierung des demokratischen Staates*. Diskussionspapier Nr. 77 der Fächergruppe Volkswirtschaftslehre. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität, 14, »Die dominierende Rolle der Parteien als Gatekeeper für staatliche Ämter und viele andere Positionen in der Gesellschaft erzeugt hohe Disziplinierungswirkungen für das Verhalten der Politiker, und zwar sowohl bei Abstimmungen als auch in anderen Zusammenhängen.«

[10] Ebd., 18.

[11] Ebd., 9.

[12] Ebd., 9: »Daraus entsteht insofern ein Dilemma, als viele politische Entscheidungssituationen (z. B. in der Wirtschaftspolitik) dadurch gekennzeichnet sind, dass die Wahl kurzfristig politisch opportuner Handlungsalternativen häufig längerfristig nachteilig ist, und die (nach Einschätzung

von Experten) langfristig ›richtigen‹ Entscheidungen kurzfristig oft unpopulär sind. Daraus folgt einerseits, dass es sich für die einzelnen Politiker unter Karrieregesichtspunkten oft nicht lohnt, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik zu betreiben. Andererseits unterschätzen Allround-Politiker systematisch die negativen längerfristigen Entscheidungswirkungen, da für deren Analyse spezialisierte Fachkompetenz erforderlich ist.«

[13] Arzheimer, Kai; Klein, Markus (1999): »Die Grünen und der Benzinpreis: die Wählerschaft von Bündnis 90/Die Grünen im Vorfeld der Bundestagswahl 1998«. In: *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung* (45/ 1999), 20–43.

[14] Ebd., 26.

[15] Süddeutsche Zeitung: »Schweigen über Benzinpreis«, 15.05.1998.

[16] Rat für Nachhaltige Entwicklung (2010): »Arbeitsprogramm des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2010–2013«. Verfügbar unter: *http://www.nachhaltigkeitsrat.de/der-rat/arbeitsprogramm/?size=ovxidzcfup* [04.01.2012].

[17] Stigson, Björn; Babu, Suresh P; Bordewijk, Jeroen; O'Donnell, Pamela; Haavisto, Pekka; Morgan, Jennifer; Osbom, Derek (2009): *Sustainability »Made in Germany« – We Know You Can Do It*. Berlin: Rat für Nachhaltige Entwicklung, 74.

[18] Für eine komplette Übersicht aller Indikatoren siehe: Statistisches Bundesamt (2010): »Ausgewählte Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie«. Verfügbar unter: *http://www.destatis.de/jetspeed/portal/_ns:YWl3bXMtY29udGVudD06Q29udGVudFBvcnRsZXQ6OjF8ZDF8ZWNoYW5nZVdpbmRvdiNoYXRlPTE9dHJ1ZQ__/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Umwelt/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/Tabellen/Content75/IndikatorenInfo,templateId=renderPrint.psml* [30.12.2011].

[19] Oschmiansky, Frank (2011): »Wie wird Arbeitslosigkeit gemessen?«. Verfügbar unter: *http://www.bpb.de/themen/OMX02A,1,0,Wie_wird_Arbeitslosigkeit_gemessen.html* [20.01.2012].

[20] Stigson 2009, 75.

[21] Kruse 2008, 21 ff.

Basiert eine zukunftsfähige Politikgestaltung auf Risiko oder Vorsorge?

Pia Haars

Bereits 1986 konstatierte der Soziologe Ulrich Beck in seinem einflussreichen Buch *Risikogesellschaft*, dass der Charakter von Risiken, die uns umgeben – ob gesundheitlicher, ökologischer, gesellschaftlicher oder anderer Natur – mit dem Aufkommen der Globalisierung und dem technischen Fortschritt einem Wandel unterliegt.[1] Obwohl sich für den Großteil der heute lebenden Menschheit die Lebenserwartung erhöht und Gesundheitsrisiken verringert haben, führten die dafür verantwortlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen auch zu einer Veränderung der Qualität gegenwärtiger Bedrohungen. Risiken sind heute komplexer, da sie sich schneller entwickeln und zunehmend global vernetzt sind. Als Beispiel hierfür kann der Bereich der Nahrungsmittelsicherheit herangezogen werden: Zwar hat sich im Verlauf des letzten Jahrhunderts der Ernährungs- und Hygienestand in den meisten Ländern durch internationalen Handel und Innovationen in der Landwirtschaft und Verarbeitung bedeutend erhöht. Jedoch wurden diese Entwicklungen von neuen Risiken begleitet, wie Unsicherheiten über Auswirkungen neuer Produktionstechniken (beispielsweise darüber, welche Folgen das Verfüttern von Schafsmehl an Rinder im Rahmen der BSE-Krise hatte). Durch den internationalen Handel wird es nicht nur schwieriger, Hygiene- und Produktionsstandards von importierten Gütern zu überwachen, zusätzlich wird die Ausbreitung von Krankheitserregern um ein Vielfaches beschleunigt. Auf diese Veränderungen und neuen Gefährdungspotenziale müssen in erster Linie Regierungen und politische Entscheidungsträger reagieren.

Dass bei der Regulierung von Gefahrenpotenzialen diese als Risiken formuliert und als solche gemanagt werden, ist an sich nicht neu. Vielmehr ist das Aufkommen einer expliziten Disziplin mit ihren eigenen Werkzeugen, Methoden und Prozessen, um die Verteilung einer großen Bandbreite von gesellschaftlichen und institutionellen Risiken zu bewerten und zu handhaben, eine neuartige Entwicklung.[2] Doch was bedeutet eine Politikformulierung, die auf Risikoanalysen basiert, konkret und woher kommt dieser

neue Regulierungsansatz? Worin liegt die Attraktivität dieser Methoden? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im Folgenden kurz der Wandel der politischen Managementpraktiken und ihre Anwendungen in verschiedenen Ländern skizziert. Um die Zukunftsfähigkeit und die weiteren Entwicklungschancen zu erörtern, werden im Anschluss neben den Vorteilen des Ansatzes bei der Handhabung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen auch dessen Probleme und Unzulänglichkeiten dargestellt.

Definition und Aufkommen risikobasierter Politikformulierung

Vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen an die politischen Entscheidungsträger soll im Rahmen der *Better Regulation*-Initiativen, die in Großbritannien und auf EU-Ebene angestoßen wurden, eine Modernisierung der Regulierungspolitik durch den Abbau von Bürokratie erreicht werden. Dabei wird neben den fünf Kernprinzipien (Verhältnismäßigkeit, Rechenschaftspflicht, Kohärenz, Transparenz und Zielgerichtetheit) auch explizit die Anwendung risikobasierter Regulierung gefordert.[3]

Der Risikobegriff, der in seiner Definition sowohl positive als auch negative Folgen eines Effekts und dessen Wahrscheinlichkeit umfasst, scheint allgegenwärtig und die neue *lingua franca* in der Privatwirtschaft wie auch in der öffentlichen Verwaltung zu sein.[4] Er hat einen Aufstieg von einem einfachen Wort, hin zu einer Organisationsmethode für moderne politische Entscheidungsprozesse erlebt.[5] Daraus ableitend definieren Rothstein und Downer risikobasierte Politikgestaltung als die Praxis, politische Zielsetzungen in Proportion zu ihren potenziellen Gefahren für die Gesellschaft zu formulieren, bei der sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit, als auch ihre Konsequenzen berücksichtigt werden. Dabei ist der Risikobegriff kein eindeutiges Konzept. Einerseits umfasst er gesellschaftliche Risiken, wie zum Beispiel Umwelt- und Gesundheitsrisiken, die die Allgemeinheit bedrohen. Darüber hinaus beinhaltet er auch institutionelle Risiken, die den Regierungsapparat und dessen Legitimität bedrohen. Damit sind sowohl finanzielle, ethische, rechtliche wie auch Reputationsrisiken eingeschlossen. Beide Risikoarten, gesellschaftliche und institutionelle, müssen von politischen Entscheidungsträgern berücksichtigt werden.[6]

Risikobasierte Politikformulierung beschreibt demnach den systematischen Einsatz von Praktiken des Risikomanagements, die aus der Privatwirtschaft übernommen wurden und nun im politischen Regulierungsprozess auf andere

gesellschaftliche Bereiche übertragen werden. Anwendung finden sie insbesondere im Bereich der Umwelt- und Gesundheitspolitik, allerdings finden sie zunehmend auch den Einzug in Debatten über Sicherheitspolitik. Es gibt verschiedene Ansätze zur Politikgestaltung von Situationen, die durch Unsicherheiten (und Irreversibilität) gekennzeichnet sind, zum Beispiel bei der Regulierung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Dieses Beispiel wird im weiteren Verlauf noch einmal detaillierter ausgeführt. Einer dieser Ansätze ist die auf Risikobewertung basierte Anwendung von Kosten-Nutzen-Analysen, gekennzeichnet durch eine wissenschaftliche Bewertungskomponente und eine ökonomische Abwägung.[7] Der Risikoaspekt bezieht sich darauf, dass der Regulierer ein akzeptiertes Risikoniveau für den Eintritt eines Schadenfalls festlegt.

Ein anderes Instrument ist die Anwendung des Vorsorgeprinzips *(precautionary principle)*.[8] Wenn im Folgenden von der Methode einer risikobasierten Politikgestaltung gesprochen wird, ist jedoch explizit der erste Ansatz gemeint. Das Vorsorgeprinzip ist zwar nicht als Gegenstück zu risikobasierter Regulierung zu verstehen, jedoch ist es weniger faktengestützt. Bei Unsicherheit wird nicht nach festen Kriterien der Beweisgrundlage entschieden, sondern der Standards gemäß einem vorsichtigen, politisch festgelegten Ratio.[9] Weil bei der Setzung von Standards nicht streng den Ergebnissen der wissenschaftlichen Untersuchung gefolgt wird, wirft man dem Prinzip oft vor, Raum für den Einfluss von Interessengruppen zu eröffnen. Diese umfassen sowohl Industrievertreter als auch Nicht-Regierungsorganisation wie beispielsweise »Greenpeace«.

Ein geläufiges Beispiel für die Anwendung unterschiedlicher Managementpraktiken ist die bereits angesprochene Regulierung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Genmodifizierte Agrarpraktiken versprechen zwar positiven Nutzen, jedoch sind deren potenziell negativen Spätfolgen noch nicht eindeutig absehbar. Diese Risiken müssen von Regulierern bewertet werden. Während beispielsweise in den USA Gentechnik nach der Abwägung von Kosten und Nutzen reguliert werden, werden die damit einhergehenden Risiken in Europa als größer eingeschätzt und deshalb nach dem Vorsorgeprinzip entschieden. Die regulativen Hürden sind daher in Europa höher.

Der auf Risikoanalysen basierende Managementansatz wurde in vielen westlichen Industrienationen im Rahmen der Deregulierungswelle der 1980er und 1990er Jahre entwickelt. Alte Regulierungsmaßnahmen wurden als inflexibel und ineffizient, und somit als Bürde für die Industrie betrachtet.[10] So hat zum

Beispiel die OECD ein Programm zur Weiterentwicklung und Verbreitung von Risikomanagementstrategien im öffentlichen Sektor eingeräumt. Allerdings wurde dort festgestellt, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung im Jahr 2007 noch in keinem Land ein kohärenter Ansatz zum Risikomanagement bei der Politikgestaltung eingeführt wurde.[11] Risikobasierte Politikansätze werden insbesondere in den USA, in Großbritannien und zunehmend in Australien und Kanada verwendet. In diesen angelsächsischen Ländern wird risikobasierte Politikgestaltung oft mit Begriffen wie *moderner Regulierung* und *modernization* in Verbindung gebracht.[12] In Europa (insbesondere in skandinavischen Ländern) hingegen wird Risikobewertung eher auf einer *ad hoc*-Basis angewandt. In Deutschland wird das Wort »Risiko« besonders selten in offiziellen Dokumenten und Webseiten zur Regulierung benutzt, wobei es auch hier Entwicklungen hin zu einer verstärkt systematischen, faktengestützten Bewertungsmethode gibt. Stattdessen wird weiterhin vornehmlich das Vorsorgeprinzip angewandt.[13]

Attraktivität einer auf Risikoanalysen basierenden Politikgestaltung

Obwohl in der Politikgestaltung verschiedener Ländern unterschiedlich stark Gebrauch von dem neuen Ansatz gemacht wird, ist dennoch ein allgemeiner Trend hin zu vermehrt risikobasierten Managementmethoden zu erkennen. Für die zunehmende Beliebtheit gibt es verschiedene Gründe, die sich einerseits der Verbesserung von Regulierungsaktivitäten und andererseits dem Selbstschutz des Regulierers zuordnen lassen.

Der diskutierte Analyseansatz wird in der Fachliteratur als ökonomisch rationales Entscheidungsinstrument gelobt, das zu einer effizienten Allokation von knappen politischen und gesellschaftlichen Ressourcen verhilft.[14] Bei der Ermittlung eines effizienten Regulierungsniveaus werden zwei Seiten gegeneinander abgewogen: Auf der einen Seite werden die Risiken betrachtet, die beispielsweise von einer wirtschaftlichen Aktivität ausgehen, also die Wahrscheinlichkeit eines Schadenfalls und die daraus folgenden Konsequenzen. Dem gegenüber steht der gesellschaftliche Nutzen, der durch die Aktivität entsteht, und durch die Kosten regulativer Bürden gesenkt wird.

Der Ansatz soll die Politikformulierung vor gesamtgesellschaftlich irrationalen Faktoren, wie zum Beispiel Pfadabhängigkeit, Einfluss von Interessensgruppen und der Organisationskultur, schützen.[15] Der regulative Fokus soll auf den gravierendsten Problemen liegen.[16] Durch die mathematische

Bestimmung und Kopplung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Auswirkungen kann eine objektive Rangordnung von Risiken erstellt werden.[17] Beispielsweise ist das Risiko im Straßenverkehr zu sterben viel größer als im Luftverkehr. Daher sollten mehr regulative Ressourcen auf den ersten Problemaspekt verwendet werden.

Risikobasierte Politikgestaltung hilft demnach einerseits, zu identifizieren, welches die dringlichsten gesellschaftlichen Risiken sind. Des Weiteren hilft die Managementmethode dabei, das Regulierungsniveau so zu setzen, dass das Risiko – vor dem Hintergrund der regulativen Bürde und des gesamtgesellschaftlichen Nutzens – so niedrig wie vernünftigerweise praktikabel ist,[18] beispielsweise bei der Setzung von Smogwerten in Großstädten. Das Streben nach absoluter Sicherheit kann selbst mit immens hohem Aufwand von staatlichen Ressourcen kaum erreicht werden. Auf der Grundlage von Risikoanalysen formulierte Ziele sind einfacher realisierbar, da nicht länger ein quasi unerreichbares *Null-Risiko*-Niveau anvisiert wird, sondern Kompromisse akzeptiert werden. So werden die Opportunitätskosten der Regierungsaktivitäten gemindert. Die Freisetzung von Kapazitäten durch effizientes Regulieren ermöglicht einen verbesserten Schutz der Bevölkerung vor akuten Bedrohungen und die allgemeine Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt.[19] In einer auf Wachstum ausgelegten Welt mit knappen Ressourcen ist das ein starkes Argument für politische Entscheidungsträger zugunsten risikobasierter Bewertungsmethoden bei der Politikgestaltung.

Das im Gegensatz dazu vorsichtige Vorsorgeprinzip wird dem auf wissenschaftlichen Risikoanalysen basierendem Ansatz oft mit der Begründung vorgezogen, dass die nicht eindeutige Faktenlage eine objektive Bewertung der Risiken, sowohl bezüglich ihrer Gefahrenpotenziale als auch der Eintrittswahrscheinlichkeit, nicht zulässt. Befürworter der kohärenten risikobasierten Politikgestaltung klagen diese Fragmentierung des Risikomanagements jedoch an. Ihnen zufolge ist die Beurteilung der wissenschaftlichen Bewertbarkeit von Situationen oft politisch motiviert, um Regulierung als protektionistisches Mittel zu nutzen.[20] Dieses Motiv wird europäischen Regulierern zum Beispiel in Bezug auf die regulativen Hürden bei der Einfuhr genmanipulierter Agrarprodukte vorgeworfen.

Konservative Regulierungspraktiken werden von der Wirtschaft nicht nur als kostspielige Bürde angesehen, weil sie die Kosten der Produktion steigern. Darüber hinaus sind die Entscheidungen über die Höhe der Standards oft

das Ergebnis inkonsistenter, willkürlicher und intransparenter Verfahren, die die Planungssicherheit der Industrie erschweren.[21] Kosten-Nutzen-Analysen werden hingegen als objektiv und transparent angesehen. Somit wird die auf Risikobewertung basierte Form der Politikgestaltung als Alternative zur informellen und qualitativen Standardsetzung, hin zu einem formalisierten und quantifizierbaren Ansatz begrüßt.[22] Die Anwendung der *objektiven* Kriterien soll Konflikte über angemessene Risikolevels zwischen Interessensgruppen entschärfen und Interessen ausbalancieren.[23]

Zusammenfassend wird erwartet, dass die risikobasierte Analyse- und Managementmethode zu mehr Konsistenz bei Regulierungsentscheidungen führt. Indem Risiken durch die Festlegung von Gefahrenpotenzial und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet werden, soll eine Vergleichbarkeit verschiedener Risiken geschaffen werden. Die Zusammensetzung des Risikowertes soll somit transparent und nachvollziehbar sein.

Überdies kann risikobasierte Politikgestaltung aber auch den Entscheidungsträgern als Selbstschutz dienen, da sie vor dem Hintergrund der Forderung nach mehr Transparenz im politischen Prozess verstärkt rechtlichen Risiken und Reputationsrisiken ausgesetzt sind.[24] Reputationsrisiken entstehen beispielsweise, wenn die Erwartungen der Bevölkerung und die tatsächliche Performance der regulierenden Behörde und Akteure auseinanderfallen.[25] Dieses Problem trat unter anderem bei Risiken- und Krisenmanagement im Rahmen der EHEC-Krise zutage. Transparenz im politischen Prozess wurde zu einer eigenen Quelle neuer Risiken, da jetzt interne Informationen und Dokumentation von Erfolgen und Fehlschlägen für die breite Öffentlichkeit zugänglich sein müssen.[26] Durch die formalisierten, auf Risikoanalysen gestützten Entscheidungsvorgänge ergibt sich eine Abwehrstrategie zur Legitimation der Entscheidungen, um die öffentliche und mediale Schuldzuweisung beim Eintreten eines Schadenfalls zu limitieren.[27] Regulierer können darstellen, dass sie ihre Entscheidungen unter der objektiven Einbeziehung aller bekannten Risiken getroffen haben. Dabei werden die Risiken mit Hilfe wissenschaftlicher Analysen ermittelt und das akzeptierte Risikotoleranzniveau gemäß dem gesellschaftlichen Konsens bestimmt und öffentlich kommuniziert. In Großbritannien wird so beispielsweise bei der Festlegung von Standards für den Umgang mit schädlichen Substanzen im Bereich der Sicherheit am Arbeitsplatz vorgegangen. Eine potentiell krebserregende Chemikalie wie Benzol darf nur im eingeschränkten Maße verwendet werden, sodass das Krebsrisiko auf ein toleriertes Level sinkt, wie zum Beispiel unter 1 zu 1 000 Krankheitsfälle pro Jahr. Treten innerhalb dieses Bereiches Schadensfälle

auf, können Entscheidungsträger und Regulierer Kritik mit Verweis auf wissenschaftliche Ergebnisse und gesellschaftlichen Konsens zurückweisen. Indem Probleme als Risiken formuliert werden, wird der mögliche Eintritt eines Schadenfalls eingeräumt und toleriert, da die Abwägung objektiven, nachvollziehbaren und akzeptierten Kriterien folgte.[28]

Unzulänglichkeiten und Herausforderung der Risikoanalysen

In der Literatur besteht durchaus Bewusstsein über die Nachteile und Unzulänglichkeiten des Ansatzes, weshalb er kontrovers debattiert wird. So werden im folgenden Abschnitt konzeptionelle, methodische, normative und institutionelle Probleme thematisiert. Zusätzlich werden im Ansatz Empfehlungen abgegeben, wie mit einigen dieser Herausforderungen umzugehen ist.

Konzeptionell ist besonders das unterschiedliche Verständnis, was »Risiko« bedeutet, problematisch. In der Wissenschaft beschreibt der Risikobegriff das Produkt von Eintrittswahrscheinlichkeit und Konsequenz eines Ereignisses; in der allgemeinen Sprache wird es aber oft nur als Synonym für eine Gefahrenquelle *(hazard)* oder dessen Eintrittswahrscheinlichkeit genutzt. Diese Diskrepanz zwischen Alltagsbedeutung und wissenschaftlicher Konnotation sowie die daraus resultierenden Ungenauigkeiten bei der Ausführung risikobasierter Politikgestaltung führen zu inkonsequenten Anwendungen des Ansatzes.[29] Da die Ausführungen sowohl in den Ländern als auch in politischen Domänen variieren, wirft das berechtigterweise Skepsis auf, ob die Verantwortlichen jeweils wirklich bewusst verstehen, was risikobasierte Politikformulierung bedeutet, oder ob es sich nur um eine oberflächliche Verwendung des Wortes Risiko handelt.[30]

Auch die Methodik des Ansatzes wird kritisch betrachtet. Risikoanalysen in der Politikgestaltung sind dem Postulat der Wissenschaft entgegen nicht rein objektiv und einer stringenten Methodik folgend. Stattdessen bauen sie auf einem heterogenen Mix aus wissenschaftlicher Expertise, Politikanalyse und dem Urteilsvermögen aus Berufserfahrung auf. Sie sind limitiert durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen und die eingeschränkte Vorhersagekraft der anwendbaren Techniken. Zusätzlich zu der schwierigen quantitativen und qualitativen Operationalisierbarkeit verschiedener Risiken lässt sich Unsicherheit niemals vollständig aus der Risikobewertung eliminieren, auch wenn der wissenschaftliche Aufwand erhöht werden würde.[31]

Die Ausführung der Analyse und Wahl der Methoden beeinflusst das Ergebnis, was das Objektivitäts-Argument in Frage stellt. Generell ist der Bestimmungsprozess der Risiken teilweise sehr spekulativ, da die Datenlage und Kenntnisse über Wirkungszusammenhänge unzureichend und unvollständig sind. Deshalb sind auch wissenschaftliche Analysen auf Entscheidungen über Verwendung der Daten und Interpretation der Ergebnisse angewiesen. Scheinbar objektive und wissenschaftlich generierte Fakten sind somit auch subjektiv und wertgebunden; sie sind das Ergebnis von im Kern politischen Entscheidungen. Da die Resultate von Risikoanalysen demnach nicht zwangsläufig verlässlich sind, darf sich nicht blind auf diese verlassen werden.[32]

Durch diese Erkenntnis verblasst auch die Kritik am Vorsorgeprinzip, es sei nicht *objektiv* genug. Daraus folgert Stirling, dass die Anwendung von Risikoanalysen nur dann sinnvoller ist, wenn die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Schadenfalls genau bekannt, das Risiko also exakt bestimmbar ist.[33] Bei größerer Unsicherheit oder Uneindeutigkeit ist ihm zufolge das Vorsorgeprinzip vorzuziehen, da es keine Allgemeingültigkeit als Entscheidungsregel oder Anspruch auf Exaktheit verspricht. Auch Auberson-Haug fordert einen Dialog zwischen Vorsorge und Risiko: Beide Ansätze seien kompatibel, da das Vorsorgeprinzip als eine Warte-Strategie genutzt werden kann, um genug Zeit für die Durchführung einer Risikoanalyse aufwenden zu können. So kann Unsicherheit vermindert und das Risiko so exakt wie möglich bestimmt werden.[34]

Zahlreiche falsche Prognosen in der Vergangenheit haben das öffentliche Vertrauen in wissenschaftliche Beratung erschüttert (zum Beispiel während der BSE-Krise in den 1990ern). Daraus leitet sich eine zunehmende Skepsis gegenüber Fähigkeit und Wissen von Experten und Regulierern ab.[35] Es besteht die Gefahr einer Grabenbildung zwischen Experten, Politikern und der Bevölkerung. Diesem Zustand gilt es höchste Beachtung zu schenken und das Problem zu beheben, da Misstrauen zwischen den Akteursgruppen die effektive Handhabung von gesellschaftlichen Risiken erschwert und konterkariert.

Insbesondere bei einer risikobasierten Politikgestaltung ist der politische Entscheidungsprozess auf den Beitrag der Wissenschaft angewiesen. Um die Qualität der wissenschaftlichen Beratung zu erhöhen (damit sie ihrem Ruf der objektiven *Faktenschaffung* näher kommt), ist jedoch eine umfassende Weiterentwicklung des Forschungsstandes notwendig.[36] Des Weiteren muss der wissenschaftliche Forschungsprozess transparent sein, um einen politischen Missbrauch zu verhindern.

Aus einer normativen Perspektive kann die Übertragbarkeit von Managementpraktiken der Privatwirtschaft auf den öffentlichen Sektor in Frage gestellt werden. Zwar können Lehren aus dem effizienten Management gezogen werden, jedoch sind gesellschaftliche Ziele verschiedenartig und teilweise entgegengesetzt, weshalb sie die Notwendigkeit der Abwägung mit sich bringen.[37] Daraus leitet sich auch ein methodisches Problem ab: Zwar können theoretisch alle Aspekte als Risiken formuliert werden. In der Praxis gibt es jedoch keinen gemeinsamen Nenner, um alle gesellschaftlichen und institutionellen Risiken und deren Auswirkungen zu bewerten, da diese nicht auf einen einzelnen Wert reduziert werden können. Dies wird beispielsweise bei einer Kosten-Nutzen-Analyse durch die Zuordnung von Geldwerten der Risiken probiert, aber in der Literatur stark kritisiert.[38] Diese Schwierigkeiten werden beispielsweise deutlich, wenn man versucht, Risiken der Nutzung von Atomenergie mit denen des (durch fossile Brennstoffe beschleunigten) Klimawandels zu vergleichen, um daraus Lehren für eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik abzuleiten.

Risikobasierte Politikentscheidungen werden weitestgehend bei der Regulierung von Gesundheits- und Umweltfragen eingesetzt, beispielsweise wenn es um die erlaubten Bestrahlungswerte industrieller Nebenprodukte geht, die potenziell krebserregend sind. Hierbei ist zu kritisieren, dass Resultate einer Kosten-Nutzen-Analyse oft zugunsten industrieller Interessen ausfallen, da die Kosten der Regulierung, also die Umsatzeinbußen durch schärfere Auflagen, einfacher zu bestimmen sind, als deren Nutzen. Dieses Ungleichgewicht ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzen die Verhinderung von Gesundheits- und Umweltschäden darstellen. Da es sich hierbei um indirekte Kosten handelt, werden diese oft vernachlässigt.[39] Zum Beispiel kann bei der Festlegung des Giftgasausstoßes sehr konkret berechnet werden, wie hoch die Vermeidungskosten einer Fabrik sein werden, um den Standard einzuhalten. Die positiven Effekte, beispielsweise das Verhindern der Gesundheitsverschlechterung der Anwohner und die Unversehrtheit der anliegenden Natur, sind weitaus schwerer zu bestimmen und monetär zu bewerten.

Wie bereits erwähnt ist die Forderung nach mehr Transparenz ein zentraler Aspekt der *Better Regulation*-Initiative der EU sowie auch der risikobasierten Politikgestaltung an sich.[40] Dieser Trend kann jedoch mit der bestehenden Kultur der Politikformulierung in Konflikt geraten. Für die Mitarbeiter in den Ministerien stellt die mit der Transparenz einhergehende Notwendigkeit, Erfahrungswerte zu qualifizieren und zu quantifizieren, eine Hürde in der Politikgestaltung dar.[41] Außerdem erhöht die Transparenz (und die mit

ihr einhergehende Zuordnung von Verantwortlichkeit) die Angreifbarkeit der Entscheidungsträger. An dieser Stelle setzt ein weiterer Kritikpunkt des diskutierten Risikomanagementansatzes an: Aufgrund der vorherrschenden Kultur der Schuldzuweisung kann die formalisierte Risikobewertung als eine Art Feigenblatt genutzt werden, um sich der Verantwortung zu entziehen. Der Selbstschutz scheint dabei eines der Hauptziele der politischen Entscheidungsträger in Behörden und Ministerien geworden zu sein.[42]

Daher ist einer der Gründe, die risikobasierte Politikgestaltung so attraktiv für Regulierer machen, die Hoffnung, durch die Festlegung akzeptierter Risikolevel, die Schuldzuweisung beim Eintritt von Ausfallfehlern zu limitieren und sich von dem Konzept einer *Null-Risiko-Toleranz* zu entfernen. Dies verläuft jedoch nicht ganz unproblematisch: Zwar fordert die Methode in der Theorie das Eingehen von akzeptablen Risiken, kommt es jedoch in der Praxis zum Auftreten des Problems, wird dies von den Medien und der Gesellschaft nicht entschuldigt. Diese übersteigerte Wahrnehmung negativer Politikergebnisse (die sofort als Unfähigkeit der Entscheidungsträger interpretiert werden) führt zu einem Trend in Richtung Risikoaversion und Schuldabweisung unter den Entscheidungsträgern.[43] Die Sündenbock-Kultur unterwandert das effektive Management von gesellschaftlichen Risiken, da die politischen Akteure einen Großteil ihrer Ressourcen und Strategien auf die Minimierung ihrer eigenen, institutionellen Risiken (wie zum Beispiel rechtlicher Absicherung und Reputationssicherung) verwenden, statt sich den eigentlichen gesellschaftlichen Risiken zu widmen.[44]

Wenn nicht offen über Fehler gesprochen werden darf, sondern nur versucht wird, Verantwortlichkeit abzuschieben, schränkt das nicht nur das effektive Handeln ein, sondern auch die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen. Für eine effektive, risikobasierte Politikgestaltung ist auch ein gedanklicher Wandel in der Bevölkerung notwendig, hin zur Akzeptanz und dem Verständnis, dass Risiken gleichermaßen Chancen sowie Gefahren bedeuten. Eine Gesellschaft, die in den Genuss der Nutzen technischer Innovationen kommen will, muss akzeptieren, dass solche Entwicklungen insbesondere am Anfang mit Unsicherheiten und potenziellen Gefahren verbunden sind. Trotz der regulatorischen Bemühungen, negative Risiken auf ein gesamtgesellschaftlich sinnvolles Niveau zu minimieren, wird für den Großteil aller nicht-katastrophalen Risiken die Eintrittswahrscheinlichkeit immer größer als null bleiben. Dementsprechend muss die Gesellschaft akzeptieren, dass das Eintreten eines Schadens- und Unglücksfalls nicht zwangsläufig ein Zeichen von Inkompetenz und Politikversagen ist, sondern oft statistisch unvermeidlich ist.

Fazit und Ausblick

In dem vorliegenden Essay wurde das Aufkommen risikobasierter Managementmethoden in der Politikformulierung untersucht. Diese sollen politischen Entscheidungsträgern helfen, mit den neuen und komplexen Risiken fertig zu werden, denen sie durch die Globalisierung und den technischen Fortschritt gegenüberstehen. Risikobasierte Politikgestaltung soll den Spagat zwischen gesellschaftlichen Bedrohungen und Nutzen ermöglichen. Dabei steht auf der einen Seite der Schutz der Gesellschaft vor übermäßigen Gefahren und auf der anderen die Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt durch die Entwicklung neuer Technologien und den effizienten Umgang mit politischen Ressourcen.

Aufgrund der konzeptionellen, methodischen, normativen und institutionellen Probleme ist die auf Risikoanalysen basierte Politikgestaltung zwar kein Allheilmittel für die Handhabung der immer komplexer werdenden, gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dennoch gehen, wenn es konsequent angewandt wird, viele potentielle Vorteile mit dem Ansatz einher. Dazu gehören (zumindest in der Theorie) beispielsweise mehr Transparenz, effiziente Allokation politischer Ressourcen und die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt.

Wichtig ist dabei, dass die Entscheidungsträger und Verantwortlichen den risikobasierten Ansatz auch in seiner Gesamtheit verstehen, mit all seinem Potenzial und seinen Unzulänglichkeiten. Denn die Effektivität dieser Managementmethoden ist abhängig von dem politischen Willen, diese auch richtig anzuwenden und umzusetzen.[45] Dazu gehört insbesondere eine effektive Risikokommunikation, damit die Bevölkerung ein besseres Verständnis für das Handeln politischer Entscheidungsträger entwickelt und die Gesellschaft sich von der Kultur der Schuldzuweisung entfernen kann. Für eine konsequente und erfolgreiche Risikopolitik ist es folglich notwendig, das Verständnis, die Bewertungsmethoden, die Kommunikation und Handhabung von Risiken zu verbessern.[46]

Solange die Wissenschaft Wirkungszusammenhänge noch nicht exakt genug feststellen kann, ist es daher durchaus ratsam, das Vorsorgeprinzip bei der Politikgestaltung als eine Art Brücke in die Zukunft anzuwenden. In der langfristigen Perspektive ist es jedoch sinnvoll, auf Risikoanalysen zu setzen. Hierin liegt die Zukunft, und hierfür müssen Kapazitäten des wissenschaftlichen Forschungsprozesses erweitert werden. Auch wenn die

Forschungsmethoden und Ergebnisse der Risikobewertung noch weit davon entfernt sind, fehlerfrei zu sein, so haben sie im Verlauf der letzten Jahrzehnte bereits gewaltige Entwicklungen genommen. Überspitzt geschrieben, sollte man beim Wohlergehen der Gesellschaft zwar nicht blind auf noch nicht ausgereifte Entscheidungsansätze setzen, allerdings darf das keine Ausrede sein, um auf das Potential durchaus bereichernder und zukunftsfähiger Methoden zu verzichten. Deshalb darf die zunehmende Anwendung risikobasierter Politikgestaltung zwar nicht unreflektiert gefordert und durchgeführt werden, nichtsdestotrotz geht sie mit einer Vielzahl an Vorteilen einher. Doch auch unabhängig von der Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen werden Managementmethoden, die auf formellen Risikoanalysen basieren, schon aufgrund institutioneller Anreize und Eigeninteresse der Regulierer auch zukünftig Anwendung finden.

---

[1] Vgl. Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

[2] Rothstein, Henry; Downer, John (2008): *Risk in Policy-making: Managing the risks of risk governance. Report for the Department for Environment, Food and Rural Affairs*. London: King's College London, 7.

[3] Bartle, Ian (2008): *Risk-based regulation and better regulation in the UK: towards what model of risk regulation?* Konferenzpapier zur 2.Biennial Conference of the ECPR Standing Group on Regulatory Governance. Universität Utrecht.

[4] Gratt, Lawrence B. (1987): »Risk Analysis or Risk Assessment: a proposal for consistent definitions«. In: Covello, Vincent; Lave, Lester (Hrsg.): *Uncertainty in Risk Assessment, Risk Management and Decision Making*. New York.

[5] Rothstein, Henry; Huber, Michael; Gaskell, George (2006): »A theory of risk colonisation: the spiralling regulatory logics of societal and institutional risk«. In: *Economy and society* 35 (1), 91–112.

[6] Rothstein & Downer 2008, 4–6.

[7] Farrow, Scott (2004): »Using Risk Assessment, Benefit-Cost Analysis, and Real Options to Implement a Precautionary Principle«. In: *Risk Analysis* 24 (3), 727.

[8] Europäische Kommission (2000): *Communication from the Commission on the Precautionary Principle*. Brüssel: Europäische Kommission (COM 2000 1 Final).

[9] Hutter, Bridget M. (2005): *The Attractions of Risk-based Regulation: accounting for the emergence of risk ideas in regulation*. ESRC Centre for Analysis of Risk and Regulation. Discussion Paper (33). London: London School of Economics and Political Science, 4.

[10] Ebd., 1.

[11] Bounds, Gregory (2010): »Challenges to Designing Regulatory Policy Frameworks to Manage Risks.« In: Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): *Risk and regulatory policy improving the governance of risk*. Paris: OECD, 33.

[12] Hutter 2005, 4–5

[13] Ebd., 4.

[14] Rohstein & Downer 2008, 8.

[15] Hood, Christopher; Rothstein, Henry; Baldwin, Robert (2001): *The Government of Risk. Understanding Risk Regulation Regimes.* Oxford: Oxford University Press.

[16] Rothstein, Henry (2003): »Neglected risk regulation: The institutional attenuation phenomenon«. In: *Health, Risk & Society* 5 (1), 85–103.

[17] Hutter 2005, 2.

[18] Health and Safety Executive (2001): *Reducing Risk, Protecting People.* Sudbury: HSE Books.

[19] Bounds 2010, 33.

[20] Majone, Giandomenico (2010): »Strategic Issues in Risk Regulation and Risk Management«. In: Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): *Risk and regulatory policy improving the governance of risk.* Paris: OECD, 125.

[21] Hampton, Philip (2005): *Reducing Administrative Burdens: effective inspection and enforcement.* London: HM Treasury, 10.

[22] Hutter 2005, 4.

[23] Ebd., 13.

[24] Ebd., 12.

[25] Power, Michael (2004): *The risk management of everything. Rethinking the politics of uncertainty.* London: Demos, 20.

[26] Jones, Kevin (2005): *Understanding Risk in Everyday Policy-Making.* London: Defra.

[27] Rohstein & Downer 2008, 8.

[28] Ebd., 8.

[29] Rohstein & Downer 2008, 10-13.

[30] Hutter 2005, 7.

[31] Rohstein und Downer 2008, 14 ff.

[32] Hutter 2005, 9 ff.

[33] Stirling, Andrew (2007): »Risk, precaution and science: towards a more constructive policy debate. Talking point on the precautionary principle«. In: *EMBO reports* 8 (4), 309–315.

[34] Auberson-Huang, Lillian (2002): »The Dialogue Between Precaution And Risk«. In: *Nature Biotechnology.* 20 (11), 1076–78.

[35] Hutter 2005, 9.

[36] House of Commons, Parliament Science and Technology Committee (2006): *Scientific advice, risk and evidence based policy making: seventh report of session 2005–06.* London: The Stationery Office.

[37] Hood, Christopher; Rothstein, Henry (2001): »Risk regulation under pressure: problem Solving or Blame Shifting?«. In: *Administration and Society* 33(1), 21–53.

[38] Rohstein & Downer 2008, 17.

[39] Hutter 2005, 8; vgl. Bugler, Jeremy (1972): *Polluting Britain.* Harmonswoth: Penguin; Vgl. Yeager, Peter (1991): *The Limits of the Law: The public regulation of private pollution.* Cambridge: Cambridge University Press.

[40] Wegrich, Kai (2009): *Better Regulation? Grundmerkmale moderner Regulierungspolitik im internationalen Vergleich.* Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

[41] Rohstein & Downer 2008, 22.

[42] Vgl. Rothstein et al. 2006.

[43] Rohstein & Downer 2008, 23.

[44] Vgl. Rothstein et al. 2006.

[45] Hutter 2005, 13.

[46] Rothstein & Downer 2008, 4.

»Human Security« – Utopie oder kosmopolitische Sicherheitsstrategie mit Weitblick?

Dorte Hühnert

Komplexe Sicherheitssituationen erfordern komplexe Sicherheitsstrategien. Die zuletzt im Irak und in Afghanistan angewandte Militär-Strategie der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency; kurz COIN)[1] ist so eine komplexe Strategie. Abgeleitet aus den spezifischen Sicherheitsanforderungen der Konfliktsituation – einem asymmetrischen Aufstandskrieg in einem zerfallenen Staat – vereint diese Strategie zivile und militärische Elemente. Doch nicht immer erweist sie sich als zielführend. Im Gegenteil, zeitweise sieht sich das Militär sogar dem Vorwurf ausgesetzt – wie aktuell in Afghanistan – die Lage zu verschlimmern.[2]

Angesichts der konzeptionellen und praktischen Kritikpunkte an der Militärdoktrin COIN schlägt Mary Kaldor[3] mit dem *Human Security Approach* eine Alternativstrategie in Anlehnung an das UNDP-Konzept der *human security*[4] vor. Dabei steht der Schutz der Zivilbevölkerung im Fokus – und zwar vor dem Schutz der eigenen Soldaten im Kampfeinsatz und vor übergeordneten nationalstaatlichen Interessen. Somit fußt das Konzept auf dem universellen Geltungsanspruch der Menschenrechte, der sich praktisch fortsetzt in der UN-Mandatierung militärischer Interventionen gemäß dem humanitären Völkerrecht.[5] Damit entwickelt Kaldor ein Sicherheitskonzept, das in *global governance*[6]-Strukturen eingebettet ist und auf der Idee der *cosmopolitan citizenship*[7] basiert. Die Zukunftsfähigkeit des Ansatzes liegt also in der konsequenten Durchsetzung des Völkerrechts jenseits nationalstaatlicher Grenzen. Doch wie realistisch ist die praktische Umsetzung dieses Konzepts? Der folgende Essay setzt an den Problemen derzeitiger COIN-Implementierung an, um die Vorteile bzw. die strategische Weiterentwicklung des Alternativansatzes von Kaldor darzustellen. Ziel des Essays ist, zu identifizieren, welche zukunftsfähigen Impulse für die weitere Ausrichtung nachhaltiger Sicherheitsstrategien in komplexen Operationen vom Konzept des *Human Security Approach* ausgehen und welche Elemente dagegen utopisch sind.

Neue Kriege – Neue Strategien

Die spezifischen Eigenschaften derzeitiger Konflikte bedingen maßgeblich die Sicherheitsanforderungen komplexer Operationen und erfordern daher eine Anpassung der Strategien. Maßgeblichen Einfluss auf die Sicherheitswahrnehmung nehmen die nach Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren aufkommenden innerstaatlichen Konflikte, die unter dem Begriff der neuen Kriege subsumiert werden.[8] In Abgrenzung zu den »alten« zwischenstaatlichen Kriegen weisen die »neuen« Kriege eine Reihe von unterschiedlichen Merkmalen auf. Sie entstehen im Kontext fragiler Staatlichkeit und der globalisierten Welt, wenn die sogenannten *failed states* nicht mehr in der Lage sind das staatliche Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten. Demzufolge bilden sich gewaltsam etablierte ökonomische und politische Parallelstrukturen, die zumeist mit einem massiven Gewalteinsatz gegen die Zivilbevölkerung verbunden sind. Die Austragungsform der neuen Kriege ist asymmetrisch, zwischen intervenierenden internationalen staatlichen Einsatzkräften oder innerstaatlichen, offiziellen (para-)militärischen Kräften und Aufständischen. Zudem weisen diese Konflikte die Eigenschaft auf, sich regional und transnational auszuweiten sowie strukturell zu verfestigen. Teilweise wird die Fortführung des Konflikts so lukrativ, dass Gewalt um der Aufrechterhaltung des gewinnbringenden Geschäftsmodells »Krieg« willen ausgeübt wird.[9]

Angesichts dieses Wandels erfuhren sowohl der Sicherheitsbegriff als auch die Lösungsstrategien eine Anpassung. Die spezifischen Sicherheitsanforderungen berücksichtigt der Begriff der *human security*.[10] War der Sicherheitsbegriff lange Zeit an das Konzept des Nationalstaats gebunden, erfährt dieser in einem erweiterten Verständnis eine, den allgemeinen Globalisierungswirkungen entsprechende, Entgrenzung. Sicherheit ist somit zu einem nur noch auf globaler Ebene umfassend erreichbaren Ziel geworden.[11] In diesem Sinne ist das Konzept der *human security* als erweiterter Sicherheitsbegriff zu verstehen. Neben der Abwesenheit physischer Gewalt werden eine Reihe weiterer Faktoren einbezogen: persönliche Sicherheit, ökonomische Sicherheit, Gesundheits-, Umwelt- und Nahrungsmittelsicherheit, Sicherheit der Lebensgemeinschaft sowie politische Sicherheit. Darin finden sich sowohl die Ergebnisse der Debatten um die neuen Kriege und die damit verbundenen veränderten Sicherheitsanforderungen wieder als auch die der Selbst-Verpflichtung der Staatengemeinschaft (*responsibility to protect*) gegen grobe Menschenrechtsverletzungen (Genozide, Massenvertreibung) vorzugehen.

Illustration von Anna Slobodnik

In COIN, wie zuletzt in Afghanistan und dem Irak angewandt, schlägt sich dieser Wandel nieder. In erster Linie ist COIN als komplexe Militärstrategie unter Einbezug ziviler Konfliktlösungsmechanismen zu verstehen. Ziel ist die Eindämmung des Aufstands bei gleichzeitiger Behebung seiner Ursachen. Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass Aufständische die Kontrolle über ein bestimmtes Gebiet gewinnen wollen – dazu benötigen sie den Rückhalt der Bevölkerung. Analog steht in der COIN-Strategie die Zivilbevölkerung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit (*winning hearts and minds*). Durch den Wiederaufbau der staatlichen Strukturen und die Bereitstellung von Sicherheit soll der Respekt und die Unterstützung der Zivilbevölkerung gewonnen und so dem Aufstand entzogen werden.[12]

Dieser Ansatz ist, nicht zuletzt aufgrund langwieriger Einsätze mit vielen zivilen Opfern (Irak, Afghanistan), in die Kritik geraten. So wird nicht nur die Effektivität in der Praxis hinterfragt, sondern auch theoretisch und konzeptionell wird Kritik geübt an den Prämissen des Ansatzes. Lange Zeit zählte *Nation-Building* nicht in den Aufgabenbereich des Militärs und der Paradigmenwechsel erfolgt nur langsam. Obwohl COIN im eigenen Selbstverständnis eine Strategie ist, die über den reinen militärischen Stabilisierungseinsatz hinausgeht, wird die zivile Komponente sowohl theoretisch als auch praktisch zu gering reflektiert.[13] Zwar soll das Militär zunehmend auch zivile Aufgaben aus dem Entwicklungsbereich übernehmen, jedoch fehlen dafür oft die personellen und strukturellen Voraussetzungen. Zivil-militärische Kooperationen scheitern oft daran, dass zivile Helfer die Zusammenarbeit mit dem Militär verweigern, aus Angst, nicht länger als unabhängiger, neutraler Kooperationspartner zu gelten. Schließlich wird so nicht nur die eigene Arbeit, sondern auch die eigene Sicherheit gefährdet. Darüber hinaus sind das Konzept der *good governance*[14] sowie die Entwicklungshilfe allgemein dem Vorwurf des westlichen Bias ausgesetzt. Aus Mangel an interkulturellen Kompetenzen und der Fähigkeit Empathie für die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung aufzubringen, unterlaufen gravierende Fehler beim Aufbau von Institutionen. Zudem dominieren nationalstaatliche Partikularinteressen der intervenierenden Staaten die Einsätze bis zu dem Punkt, da zivile Opfer im Einsatzland zugunsten der Zielerreichung und der eigenen Kampfkraftschonung in Kauf genommen werden. So misslingt den Einsatzkräften in vielen Fällen, das dringend notwendige Vertrauen der Zivilbevölkerung nachhaltig zu sichern. Im Gegenteil vergrößern sie die Diskrepanzen, so dass die Interventionskräfte zu einem Teil des Problems werden, statt Teil der Lösung zu bleiben. Eben diese fundamentalen Kritikpunkte nimmt Mary Kaldor[15] zum Anlass, einen alternativen Ansatz vorzuschlagen.

Alternative: *Human Security Approach*

Der *Human Security Approach* basiert auf dem spezifischen Sicherheitsverständnis von Kaldor. Angelehnt am oben vorgestellten Verständnis von *human security* nach UNDP stellt Kaldor die *personal security*, sprich, die Sicherheit der Zivilisten in Konfliktgebieten, in den Mittelpunkt.[16] Im engeren Sinne gemeint ist (1) die tägliche Sicherheit von Individuen und den Gemeinschaften, in denen sie leben. Damit unterscheidet sich das Konzept vom klassischen, auf (National-) Staaten und Territorien bezogenen Sicherheitsbegriff in seiner Reichweite. Im weiten Sinne schließt sie (2) die unterschiedlichen Dimensionen des Sicherheitsbegriffs ein, die im UNDP-Konzept aufgezählt werden. Gemeint sind jegliche Risiken und Gefahren, die sich in komplexen Konfliktsituationen ergeben. Zwar spielt die Abwesenheit physischer Gewalt eine tragende Rolle in Konflikten, doch zusätzlich werden hier strukturelle Faktoren, wie Nahrungsmittelsicherheit und der Zugang zu legitimen politischen Instanzen in das Konzept aufgenommen. Zudem betrachtet Kaldor (3) Sicherheitsprobleme grenzüberschreitend: In der globalisierten Welt sozialer Netzwerke und globaler Produktions- und Transportstrukturen verbreiten sich Konfliktherde und -produkte regional und global (Terrorismus, Kriminalität und Pandemien).[17]

Der *Human Security Approach* ist im Gegensatz zum COIN-Ansatz nicht in erster Linie als Militärstrategie zu verstehen, sondern als umfassender humanitärer Ansatz, der über die Bewältigung eines heißen Konflikts hinausgeht. So bezieht sich das Konzept auf alle Konfliktphasen und sucht das Kontinuum unterschiedlicher Konfliktgrade mit den folgenden sechs Prinzipien abzudecken:[18]

1. Der Vorrang der Menschenrechte: Dieser Grundsatz ist das Fundament des Ansatzes und gleichzeitig grundlegendster Unterschied zu staatszentrierten Sicherheitsstrategien. Der Schutz der Zivilisten und ihrer ökonomischen, sozialen, politischen und zivilen Rechtsansprüche steht im Zentrum, nicht etwa die Feindbekämpfung. Die Proportionalität der Gewaltanwendung muss gegeben sein: Gewaltausübung ist nur dann legitim, wenn sie dem Schutz der Zivilisten dient und verhältnismäßig ist. Kollateralschäden sind unzulässig; Menschenrechtsverletzungen werden rechtlich geahndet.

2. Legitime politische Autorität: Die Schaffung legitimer Institutionen ist tragendes Element des Transformationsprozesses in eine friedliche und stabile Staatsform. Die neue politische Ordnung muss sich durch Debatten

in der Bevölkerung generieren, anstatt militärisch aufoktroyiert zu werden. Die Institutionen müssen das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen, wobei bereits lokale oder regionale, legitime Institutionen ausreichen, um in zunächst kleinem Rahmen Stabilität wiederherzustellen.

3. Multilateralismus: Konfliktbearbeitung und -lösung ist als globale Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen. Strategien müssen durch die Einbeziehung internationaler und regionaler Organisationen (z. B. UN; regionale Staatenbündnisse, wie EU, AU) legitimiert werden. Um konzeptionelle Kohärenz im multilateralen *global governance*-Gefüge zu erreichen, ist die Entwicklung gemeinsamer Regeln und Normen essentiell, die als Rahmen für die Strategieentwicklung dienen.

4. Der *bottom-up*-Ansatz: Sicherheits- und Entwicklungsentscheidungen müssen in Kooperation mit der einheimischen Bevölkerung getätigt werden, um die Effizienz der Maßnahmen zu gewährleisten. Das bedeutet auch, dass Kriminelle, Warlords und Mafiabosse in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

5. Regionaler Fokus: Konflikte beinhalten zumeist transnationale Komponenten: Flüchtlinge, Vertriebene, kriminelle und extremistische Netzwerke sowie Naturkatastrophen. Diese machen nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt und können somit nur in einer internationalen Gemeinschaftsanstrengung gelöst werden.

6. Transparente zivile Leitung: Die Koordination zwischen Militär und zivilem Bereich wird unter transparente zivile Operations-Leitung (z. B. einen UN Special Representative) gestellt. Diese ist mit den lokalen Gegebenheiten vertraut und in der Lage, die Verständigung zwischen den einzelnen Schaltstellen auf den unterschiedlichen Ebenen zu koordinieren.

Zusammenfassend lassen sich die wesentlichen Unterschiede anhand vier zentraler Punkte darstellen. (1) Es handelt sich bei den beiden Konzepten um bevölkerungszentrierte Ansätze. Während COIN die Gewinnung der »Herzen und Köpfe« als taktisches Mittel zur Umsetzung der übergeordneten Strategie sieht – den Feind zu besiegen und so den Aufstand zu beenden – steht beim *Human Security Approach* die Schaffung von Sicherheit für die Individuen im Fokus. Human Security ist das Ziel und nicht das Mittel. (2) Es handelt sich um interessengeleitete Ansätze – diese unterscheiden sich jedoch fundamental. COIN,[19] wie zuletzt im Irak und in Afghanistan angewandt, ist eher eine hybride

Strategie mit zwei Motiven: zunächst die Schaffung von Sicherheit und letztlich die Durchsetzung der nationalen Interessen der Interventionskräfte. Der *Human Security Approach* hingegen sieht sich einzig der Durchsetzung des humanitären Völkerrechts verpflichtet. Er verfolgt keine ökonomischen oder regionalen machtpolitischen Interessen. (3) Es handelt sich um zivil-militärische Sicherheitsstrategien in unterschiedlichen Dimensionen. COIN ist auf taktischem Niveau ein vom Militär dominierter Ansatz, wobei der ursprüngliche Kompetenzbereich des Militärs unter Berücksichtigung der zivil-militärischen Sicherheitsanforderungen komplexer neuer Konfliktsituationen um zivile Elemente und Kooperationen erweitert wurde. Der *Human Security Approach* dagegen ist zuallererst ein Multi-Ebenen Ansatz, in dem der zivile Bereich noch stärker gewichtet wird. Dies drückt sich insbesondere in dem Prinzip des zivilen Kommando-Oberhaupts aus, das von der UN gestellt wird. (4) Die Zielsetzung des *Nation-Building* wird unterschiedlich gewichtet. COIN betrachtet *Nation-Building* keinesfalls zentral, sondern im Zuge einer langfristigen Stabilisierung der Sicherheitslage. Dennoch fehlen in der Praxis oft die Kapazitäten, Kompetenzen und seitens des Militärs und der politischen Führungen oft auch der Wille, *Nation-Building* nachhaltig zu betreiben. Der *Human Security Approach* hingegen intendiert eine langfristige Stabilisierung und Befriedung des Einsatzgebietes nicht nur durch die Herstellung gewaltfreier Zonen, sondern insbesondere durch die Schaffung belastbarer staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Utopie oder zukunftsfähige Impulse für die Strategieanpassung?

Die Sicherheitsanforderungen derzeitiger Konflikte verlangen nach zivil-militärischen Lösungen. Doch welche Probleme derzeitiger komplexer Operationen löst der *Human Security Approach*? In der Theorie mag vieles nach Verbesserungen klingen, praktisch ergeben sich jedoch schnell Probleme.

Der *Human Security Approach* setzt auf einen regionalen Ansatz, der multilaterale internationale Organisationen einbezieht und die Kooperationen insgesamt unter zivile internationale Führung stellt. Damit wird ein Hauptproblem des COIN-Ansatzes adressiert: Die nationalstaatlichen Partikularinteressen werden marginalisiert und einzelstaatliche Dominanz bei der Kooperation ziviler und militärischer Bereiche wird durch den UN-Vorsitz umgangen. Die UN liefert den passenden Austauschrahmen für derartige Kooperationen und sollte als Institution gestärkt werden. Ebenfalls praktische Erleichterung würde die Umsetzung des Vorschlages eines zentralen zivilen,

übergeordneten Koordinators schaffen. Somit liegt die Hauptverantwortung und die Befehlsgewalt auf multilateraler, ziviler Ebene und damit wird sowohl formal als auch praktisch die Rolle des Militärs begrenzt, als Teil einer Gesamtstrategie unter ziviler Kontrolle.

Der Ansatz der regionalen Konfliktlösung unter Einbeziehung der betroffenen Anrainerstaaten hat teilweise bereits Anwendung in derzeitiger COIN Implementierung gefunden. Der grenzüberschreitenden Komponente des Afghanistan-Konflikts (Schmuggel, Flüchtlingsproblematik, Rückzugsgebiete der Aufständischen) wurde bereits in Strategieanpassungen Rechnung getragen. Die Forderung nach regional integrativen Lösungen ist demnach noch strategisch ausbaufähig, insbesondere hinsichtlich der Kooperationspotentiale. Der *Human Security Approach* liefert hierzu zukunftsfähige Anregungen. Innerstaatlich sieht der *Human Security Approach* vor allem den Wiederaufbau legitimer autoritärer Institutionen vor. Ein solches nachhaltiges *Nation-Building* zielt kurzfristig nicht auf die Schaffung einer demokratischen, kapitalistischen Gesellschaft nach westlichem Ideal-Modell. Damit sind die Ziele zu hoch gesteckt, wie sich in der Praxis zeigt. Vielmehr müssen die Strukturen der Kriegsökonomie allmählich durch eine nachhaltige Anreizpolitik aufgebrochen werden, was auch die Einbeziehung lokaler Warlords in Verhandlungen und Prozessgestaltungen erfordert. Schließlich sind sie diejenigen, die im Kontext des zerfallenen Staates Parallelstrukturen etabliert haben. Nur im Austausch gegen politische Teilhabe können diese Strukturen langsam und kontinuierlich wieder zurück in legale Verhältnisse überführt werden.

Hilfe zur Selbsthilfe ist dabei der Schlüssel zum *bottom-up*-Ansatz im Kaldor'schen Konzept. Nur wenn die einheimische Bevölkerung von Anfang an beraten, statt belehrt und bevormundet wird, kann dieser Prozess gelingen. Schließlich hängt die Legitimation der aufzubauenden Instanzen nicht davon ab, was die zumeist selbsternannten ausländischen Helfer für adäquat befinden, sondern davon, was die lokale Bevölkerung bereit ist als System zu tragen. Das Einbringen eigener Ideen unter dem Rückgriff auf historisch bedingte Traditionen trägt letztlich zur Akzeptanz der selbst geschaffenen politischen Strukturen bei. Utopisch ist dieser Ansatz nur, wenn die Maßstäbe zu hoch angesetzt werden. Staatsbildungsprozesse sind keine Frage von Wochen oder Monaten, sondern von Jahren und Jahrzehnten institutionellen Lernens.

Der Kern des *Human Security Approach* liegt in einer kohärenten Strategie, die methodisch, inhaltlich und strategisch an den Bedürfnissen der Bevölkerung im Einsatzland ausgerichtet ist. Zwar liefert das Konzept bereits eine

Reihe von Denkanstößen, die sinnvolle Impulse für die Strategieanpassung in komplexen Konfliktsituationen liefern. Doch in vielen Punkten bleibt Kaldor zu unspezifisch, lässt zu viel Raum für kritische Fragen und vermittelt sogar den Eindruck, allzu idealistische Vorstellungen zu generieren.

Der Fokus des *Human Security Approach* liegt auf dem Schutz der Zivilbevölkerung und nicht auf der Feindbekämpfung. Dabei ergibt sich in den komplexen Gemengelagen der neuen Kriege zuerst die Schwierigkeit, dass diese beiden Ziele kaum trennbar sind. Schließlich ist die klassische Trennung zwischen Kombattanten und Zivilisten quasi aufgehoben. Hinzu kommt das Problem, dass die Sicherheitskräfte wohl zwangsläufig zum Angriffsziel der Aufständischen werden. Zwar schließt der *Human Security Approach* nationale Partikularinteressen der Interventionskräfte als Eskalationsquelle aus. Doch stellt sich oft das Problem, dass die ausländischen Sicherheitskräfte nicht nur aufgrund ihrer machtpolitischen Eigeninteressen von den Aufständischen als Feinde wahrgenommen werden, sondern bereits ihre bloße Anwesenheit – selbst wenn zum Schutze und im Sinne der Hilfeleistung gehandelt wird – als Herausforderung wahrgenommen wird. Obwohl die Aufständischen nicht offiziell politisch als Feinde deklariert werden, wird der Gewalteinsatz spätestens im Moment der Selbstverteidigung unabwendbar. Zudem lassen sich nationale Partikularinteressen auf UN-Ebene aufgrund der Organisationsstruktur nicht vollständig eliminieren. Für eine realistische Umsetzung des *Human Security Approach* müssten sich die grundlegenden Anreizstrukturen ändern: Staaten werden dazu bereit sein, mehr Kompetenzen an die UN abzutreten, wenn sie daraus einen größeren Vorteil erwarten, als die Vorhaben allein umzusetzen.

Die Priorisierung des zivilen Schutzes im *Human Security Approach* zeichnet zwar ein erstrebenswertes Bild einzig auf die Schaffung des Friedens und der Stabilität hinarbeitender Interventionskräfte. Die Utopie liegt jedoch in der vorausgesetzten Grundannahme: Alle Menschen sind gleich. In der Praxis überwiegt weiterhin das Denken in nationalstaatlichen Grenzen. Übersetzt in die alltägliche Militärpraxis im Sinne eines *Human Security Approach* hieße das, den Schutz der Zivilisten über den Schutz der eigenen Kampfkraft zu stellen, bis hin zur Aufopferung des eigenen Lebens.[20] Damit stellt Kaldor nicht nur die Forderung, über nationalstaatliche Interessen hinaus zu denken, sondern verlangt auch den Einsatzkräften persönlich ein hohes Maß an Opferbereitschaft und damit an Altruismus ab. Eine solche Entgrenzung der Motivation steht jedoch der nationalstaatlich konnotierten Motivationsquelle – dem Patriotismus – entgegen. So scheint es relativ unrealistisch, dass Soldaten sich einzig im Dienste der Menschheit in Gefahrensituationen bege-

ben. Vielmehr scheint die nationalstaatliche Sozialisation und nicht zuletzt ein patriotisches Pflichtgefühl, sein Leben in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, neben Abenteuerlust und monetären Anreizen eine starke ideelle Motivationsquelle darzustellen.

Fazit

Der Schutz der Zivilisten sollte jederzeit im Vordergrund einer internationalen Intervention stehen, auch wenn dies mit hohen Risiken für die Sicherheitskräfte verbunden ist. Die Forderung nach der konsequenteren UN-Mandatierung und damit Einbettung von Interventionsmissionen in den Rahmen des humanitären Völkerrechts ist dazu ein wichtiger Schritt. So kann es schließlich gelingen, die Partikularinteressen einzelner intervenierender Staaten zumindest teilweise zu zügeln. Die Verbesserung der Koordination und Kooperation unter den Staaten ist ebenso ein wichtiger Ansatzpunkt für eine nachhaltige Stärkung des *Nation-Building* im Sinne regional verankerter, kohärenter Strategien. Der Ansatz von Mary Kaldor liefert somit richtungsweisende Impulse für die Verbesserung aktueller Konfliktlösungsstrategien. Grundlegendstes Problem des *Human Security Approach* – und damit Quell der Utopie – bleibt der zur Voraussetzung gemachte Paradigmenwechsel. Nicht nur die strikte Anwendung des erweiterten Sicherheitsbegriffs, sondern vor allem die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts erfordert einen grundlegenden Wandel im Denken der Strategen. So wird das Fundament des Ansatzes – der Vorrang der Menschenrechte – zu dessen utopischer Schwachstelle. Zwar ist die normative Grundannahme des Gleichstellungsgebots notwendige Bedingung des Konzepts, doch ist sie in der Praxis weit entfernt von einer flächendeckenden Umsetzung. Die traurige Realität verbleibt paraphrasiert im Orwell'schen Bild, frei nach dem Motto: Alle Menschen sind gleich – nur manche Menschen sind eben gleicher als andere.[21] Somit gewinnt der *Human Security Approach* in dem Maße an Utopie, in dem er fundamentale Paradigmenwechsel abverlangt.

Dennoch – Kaldors Utopie ist eine, die wir denken sollten. Die Zukunft muss normativ gedacht werden, damit sie nachhaltig gestaltet werden kann. Sicherheit als kollektives Gut darf nicht zum Privileg der westlichen Welt verkommen. Wir sollten vielmehr danach streben, den Grundgedanken unserer nationalen demokratischen Verfassungen auf ein zukünftiges Weltbürgertum zu übertragen. Unser Ziel muss sein, das Gleichheits- und Freiheitsgebot auf die globale Ebene zu übersetzten und konsequent einzufordern: Die Würde des Menschen ist unantastbar – ein Grundsatz der jederzeit universell gelten sollte.

[1] Gemeint ist hier »modernes« COIN (vgl. U.S. Army Field Manual 3-24 and Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5 (2006): *Counterinsurgency*. Washington, D.C.: Headquarters Department of the Army/Headquarters Department of the Navy. Verfügbar unter: *http://www.fas.org/irp/doddir/army/fm3-24.pdf* [09.03.2012].), das konzeptionell entgegen früherer kolonialer und postkolonialer Auffassungen angepasst wurde. So bezeichnet modernes COIN den Versuch von Aufständischen, die Kontrolle über ein bestimmtes Gebiet zu erlangen. Im Rahmen eines neuen Krieges, vor dem Hintergrund fragiler Staatlichkeit und der Globalisierung sind die Mittel des Aufstandskrieges Guerillakriegführung sowie politisch motivierte Gewalt (Terrorismus) insbesondere gegen Zivilisten (Irak/Afghanistan).

[2] Vgl. Kaldor, Mary (2011): »Human Security in Complex Operations«. In: Prism, (Washington D.C.) NDU Press, 2 (2), 3–14.

[3] Vgl. ebd.

[4] Vgl. United Nations Development Programme (UNDP) (1994): »Human Development Report«. Verfügbar unter: *http://hdr.undp.org/en/media/hdr_1994_en_contents.pdf* [30.01.2012].

[5] Mit dem Begriff des humanitären Völkerrechts ist hier die Charta der Vereinten Nationen (UN) gemeint.

[6] Kaldor meint mit dem System von *global governance* den globalen, rechtlichen Rahmen zwischen internationalen Organisationen und lokalen sowie regionalen Regierungen und Staaten (vgl. Kaldor, Mary (2003): *Global Civil Society. An Answer to War*. Cambridge, UK: Polity Press, 109–111).

[7] Der kosmopolitische Ansatz ist Kaldors Lösung für die neuen Kriege, die sich nur vor dem Hintergrund der Globalisierung erklären lassen und somit nur im Rahmen eines Ansatzes lösen lassen, der auf die Durchsetzung kosmopolitischer Normen und Regeln basiert. Der *Human Security Approach* ist vor diesem Hintergrund zu betrachten (Kaldor 2000, 177–217).

[8] Vgl. zum Begriff der neuen Kriege: Kaldor, Mary (2000): *Neue und Alte Kriege*. Frankfurt: Suhrkamp.; Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*. (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. bpb Schriftenreihe. Bd. 387.) Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.; Daase, Christopher (2006): »Die Theorie des kleinen Krieges revisited«. In: Geis, Anna (Hrsg.): *Den Krieg überdenken*. Baden-Baden: Nomos, 151–165.

[9] Vgl. Fröhlich, Manuel; Lemanski, Jan (2011): »Human Security: The Evaluation of a Concept and its Doctrinal as well as Institutional Manifestations«. In: Schuck, Christoph (Hrsg.): *Security in a Changing Environment. Challenging the Human Security Approach*. Baden-Baden: Nomos, 25.

[10] Der Begriff geht auf den *Human Development Report* der UNDP von 1994 zurück (vgl. UNDP 1994).

[11] In der Literatur unterscheidet man zwischen dem engen oder klassischen und dem erweiterten Sicherheitsbegriff. Während der enge Sicherheitsbegriff (bzw. Friedensbegriff) die Abwesenheit physischer Gewalt meint, umfasst der erweiterte Begriff eine Reihe weiterer struktureller Faktoren (Vgl. Galtung, Johann (1971): »Gewalt, Frieden und Friedensforschung«. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kritische Friedensforschung*. Frankfurt: Suhrkamp, 55–104.; Müller, Harald (2003): »Begriff, Theorien und Praxis des Friedens«. In: Hellmann, Gunther; Wolf, Klaus Dieter; Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 209–250. Für

eine kritische Auseinandersetzung mit dem erweiterten Sicherheitsbegriff siehe: Brock, Lothar (2004): »Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Keine Zauberformel für die Begründung ziviler Konfliktbearbeitung«. In: *Die Friedens-Warte.* (Berlin) BWV, 79 (3–4), 323–344).

[12] Vgl. Tettweiler, Falk (2011): *Die amerikanische Counterinsurgency-Debatte und erste Folgen für eine deutsche Diskussion. Arbeitspapier Forschungsgruppe Sicherheitspolitik.* FG3-AP Nr. 1. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.; Rudolf, Peter (2011): *Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin.* SWP-Studie. S2. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

[13] Vgl. Rudolf 2011, 20.

[14] *Good governance* meint die allgemeinen Grundsätze guter Regierungsführung, die beim Wiederaufbau der Staatlichkeit als Maßstab gelten.

[15] Vgl. Kaldor 2011.

[16] Vgl. ebd., 5.

[17] Vgl. ebd.

[18] Die folgenden sechs Prinzipien werden in Anlehnung an die Ausführungen von Mary Kaldor (2011: 6–9) beschrieben.

[19] An dieser Stelle sei zusätzlich angemerkt, dass COIN generell nicht nur als Interventionsstrategie, sondern auch als Aufstandsbekämpfungsstrategie einer Regierung im eigenen Land eingesetzt werden kann.

[20] Vgl. Kaldor 2011, 13.

[21] Frei paraphrasiert nach George Orwells Werk »Animal Farm« (1945).

Wir schrumpfen! Ein Denkanstoß zur nachhaltigen Familienpolitik

Lisa Schee genannt Halfmann

Der demografische Wandel ist in aller Munde. Seit Jahren zeigen sich Politiker, Wissenschaftler und Medien erstaunt über das drastische Absinken der Geburtenraten. Deutschlands Bevölkerung sinkt. Innerhalb von sechs Jahren verringerte sich die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik von 82 531 Millionen (2003) auf 81 802 Millionen (2009).[1] Die Statistik zeigt, dass Deutschland damit nicht allein ist. Während in anderen Ländern ein Geburtenboom herrscht, sind die Geburtenzahlen in Europa insgesamt rückläufig. Feierten wir weltweit gerade den sieben Milliardsten Menschen, spekulieren Wissenschaftler wie Herwig Birg, dass es zum Ende des 21. Jahrhunderts nur noch 25–30 Millionen Einwohner in Deutschland geben wird.[2] Das klingt dramatisch und unrealistisch. Betrachtet man jedoch Langzeitstudien zur Bevölkerungsstatistik sind diese Zahlen weder überraschend noch realitätsfern.

Die Daten und Fakten belegen, dass die Familie im traditionellen Sinne ein rückläufiges Gebilde ist. Was bedeutet Familie im 21. Jahrhundert? Durchschnittlich bekommen Frauen nicht nur wesentlich später, sondern auch wesentlich weniger Kinder (ca. 1,4) als noch vor 50 Jahren (2,5) – wenn sie sich überhaupt für Kinder entscheiden. Die Veränderung der Lebensstruktur bietet für viele keinen passenden Rahmen für Nachwuchs. Nicht nur um im Alltag und Beruf möglichst unabhängig zu sein, entscheiden sich viele Paare dagegen, Kinder zu bekommen. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch die derzeitige Familienpolitik eine entscheidende Hürde darstellt.

Dieser Essay problematisiert nicht den demografischen Wandel und seine Folgen. Er geht an die Wurzel des Problems, indem er sich mit der Rolle der Familie in Gesellschaft und Politik auseinandersetzt. Er beschäftigt sich mit der Thematik, ob Kinder in unserer Gesellschaft als Risikofaktor wahrgenommen werden und ob dies zum demografischen Wandel beiträgt. Es geht um eine langfristige und nachhaltige Förderung, die auch zu Gunsten des Sozial-

systems in Angriff genommen werden sollte. Ein Umdenken der Gesellschaft steht im Mittelpunkt und Familienpolitik wird als mehrdimensionaler Prozess verstanden.

Geburten in der Bundesrepublik

Der demografische Wandel wird oft nur aus der Perspektive der Überalterung und des Sinkens der Geburtenraten betrachtet. Jedoch sind diese beiden Aspekte nur die Auswirkungen eines Prozesses. Der Wandel muss als multidimensionales Phänomen gesehen werden, welches auf allen Ebenen der Gesellschaft greift. Die Veränderung der Lebensläufe, der technisch-medizinische Fortschritt (Antibaby-Pille), die Emanzipation der Frau und ihre Erwerbsorientierung, die geringe Vereinbarung von Familie und Beruf, die Gleichstellungspolitik und mangelhafte Kinderbetreuung sind Faktoren, die den demografischen Wandel ernähren. Einige dieser Faktoren tragen erheblich dazu bei, dass Kinder in unserer Gesellschaft als Risikofaktor betrachtet werden.

Die Geburtenzahlen in Deutschland sinken und das bereits seit über hundert Jahren. 1871 bekamen Frauen noch durchschnittlich fünf Kinder. Kinder stellten nicht nur Arbeitskräfte dar, sondern ebenfalls eine Altersvorsorge. Doch bereits nach der Industrialisierung und der Einführung der Rentensysteme sank diese Zahl auf knapp über zwei. Heute bekommen Frauen durchschnittlich 1,4 Kinder.[3] Das bedeutet, dass Deutschland der Nachwuchs fehlt und sich die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren verringern wird. Doch welche familieninternen Gründe gibt es dafür, dass Frauen in Deutschland so wenige Kinder bekommen?

Die Familie im traditionellen Sinne – Mutter, Vater, Kind(er) – ist noch immer die führende Familienform. Allerdings steigt seit vier Jahrzehnten der Anteil »nicht-konventioneller« Familienverhältnisse wie Patchworkfamilien oder Alleinerziehende.[4] Doch auch andere Lebensformen haben sich in den vergangenen Jahren stetig entwickelt: Alleinstehende (ca. 17,4 Millionen) und Paargemeinschaften ohne Kinder (ca. 23,3 Millionen).[5] In diese Freiheit und Unabhängigkeit passen oftmals keine Kinder. Doch dies sind nicht die einzigen Gründe.

Illustration von Anna Slobodnik

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wenn Frauen sich heute für Kinder entscheiden, tun sie das relativ spät. Zusammenfassend lässt sich hier sagen, dass das Durchschnittsalter der Frauen bei der ersten Geburt um 1989 (in Ost- und Westdeutschland) noch bei 24,8 Jahren lag und 2010 bereits bei 28,3 Jahren.[6] Frauen wollen eine gute Ausbildung genießen und sich fachlich qualifizieren. Das dauert. Anschließend wollen die meisten von ihnen Berufserfahrungen sammeln und ihrem Kinderwunsch nachgehen. Hier stehen sich zwei wichtige Lebensabschnitte gegenüber. Die Entscheidung für den Berufseinstieg oder für den Kinderwunsch. Bei einer familienfreundlichen Arbeitspolitik, die Kinder berücksichtigt, wäre diese Zweigstelle nicht so tragend für den demografischen Wandel. Doch es zeigt sich, dass auch nach Jahren des Bewusstseins über die Relevanz der Einheit von Beruf und Familie wenige Taten gefolgt sind. Bei der WSI Betriebs- und Personalrätebefragung 2005 wurde deutlich, dass sich lediglich 30 Prozent der Betriebsräte mit dem Thema »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« auseinandersetzten. Zudem fand sich nur in 7 Prozent der Betriebe eine Vereinbarung zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen.[7] Nicht verwunderlich ist also die Tatsache, dass 60 bis 80 Prozent der Frauen in Führungspositionen kinderlos bleiben.[8]

Die Veränderung der betrieblichen Arbeitszeitkultur fordert die Flexibilität und Spontaneität der Mitarbeiter. Flexible Arbeitszeiten scheinen vielen Arbeitnehmern entgegenzukommen – jedoch nicht denen mit Familie. Sie fordern eher eine verbindliche Arbeitszeitregelung, die ihnen mehr Planungssicherheit bietet.[9] Schließlich können sie nicht so spontan und flexibel reagieren wie Kinderlose. Um aber im Job bestehen zu können und dieser neuen Arbeitskultur dienlich zu sein, verzichten einige auf eigenen Nachwuchs.

»Ver.di« geht hier mit einem guten Beispiel voran. Die von ihr gegründete »Arbeitsinitiative« kämpft gegen Arbeitszeitverlängerung, sowohl auf der Grundlage der Gefährdung des Familienlebens, als auch in Hinblick auf die Gesundheitsgefährdung, die Beeinträchtigung des lebenlangen Lernens und den Widerspruch zu humanen Arbeitsbedingungen.[10] »Ver.di« ist nicht die einzige Organisation, die versucht Betrieb und Familie vereinbar zu machen. Auch das »Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« hat die Initiative ergriffen und das »Lokale Bündnis für Familien« ins Leben gerufen. Ein Netzwerk, bestehend aus Akteuren der Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, das sich um bedarfsorientierte Projekte in der Bundesrepublik bemüht. Mittlerweile gibt es rund 5 200 Projekte an rund 660 Stand-

orten.[11] Bei beiden Projekten wurde anscheinend erkannt, dass Eltern mit einer Planungssicherheit und Regelmäßigkeit im Arbeitsalltag aktiver und produktiver arbeiten und effektiver und intensiver am Entwicklungsprozess ihrer Kinder teilhaben können. Es folgen ihnen andere, wie das »Bundesministerium des Innern« oder auch die IHK Berlin. Diese Projekte stellen einen positiven Start in ein Umdenken zugunsten der Familie dar. Jedoch beruht dies momentan noch auf freiwilligen Initiativen.

Der Bund schreibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gesetzlich vor. Die einzigen Erwähnungen sind im Betriebsverfassungsgesetz und im *Sozialgesetzbuch III* zur Arbeitsförderung zu finden. Zudem sind die Gesetze sehr oberflächlich formuliert und somit reine Auslegungssache. Eine direkte gesetzliche Verankerung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde auch die Betriebe zur Kooperation drängen, die sich sonst aus dieser Thematik heraushalten.

Um Lösungen für eine nachhaltige Familienpolitik zu finden, ist ein Einklang zwischen Erwerbstätigkeit und Familien unumgänglich. Absicherung des Einkommens, Sicherheit des Arbeitsplatzes, regelmäßige Arbeitszeiten und die Möglichkeit auf spontan eintretende Familieninterna, wie Krankheit des Kindes, reagieren zu können, geben Eltern Sicherheit und Rückhalt.[12] Können sie sich auf diese Faktoren verlassen, dann können sie sich stressfreier der Familienplanung und der Entwicklung ihrer Kinder widmen.

Eine familienunfreundliche Familienpolitik?

Nicht nur der Arbeitsmarkt fördert die Stagnation und den Rückgang von Geburtenraten, sondern auch die Familienpolitik. Laut Schubert und Klein bezeichnet die Familienpolitik sowohl die politischen und verbandlichen Aktivitäten, aber auch die gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Familie zum Schutz und zur Förderung dienen.[13] Laut der OECD investierte Deutschland 2005 rund 2,2 Prozent des BIP in Geldleistungen wie Kindergeld und 1 Prozent in Dienstleistungen wie Kindergärten. Damit ist die Bundesrepublik eines der wenigen europäischen Länder, welches übermäßig viel Geldleistungen erteilt, jedoch wenig Dienstleistungen fördert. In Ländern wie Dänemark, Schweden und Frankreich liegen beide Werte gleichverteilt, bei ungefähr 1,5 Prozent.[14] Hier ist anzunehmen, dass Deutschland versucht, eine Geburtensteigerung mit finanziellen Ausgleichszahlungen zu erzeugen, ohne die notwendigen Rahmenbedingungen, wie Betreuung der Kinder, zu beachten und zu fördern.

Eine notwendige Voraussetzung ist die Betreuung der Kinder außerhalb der Familie. Erwerbstätige Eltern stehen vor dem Problem, dass sie keinen rechtlichen Anspruch auf Betreuung ihres Kindes haben, wenn es nicht mindestens drei Jahre alt ist. Viele Mütter und Väter sind gezwungen zu Hause zu bleiben und sich ganztägig der Betreuung ihres Nachwuchses zu widmen, was selbstverständlich auch förderlich für die Bindung ist. Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit ist dies jedoch nicht vorteilhaft. Eltern mit befristeten Arbeitsverträgen drängt es aus Angst vor der Arbeitslosigkeit wieder zurück an ihren Arbeitsplatz.

Auf der anderen Seite gibt es Mütter und Väter, die sich ganz der Kindererziehung verpflichtet haben. Erziehungsjahre bzw. Pflegejahre werden in keiner Weise berücksichtigt. Ihnen werden weder ausgleichende Rentenpunkte, noch andere nützliche Transferleistungen zugesprochen. An dieser Stelle besteht deutlicher Nachholbedarf für die Sozial- und Sicherungssysteme. Man muss der Politik eingestehen, dass sie sich hierum bemüht und ab 2013 ein sogenanntes Betreuungsgeld in Höhe von 150 € pro Monat bereitstellt. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass Eltern mit gut bezahlten Anstellungen für 150 € im Monat zu Hause bleiben. Anders stellt sich die Lage bei Hartz IV-Empfängern und Eltern mit Migrationshintergrund dar. Aus Angst vor Missbrauch dieses Geldes sollen für jene Gutscheine ausgestellt werden.

Trotzdem kann nicht behauptet werden, dass sich in den letzten Jahren nichts getan hätte. 2007 trat an die Stelle des Erziehungsgeldes das Elterngeld. Hintergrund dieser vierzehnmonatigen, einkommensabhängigen Zahlung war das Ziel, Besserverdienende zur Umsetzung des Kinderwunsches zu animieren. Sie sollten mit dem Elterngeld weniger Verdienstausfall haben. Bisher bestätigen die Geburtenzahlen keinen deutlichen Anstieg – wobei sich nach so kurzer Zeit auch keine Verhaltensänderung feststellen lässt. Die Geburtenzahlen schwanken grundsätzlich, jedoch sind sie im Langzeitvergleich deutlich rückläufig (1992: 809 114; 2010: 665 126).[13] Verständlicherweise mussten angesichts des Geburtenrückgangs Institutionen wie Kindergärten und Schulen schließen. Die Sicherheit eines Betreuungsplatzes kann nicht mehr grundlegend gewährleistet werden.

Es kommt das Gefühl auf, dass der Staat kein oder zumindest wenig Interesse an untergeordneten Prioritäten wie der Familie hat. Finanzielle Förderungskonzepte wie das Betreuungsgeld scheinen nicht wirklich durchdacht. Es gibt nicht genügend Betreuungsplätze, der Wandel der Lebensläufe und die Erziehungsleistungen finden keine Berücksichtigung in der Politik. Kin-

der sind schlicht und einfach für viele Frauen und Männer ein Risikofaktor. Der Staat sollte sich jedoch um eine intensive, langfristige und nachhaltige Förderung bemühen, da er, aufgrund seines Sozialsystem, am Ende der Leidtragende sein wird.
Viele Möglichkeiten zur Veränderung stehen bereit, doch die Politik muss sich öffnen und vernetzen. Denn laut dem Soziologen Hans Bertram wird nachhaltige Familienpolitik »immer ein ›Policy Mix‹ sein aus Zeit-, finanzieller Transfer- und Infrastrukturpolitik, mit dem sich die Zeit für Fürsorge, die Zeit für Qualifikation und eigene Entwicklung, die Zeit für berufliches Engagement und die Zeit für bürgerschaftliche Aktivitäten durch das Individuum oder die Familie in eine Balance bringen lassen«.[16]

Denkanstöße für die Familienpolitik

Eine nachhaltige Innovation kann nur bestehen, wenn sie langfristig durchdacht ist. Dazu zählt ein Betreuungsgeld nicht. Die wenigsten Berufstätigen würden ihre Arbeit für diesen Betrag aufgeben. Das Betreuungsgeld hätte eine Chance, wenn es am Einkommen bemessen werden würde, ähnlich wie das Erziehungsgeld. Grundsätzlich gesehen ist der Besuch einer Einrichtung für Kinder kompetenzfördernd und sollte nicht unterbunden werden. Besteht also die Möglichkeit, Kinder mit unter drei Jahren in einer Einrichtung unterzubringen, sollte diese zugunsten der Kinder genutzt werden.

Ebenfalls wird Kritik an dem rechtlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatzes ab dem dritten Lebensjahr laut. Durch das Fehlen von Betreuungsplätzen sind immer wieder Eltern gezwungen zu Hause zu bleiben. Ein fahrlässiger Fehler, nicht nur für den Arbeitsplatz der Eltern, sondern auch für die Entwicklung der Kinder. Geburtensteigerung ist eine paradoxe Forderung, wenn nicht genügend Betreuungsplätze vorhanden sind. Sein Kind mit einem Jahr oder anderthalb in eine Tageseinrichtung zu geben, hat nichts mit Desinteresse am Kind oder Verantwortungslosigkeit zu tun. Die Nutzung solcher Möglichkeiten ist sowohl für Eltern als auch für die Kinder eine Bereicherung.

Um die Familienpolitik nachhaltig zu gestalten, sollten auch die Erziehungszeiten Anerkennung in der Renten- und Pflegeversicherung finden. Betreuende Eltern entscheiden sich bewusst, von einem Gehalt zu leben und sich der Entwicklung ihrer Kinder, sozusagen der nachfolgenden Generation, zu widmen. Warum wird das nicht honoriert? Sollte es zu einer späten Trennung der Eltern ohne Ehestatus kommen, steht der Daheimgebliebene ohne Lebensunterhalt da.

Die Schulreform brachte mit der Ganztagsschule eine neue Möglichkeit für Eltern, ihre Kinder länger und professionell betreuen zu lassen. Im Gegensatz zur Halbtagsschule und dem Hort, auf den man auch rechtlichen Anspruch hat, werden hier alle Kinder bis zum Nachmittag betreut. Neben Bildungsvorteilen verhilft die Ganztagsschule, Beruf und Familie zu vereinbaren. Selbstverständlich soll die Ganztagsschule die Familie nicht ersetzen, sondern das Familienleben ergänzen und neue Freiräume für gemeinsame Zeit schaffen.[17] Das Konzept ist zwar nicht neu, aber gut durchdacht. Die Umsetzung macht nur Schwierigkeiten, weil jedes Land frei entscheiden darf, welche Schule und welcher Schultyp an dieser Reform teilnehmen darf.[18] Warum kann die Ganztagsschule nicht grundsätzlich, d. h. überall eingeführt werden?

Die Überlegung der 24-Stunden-Betreuung ist gewagt, aber ebenfalls eine Diskussion wert. Im Zuge der veränderten Lebensläufe, in Anbetracht der Tatsache, dass viele Erwerbstätige heute im Schichtsystem arbeiten und in Hinblick auf die hohe Zahl der Alleinerziehenden ist dieser Gedanke nicht unbegründet. Hierbei geht es nicht darum, sein Kind 24 Stunden in einer Einrichtung unterzubringen, sondern weiterhin im normalen Regelsatz von acht bis neun Stunden. In einer kleinen Gruppe, einem familiären Rahmen, ähnlich wie bei einer Tagesmutter, könnten die Kinder auch über Nacht betreut werden. Selbstverständlich sollte dies keine Normeinrichtung werden, sondern eine Möglichkeit für Eltern in prekären Lebenslagen sein, die ihr Kind sicher unterbringen wollen, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Letztendlich gibt es viele Möglichkeiten und auch bereits viele gute Initiativen für eine nachhaltige Familienpolitik, doch solange, wie die Grundsätze einer Familienpolitik nicht klar sind, können auch keine Rahmenhandlungen geschaffen werden.

Zukunftsweisend

Abschließend möchte ich Leitideen und Ansätze dreier Autoren vorstellen, die zukunftsweisend für die Familienpolitik sind.

Die Familienwissenschaftler Lange und Heitkötter haben fünf Leitlinien entwickelt, die einer familienpolitischen Gestaltung dienlich sein können. ERSTENS sollte der Ausgangspunkt familienpolitischen Handelns auf den Bedürfnissen und den Anliegen der Familien beruhen. Die Konzentration auf das eigentliche Thema und deren langfristiges Ziel, ist die Voraussetzung für eine gute Familienpolitik. ZWEITENS umfasst die Eröffnung von Spielräumen

eine Autonomie in der Lebensführung. Die Familienpolitik muss sich den veränderten Lebenswirklichkeiten der Familien auf allen Ebenen anpassen, um sinnvoll handeln zu können. DRITTENS muss ein Dreiklang bestehen zwischen Zeit-, Infrastruktur- und Geldwirtschaft, der hier vermehrt angesprochen wurde. VIERTENS ist ein Einklang von betrieblichen Arbeitsbedingungen und familiärem Leben notwendig, um dieses Spannungsfeld zu überbrücken. Der FÜNFTE Punkt betrifft die handelnden Akteure in der Familienpolitik. Ihr klassisches Spektrum muss sich weiter öffnen und mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Betrieben und Personalräten kooperieren.[19]

Bertram greift den Punkt der Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik auf und macht deutlich, wie multidimensional Familienpolitik eigentlich sein müsste, um nachhaltig wirken zu können. Er sagt, Familienpolitik ist Lebenslaufpolitik, da es um die Organisation der Zeit für Fürsorge, Zeit für Teilhabe außerhalb der Familie und Zeit für eigene Qualifikation geht. Familienpolitik ist aber immer auch Zeitpolitik. Die Organisation des Alltags ist stark durch die Familienpolitik geprägt. Es geht um ein gut organisiertes und strukturiertes Zeitmanagement, um alle Lebenslaufaspekte zu berücksichtigen. Familienpolitik ist Infrastrukturpolitik, da Familien auf Unterstützung von Nachbarn, Großeltern, Institutionen angewiesen sind. Dies ist besonders bei Stadtplanungen zu berücksichtigen. Und hier wird auch deutlich, warum Familienpolitik immer Geldpolitik ist.[20] All diese Leistungen kosten ein Vermögen, das jedoch gut angelegt ist.

Diese Leitideen zeigen deutlich, worauf sich die Familienpolitik nicht nur in den nächsten Jahren, sondern grundsätzlich konzentrieren sollte. In die Familie sowie eine starke Gesellschaft muss investiert werden. Und zwar im Hier und Jetzt!

---

[1] Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: »Bevölkerung nach dem Gebietsstand«. Verfügbar unter: *www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content75/lrbev03a,templateld=renderPrint.psml* [12.03.2012].

[2] Vgl. Birg, Herwig (2004): »Soziale Auswirkungen der demographischen Entwicklung«. Verfügbar unter: *www.bpb.de/themen/GWGCUY,0,0,Bev%Fölkerungsentwicklung%3A_Soziale_Auswirkungen.html* [15.01.2012].

[3] Vgl. Sütterlin, Sabine (2008): »Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt«. Verfügbar unter: *www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Suetterlin_Deutschland.pdf* [10.11.2011].

[4] Vgl. Huinink, Johannes (2008): »Familie: Konzeption und Realität«. In: *Informationen zur politischen Bildung*. (Bonn). Heft 301, 4–14.

[5] Mikrozensus (2010): »Haushalt und Familie 2010«. Verfügbar unter: *www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/HaushalteFamilien2010300107004,property=file.pdf* [10.03.2012].

[6] Statistisches Bundesamt (2012): »Geburten in Deutschland«. Verfügbar unter: *www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004,property=file.pdf* [10.03.2012].

[7] Vgl. Schäfer, Claus (2005): »Die WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten 2004/05 – Ein Überblick«. Verfügbar unter: *www.boeckler.de/wsimit_2005_06_schafer.pdf* [21.01.2012].

[8] Vgl. Birg, Herwig (2004).

[9] Vgl. Lange, Andreas; Heitkötter, Martina (2007): »Familiale Lebensführung und Arbeitszeiten – Spannungsfelder und familienpolitische Gestaltungsaufgaben«. Verfügbar unter: *www.boeckler.de/wsimit_2007_04_lange.pdf* [15.01.12].

[10] Vgl. »Arbeitszeit Ver.di«. Verfügbar unter: *http://arbeitszeit.verdi.de/* [10.01.2012].

[11] Vgl. »Lokales Bündnis«. Verfügbar unter: *www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/die-initiative.html* [10.01.2012].

[12] Vgl. Lange; Heitkötter (2007).

[13] Vgl. Schubert, Klaus/ Klein, Martina (2006): *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.

[14] Gerlach, Irene (2008): »Sozialstaatkonzeptionen und Familienpolitik«. In: *Informationen zur politischen Bildung*. Heft 301. Bonn, 64–72.

[15] Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: »Eheschließungen, Geborene und Gestorbene«. Verfügbar unter: *www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/GeburtenSterbefaelle/GeburtenSterbefaelle.psml* [08.01.12].

[16] Bertram, Hans (2009): »Nachhaltige Familienpolitik und demografische Entwicklung. Zeit, Geld und Infrastruktur als Elemente einer demografiebewussten Familienpolitik«. *Zeitschrift für Pädagogik* 55 (2009) 1, 37–55. Verfügbar unter: *www.pedocs.de/volltexte/2011/4237/pdf/ZfPaed_2009_1_Bertram_Familienpolitik_Entwicklung_D_A.pdf* [08.01.12].

[17] Information des »Bundesministeriums für Bildung und Forschung« zur Familienzeit. Verfügbar unter: *www.ganztagsschulen.org/6433.php* [10.03.2012].

[18] Vgl. Ganztagsschulen.org. Verfügbar unter: *http://www.ganztagsschulen.org/131.php* [14.01.2012].

[19] Vgl. Lange; Heitkötter (2007).

[20] Vgl. Bertram (2009).

Wirtschaft

Was isst die Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit der Aufteilung und Beschaffenheit von Nahrungsmitteln auf unserer Erde

Marion Partel

»...alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37000 Menschen verhungern jeden Tag und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe World-Food-Report der FAO, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte.«

– Jean Ziegler[1]

Chronische Unterernährung ist laut FAO »der Zustand eines Menschen, dessen Nahrungsaufnahme dauerhaft das Limit des minimal notwendigen Energiebedarfs für einen gesunden Körper und ein aktives Leben nicht erreicht. [...] Die Folgen von chronischer Unterernährung sind [...] dramatisch«.[2]

Die Weltbevölkerung wächst und mit ihr die Zahl der unterernährten Menschen. 1990 betrug die Zahl der Hungernden 843 Millionen bei einer Bevölkerungszahl von rund 5,3 Milliarden. Im Jahr 2008 waren es hingegen schon 923 Millionen Unterernährte unter 6,7 Milliarden Menschen.[3] Das UN-Ziel von 1996, die damalige Zahl der permanent Hungernden auf mindestens die Hälfte zu reduzieren, ist kläglich gescheitert. Mehrere Staaten hatten sich dazu verpflichtet, einen Beitrag zu leisten. Nicht nur, dass diese Zielsetzung nicht realisiert wurde, zudem wird heute kaum beziehungsweise gar nicht mehr über das Scheitern dieser Abmachung zwischen jenen Staaten von damals gesprochen. Und das, obwohl die Bilanz ernüchternd ist: gut eine Milliarde Hungernde – Tendenz steigend.[4]

Lösungsansätze zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt und zur Sicherung der Nahrung der Weltbevölkerung von heute und der Zukunft sind oft unrealistisch oder gar utopisch. Die aktive Ignoranz des Problems, dass Menschen auf Kosten anderer Hunger leiden müssen, trägt dazu bei, dass Bürgerkriege und Hungersnöte in vielen Ländern an der Tagesordnung stehen.

Allein zwischen den Jahren 2007 und 2009 gab es in verschiedensten Ländern der Welt mehr als sechzig Hungerrevolten.[5] Hunger tötet somit auch durch die Konflikte, die er auslöst. Menschen treiben in Massen auf die Straßen, um ihr Recht auf Nahrung zu demonstrieren, was in heftigen und sogar tödlichen Auseinandersetzungen enden kann.

Dieser Essay beschäftigt sich mit den Gründen der Hungersnot und der globalen Verteilung von Nahrung. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Punkten wird betrachtet und es werden vier aktuelle Zukunftsmodelle zur Verbesserung der Ernährung und ihrer Beschaffung vorgestellt. Die drastisch wachsende Bevölkerung, die innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre von sieben auf acht Milliarden Menschen anwachsen soll,[6] hat dazu angeregt, dass Regierungen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt nach einer ausgereifteren Lebensmittelerzeugung für diese Menschenmassen suchen. Die Methoden reichen von Agrarlandkauf bis hin zu futuristischen Großgewächshäusern in urbanen Ballungszentren, die eine Antwort auf die Frage, was in Zukunft gegessen wird, bringen soll. Doch nach wie vor wirft jeder Europäer im Schnitt rund 95 Kilogramm an Lebensmitteln in den Müll,[7] während ein anderer Teil täglich ums Überleben kämpfen muss. Das Essay soll anhand der Auseinandersetzung mit der Thematik »Welternährung« sowohl die Ohnmacht aufzeigen, derer wir uns ausgeliefert sehen, wenn Staaten und Konzerne immer mächtiger werden, als auch zum Nachdenken darüber anregen, wie jeder zumindest einen kleinen Teil zur Verbesserung dieser ungerechten Situation beitragen kann.

Gegenwärtige Situation und Prognosen für den Zugang zu Nahrung: Globale Fleisch- und Getreideverteilung

Das Wachstum der Erdbevölkerung hat weitreichende soziokulturelle Folgen: Nicht nur, dass die Zahl der Armen stetig zunimmt und sich der Hauptanteil an globalem Reichtum in kleinen Eliten aufteilt, selbst eine Ausweitung der Mittelschicht in eher ärmeren Ländern kann durchaus negative Folgen mit sich führen, nicht nur für die sozial schwächere Klasse des Landes, sondern auch für viele Hungernde in anderen Teilen der Welt. Besonders Staaten der

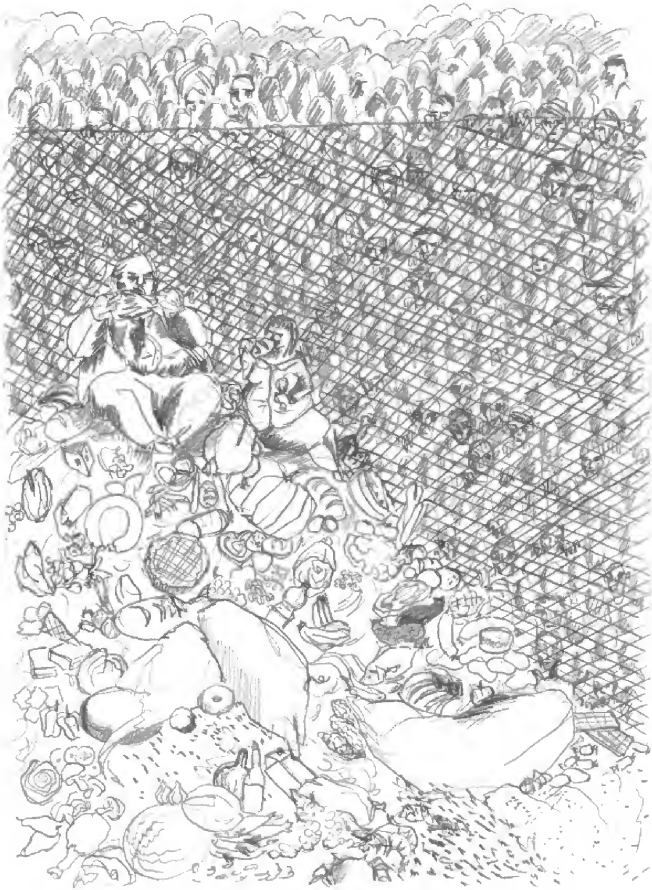


Illustration von Anna Slobodnik

Subsahara und Südostasiens sind davon betroffen, denn diese Länder verzeichnen mittlerweile hohe Prozentsätze an Wirtschaftswachstum. Der sich ausbreitende Wohlstand in Entwicklungs- und Schwellenländern bringt vor allem eines mit sich: ein neues Essverhalten.

Die Tatsache, dass Wohlstand mit einem Anstieg des Fleischkonsums einhergeht, ist besonders in Schwellenländern bemerkbar. Allein Indien mit seiner traditionell vegetarisch-veganen Ernährung weist im Zuge des Wirtschaftsbooms eine Produktionssteigerung von Geflügelfleisch und Eiern von jährlich bis zu 8 Prozent auf.[8] Wirtschaftswachstum und somit eine Steigerung des Wohlstands hängen also stark mit der Form von Ernährung zusammen, denn der Unterschied zwischen Entwicklungsländern und den Industriestaaten, und somit der westlichen Lebensweise, liegt auch in der Art des Essens. Der Fleischkonsum eines Durchschnittsdeutschen beträgt zwar nach wie vor das Doppelte wie der eines Chinesen,[9] doch die Nachfrage nach Fleisch in China und anderen Ländern ist in den letzten Jahren bemerkenswert angestiegen. Dadurch leisten auch diese Länder immer mehr einen Beitrag zu Klimaerwärmung und ungerechter Lebensmittelverteilung.

Viehmast und Fleischproduktion verursachen fast 20 Prozent aller Treibhausgase, beanspruchen rund 80 Prozent aller landwirtschaftlich genutzten Flächen und gut ein Zehntel des globalen Süßwasservorrates[10] und sind somit eine der gravierendsten Ursache für die Zerstörung der Natur und das Hungerleiden von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt.

Der globale Preis für Getreide steigt stetig an. Die Ernten werden immer knapper, die Bevölkerung jedoch wächst rasant und der zusätzliche hohe Bedarf an mehr Fleisch, und somit an Futtermittel für die Massentierhaltung, könnte dazu führen, dass Getreidepreise in noch ungeahnte Dimensionen schießen, was noch mehr Hunger für viele Menschen zur Folge hätte. So landet Getreide schlussendlich dann doch, mehr oder minder direkt, in den Mündern der wohlhabenden Bevölkerung, nämlich durch den täglichen Verzehr von Fleisch.

Bis zum Jahr 2050 wird sich der Fleischkonsum auf der Erde laut FAO verdoppelt haben.[11] Die Nachfrage wird so groß sein, dass mit den heutigen Mitteln der Produktion keine derart große Menge an Fleisch produziert werden kann. Werden in Zukunft also (bewusst) vornehmlich Grundnahrungsmittel für die Viehzucht, anstatt für Menschen angebaut? Schon heute raubt die Futtermittelindustrie einer Vielzahl von hungernden Menschen die Grundlage für ihre

Existenz und verwehrt ihnen damit das höchste aller Rechte: nämlich das Recht auf Leben. Vorteile der zunehmenden Fleischproduktion für die arme Weltbevölkerung sind also kaum ersichtlich, denn selbst der geringe Preis von Fleisch, den die Massenproduktion mit sich bringt, ist keine Alternative für jene Menschen, die fast ihr gesamtes Einkommen für den Mindestkalorienbedarf in Form von Weizen oder Reis aufbringen müssen.

Chronische Unterernährung und steigender Nahrungspreis

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, selbst in ärmeren Ländern der Welt, und den fast einer Milliarde Hungernden erscheint auf den ersten Blick vielleicht nicht ersichtlich. Bei näherem Betrachten jedoch ist die Verbindung zwischen dem Essverhalten der Besserverdienenden und fehlender Nahrung unter Armen unantastbar.

In den Industrieländern, wo die durchschnittliche Bevölkerung nur circa zehn Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aufbringen muss, sind die Folgen der Lebensmittelspekulation oftmals kaum spürbar. Bei den Spekulationen handelt es sich um Cent-Beträge. Doch ein Preisanstieg von Getreide für die ärmere Bevölkerung, die bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrung aufbringen muss,[12] kann jede Spekulation auf Getreide eine wahrhaftige Katastrophe darstellen.

Mais, Reis und Weizen ernähren über 50 Prozent der Weltbevölkerung.[13] Die meisten Menschen haben keine Alternative zu den täglichen, in ihren Ländern traditionellen Mahlzeiten, wie beispielsweise Maisfladen und Brot. Sie sind somit gänzlich abhängig von der Stabilität des globalen Preises. Die Realität, mit der viele Menschen kämpfen, die durch den Preisanstieg betroffen sind, ist bei folgenden Zahlen für die meisten Leser dieses Essays wohl kaum vorstellbar. Die Schlagzeilen in den Nachrichten werden beherrscht von Eurorettung und Finanzkrise. Dass unter den Folgen der Wirtschaftskrise jedoch meist jene Menschen leiden, die am wenigsten mit der Verursachung des Problems zu tun haben, thematisiert Jean Ziegler in seiner ungehaltenen Rede für die Salzburger Festspiele von 2011 (die Einladung und darauffolgende plötzliche Ausladung lassen Raum für Spekulationen):

> »Das normale World Food Programm-Budget betrug 2008 sechs Milliarden Dollar. 2011 liegt das reguläre Jahresbudget noch bei 2,8 Milliarden. Warum? Weil die reichen Geberländer – insbesondere die EU-Staaten, die USA, Kanada und Australien – viele tausend Milliarden Euro und Dollars

> ihren einheimischen Bank-Halunken bezahlen mussten: zur Wiederbelebung des Interbanken-Kredits zur Rettung der Spekulations-Banditen. Für die humanitäre Soforthilfe (und die reguläre Entwicklungshilfe) blieb und bleibt praktisch kein Geld. Wegen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte sind die Hedgefonds und andere Großspekulanten auf die Agrarstoffbörsen (Chicago Commodity Stock Exchange, u. a.) umgestiegen. Mit Termingeschäften, Futures, etc. treiben sie die Grundnahrungsmittel in astronomische Höhen. Die Tonne Getreide kostet heute auf dem Weltmarkt 270 Euro. Ihr Preis lag im Jahr zuvor genau bei der Hälfte. Reis ist um 110 Prozent gestiegen. Mais um 63 Prozent.«[14]

Heute kann ein großer Teil der Weltbevölkerung das Geld für die benötigte Tagesmenge an Kalorien, nämlich 2350 kcal, nicht aufbringen, und so stehen den Menschen in den Entwicklungsländern nur durchschnittlich 2141 kcal pro Tag zur Verfügung, EU-Bürgern jedoch gute 3462 kcal. Die USA liegen nach wie vor an der Spitze mit 3770 kcal im Schnitt pro Person und das Schlusslicht bildet Äthiopien mit verzeichneten 1952 kcal für jeden Einwohner des Landes.[15] Und trotz des Überschusses an Lebensmitteln auf der Welt leiden Millionen von Menschen an Unterernährung und ihren Folgen.

Fehlende Nahrung impliziert unumgänglicher Weise auch den Mangel an ausreichend Nährstoffen, die der menschliche Körper für eine normale Entwicklung benötigt. Das geringe Einkommen vieler Menschen hat zur Folge, dass die Ausgewogenheit ihrer Ernährung nicht gewährleistet ist und der Mangel an täglich benötigten Vitaminen und Mineralien oftmals schwerwiegende Folgen für die Betroffenen mit sich bringt. Die Mangelerscheinungen reichen von Erblindung und Beeinträchtigung des Sehvermögens über Störungen beim Skelettwachstum bis hin zu chronischen Immunschwächen. Jährlich erblinden bis zu fünf Millionen Kinder aufgrund von Mangel an Vitamin A.[16] Das Problem des Vitamin-A-Mangels existiert ausschließlich in Schwellen- und Entwicklungsländern und ist eine der Folgen unzureichend ausgewogener Ernährung. Erblindung und Immunschwäche, die durch Vitaminmangel hervorgerufen wurden, könnten mit wenigen Mitteln bekämpft werden; mit herkömmlichen Vitamintabletten oder mit der Gewährleistung von Zugang zu vollwertiger Nahrung. Doch vor allem Letzteres scheint ein schwieriges Unterfangen darzustellen und es ist den Regierungen der verschiedenen Staaten noch nicht gelungen, die global erzeugten Lebensmittel auf die gesamte Bevölkerung annähernd gleich aufzuteilen. Es scheint fast so, als gäbe es gar keine Alternative dazu, dass die Oberschichten immer auf Kosten der Ärmsten leben müssen.

Gestärkt wird diese These umso mehr durch einige neue westliche Strategien, die der Bevölkerung zukünftig Garant für stetigen Zugang zu Nahrung sein sollen. Ein besonders prägnantes Zukunftsmodell bildet hierbei das sogenannte »land grabbing«. Der Aufkauf bzw. Raub der immer knapper werdenden Ressource Agrarland zeigt die Paradoxie des Hungers und der Aufteilung der globalen Güter in ganz neuen Dimensionen von Ungerechtigkeit auf. Chancen auf Verbesserung oder Verhinderung dieser Ausbeutung bestehen kaum.

Zukunftsmodell 1: »land grabbing«

Ein Problem, dem sich viele Staatenzukünftig stellen müssen, sind langanhaltende Dürreperioden und Umweltkatastrophen infolge des Klimawandels. Regenausfall und Stürme können mitunter die Ernährung ganzer Nationen gefährden. Um den Folgen dieser Ereignisse entgegen zu steuern, greifen einige Länder, vorwiegend Industrienationen, zu einer relativ neuen Maßnahme: Sie kaufen Agrarland in anderen Kontinenten auf und bebauen diese, um die gegenwärtige und die kommenden Generationen ihres Landes ernähren zu können.

Beim Phänomen des Landkaufs, dem sogenannten »land grabbing«, geht es vorrangig um den Kauf von Ackerflächen in Afrika und Lateinamerika. Von Einzelunternehmern bis hin zu internationalen Banken finden sich Investoren, die ihr Geld in Agrarfläche anlegen und Großfarmen auf diesen mehreren Hektar Land erbauen. Das »International Food Policy Research Institute« (IFPRI) nimmt an, dass in den letzten zwei Jahren mindesten 20 Millionen Hektar Bodenfläche in Afrika verkauft oder für einen Zeitraum von zwischen dreißig und hundert Jahren verpachtet wurden.[17] Besonders seit der Jahrtausendwende sind Investitionen in ausländische Anbauflächen immer beliebter geworden, wobei es sich früher fast ausschließlich um Land zum Anbau von klimaabhängigen Luxusgütern wie Tabak und Kaffee handelte.[18] Heute jedoch steht immer mehr der Anbau von Grundnahrungsmitteln im Vordergrund.

Auch um nicht mehr gänzlich vom Weltmarktpreis abhängig zu sein, fingen einige Staaten an, sich Lebensmittelstabilität in Form von eigenen »Kornkammern« in anderen Ländern zu sichern. So kaufte Libyen zum Beispiel in Mali rund 100 000 Hektar zur Sicherung des eigenen Nahrungszugangs, und auch China und einige Golfstaaten investieren in afrikanischen Boden, um die zukünftige Lebensmittelversorgung des eigenen Staates zu garantieren.[19]

Unter dem Vorwand von Entwicklung und Fortschritt für die Geberländer verleiben sich die Finanziers den Boden ein, was unter der Bezeichnung »Ausländische Direktinvestitionen in Landwirtschaft« verharmlost wird.[20] Versprochen werden Schaffung von Arbeitsplätzen, eine bessere Infrastruktur für die Region sowie eine Lösung der Versorgungsknappheit im Land, beziehungsweise Hilfe bei Engpässen, z. B. bei Ernteausfällen. Verschwiegen wird jedoch, dass die angebauten Monokulturen auf diesen Riesenflächen mit einer Vielzahl von Kunstdünger und Pestiziden bespritzt werden, was nicht nur den Boden auf lange Sicht zerstört, sondern auch die einheimische Biodiversität gefährdet.[21]

Zusätzlich werden diese Flächen von den ansässigen Regierungen als »ungenutzt« oder »untergenutzt« bezeichnet.[22] Der Boden liegt jedoch nach traditioneller Anbauweise brach, damit sich die Erde erholt und neues Saatgut besser aufnehmen kann. Dies liefert die Grundlage für das Lebenseinkommen vieler einheimischer Bauern, denn der Großteil der afrikanischen Bevölkerung lebt nach wie vor von kleinbäuerlicher Subsistenzlandwirtschaft. Die Ländereien, die von der Regierung zum Verkauf angeboten werden, sind größtenteils von Bauern bewohnt und bebaut. Aber die Geschäfte erfolgen so gut wie ausnahmslos ohne jegliche Einbeziehung der Zivilbevölkerung. Nicht einmal den Parlamenten werden diese *Investment*-Verträge vorgelegt und die Präsidenten unterzeichnen hinter verschlossenen Türen.[23]

So werden zahlreiche Anwohner aus ihren Gebieten vertrieben und erhalten eine nur sehr unangemessene oder oftmals gar keine Entschädigung. Dies wird sowohl von Geber- als auch von Nehmerländern verschwiegen oder schön geredet. Die Länder, die Anbaufläche gekauft oder gepachtet haben, exportieren die gewonnenen Lebensmittelerträge ins eigene Land. Die lokale Bevölkerung vor Ort jedoch bezahlt den Weltmarktpreis für das Getreide, das oftmals nur wenige Kilometer von ihnen entfernt angebaut und geerntet wurde.[24]

Mosambik zum Beispiel verzeichnet rund 20 Prozent seiner Ackerländer als verpachtet oder verkauft, im Gegenzug dazu sind fast 35 Prozent der Mosambikaner unterernährt und leiden täglich an den Folgen von Mangelernährung.[25] In Äthiopien wurden bis dato 600 000 Hektar an ausländische Konzerne oder Staaten, wobei Indien und Saudi-Arabien Hauptabnehmer sind, verpachtet und gleichzeitig bittet die Regierung seit mehreren Jahren um ernährungstechnische Soforthilfe für rund 6,2 Millionen Äthiopier, die im Zuge von Dürrekatastrophen und Ernteausfällen zu verhungern drohen. Es stehen weitere drei Millionen Hektar an äthiopischem Boden für Investi-

tionen zur Verfügung.[26] Seit Jahren versuchen sich die betroffenen Bevölkerungsgruppen dieser Länder gegen den Verkauf und die Verpachtung ihrer Ländereien zu wehren – meistens ohne Erfolg.[27]

Der Aufkauf von Agrarland sollte uns folglich als ein nicht akzeptables Zukunftsmodell dienen, da nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung davon profitieren kann, während ein anderer umso mehr darunter leiden muss. Ein Lösungsansatz, der eine ausgewogene Ernährung garantieren könnte, ohne auf große Ländereien angewiesen zu sein, liegt näher, als wir es uns vorstellen können. Er ist einer der wenigen Zukunftsmodelle, die tatsächlich eine nachhaltigere Perspektive liefern, um die Menschenmasse, die die Welt in einigen Jahren zu tragen hat, mit Eiweiß und Vitaminen zu versorgen.

Zukunftsmodell 2: Insekten essen

Maden, Heuschrecken, Termiten & Co sind nur einige der gut 500 Insektenarten, die weltweit gegessen werden können.[28] Im Vergleich zur großen Anzahl an vorkommenden Insekten auf der Welt erscheint diese Zahl klein. Ein anderer Irrtum ist jener, der glauben lässt, dass Insekten ein fettarmes und somit kalorienarmes Essen sind. Termiten etwa zählen zu den kalorienreichsten Nahrungsmitteln und beinhalten mehr Kalorien als eine Pizza.[29] Sie werden aufgrund ihres hohen Fettanteils in bestimmten Regionen der Erde sehr wertgeschätzt und dienen den Menschen dort als ein zuverlässiger Eiweiß- und Vitaminlieferant. Das Wissen um ihren Reichtum an Vitaminen und Mineralien ist auch einer der Gründe, warum die Welternährungsbehörde die Menschen dazu aufgefordert hat, mehr Insekten zu essen.[30] Dies würde eine Verbesserung der Ernährungszusammensetzung für viele Menschen zur Folge haben und Mangelerscheinungen größtenteils eindämmen.

Ein besonderer Aspekt, neben der Gesundheit der Konsumenten, der für die Etablierung von Insekten als Nahrungsmittel spricht, wäre ihre mögliche Zucht und Haltung. Allein aufgrund der großen Zahl essbarer Insekten in freier Natur können sie Vielen als Basis der Ernährung dienen. Zudem wären sie als Zuchttiere in Massenhaltung besonders effizient und einfach produzierbar. Und dies nahezu artgerecht, da sich Schalentiere und Maden unter vielen Artgenossen besonders wohl fühlen. Eine Garantie, dafür genügend Eiweiß für die zukünftigen Generationen zu haben, wäre somit gewährleistet und das auch noch auf eine umwelt- und ressourcenschonende Weise. Es spricht vieles für den Vorschlag des Insektenkonsums, das größte Problem jedoch ist die Akzeptanz.

Obwohl bekannt ist, dass Insekten bei richtiger Zubereitung sogar sehr schmackhaft sein können, löst der reine Gedanke an deren Verzehr besonders in westlichen Hemisphären Ekel aus. Geschmackssinn und Appetit der Menschen sind kulturell geprägt und es wird Generationen dauern, eine Umlenkung dieser Haltung herbeizuführen. Obwohl wir Garnelen, Schrimps, Muscheln und rohe Fischeier als Delikatessen ansehen, sozusagen die Insekten des Meeres, kann sich der durchschnittliche Europäer Genuss beim Verzehr einer Made nur sehr schwer vorstellen.

Trotz alledem sollten wir schon heute damit anfangen, Insekten als angemessenes Nahrungsmittel zu betrachten, damit die kommenden Generationen eine Miteinbeziehung von Insekten in den Speiseplan als etwas Normales ansehen können, da es ein sowohl nachhaltig als auch platzsparend produzierbares Lebensmittel ist und einer Vielzahl von Menschen eine ausgewogene Ernährung liefern kann.

Zukunftsmodell 3: »Vertical Farming«

Weil Essen und die Flächen zum Anbau von Nahrungsmitteln von Knappheit bedroht sind, wird nach technisch ausgefeilteren Möglichkeiten zur Produktion von Lebensmitteln gesucht. Wenn im Jahr 2050 die Erde zwei Milliarden Menschen mehr zählt als sie es heute tut, wird mit den momentanen Anbaumethoden eine zusätzliche Fläche von rund der Hälfte des südamerikanischen Kontinentes nötig sein, um alle Erdbewohner ernähren zu können.[31] Ein besonders vielversprechendes Konzept für die Lebensmittelversorgung der Zukunft liefert das Modell des »Vertical Farming«. Hierbei versucht die Wissenschaft, ganze Hochhäuser in Pflanzenfabriken umzubauen, um in den bis zu 65-stöckigen Wolkenkratzern Salat, Tomaten und sogar Schweinefleisch platzsparend zu produzieren, denn wie der Name schon verrät, soll dies nicht in der Horizontale, sondern in der Vertikale vor sich gehen.[32] Obst und Gemüse könnten hierbei gewissermaßen in Pflanzenregalen angebaut werden, die unter wenig Umwelteinfluss wachsen und gedeihen, was wiederum eine pestizidfreie Anbaumethode garantieren könnte. Luftfeuchtigkeit, Wasser- und Vitaminzufuhr sowie Raumtemperatur können in der Hochhausfarm unter stetiger Kontrolle der Arbeiter reguliert werden, um möglichst ideale Bedingungen für das Wachstum der Pflanzen zu schaffen.

Die Ausarbeitung dieses Modells steckt noch in den Kinderschuhen, könnte jedoch besonders für Großstädte und urbane Ballungszentren ein lukratives Konzept der Lebensmittelerzeugung darstellen. In einer vertikalen Farm

sollen Lebensmittel direkt in den Gebieten mit einer hohen Einwohnerzahl pro Quadratkilometer angebaut und produziert werden. Eine flächendeckende Produktion von Lebensmitteln könnte eingedämmt werden und somit auch die schon angesprochenen Bodenspekulationen.

Ein anderer und durchaus wichtiger Aspekt dieses Modells der Zukunft ist die Eindämmung von weiten Transportwegen. Das angebaute Obst und Gemüse würde sozusagen aus der Nachbarschaft stammen, wobei dies den Preis durchaus senken könnte, da hohe Transport- und Produktionskosten schlichtweg nicht mehr existieren würden.

Ein Punkt jedoch ist bei der Umsetzung dieses Mega-Konzepts noch nicht erfüllt und ist unter anderem Grund dafür, dass die Weiterentwicklung stockt: Der Energieverbrauch. Ziel ist es, dass sich diese bis zu 65-stöckigen Anbauhäuser der Zukunft nahezu selbst versorgen können oder dass zumindest im Vergleich zu bisherigen Anbaumethoden eine erkennbare Energiedezimierung gegeben ist. Diese kann derzeit noch nicht gewährleistet werden. Wirklich sinnvoll ist der Hochhausanbau erst dann, wenn sich die Produktion durch erneuerbare Energiequellen versorgen lässt, denn der Verbrauch von Wasser und Strom beim »Vertical Farming« ist in der momentanen Entwicklungsstufe noch enorm. Wissenschaftler auf der ganzen Welt stehen diesbezüglich vor einer großen Herausforderung und forschen an der perfekten Lösung, die das »Vertical Farming« zum Zukunftsmodell Nummer Eins machen könnte.

Doch auch in den Händen der Bürger, die im Vergleich zu Lobbyisten, Großkonzernen und Regierungen so machtlos erscheinen, liegt eine große Aufgabe. Wir sollten uns nicht gänzlich auf die Wissenschaft verlassen, das Problem der Lebensmittelbeschaffenheit auf der Welt zu lösen, sondern selbst versuchen, jeden Tag einen Teil zur Verbesserung der Nahrungsmittelsituation auf dem Globus beizutragen. Dieser Teil erscheint möglicherweise wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, in Wirklichkeit jedoch können wir durch unser eigenes Verhalten ein Umdenken und somit eine Verbesserung herbeiführen.

Zukunftsmodell 4: Verringerung von Essensverschwendung

Es existiert heute wohl kaum ein Land, welches gänzlich unabhängig von Importgütern aus anderen Ländern ist. Dies betrifft sowohl Rohstoffe als auch Lebensmittel. Der Handel mit Nahrungsmitteln ist unumgänglicher

Weise global geworden, zumal sich bestimmte Länder auf den Anbau von Lebensmitteln spezialisiert haben, ob aufgrund klimatischer Bedingungen oder kleinbäuerlicher Tradition ihres Landes. So ist Asien beispielsweise nach wie vor Hauptanbauland von Reis und Afrika zählt immer noch die meisten Kleinbauern. Es ist daher falsch anzunehmen, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Mangel an Lebensmitteln in den armen Regionen der Welt und dem Überfluss in Industrienationen gibt. Der Preis von Getreide und anderen Grundnahrungslebensmitteln wird mit und vom Verbrauch und somit auch von der Verschwendung dieser Güter geprägt.

Gut jeder sechste Laib Brot, der weltweit produziert wird, landet im Müll, obwohl er meistens noch genießbar wäre. Die Tatsache, dass jenes Brot, und vor allem das darin enthaltene Getreide, auf dem Weltmarkt schlichtweg fehlt, lässt die Lebensmittelpreise gezwungenermaßen ansteigen, vor allem wegen des stetigen Bevölkerungswachstums sowie der Nahrungsmittelknappheit in bestimmten Regionen der Welt. Das Problem ist aber nicht der Mangel an Lebensmitteln, das Problem ist die ungerechte Verteilung der Güter zwischen den verschiedenen Nationen. So wird Berechnungen zufolge gut die Hälfte des weltweit produzierten Essens weggeschmissen. Viele Lebensmittel erreichen erst gar nicht die Supermarktregale, weil sie einer gewissen Norm nicht entsprechen und daher in der Produktion schon aussortiert werden und verderben. Die Konsumenten, die Nahrung entsorgen, weil sie diese nicht essen konnten oder wollten, bilden das letzte Glied in der Kette, leisten aber einen wesentlichen Beitrag zur Verschwendung. Der Konsument bestimmt die Nachfrage, Nachfrage bestimmt den Preis und der Preis bestimmt, wer sich gewisse Lebensmittel kaufen kann und wer nicht. Bleibt die Nachfrage also aufgrund von Verschwendung konstant oder steigt, bleiben natürlich auch der Aufwand der Produktion der Lebensmittel, das Bestellen der Ackerländer, Bewässerung etc. stabil,[33] was eine Änderung der momentanen Lebensmittelaufteilung erheblich erschwert. Diese Produktionsstabilität oder -steigerung wird von Lobbyisten und Konzernen bewusst gesteuert und geschürt. Trotzdem ist sich der Großteil der Menschen bewusst, dass Essensverschwendung, in welchem Maß auch immer, die globale Lebensmittelsituation beeinflusst, denn kaum jemand wirft einen Joghurt oder einen Laib Brot ohne schlechtes Gewissen in die Mülltonne.

Es stellt sich also die Frage, warum die Menschen immer noch daran festhalten, ihre Kühlschränke mit Dingen zu füllen, die sie nicht essen können und die irgendwann verdorben im Müll landen. Es stellt sich auch die Frage danach, warum wir dies, mehr oder weniger bewusst, auf Kosten anderer

tun. Um das Gefühl der Sicherheit zu besitzen, Wohlstand zu genießen? Das Ignorieren eines derartigen Problems kann als eine stille Zustimmung gedeutet werden, dessen sollten wir uns bewusst sein.

Verringern wir gedanklich die Anzahl von Menschen und verkleinern ihren Lebensraum, kann dies eine vereinfachte Perspektive auf die Handhabung mit dem Essen ermöglichen. Ein kleines Gedankenspiel: Sieben Menschen leben auf einer winzigen Insel. Der Anbau der Äcker und die Herstellung von Lebensmitteln erfolgt gemeinschaftlich. Jeder besitzt das Recht auf diese Nahrung. Nach geraumer Zeit jedoch schaffen es zwei dieser Leute, sich mehr und mehr Ressourcen anzueignen, die restlichen aber hungern und müssen umso härter für ihre Nahrungsbeschaffung arbeiten. Einer von ihnen ist stark unterernährt und droht, zu verhungern. Die angesammelten Essensvorräte jener zwei Personen sind in derart großen Mengen gebunkert, dass sie von ihnen nicht vollständig verzehrt werden können, doch anstatt sie mit den anderen zu teilen, lassen sie das Essen noch vor dem Verzehr in ihrem Gewahrsam verderben. Falls die stark unterernährte Person sterben sollte oder gar mehrere dem Hunger erliegen, würde es jene zwei Menschen dann zu Mördern machen?

In diesem Größenmaß ist die Ungerechtigkeit auf den ersten Blick ersichtlich. Werden die Zahlen im angeführten Beispiel mit jeweils einer Milliarde multipliziert, erhalten wir fast das gleiche Verhältnis der Nahrungsaufteilung, wie es auf der Erde existiert. Jeder Europäer wirft durchschnittlich 95 Kilogramm Essen im Jahr weg, jedem Äthiopier fehlt es täglich an 398 Kilokalorien und kaum eine Institution und nahezu kein Konzern sieht sich heute in der Position oder Lage, eine Verbesserung dieser Ungerechtigkeit herbeizuführen oder die Situation grundlegend zu ändern. Vor allem Konzerne, deren einziges Ziel Profit ist, haben den Bezug zur Realität und den hungernden Menschen, auf deren Kosten sie den Großteil ihres Geldes verdienen, verloren. Was zählt sind Macht und die Erschaffung von neuen Produkten, die perfekt zugeschnitten sind auf Menschen, die sie sich leisten können. Den Bezug zu Essen und dessen Wert ist in den Köpfen vieler Menschen heute kaum noch präsent.

Ein für jeden umsetzbares und realistisches Zukunftsmodell zur Verbesserung der Nahrungssituation ist der bewusstere Umgang mit Lebensmitteln und die Vermeidung von Verschwendung. Jeder sollte nur noch das kaufen, was er oder sie wirklich essen kann und jegliche Lebensmittelverschwendung vermeiden. Nahrungsmittel aus regionalen Betrieben und eine ökologische Produktion wären zudem wünschenswert. Sie ermöglichen es uns,

den Bezug zu Essen wieder herzustellen, indem wir angemessene Preise für die Produktion unseres Essens bezahlen, die oftmals gar nicht teurer sein muss wie die Supermarkt-Variante. So können aber einheimische Bauern unterstützt werden und nicht etwa Konzerne und Ketten, die Lebensmittel in Massen produzieren und die Konsumenten dazu anregen, immer mehr zu kaufen und dann wegzuschmeißen, um wieder neue Dinge zu kaufen. Wenn schon die großen Konzerne mit ihrer Macht und ihrem Einfluss nicht dazu bereit sind, ihre Kapazitäten gerecht auf alle Bürger dieser Erde zu verteilen, können wir zumindest den Beitrag dazu leisten, dass diese Ungerechtigkeit durch Verschwendung im eigenen Haushalt nicht noch mehr geschürt wird.

Wir sollten versuchen, Güter, die nicht in unserer Nähe wachsen können, auf die wir aber nicht verzichten wollen, aus einer gerechten Produktion zu erwerben. »Fair-Trade«-Produkte können gewährleisten, dass Bauern und Kooperativen einen angemessenen Preis für ihre Produkte und ihre Arbeit erhalten, um ihnen ansatzweise den Lebensstandard zu gewährleisten, den wir genießen. Wir sollten uns verantwortlicher für die Geschehnisse auf unserem Planeten fühlen und lernen, was Essen wirklich bedeutet: Leben.

»Schlussfolgerung: Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Fatalität für das tägliche Massaker des Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.«
– Jean Ziegler[3,4]

---

[1] Ziegler, Jean (2011): *Aufstand des Gewissens. Die nicht-gehaltene Festspielrede 2011.* Salzburg: Ecowin Verlag, 1.

[2] Grafik aus *Le mond diplomatique: Cola, Reis & Heuschrecken. Welternährung im 21. Jahrhundert.* Lahr, Bd.10/2011, 51.

[3] Ebd., 50.

[4] *Weltagrarbericht 2010.* Verfügbar unter: *www.weltagrarbericht.de* [20.1.2012].

[5] Langer, Fred; Krieg, Susanne (2011): »... Und was essen wir morgen? Revolutionäre Konzepte für die Welternährung der Zukunft«. In: *Geo-Magazin,* Bd.11 (November), Grafik, 43.

[6] Victor, Jean-Christophe (2012): »Mit offenen Karten. Konflikte 2030«. *Geopolitisches Magazin.* Arte. 10.01.2012, 12 min.

[7] Langer; Krieg 2011, 41.

[8] Sezgin, Hilal (2011): »Die Frankenstein-Industrie. High-Tech-Hühner, Designer-Kühe und Pharma-Cocktails – ein Blick in die Abgründe der globalen Fleischproduktion«. In: *Le monde diplomatique* Bd.10/2011, 35.

[9] Grafik aus *Le monde diplomatique.* Bd.10/2011, 50–51.

[10] Langer; Krieg 2011, 32.

[11] Ebd.

[12] Grafik aus *Le monde diplomatique.* Bd.10/2011, 52.

[13] Langer; Krieg 2011, 44.

[14] Ziegler 2011, 5.

[15] Langer; Krieg 2011, 42.

[16] Studie der Universität Hohenheim. *www.uni-hohenheim.de/wwwin140/vitamine/vitamin_a.htm* [4.3.2012].

[17] Baxter, Joan (2011): »Wie Gold, nur besser. Internationale Anleger kaufen in afrikanischen Staaten Agrarland – eine neue Form der kolonialen Ausbeutung«. In: *Le monde diplomatique.* Bd.10/2011, 44.

[18] Fritz, Thomas (2009): *Peak Soil. Die globale Jagd nach Land.* Berlin: FDCL-Verlag, 8-10.

[19] Baxter 2011, 43–44.

[20] Ebd., 43.

[21] Ebd., 45.

[22] Ebd., 44.

[23] Ebd., 45.

[24] Fritz 2009, 8–10.

[25] Victor 2012.

[26] Baxter 2011, 44.

[27] Fritz 2009, 121–124.

[28] Döbler, Katharina (2011): »Zurückessen. Heuschrecken und andere Tiere könnte man auch essen. Warum tun wir es nicht?«. In: *Le monde diplomatique.* Bd.10/2011, 19.

[29] Ebd., 19.

[30] Döbler 2011, 19.

[31] Kollenberg, Malte E.; Kretschmer, Fabian (2011). »Kopfsalat aus dem 3. Stock«. In: *Le monde diplomatique.* Bd.10/2011, 95.

[32] Ebd.

[33] Stuard, Tristram (2001): »Aufessen statt Wegwerfen. Wie wir zu einer gerechteren Verteilung der Nahrungsmittel in der Welt beitragen können«. In: *Le monde diplomatique.* Bd.10/2011, 99.

[34] Ziegler 2011, 1.

Fünf Finger hat die Hand … Interessenvertretung im neuen Kapitalismus

Jacob Müller

Zu Zeiten des Fordismus, also in der von der Industriearbeit in der Fabrik geprägten Massengesellschaft[1] konnte die Arbeiterbewegung innerhalb eines korporatistischen Arrangements eine hohe Standardisierung im Sinne kollektiver Verträge und umfangreicher sozialer Rechte erkämpfen, bzw. bekam diese zugestanden. Die Transformation von einer von Industriearbeit geprägten Gesellschaft des Fordismus zur von der vom Dienstleistungssektor dominierten post-fordistischen Arbeitsgesellschaft ist geprägt von Entgrenzung und Subjektivierung der Arbeitsverhältnisse. Entgrenzung ist ein in der Arbeitswelt ubiquitäres Phänomen der Erosion von Grenzen, nämlich jenen zwischen Unternehmen und Markt, Nationalstaat und Welt, Subjekt und Arbeitsstelle, Freizeit und Arbeitszeit. Zurückzuführen ist dieser Trend auf Flexibilisierung, Vermarktlichung und Deregulierung.[2] Mit hinein spielt eine zunehmende Rationalisierung aller Lebensbereiche. Gleichzeitig sind Rekommodifizierungstendenzen zu beobachten, wie dem Rückzug der Betriebe und des Staates aus der Absicherung der arbeitsweltlichen Risiken, was in Verbindung mit der Disjunktierung von Erwerbstätigkeit und sozialer Absicherung die Planbarkeit des Lebens erheblich beeinträchtigen kann.[3] Subjektivierung von Arbeit ist Teil der Entgrenzung und bedeutet den doppelten Zwang, »mit subjektiven Beiträgen den Arbeitsprozess unter entgrenzten Bedingungen im Sinne der Betriebsziele aufrecht zu erhalten« und »die eigene Arbeit viel mehr als bisher selbst zu strukturieren, zu rationalisieren und zu verwerten«.[4]

Diese Entwicklung hält bis heute an und tritt in unterschiedlichen Konfigurationen zu Tage. Dies bedeutet zwar keineswegs das Verschwinden des industriellen Normalarbeitsverhältnisses, dem Idealtypus der fordistischen Gesellschaft, aber doch zumindest eine Pluralisierung der Beschäftigungsverhältnisse. In der Arbeits- und Industriesoziologie besteht der Konsens, dass die Arbeitsgesellschaft und mit ihrer Sozialstruktur und Lebensweise seit den 1980er Jahren im Wandel begriffen ist. Seit Beginn der 1980er Jahre steigt der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland kontinuierlich

an. 2009 waren nach einer Studie der »Friedrich-Ebert-Stiftung« 40 Prozent aller Beschäftigten in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, also in Teilzeit, als Leiharbeiter, in einer geringfügigen Beschäftigung.[5] Je nach Forschungsinteresse und ideologischer Provenienz werden sowohl negative wie positive Veränderungen in den Fokus gerückt oder als neutral bewertet. In diesem Aufsatz sollen einige Aspekte aufgegriffen, d. h. die Ergebnisse wichtiger Forschungsarbeiten zeitdiagnostisch rezipiert werden, um anschließend Thesen und Forderungen in Bezug auf die Bewältigung arbeitspolitischer Problemstellungen zu entwickeln.

Durch die Fragmentierung der sozialen Realität und den steigenden Anteil von atypischen Beschäftigungsverhältnissen sowie der Tertiarisierung, dem Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, schwindet die Vertretungsmacht der Gewerkschaften. In einem sich zunehmend verschärfenden hegemonialen Wettbewerbsparadigma kommt es zu einer Subjektivierung, aber nicht zu einer Auflösung des Klassengegensatzes.[6] Der Funktionswandel des Sozialstaats und die Schwächung der Arbeitnehmernehmerseite zeigt sich in einer seit den 1990er Jahren anhaltenden Tendenz zur Rekommodifizierung, also der Behandlung des Bürgers bzw. seiner Arbeitskraft als Ware und seiner Unterwerfung unter Markterfordernisse. Hier muss auch der Glaube an das Versprechen von gewonnener Freiheit durch Individualisierung als hohl demaskiert werden: Menschen werden im Zuge der Debatte um Neue Selbstständigkeit im wissenschaftlichen Diskurs als Arbeitskraftunternehmer begriffen, welche ihre gesamte Lebensführung auf Selbstoptimierung und -ökonomiserung gemäß den Erfordernissen einer sich wandelnden Arbeitswelt ausrichten.[7]

Arbeitsweisen aus freien und kreativen Berufen, welche die Marktrisiken ihrer Tätigkeit tragen, aber auch vom Gewinn profitieren, finden mittlerweile auch in Branchen Verbreitung, in denen sie zunächst nicht heimisch waren, wie z. B. dem Bildungssektor. Der Zwang zur Selbstvermarktung wächst und so muss eine Honorarkraft an den nächsten auskömmlichen Auftrag denken und ihre Ressourcen unternehmerisch planen. Als vereinzeltes Individuum ist sie dabei in einer benachteiligten Position. Die Struktur einer Branche bestimmt hierbei die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten – eine Lage, aus der es durch vereinzelte Handlungen nur schwer ein Entkommen geben kann. Als zeitlos, programmatisch und pointiert erscheint dem Autor in diesem Zusammenhang das Diktum Max Webers: »Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als

faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist. […] Der heutige, zur Herrschaft im Wirtschaftsleben gelangte Kapitalismus also erzieht und schafft sich im Wege der ökonomischen Auslese die Wirtschaftssubjekte – Unternehmer und Arbeiter – deren er bedarf«.[8]

Zukünftige Entwicklung und Interessenvertretung

Für den französischen Soziologen Pierre Bourdieu stellt die Prekarisierung das zentrale Kernproblem der sozialen Sicherheit im 21. Jahrhundert dar. Zur Charakterisierung der Prekarität begünstigenden, atypischen Beschäftigungsverhältnisse und treibenden Strategie von Unternehmen und Politik prägte er den Begriff der »Flexploitation«: Aus Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes erwächst die Bereitschaft, den Abbau von Arbeitnehmerrechten hinzunehmen.[9]

Der mögliche Gewinn an Freiheit wird in der Mehrheit von Druck durch Unsicherheit und inhumanen Arbeitsbedingungen untergraben. Prekäre Arbeit lässt sich nur im Vergleich mit gesicherten Arbeitsverhältnissen definieren und bedeutet neben der großen Zukunftsunsicherkeit häufig auch gesellschaftliche Desintegration. Dem erhöhten Leistungsdruck, dem Zwang zur Selbstvermarktung nicht gewachsen zu sein, hat – so unter anderem Ehrenberg[10] – dazu geführt, dass die Depression als gesellschaftlich symptomatische Erkrankung der Psyche zunehmend auftritt. Befristete Arbeitsverträge bedeuten Unsicherheit in der Lebensplanung und verstärken psychischen Druck. Prekarität im Zusammenhang der Erwerbsarbeit bedeutet ein niedriges und vor allem nicht kontinuierliches Einkommen, unsichere Beschäftigungsdauer und dadurch Leistungsdruck, fehlender Kündigungsschutz, ungenügende oder überteuerte Sozialversicherungen, fehlender Zugang zu Ressourcen der betrieblichen Mitbestimmung und insbesondere das eigenverantwortliche Tragen von Marktrisiken.

Moderne Beschäftigungsverhältnisse sind gekennzeichnet durch Flexibilisierung des Arbeitsortes und der Arbeitszeit und durch ein hohes Maß an Freiheit bei der Wahl der Mittel zur Erreichung gesteckter Ziele, wobei jedoch der Zwang zur Selbstoptimierung durch betriebswirtschaftliche Verwertungslogik und Zielvereinbarungen zunimmt. Prekarität bedeutet Verwundbarkeit und das Potential zur gesellschaftlichen Desintegration durch mangelnde Einbindung durch selbstsichernde und -bestätigende Arbeit.[11] Während Festangestellte noch weitestgehend in den Genuss geregelter und sicherer und dadurch humanerer Arbeit kommen, ist dies bei prekär Beschäftigten nicht

mehr der Fall. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse betreffen mittlerweile nicht allein den Bereich Geringqualifizierter, sondern erfassen – wenngleich auf höherem Niveau – zunehmend auch Hochqualifizierte. Die Arbeitswelt zerfällt vielmehr in Kern- und Randbereiche mit auseinanderklaffenden Zonen der Verwundbarkeit und daraus folgend, Desintegration. Es besteht in vielen Branchen und Betrieben leider ein Interessengegensatz zwischen »festen« und »freien« Mitarbeitern, durch ein reales oder imaginiertes Konkurrenzverhältnis. Auch innerhalb der Vertretungsorganisationen wie Gewerkschaften als mitgliederfinanzierten Organisationen wird dieses Spannungsfeld deutlich, da hier die etablierten Branchen die Bemühungen der atypisch Beschäftigten querfinanzieren müssen.

Ulrich Jürgens unterscheidet zweierlei Kategorien von Machtressourcen der Beschäftigten auf betrieblicher Ebene: Primärmacht ist die direkt aus der Art der Abhängigkeitsbeziehung erwachsene Machtposition der Arbeitnehmer im Verhältnis zum Arbeitgeber.[12] Ihre Quelle ist die Qualifikation der Beschäftigten, ihr Wissen als Angestellte sowie das gesamtgesellschaftliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach bestimmten Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Primärmacht ist geeignet, die, aufgrund des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit bestehenden Machtgefälle entweder zu unterstreichen oder gegenläufig zu überformen. Die Sekundärmacht der Beschäftigten speist sich größtenteils aus der Primärmacht der Beschäftigten, wobei es hier zeitliche wie sektorielle *spill-over*-Effekte geben kann. Es handelt sich also um die durch kollektive Interessenvertretung errungene institutionelle Absicherung von Beschäftigteninteressen durch gesetzlich gesicherte Institutionen und Regelungen. Die Handlungsmacht der Beschäftigten erweiternde Organisationen und Aushandlungsmodi können in diesem Fall unzureichende Primärmacht ausgleichen, auf Dauer aber nicht ersetzen.

In verschiedenen Branchen, insbesondere im tertiären Sektor, zeigt sich dies in zweierlei Hinsicht: Beschäftigtenfeindliche, arbeitsrechtliche Regelungen sowie geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad lassen eine tarifvertragliche Besserstellung unerreichbar werden. Hinzu kommt eine schlechte Verhandlungsposition in Fragen der Selbstvertretung durch niedrige Qualifikation. Jedoch geht ein hohes Qualifikationsniveau nicht zwangsläufig mit einer hohen Primärmacht sowie mit dem entsprechenden Potential, die betrieblichen Arbeitsbedingungen auch im Sinne der Beschäftigten zu gestalten, einher. Die Wirksamkeit von formal festen und rechtlich gesicherten Mitbestimmungsinstitutionen im Vergleich zu informellen Formen der Interessen- und Selbstvertretung, wie sie unter dem Schlagwort »direkte Partizi-

pation« gefasst werden, ist umstritten. Insbesondere in kleineren Betrieben sind formalisierte Formen der Mitbestimmung nicht verbreitet und bis auf einige Ausnahmen, in denen die institutionell-historisch gewachsene Unternehmenskultur und das Selbstverständnis der Arbeitnehmer dies zulässt, ist direkte Partizipation – wie Mitarbeitergespräche und Teamrunden – eher ein Instrument des Managements denn wirksames Vehikel der Interessendurchsetzung von Arbeitsnehmern. Dies ist insbesondere in Fällen zutreffend, in denen die Beschäftigten eine Interessenidentität von Arbeitnehmer und Unternehmer annehmen. Mit einer solchen Haltung erscheinen Interessengegensätze und speziell die machtpolitisch-konfrontative Umsetzung einer Aushandlung undenkbar.

Prekäre Beschäftigung im Weiterbildungssektor

Vermutlich sind jedoch Krisen- und Prekarisierungserfahrungen geeignet, einen Identitätswandel der Arbeitnehmer von einer wahrgenommenen Interessenkongruenz mit dem Unternehmen zu einem Interessengegensatz zu befördern.[13] So sieht unter anderem Schmierl auf dem gesamten Arbeitsmarkt die Tendenz zu neuen, informelleren und direkten Partizipations- und (Selbst-)Vertretungsformen.[14] Es kann also von einer Hybridisierung der industriellen Beziehungen im Vergleich zu korporatistischen Mustern gesprochen werden. Dies bedeutet einen Verlust von Sekundärmacht und infolgedessen nachteilige Arbeitsbedingungen aufgrund der eingeschränkten Möglichkeit zur Verbesserung, da übliche Formen der Interessenvertretung wie tarifvertragliche Auseinandersetzung durch strukturelle gewerkschaftliche Schwäche unterminiert werden.

Im Weiterbildungssektor sind allerdings insbesondere um sich greifende Ökonomisierungstendenzen, verfehlte oder mangelhafte rechtliche Rahmenbedingungen, tarifpartnerschaftliche Aushandlungsprozesse und prekäre Situation der Beschäftigten besonders gut zu zeigen und zu diskutieren. Hier konnte ich durch Teilnahme an Organisationstreffen Betroffener zusätzliche Feldkenntnis erwerben. Den Gewerkschaften fällt es aufgrund ihrer strukturell bedingten Festlegung auf im Normalarbeitsverhältnis abhängig Beschäftigter besonders schwer, ein ausreichendes Maß an Organisierung zu erreichen und wirkungsvolle kollektive Interessenvertretung zu organisieren.

Von ungünstigen Arbeitsbedingungen und persönlichen Risiken besonders betroffen sind die als selbstständig geführten Mitarbeiter. Die Honorare sind oft niedrig, besonders vor dem Hintergrund der Selbstversicherung, selbst zu

tragenden Risiken und der notwendigen Vor- und Nachbereitungszeit. Je nach Träger wird auch auf ehrenamtliches Engagement, d.h. unbezahlte Arbeit, gesetzt, denn die Konkurrenz ist groß. Weiterhin obliegt aufgrund des Status als Selbstständige die Versicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und die Vorsorge für die Rente den Menschen selbst. Dies führt zu finanziellen Engpässen, denn die Beiträge sind im Vergleich zu anderen Versicherten sehr hoch. Gleichzeitig droht bei Krankheit ein Verdienstausfall. Aufgrund fehlender institutioneller Rahmenbedingungen, weil sie aus dem gewerkschaftlichen Raster fallen und weil sie sich aufgrund von Überlastung und Widerständen auf Seiten der Träger gegen Selbstvertretung entscheiden, sind sie nur eingeschränkt in der Lage, ihre Situation zu verbessern.

Die Erosion sozialer Sicherung und Gegenstrategien

Die Erosion der sozialen Sicherungssysteme ist weit gediehen. Die Ursachen dieser Entwicklung lassen sich schnell am neoliberalen Paradigma des marktradikalen Standortwettbewerbsgedankens ausmachen. Der deutsche Sozialstaat mit seinen erwerbsarbeitsbezogenen Sozialversicherungen ist in zunehmendem Maße weniger willens, seinen Bürgern vor dem Hintergrund neuer Beschäftigungsverhältnisse unterstützend bzw. dekommodifizierend unter die Arme zu greifen. Soziale Sicherheit ist nach zwei Dekaden neoliberaler Hegemonie zu einem Gut geworden, welches in einer im Wandel begriffenen Arbeitswelt immer mehr vermisst wird. Dies hat sehr konkrete Folgen für die Lebensqualität der Menschen und vieles deutet auf folgenreiche Ausweitung sozialer Desintegrationszonen in der Gesellschaft hin; mitverursacht durch eine aktiv betriebene oder billigend in Kauf genommene Aufweichung der Schutzrechte des Individuums gegen das Kapital in der Arbeitswelt.

Der Realität in der Arbeitswelt muss ins Auge gesehen werden: es geht um die Humanisierung der Arbeitsbedingungen atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die mittlerweile gar nicht mehr atypisch sind. Schmid plädiert für eine lebenslauforientierte Arbeitsmarktpolitik, für das Anerkennen der gewandelten Realität auf dem Arbeitsmarkt. Vornehmlich geht es um die vollständige Integration der atypisch Beschäftigten, namentlich Honorarkräften, in neu zu gestaltende Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungen sowie die Ausdehnung gängiger arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen auf alle Werktätigen.[15] Weiterhin sollte der grassierenden Scheinselbstständigkeit und dem Subunternehmertum durch wirkungsvolle gesetzliche Regelungen ein Ende gesetzt werden. Stellen diese doch nichts anderes dar als die Auslagerung von Erfolgs- und Krankheitsrisiken auf Beschäftigte zugunsten der

Profitinteressen von Unternehmen. Ein grundlegender Wandel der politischen Landschaft, auch im Kontext von Wahlen und durch ausgiebige Lobbyarbeit würde aber nötig sein, um dies zu gewährleisten.

Ein weiterer Weg, zur Zukunftsfähigkeit der Arbeitsgesellschaft beizutragen, liegt in der Revitalisierung der Institutionen der kollektiven Interessenvertretung. Gewerkschaften sehen sich als zentrale Akteure im Rahmen des Klassenkompromisses im tertiären Sektor einer Vielzahl von strukturellen Problemen gegenübergestellt: Der geringe Organisationsgrad macht klassische gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitsbedingungenpolitik unmöglich. Insbesondere Hochqualifizierte sehen keinen Anlass, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Relevante Personalmaßnahmen laufen dadurch ins Leere und durch das Auseinanderfallen von Mitgliedschafts- und Einflußlogik stehen die Gewerkschaften hier vor einem Dilemma.[16] Um weiterhin ein relevanter Akteur mit Gestaltungsmacht bleiben zu können, müssen die Gewerkschaften ihre intraorganisationalen Konflikte beilegen und durch geeignete Maßnahmen den Trend zum Schwund umkehren.

Ein hierzu geeigneter Ansatz könnte das gewerkschaftliche *Organizing* darstellen: Basierend auf kommunitaristischen und neo-institutionalistischen Ansätzen aus der Gemeindesozialarbeit haben insbesondere amerikanische Gewerkschaften ihre Mitgliedschaftszahlen durch projektbezogene Mitgliederwerbung in kaum organisierten Bereichen steigern können. Obschon seit einigen Jahren erprobt, lässt sich allerdings nur ein punktueller Erfolg vorweisen. Nur große Gewerkschaften scheinen in der Lage zu sein, entsprechende Ressourcen zur Mitgliederacquise aufbringen zu können, oftmals stehen jedoch insbesondere im Bereich neuer Selbstständigkeit noch atavistische Funktions- und Organisationsstrukturen der Förderung von Engagement entgegen. Gerade für neue Selbstständige oder Beschäftigte in kleinen Unternehmen bietet die direkte Partizipation wenig Verheißungsvolles, wie oben gezeigt. Vernetzung zwischen Betroffenen kann unter Umständen zu gemeinsam geteilten und vorgebrachten Forderungen führen. Aktionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in konkreten Kontexten bieten aber immer die Gefahr der Entlassung und werden daher verständlicherweise gemieden. Hier entfalten geringe Primär- und Sekundärmacht ihre verhängnisvolle Wirkung.

Nichtsdestotrotz erscheinen dem Autor Vorstöße zur Vernetzung auf Mikroebene mit zureichender gewerkschaftlicher Integration und Unterstützung als einzig gangbarer Weg in zweierlei Richtung: zum einen durch Kam-

pagnentätigkeit und Lobbyarbeit die eigenen Belange ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen und durch Besetzung und Beeinflussung geeigneter Stellen entsprechend geeignete Politik aufs Tapet zu heben. Kritik an sozialpolitischen Entwicklungen muss sich entscheiden, welchem Anspruch sie genügen will. Im Kontext von Desintegration in der flexibilisierten Arbeitswelt ergeben sich handfeste Forderungen der Betroffenen, die auch im akademischen Kontext ihren Widerhall finden. Das Einfordern von Verbesserungen auf den Feldern der Arbeits- und Sozialpolitik mag zwar reformistisch sein, allerdings muss der Verweis auf die dem Kapitalismus eigenen Verwertungsweisen als Kern des Problems, das zuerst zu lösen wäre, zynisch bleiben.

Der Autor hofft, deutlich gemacht zu haben, dass performative Sozialkritik flexibilisierte Arbeitsbedingungen sinnvoll ergänzen kann im Streben, kapitalistische Pathologien nicht als Schicksalsmacht zu akzeptieren.

---

[1] Die fordistische Massengesellschaft wird von Soziologen von der Jahrhundertwende bis in die 1980er Jahre datiert, wobei die Kernphase je nach Land variiert.

[2] Mayer-Ahuja, Nicole; Wolf, Harald (2005): *Entfesselte Arbeit – neue Bindungen. Grenzen der Entgrenzung in der Medien- und Kulturindustrie.* Berlin: edition sigma, 14.

[3] Kratzer, Nick; Sauer, Dieter (2003): »Entgrenzung von Arbeit. Konzept, Thesen, Befunde«. In: Gottschall, Karin/Voß, G. Günter (Hrsg.): *Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag.* München: Hampp. 87-123.

[4] Moldaschl, Manfred; Voß, G. Günter (2002): *Subjektivierung von Arbeit. Arbeit, Innovation und Nachhaltigkeit.* München: Hampp, 14.

[5] Keller, Berndt; Seifert, Hartmut (2011): *Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung.* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 16.

[6] Kohlmorgen, Lars (2004): *Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus.* Münster: Westfälisches Dampfboot, 251.

[7] Voß, G. Günter; Pongratz, Hans J. (1998): »Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 131–158.

[8] Weber, Max (1988) [1920]: »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«. In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I.* 9. Aufl. Tübingen: Mohr, 37.

[9] Bourdieu, Pierre (2004) [1998]: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion.* Konstanz.

[10] Ehrenberg, Alain (2008): *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

[11] Brinkmann, Ulrich; Dörre, Klaus; Röbenack, Silke (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse.* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

[12] Jürgens, Ulrich; Naschold, Frieder (1983): *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit.* Opladen: Westdeutscher Verlag.

[13] Vgl. Boes, Andreas (2006): »Die wundersame Neubelebung eines vermeintlichen Auslaufmodells: IT-Beschäftigte und Mitbestimmung nach dem Ende des New-Economy-Hypes«. In: Artus et al.: *Betriebe ohne Betriebsrat.* Frankfurt/New York, 223–261.

[14] Schmierl, Klaus (2006): »Neue Muster der Interessendurchsetzung in der Wissens- und Dienstleistungsökonomie«. In: Artus et al.: *Betriebe ohne Betriebsrat.* Frankfurt/New York, 171–196.

[15] Schmid, Günther (2008): »Von der aktiven zur lebenslauforientierten Arbeitsmarktpolitik«. In: Nägele, Gerhard (Hrsg.): *Soziale Lebenslaufpolitik.* Wiesbaden: VS Verlag, 333–351.

[16] Holst, Hajo; Aust, Andreas; Pernicka, Susanne (2008): »Kollektive Interessenvertretung im strategischen Dilemma. Atypisch Beschäftigte und die dreifache Krise der Gewerkschaften«. *Zeitschrift für Soziologie,* Jg. 37, Heft 2, 158–176.

Vom Ingenieur zum Tellerwäscher? Die Frage nach den Chancen ausländischer Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt

Katharina Nickel

Deutschlands neue Attraktivität – Schuldenkrise bringt tausende Zuwanderer«[1] titelte die Tageszeitung Neue Westfälische (NW) im Dezember 2011. Bereits im Oktober 2011 kündigten die Medien für den Osten der Republik einen drastischen Anstieg ausländischer Einwanderer an. Am 3. Oktober versah der Tagesspiegel einen Beitrag mit der programmatischen Überschrift »Berlin zieht an – Junge Europäer suchen in Berlin ihr Glück«.

Angesichts der Finanzkrise, die sich besonders in den südeuropäischen Ländern bemerkbar macht, scheint es nicht verwunderlich, dass viele junge Menschen willens sind, ihre Heimat zu verlassen, um ihr Glück im Ausland zu suchen. Bemerkenswert ist allerdings, dass viele zum Teil bereits ausgebildete Akademiker darunter sind. Trotzdem müssen sich nicht wenige von ihnen erst einmal als Kellner in einem Restaurant durchschlagen, weil ihre Berufsqualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden.

Im Fachjargon als »Wirtschaftsflüchtlinge« bezeichnet, zwingt sie in den meisten Fällen die hohe Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern zu diesem großen Schritt. Diese ist laut Statistischem Bundesamt in der EU seit 2009 von 15 auf 20 Prozent gestiegen, die Jugendarbeitslosigkeit ist mitunter noch deutlich höher (40 Prozent in Spanien). Dem entsprechen die Zahlen des griechischen Meinungsforschungsinstitut »Kapa Research«[2] nach denen derzeit 70 Prozent der jungen Akademiker im Alter zwischen 22 und 35 Jahren eine Auswanderung ins amerikanische und europäische Ausland in Betracht ziehen. Die NW zeigt unter Berufung auf das Statistische Bundesamt, dass die jungen Akademiker diese Überlegung auch realisieren. Demnach wanderten im ersten Halbjahr 2011 insgesamt rund 435 000 Menschen nach Deutschland ein.[3] Das ist ein Anstieg zum Vorjahr um 19 Prozent. Die häufigsten Herkunftsländer der Einwanderer sind dabei Polen (77 730) und Rumänien (47 141). Es folgen

Ungarn, Italien und die Türkei, bis hin zu Spanien mit 7 257 Einwanderern. Durch einen Bundesratsbeschluss vom 4. November 2011 soll es für ausländische Arbeitnehmer zukünftig leichter sein, im Ausland erworbene Berufsqualifikationen anerkennen zu lassen. Stellt dieses Gesetz tatsächlich eine Unterstützung für junge Einwanderer dar? Was bedeutet die große Zuwanderung im Gegenzug für die Bundesrepublik?

Diese Zahlen und Fakten legen nahe, dass Deutschland auch 2012 und darüber hinaus Ströme an Einwanderern ereilen könnten. Wir müssen bedenken, was dieses Phänomen für die Bundesrepublik bedeuten wird, die zwischen einem erheblichen Fachkräftemangel einerseits und seiner Bedeutung als eine der führenden Wirtschaftsmächte Europas andererseits steht. Im Folgenden soll geklärt werden, welche Konsequenzen für ausländische Arbeitnehmer mit den neuen Gesetzesbeschlüssen einhergehen und beurteilt werden, ob dadurch Probleme der Anerkennung abgebaut werden können oder weiter bestehen.

Der Fachkräftemangel – ein gegenwärtiges und zukünftiges Problem

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist so verheerend wie in keinem anderen Land Europas, so wird es häufig propagiert. Allgemein wird als Fachkraft bezeichnet, wer nach dem Schulabschluss eine berufsqualifizierende Ausbildung abgeschlossen hat; dazu zählt nicht nur eine Lehre, sondern auch ein Hochschulabschluss. Einem 2010 veröffentlichten »Zeit Online«-Artikel zufolge haben drei von vier Unternehmen Probleme, qualifizierte Fachleute für offene Stellen zu finden.[4] Dabei ist allein die Ingenieursbranche auf der Suche nach 36 000 Experten; auch IT-Fachkräfte, Pflegekräfte und Erzieher sucht man händeringend auf dem deutschen Arbeitsmarkt: »Nach Angaben der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit (BA) fehlen bis 2025 etwa 6,5 Mio. Fachkräfte, mindestens 2 Mio. davon müssten einwandern«, erklärte BA-Vorstand Raimund Becker im Juni 2011.[5] Speziell in Zeiten guter Konjunktur müsse dann die Fülle an Aufträgen ausgeglichen werden. So fordern die Unternehmen gut ausgebildete Arbeitskräfte und kritisieren gleichzeitig, dass diese auf dem eigenen, deutschen Markt nicht vorhanden seien.

Der Tagesspiegel porträtiert in seinem Artikel vom Oktober 2011 eine Ausländerin, deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt bislang nicht ihren Wünschen gemäß verlaufen ist. Iro T., 30 Jahre alt, wanderte Mitte Juni 2011 als studierte Tourismusmanagerin von der »Schuldenhochburg« Griechenland nach Deutschland aus, fand jedoch keine Stelle. Mehrere Besuche beim

Berliner Arbeitsamt folgten. Sie arbeitet darauf hin, sich in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren, selbst wenn die Bürokratie sie zunächst dazu zwingt, einer Tätigkeit nachzugehen, für die sie überqualifiziert ist. Deshalb lernt sie an der Volkshochschule Deutsch und möchte sich danach zur Biologielaborantin ausbilden lassen.

Junge Menschen wie Iro T. leben nach der Einreise in Deutschland mit der Angst, ihre Abschlüsse nicht anerkannt zu bekommen, seien sie auch noch so gut. Fragt man in Berlin bei der griechischen Restaurantkette »Romiosini« nach der Herkunft der Servicekräfte, geben die Betreiber von mindestens zwei der Filialen an, erst kürzlich nach Berlin gezogene Griechen eingestellt zu haben, die keinen Job in ihrer Branche gefunden hätten.

Sicherlich ist Iro T.s Geschichte nur eine einzelne in einem Pool von mittlerweile fast 500 000 ausländischen Arbeitsuchenden. Auch das »Institut zur Zukunft der Arbeit« (IZA) bemängelt, dass Ausländer seltener eine Arbeit finden als deutsche Akademiker und dazu noch schlechter bezahlt werden. Laut einer Studie des Instituts erweise sich in Deutschland bereits ein türkisch klingender Name im Bewerbungsverfahren als Nachteil.[6] Eine weitere Studie des Duisburger Instituts »Arbeit und Qualifikation« belegt die prekäre Situation damit, dass 420 000 Hartz-VI-Empfänger »hoch gebildet«[7] seien und ihre Qualifikationen einfach nicht anerkannt würden.

Warum also die Auswanderung nach Deutschland, wenn der Arbeitsmarkt doch so aussichtslos erscheint? »Berlin wirkt [...] auf viele wie ein Magnet«, begründet der »Tagesspiegel« die Standortwahl der jungen Akademiker.[8] Dabei würden viele sogar überlegen, dauerhaft in der Bundeshauptstadt zu bleiben. Einige von ihnen sind Kinder von Gastarbeitern und haben mit ihrer Familie bereits einige Jahre in Deutschland gelebt. Aufgrund der Beherrschung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache fällt ihnen die Anpassung in der neuen Heimat leichter als anderswo. Die Lebenshaltungskosten sind zudem im europäischen sowie im bundesweiten Vergleich weitaus niedriger. Selbst wenn Experten darüber streiten und bundes- beziehungsweise europaweite Vergleichsstudien sehr variierende Ergebnisse liefern, ist der Trend einer erhöhten Zuwanderung nach Deutschland unverkennbar. Darüber hinaus hat Berlin kulturell viel zu bieten. Ihr modernes, attraktives sowie künstlerisches Flair weckt vor allem in den Kreativen die Hoffnung auf einen adäquaten Arbeitsplatz, obwohl die Nachfrage in dieser Branche häufig das Angebot übersteigt, vor allem bei Festanstellungen.

Neue Hoffnung – gesetzliche Neuerungen

Die Regulierung der Arbeitsmigration in Deutschland ist durch zahlreiche Widersprüche gekennzeichnet: »Der Ausschluss bzw. die strikte Beschränkung der Einwanderung zu Arbeitszwecken soll den inländischen Arbeitsmarkt schützen, gleichzeitig soll die wirtschaftliche Entwicklung durch die Einwanderung besonders qualifizierter oder fehlender Arbeitskräfte angekurbelt werden«.[9] Mit einem Bundesratsbeschluss vom 4. November 2011 soll es nun zukünftig leichter werden, im Ausland erworbene Berufsqualifikationen anerkennen zu lassen. Das entsprechende, von der Bundesregierung verabschiedete »Gesetz zur Verbesserung der Festanstellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen« trat zum 1. April 2012 in Kraft.[10]

Der Erlass gilt für EU-Bürger ebenso wie für Personen aus Drittstaaten, das heißt Nicht-EU-Bürger. Es sieht einen allgemeinen Anspruch auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von aus- und inländischen Berufsqualifikationen vor. Bestimmte Kammern und Behörden, die bereits jetzt für die Anerkennungsverfahren von Unionsbürgern und Spätaussiedlern zuständig waren, sollen die Qualifikationen der Bewerber prüfen. Letztere müssen ihren Lebenslauf, einen Ausbildungsnachweis und Arbeitszeugnisse diesen Behörden vorlegen, falls notwendig inklusive Übersetzung in die deutsche Sprache. Eine dieser prüfenden Behörden ist beispielsweise das »Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten«. Wurden alle Unterlagen zusammengetragen, werden sie innerhalb von drei Monaten geprüft, bis entschieden wird, ob die Ausbildung anerkannt wird. Darin besteht das Hauptproblem für die Arbeitnehmer: In dem Widerspruch zwischen ihrem Anspruch auf Anerkennung und den zu überwindenden Hürden wie dieser Qualifikationsprüfung. Die Behörde kann die Anträge nicht nur annehmen oder ablehnen, sondern auch anordnen, dass die Bewerber etwas nachliefern müssen, das bedeutet, etwaige Lücken im Vergleich zur deutschen Ausbildung zu füllen. Entweder besuchen die Antragsteller dann einen dreijährigen Lehrgang oder unterziehen sich einer Eignungsprüfung. Noch ein Widerspruch, der die wechselseitige Anerkennung von Arbeitnehmern und Behörden verhindert.

Außerdem wird die Kopplung an die deutsche bzw. EU-Staatsangehörigkeit durch das obige Gesetz aufgehoben: So kann beispielsweise ein türkischer Arzt eine Approbation erhalten, sofern er die fachlichen Voraussetzungen, im Vergleich zu den deutschen Anforderungen, erfüllt. Dies war bislang nicht möglich, selbst wenn der Arzt in Deutschland studiert hatte.

Auch eine weitere Neuerung, die Einführung der sogenannten »Blue Card« durch die Bundesregierung,[11] kann daher diese hochselektive Leistungsmigration nicht aufhalten. Propagiert wird sie als eine Erleichterung für Fachkräfte aus Ländern außerhalb der Europäischen Union, die mit dieser Karte in der EU arbeiten können, wenn sie ein Mindestgehalt von 44 000 Euro und einen Hochschulabschluss oder Vergleichbares nachweisen. Laut Bundesregierung gilt die Regelung insbesondere für die Berufe mit Fachkräftemangel wie für Ärzte und Ingenieure; dort reicht bereits ein Einkommen von 33 000 Euro für einen sicheren Arbeitsplatz. Es wird möglich sein, mit der »Blue Card« nach zwei Jahren, gemäß dem Mindesteinkommen, ein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland zu erhalten. Ein sofortiges Aufenthaltsrecht bekommen jene, die mehr als 48 000 Euro im Jahr verdienen; die Gehaltsgrenze lag bisher bei 66 000 Euro. Das wirkt wie eine Arbeitserlaubnis auf Probe. Die Regierung rechtfertigt die Karte größtenteils mit dem neuartigen Bewertungssystem, das als Meilenstein in der Geschichte der deutschen Arbeitsmigration gesehen wird. Das einheitliche Verfahren schaffe Transparenz zwischen Antragsteller, Arbeitgeber und den Behörden. Desweiteren sieht man einen Vorteil darin, dass die Kopplung an die EU-Staatsangehörigkeit aufgehoben wird. Viel schwerer wiegt jedoch das Argument der »Willkommenskultur«.

Die deutsche »Willkommenskultur«

Das Inkrafttreten des »Gesetzes zur Verbesserung der Festanstellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen« und der »Blue Card« ist im Zuge der Forderung nach einer bedarfsorientierten Einwanderung Hochqualifizierter zunächst sehr sinnvoll. Ein Vorläufer war bereits die deutsche »Green Card«, die zwischen 2000 und 2004 existierte. Laut dem Internet-Portal »Migration-info.de« kamen damals rund 18 000 Personen aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland.[12] Nun bereitet sich die Regierung auf neue Zuzüge vor, indem sie die Voraussetzungen für die berufliche Qualifikation gelockert hat, in der Hoffnung, den deutschen Arbeitsmarkt für ausländische Fachkräfte wieder attraktiver zu machen.

»Willkommenskultur« nennt die Bundesregierung diese neue Strategie, die den Plan verfolgt, Deutschlands gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität zu steigern.[13] Ein Zusammenhang von schlechter Wirtschaftslage in den Heimatländern der Zuwanderer und dieser wirtschaftlichen Strategie führt neben anderen Faktoren dazu, dass die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland weiterhin steigt. Eine positive Entwicklung auch für die deutschen Unternehmer, die nun in der Lage sind, die Anstrengungen zur Gewinnung von

mehr Fachkräften im Inland mit gezielter Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt zu ergänzen. Die Neuerungen sind auch ein Resultat aus den vorangegangenen Bildungsreformen, die zuletzt in der Reformpolitik des nationalen Schul- und Hochschulwesens gipfelten: Die »Lissabon«-Strategie und die »Bologna«-Deklaration waren erste Schritte im Bereich der Bildungspolitik, auf die eine faire europäische Arbeitsmarktpolitik aufbauen kann. Fairness bedeutet in diesem Zusammenhang, dass wechselseitige Anerkennung Vorrang vor einem leistungsbezogenen Selektionsprozess haben sollte.

Demgegenüber gab es auch kritische Reaktionen zu den gesetzlichen Reformen. So bezog die Opposition Stellung, indem sie der Koalition vorwarf, den Erlass ausschließlich aus wirtschaftlichen Interessen verabschiedet zu haben. Viele Arbeitnehmer könnten die »Blue Card« als Abweisung verstehen und nicht als Teil der »Willkommenskultur«. Der Sprecher für Migrations- und Integrationsfragen der Fraktion B90/Die Grünen Memet Kiliç beurteilte die Reformen als »rechtlich unzulässige Vereinbarungen über eine Niederlassungserlaubnis auf Probe«.[14]

Wie soll jungen Einwanderern wirklich geholfen werden, wenn die Prüfung ihrer Qualifikationen eine bürokratische Hürde darstellt? Sind diese anscheinend positiven Neuerungen nicht eine reine Schikane der Regierung mit dem Zweck, den deutschen Arbeitsmarkt vor einem Überfluss an ausländischen Fachkräften zu schützen? Die deutsche »Willkommenskultur« sollte ihrem Namen Rechnung tragen und sich letztendlich entscheiden, welche Rolle die BRD im internationalen Vergleich spielen will: Einwanderer- oder Auswandererland. Bislang scheint es noch, als ob die Bundesregierung sich gegen die Einwanderer entschieden hätte, die dazu gezwungen sind, weitestgehend schwer überwindbare Hürden zu nehmen, um ihre beruflichen Qualifikationen anerkennen zu lassen. Die größte Schwierigkeit besteht letztendlich darin, dass die Regierung die eigenen Interessen zur Förderung einer deutschen »Willkommenskultur« und die Interessen der Unternehmen zu vereinen sucht, dies mit einem derartigen Gesetzesentwurf jedoch nicht schaffen kann. Sicherlich wird das neue »Gesetz zur Verbesserung der Festanstellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen« den Zustrom an Einwanderern kurzfristig auffangen und die Arbeitssuchenden in die Gesellschaft integrieren. Auch die »Blue Card« wird bewirken, dass der Fachkräftemangel in Deutschland vielleicht nicht ausgeglichen, aber reduziert wird.

Das Schicksal jedes einzelnen Zuwanderers kann allerdings nicht berücksichtigt werden, dafür bieten die gesetzlichen Neuerungen zu wenig Transparenz

zwischen Antragsteller, Arbeitnehmer und Behörden. Die neuen Verfahren haben den Anspruch, eine Erleichterung zu sein, doch sie sind prinzipiell selektiv. Vor allem die »Blue Card« beruht letztendlich auf einer Niederlassungserlaubnis auf Probe und scheint die Arbeitnehmer zu bevorzugen, die bereits ein Jobangebot in Deutschland vorweisen können, d.h. einen Arbeitsvertrag in Aussicht haben. Die Bundesregierung sieht sich den seit der Einführung der Karte geäußerten Vorwürfen gegenüber, Fachkräfte zu *Dumping*-Preisen anzuwerben, statt geeignetere bildungspolitische Maßnahmen zu ergreifen oder das Problem innerstaatlich anzugehen.

Interessant ist hier die Frage, wieso die Regierung im Gegenzug keine im Ausland tätigen deutschen Wissenschaftler in die Bundesrepublik holt. »Aus Sicht deutscher Wissenschaftler im Ausland tut ihre Heimat zu wenig, damit sie zurückkehren«, erklärt »Focus Online« die Problematik.[15] Abgelehnte Bewerbungsschreiben seien verantwortlich dafür, dass einige Wissenschaftler die Rückkehr in die Heimat verzögerten. Sie hätten Angst, dass viele Stellen ausschließlich über persönliche Kontakte vergeben würden, die sie im Ausland nicht so intensiv pflegen könnten wie in Deutschland. So bleibe die Angst, sich in den deutschen Arbeitsmarkt nicht mehr eingliedern zu können und – was noch wichtiger scheint – schlechter bezahlt zu werden. Würde die Bundesregierung es den deutschen Akademikern im Ausland erleichtern zurückzukehren beziehungsweise deutschen Hochschulabsolventen eine Berufslaufbahn in ihrem Heimatland »versüßen«, anstatt ihre Abwanderung ins Ausland zu riskieren, wäre die Problematik des Fachkräftemangels durchaus nicht so verheerend wie sie häufig propagiert wird. Es scheint, als hätte die deutsche Wirtschaft seinen eigenen Fachkräften bislang zu wenig Beachtung geschenkt. Umso wichtiger ist deshalb die Konzentration auf die qualifizierten Ausländer, deren Existenz und Hoffnungen nicht zu leugnen sind.

Ausblick

Deutschland erwartet ein Zufluss an jungen, arbeitswilligen und qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland. Sie suchen nach einer ihren Fähigkeiten angemessenen Tätigkeit. Doch selbst in Branchen, in denen Fachkräfte gesucht werden, haben Ausländer es oft schwer. Weitere Gesetze müssen verabschiedet werden, denn ein einziger Beschluss kann letztendlich das Problem nicht lösen. Leider ist der deutsche Arbeitsmarkt bei Leistungsvergleichen noch sehr undurchsichtig und uneinheitlich. »Es herrscht ein einziger Anerkennungsdschungel«, bestätigt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) im »Spiegel«.[16] Ein hervorstechendes Merkmal der deutschen

Arbeitsmarktpolitik besteht immer noch darin, dass es eine einheitliche Politik nicht gibt: »Aussiedler, Übersiedler, Gastarbeiter, Asylbewerber, Flüchtlinge: Für jede dieser Gruppen wurde bzw. wird eine eigenständige Politik betrieben und bestehen jeweils unterschiedliche Gesetze und Regelungen«.[17]

Ein Lösungsansatz für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen liegt in der Erkenntnis, dass Globalisierung nicht nur ein politischer oder wirtschaftlicher Prozess ist, sondern auch ein kultureller und sozialer. Die Arbeitsmarktpolitik verbindet diese vier Perspektiven: »Ökonomisch, politisch, sozial und kulturell ist es auch in traditionellen Nationalstaaten nicht mehr vorstellbar, Gesellschaft als Gesellschaft unter Ausschluss von MigrantInnen zu definieren«.[18] Das globale Zeitalter erfordert ein migrantenfreundliches Deutschland, in dem Migranten voll integriert und anerkannt werden. Deswegen sind Maßnahmen zur Förderung der Integration so wichtig. Wie eine gelungene Integration gelingen kann, zeigt die Arbeit der »Otto Benecke Stiftung«, die im Auftrag der Bundesregierung, die verschiedene weiterbildende Seminarprogramme für Migranten, vor allem im Hochschulbereich, anbietet.

Jährlich belegen rund tausend Asylbewerber und Akademiker die mehrmonatigen Kurse, die in Kooperation mit Fachhochschulen stattfinden.[19] Derartige Angebote sollten vom Staat stärker gefördert werden, schließlich besteht eine große Nachfrage. Dafür ist auch die Zusammenarbeit lokaler Akteure von Nöten wie Gemeinden, Industrie- und Handelskammern, Arbeitsämtern oder Wohlfahrtsverbänden. Neue Gesetze zur Regulierung dieser Zusammenarbeit sind ein wichtiger Fortschritt, wirkliche Maßnahmen, die den Arbeitnehmern helfen, fehlen aber immer noch. Die wechselseitige Anerkennung kann nur geschehen, wenn die Arbeitnehmer gewillt sind, die Beratungs- und Sprachangebote anzunehmen und die Regierung sowie die lokalen Akteure auf einen erneuten Anstieg von Zuzügen gefasst sind.

Ohne Zweifel sind die aufgezeigten Lösungsansätze und Verbesserungsvorschläge schlichte Gedankengerüste. Doch es erscheint ungerecht, dass deutsche Akademiker im Ausland gute berufliche Chancen haben und nicht davor scheuen, eine Rückkehr nach Deutschland zu verneinen, wenn umgekehrt ausländischen Einwanderern derartige Chancen hier verwehrt bleiben.

---

[1] Schaible, Ira (2011): »Deutschlands neue Attraktivität. Schuldenkrise bringt tausende Zuwanderer«. In: *Neue Westfälische*, 27.12.2011, 3.

[2] Haruna, Hadija (2011): »Berlin zieht an. Junge Europäer suchen ihr Glück in Berlin«. In: *Der Tagesspiegel,* 03.10.2011. Verfügbar unter: *http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-zieht-an-junge-europaeer-suchen-ihr-gluueck-in-berlin/4679676.html* [09.01.2012].

[3] Ebd.

[4] Kremers, Patrick (2010): »Aufschwung verschärft den Fachkräftemangel«. In: *Zeit Online,* 24.08.2010. Verfügbar unter: *http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-08/mangel-fachkraefte* [09.01.2012].

[5] Th (Autorenkürzel) (2011): »Deutschland: Einführung der ›EU Blue Card‹ für Hochqualifizierte«. In: *Migration-info.de, ein Projekt des Netzwerks Migration in Europa und der Bundeszentrale für politische Bildung,* Ausgabe 9, November 2011. Verfügbar unter: *http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=110902* [10.01.2012].

[6] Siemann, Christiane (2012): »Hochqualifizierte Migranten sind wenig begehrt.« In: *Jobware Karriereportal,* 31.01.2012. Verfügbar unter: *http://www.jobware.de/Magazin/Hochqualifizierte-Migranten-sind-wenig-begehrt.html* [12.01.2012].

[7] Ebd.

[8] Haruna (2011).

[9] Weizsäcker, Esther (2005): »Vom ›Inlandslegitimierungszwang‹ zum ›Zuwanderungsgesetz‹: Zur rechtlichen Regulierung der Arbeitsmigration in Deutschland«. In: Geisen, Thomas (Hrsg.): *Arbeitsmigration. WanderarbeiterInnen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft.* Beiträge zur Regional- und Migrationsforschung. Bd. 5. IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation: Frankfurt am Main/London, 173.

[10] Gesetzestext des Bundesratsbeschlusses unter: *http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Integrationsportal/Dokumente/Downloads/November_2011/gesetz_anerkennung_von_abschl%C3%BCssen.pdf* [09.01.2012].

[11] Internetseite der Bundesregierung: *»Blue Card« für Hochqualifizierte,* 08.11.2011. Verfügbar unter: *www.bundesregierung.de/.../2011-12-07-blaue-karte-kommt.html* [17.01.2012].

[12] migration-info.de (2011).

[13] Bundesregierung (2011).

[14] migration-info.de (2011).

[15] ki (Autorenkürzel): »Fachkräftemangel. Rückkehr mit Hindernissen«. In: *Focus Online,* 31.07.2011. Verfügbar unter: *http://www.focus.de/wissen/campus/fachkraeftemangel-rueckkehr-mit-hindernissen_aid_650565.html* [10.01.2012].

[16] Bognanni, Massimo; Jacobsen, Lenz (2010): »Zugewanderte Akademiker: ›Deutschland lässt mich nicht arbeiten‹«. In: *Spiegel Online Unispiegel,* 06.09.2010. Verfügbar unter: *http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,715572,00.html* [01.02.2012].

[17] Werner, Heinz; Seifert, Wolfgang (1994): *Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB).* Bd. 178. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: Nürnberg, 15.

[18] Geisen, Thomas (2005): »Migration als Vergesellschaftungsprozess. Zur Konstruktion von Arbeitsmigration als Sonderfall«. In: Geisen, Thomas (2005), 30. – siehe Anmerkung 9.

[19] Bognanni/Jacobsen (2010).

Die Freiheit des Geldes

Christoph Straßburg

In diesem Essay soll der Zusammenhang von Geldbesitz und individueller Freiheit[1] untersucht werden. Die zentrale These ist, dass die Freiheit der *Handlungsmöglichkeiten*, die wir als Mensch haben, zentral vom *Geld* abhängt. Weiterhin soll gezeigt werden, welche Folgen Verschuldung nach sich ziehen kann und wie sich Staatsverschuldung als eine schwerwiegende Form der Verschuldung auswirkt. Die grundlegende Beziehung zwischen Handeln und Geld wird am Begriff des Vermögens deutlich: Vermögen hat eine doppelte Bedeutung. Es verweist einerseits auf den Besitz, meist in Form von Geld oder anderen Vermögenswerten, andererseits auf die Befähigung, etwas zu beherrschen: Ich habe das Vermögen einen Berg zu besteigen oder einen Kuchen zu backen. Wir stellen also fest, dass es scheinbar eine tiefe, intuitive Verankerung zwischen dem Besitz und der Möglichkeit zu handeln in unserer Sprache gibt. Wir wollen im Folgenden Gedanken des deutschen Philosophen und Soziologen Georg Simmel[2] durchgehen und versuchen, diese Ansätze bis zur heutigen Zeit weiterzudenken, mögliche Probleme zu skizzieren und Wege für die Zukunft aufzuweisen.

Geld macht uns frei!

Bereits zu Lehnszeiten führte die Umstellung von Güterabgaben auf Geldabgaben zu mehr Freiheit für die Bauern. Dadurch, dass sie keinen Soll mehr an bestimmten Gütern zu erfüllen hatten, waren die Bauern frei anzubauen, was sie für vorteilhaft hielten und konnten sich so unter Umständen mehr erwirtschaften als es vorher möglich gewesen wäre. Sie kamen also zu mehr Geld und konnten so ihre Abgaben effektiver ableisten. Wenig Zeit später wurden bereits Gesetze erlassen, die beispielsweise verboten, Nutztiere zu verkaufen. Die Fürsten befürchteten, die Bauern könnten zu viel Geld anhäufen, ihren eigenen Grundbesitz erwerben und sich vollkommen frei von den Gutsherren machen. Auch die Fürsten nutzten diese Möglichkeit. Soldaten, die sie dem König zu Diensten zu stellen hatten, wurden oft durch Geldabgaben ersetzt und ermöglichten den Fürsten so, die Bevölkerung ihres Landes vor dem Krieg zu bewahren und weiter mit ihren Arbeitskräften planen zu können. Die Transformation von Gütern in Geldwerte machte also auch sie unabhängiger

von ihrem jeweiligen König. Das *Geld* hat Bauern und Fürsten eigenständige *Handlungsmöglichkeiten* verschafft und sie so jeweils freier gemacht.

Es besteht also eine klare Abhängigkeit zwischen Freiheit und Geld. Da sich Geld in alle möglichen Dienstleistungen und Güter übersetzen lässt, ist klar: je mehr Geld ich habe, umso mehr Handlungsmöglichkeiten und Freiheiten eröffnen sich mir. Daraus wird auch unmittelbar klar, warum Sparsamkeit als eine so große Tugend angesehen wird: Wenn ich mein Geld sammle, steigen meine Möglichkeiten mit der Geldmenge an. An dieser Stelle wird nun der Umkehrschluss auch sehr deutlich: Habe ich kein Geld, schränken sich meine Möglichkeiten immer mehr ein. Habe ich sogar Schulden, so wird aus meiner Unabhängigkeit wieder eine Abhängigkeit, ähnlich wie sie zwischen Bauer und Fürst bestand. In diesem Verhältnis arbeitet der Schuldner wieder zu großem Teil für seinen Gläubiger und kann nicht selbst die Früchte seiner Mühen genießen. Die höchste Form dieser Abhängigkeit würden wir als Sklaverei bezeichnen. In dieser bekommt der Gläubiger alles, was der Schuldner an Gewinn erarbeitet. Auch wenn wir die Sklaverei zum größten Teil weltweit abgeschafft haben, finden wir doch immer wieder ähnliche Verhältnisse der Abhängigkeit, die auf Verschuldung basieren.

Wie wird man zum Schuldenstaat?

Kommen wir nun zur Staatsverschuldung. Woher kommt diese eigentlich? Im Wirtschaftsmodell von John Maynard Keynes[3] werden Wirtschaftsphasen beschrieben, die wie eine Sinuskurve auf und abgehen. Nach der Theorie soll der Staat in Zeiten guter Konjunktur die Ausgaben begrenzen, weil die Wirtschaft von alleine floriert. Während Zeiten des Abschwungs, der Rezession, soll er hingegen viel investieren, um der Konjunktur wieder auf die Beine zu helfen und den Tiefpunkt zu überwinden. Diese Theorie gilt allgemeinhin als Grundwissen der Wirtschaftswissenschaft und wird heute wieder von vielen Staaten als Handlungsmöglichkeit aufgegriffen. Dennoch halten sich Politiker nur selten daran. Im Wahlkampf werden mitunter entgegen der wirtschaftlichen Zyklen Ausgaben beschlossen, die gar nicht finanzierbar sind, um Wählerstimmen zu gewinnen. Oder es werden wichtige Ausgaben nicht getätigt, weil sie in der Bevölkerung keinen Zuspruch finden. Durch dieses Ungleichgewicht kann es immer wieder zu Problemen kommen, die das Konzept nicht berücksichtigt. Politiker schwanken also zwischen notwendigen Entscheidungen und ihrer Abhängigkeit von Wählern.

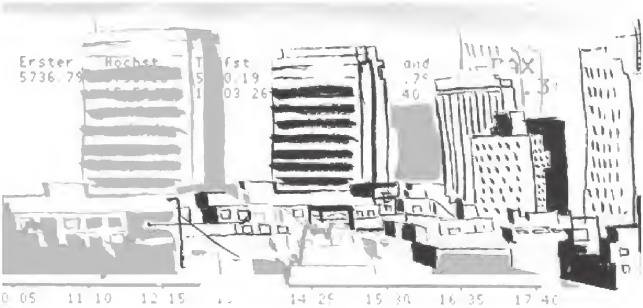


Illustration von Kathrin Wylezol

Das Geschäft mit dem Geld

Problematisch wird es nun auch, da sich das Geschäft mit dem Geld verselbstständigt hat. Durch die sogenannte Wertschöpfung, also durch Zinsen und Zinseszinsen entstehen täglich neue Geldsummen. Es entsteht dadurch weit mehr Geld als real in der Welt vorhanden ist und diese Summen müssen durch etwas gedeckt werden. Nun ist es aber der Fall, dass unsere Welt endlich ist und der Zinseszins-Effekt theoretisch endlos weiter wirken und Geld erschaffen kann. Wir können also langfristig nie alles Geld mit Gegenwerten in der Welt abdecken.

Nun passiert es in der Realwirtschaft, dass viele Menschen etwas kaufen und damit ihr Geld abgeben, um einen Warenwert zu erstehen. Je mehr das Geld zirkuliert, umso mehr vermehrt es sich und die Forderung nach Deckung wächst mit seiner Vermehrung weiter an. Da es die Banken sind, die das Geld gegen Zinsen ausgeben, muss es am Ende notwendig auch wieder bei ihnen landen. Da sie immer mehr Geld zurück erhalten als sie verleihen, sammelt sich das Geld dort an. Natürlich gibt die Bank einen Teil über neue Kredite heraus. Dies führt jedoch, wie bereits erwähnt, zur Generation von mehr Geld in Form der rücklaufenden Zinsen und weiterer Ansammlung von Kapital. Desweiteren gibt die Bank natürlich nur Geld an Menschen mit Sicherheit heraus. Können diese ihren Kredit nicht zahlen, so verlieren sie ihre Sicherheit, meist Immobilien oder andere Wertgegenstände.

Rein logisch müssten also immer mehr Güter und Geldbesitz in der Bank zusammenfließen. Genau da muss nun der Staat in die Bresche springen: Er nimmt Staatsschulden auf, um wieder Geld in den Kreislauf zu pumpen, damit die Menschen wieder etwas ausgeben können. Dies geschieht durch Sozialausgaben, Subventionen oder öffentliche Investitionen. Problem hierbei ist, dass der Staat nur seine Steuereinnahmen als Sicherheit anbieten kann und so kommt es dazu, dass Teile der Steuern allein zur Tilgung der Zinslast aufgewendet werden müssen. Diese Summe steigt natürlich stetig an, stellt aber kein Problem dar, so lange es gleichzeitig ein genügend großes Wirtschaftswachstum gibt und die Steuereinnahmen des Staates mit der Belastung ansteigen. Hier greift jedoch wiederum das bereits erwähnte Problem, dass sich unendliches Zinswachstum und endliche Welt diatonisch gegenüberstehen. Es entsteht eine steigende Forderung nach Gegenwerten in der Welt, die diese auf Dauer nicht erschaffen kann.

Deutlich wird hier, wie es zur Finanzblase kommen konnte: Die Banken haben umfangreiche Kredite heraus gegeben, die am Ende nicht durch einen entsprechenden Gegenwert gedeckt waren und sie konnten somit weder ihr Geld, noch etwas von entsprechendem Wert wieder bekommen. Sie hatten faktisch nichts mehr als wertlose Schuldscheine, die sie nicht eintreiben konnten. Folge daraus war, dass den Banken Milliarden fehlten und ihnen eine Pleite drohte. In den Medien wird gern davon geredet, dass sich die Banken »verzockt« hätten, dies ist im eigentlichen Sinn nicht richtig. Natürlich haben sie beim Rausgeben der Kredite ein Risiko in Kauf genommen, weil sie auf hohe Renditen aus waren. Doch liegt das Problem bereits grundlegend im System selbst. Bereits in den Schriften Karl Marx' finden sich Gedanken, die genau diese »Loslösung« des Geldes von der Realität des Marktes behandeln.[4] Er spricht davon, dass erst durch das Aufkommen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung genug Kapital zur Verfügung gestellt wurde, um den Kapitalismus vollkommen zu entfesseln. Jedoch sah er dies als einen Durchgangspunkt auf dem Weg zum Sozialismus und daher positiv. Dennoch war diese »Deckelung« des Risikos eine weitere Trennung zwischen Realität des Marktes und Finanzwesen. Das System wendet sich ab diesem Punkt immer mehr einer Art der Virtualität im Umgang mit Finanzen zu, die höchst bedenklich ist.

Kommen wir nun wieder zurück zu unseren ersten Gedankengängen: Wie lassen sie sich auf die staatliche Ebene übertragen? *Handlungsfreiheit* ist von der Höhe des *Geldbesitzes* abhängig, weil dieser in alle anderen Werte umformbar ist und uns so unabhängig macht. Natürlich können unsere Staaten nicht gepfändet werden wie das Haus einer Privatperson. Dennoch gerät er mit zunehmender Schuldenlast immer mehr in Abhängigkeit von seinen Gläubigern und was mit Staaten passiert, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Schulden selbst zu begleichen, sehen wir aktuell am Beispiel Griechenlands. Dadurch, dass die Griechen in einer Währungsunion sind, können sie ihre Währung nicht einfach abwerten, um so die Schuldenlast zu verringern. Sie müssen sich aufgrund der europäischen Union nun mit ihren Vertragspartnern abstimmen, die zum Erhalt der Stärke der gemeinsamen Währung eingreifen. Kommen wir also auf die Handlungsfreiheit zurück und betrachten wir diese am Beispiel Griechenlands, dann müssen wir feststellen, dass scheinbar das Gleiche gilt wie bei Privatpersonen auch: Mit sinkender Verfügung über Finanzmittel wird auch die Handlungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Wir können hier sogar von einer massiven Abhängigkeit von EU-Mitteln sprechen und davon, dass weite Teile der Politik Griechenlands im Moment faktisch fremdbestimmt sind. Wenn sich die Griechen nicht an

die Vorgaben halten, fließen keine weiteren Gelder. Fest steht: die Demokratie Griechenlands nimmt derzeit massiven Schaden. Denn nicht die vom Volk gewählten Vertreter entscheiden über das Land, sondern Kommissionen und Sonderbeauftragte. Entsprechend stark ist die Reaktion im Volk.

Nicht umsonst haben die Wörter Demokratie und Demonstration die gleiche Grundsilbe »Demos« – *das Volk*. Die Demonstration ist das *sich-Zeigen* des Volkes. Dieses zeigt seinen Willen unmittelbar auf. Genau dies geschieht gerade in Griechenland: das Volk sieht nicht ein, warum es Einbußen in Kauf nehmen muss für Fehler, die Andere begangen haben. In diesem Fall haben allerdings die Volksvertreter die Fehler im Namen des griechischen Volkes begangen. Wir wissen aber auch hier aus den vorhergehenden Betrachtungen, dass der Fehler nicht nur bei den Griechen liegt, sondern systeminhärent ist.

Vorschläge für ein notwendiges Umdenken

Was kann man also tun? Natürlich ist die erste Intuition zu sagen, es muss grundlegend etwas am Geldsystem geändert werden, um diese Friktion zu vermeiden. Ein globaler Konsens, der hier nötig wäre, ist jedoch mehr als unwahrscheinlich. Was ist im Bereich des Möglichen?

Denkbar wären starke Einschränkungen auf dem Gebiet des Handels mit Gütern, die als Grundbedürfnisse für alle Menschen zählen: Die Produktion von Nahrungsmitteln ist im Zuge der globalen Klimaveränderung immer stärkeren Schwankungen unterworfen. Diese erschweren es der Landwirtschaft, Erträge zu produzieren. Lebensmittelpreise steigen durch höhere Nachfrage stetig an und einige reiche Staaten erwerben bereits Agrarflächen in anderen Ländern, um sich für die Zukunft abzusichern. Wird dieser Konflikt um Lebensmittel auch noch durch Spekulation verschärft, sind vermehrte Hungersnöte nicht vermeidbar, da die Preise für humanitäre Hilfe einfach zu hoch wären. Weiterhin ist es ethisch sehr bedenklich, aus dem Leid von Volksgruppen Profit zu schlagen – vor allem, wenn sie unter den Auswirkungen zu leiden haben, die zum größten Teil nicht von ihnen ausgelöst wurden.
Die Ausbildung und Denkweise der Wirtschaftswissenschaftler, und damit auch die von Spekulanten und Bänkern, muss grundlegend verändert werden. Es ist notwendig, auch ethische Themen in die Lehrpläne zu übernehmen, um für Konflikte zu sensibilisieren, die weiter reichen als das Gewinn/Verlustdenken, welches durch die sehr mathematisch geprägten Lehrpläne der Vergangenheit vermittelt wurde. Die Wirtschaft wird oft mit Methoden der Naturwissenschaften bearbeitet und analysiert. Dies ist ein großer Feh-

ler, da die Wirtschaft etwas vom Menschen Gemachtes ist und auch vom Menschen beeinflusst werden kann. Ein Beispiel hierfür ist das Entstehen von Papiergeld. Ursprünglich gab es nur Schuldscheine, die die Leute auf dem Markt direkt gegen Waren tauschten und die nicht erst in der Bank zu Münzen gemacht wurden. Daraufhin kamen die Bänker auf die Idee, gleich die Münzen einzubehalten und stattdessen Papierscheine mit Geldwerten auf den Markt zu werfen. Dies war eine einfache menschliche Entscheidung, die das System grundlegend veränderte, indem es die Abhängigkeit von etwas Limitiertem, in diesem Fall Goldmünzen, auf etwas fast unlimitiert vorhandenes wie Papier umwälzte.

Die Komplexität des Systems ist also langsam aus vielen Entscheidungen erwachsen und es kann auch durch neue Entscheidungen wieder massiv verändert werden. Die Wissenschaft als solche behandelt die Wirtschaft aber wie etwas Natürliches, dessen Gesetze unabhängig vom Menschen gelten und die wir durch Analyse zu verstehen suchen. Ein Gewitter hingegen können wir nur schwerlich daran hindern auszubrechen. Wenn uns heutzutage suggeriert wird, die Wirtschaft sei wie das Wetter ein schwer zu durchschauendes komplexes System, aus dem man nie hundertprozentige Vorhersagen ableiten könnte, werden uns Gestaltungskraft und Veränderungspotenzial aberkannt. Selbst wenn die Wirtschaft durch Automatismen geprägt ist: ein Automat ist menschengemacht und kann in seiner Funktionsweise vom Menschen beeinflusst und verändert werden. Was hält uns davon ab, den Handel für bestimmte Zeit auszusetzen? Oder Preise für Reis und Getreide international festzusetzen, um Hungersnöte besser bekämpfen zu können oder gar zu vermeiden? Ganz einfach, wir glauben nicht, dass wir diese Entscheidungen treffen können!

Ein Umdenken im Umgang mit der Wirtschaft allein kann schon dazu führen, dass neue Ideen und Konzepte entstehen, die vielen Problemen entgegenwirken könnten. Dies ist natürlich sehr optimistisch gedacht, doch ein konkreter Schritt wäre das Verbot von Rechnern als Entscheidungsträger für Kauf oder Verkauf an den Aktienmärkten. Alle großen Unternehmen betreiben Rechner, die für sie in Sekundenbruchteilen Geschäfte abwickeln. Diese Entscheidungen sind also allein auf den Algorithmen der Computer basiert und können schnell zu Kettenreaktionen führen, die menschlichen Teilnehmern vielleicht nicht passiert wären.

Die *Handlungsfreiheit* von Subjekten und Staaten ist abhängig von ihrer Liquidität, ihrem *Geld*. Das, was wir unter Demokratie verstehen, kann durch

zu hohe Verschuldung gefährdet werden. Der grundlegende Fehler ist im Geldsystem selbst implementiert: Es muss notgedrungen zu sogenannten Finanzblasen kommen, weil sich immer ein unendliches Geldwachstum und eine endliche Welt gegenüberstehen, die nicht im gleichen Maße anwachsen können. Ein kompletter Wandel des Geldsystems ist nicht denkbar, aber es gibt doch Möglichkeiten des Umdenkens, die zu Neuerungen und Veränderung führen könnten. Ein Schritt in diese Richtung findet sich bei Ha-Joon Chang, einem Professor der Wirtschaftswissenschaften aus Cambridge.[5] Er fordert unter anderem, dass Finanzprodukte stärker untersucht werden, bevor sie auf den Markt dürfen. Ähnlich wie bei Lebensmitteln und Medizin besteht ein großes Risiko, vielen Menschen zu schaden. Dies sollte durch einen vorhergehendes Testen des Produkts gemindert oder bestenfalls verhindert werden.

Von der heutigen Jugend, die in einer globalisierten Welt sozialisiert ist und nicht in Zeiten des Kalten Krieges aufwächst, sind mit Sicherheit ein ganz anderes Denken der globalen Probleme zu erwarten und hoffentlich auch andere Ansätze und Methoden, diese miteinander anzugehen. Allein die Wege der unmittelbaren Kommunikation über das Internet und das gemeinsame Verständnis durch die Internationalisierung der englischen Sprache machen einen großen Teil aus und lassen hoffen. Die Möglichkeiten, Ideen und Konzepte zu verbreiten und zu teilen, haben ein gigantisches Potenzial, gemeinsam grundlegende Entscheidungen zu treffen, die uns vom Geld unabhängiger machen und es wieder zum Mittel zum Zweck machen und nicht zum Selbstzweck. Wichtig ist es, die Probleme der Zukunft so zu formulieren, dass sich alle betroffen fühlen und ihren eigenen Handlungs- und Entscheidungsbedarf realisieren.

---

[1] Unter Freiheit verstehe ich in diesem Kontext die Summe der Handlungsmöglichkeiten eines Individuums. Diese werden in letzter Konsequenz immer durch Subjekte limitiert, da Geld nur ein Übersetzungsmedium für Dienstleistungen oder Objekte ist, hinter welchen letzten Endes immer andere Subjekte stehen.

[2] Simmel, Georg (2009): *Philosophie des Geldes*. Köln: Anaconda Verlag.

[3] Keynes, John Maynard (1997): *The general theory of employment, interest and money*. Amherst, New York: Prometheus Books.

[4] Marx, Karl (1983): *Das Kapital*. Bd. 3. Berlin: Dietz.

[5] Chang, Ha- Joon (2010): *23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen*. München: C. Bertelsmann.

Addenda

Autoren & Illustratoren

Linn Burchert ist Initiatorin und Leiterin des Essaybandprojekts. Sie absolviert derzeit ihren Bachelorabschluss in den Fächern Kulturwissenschaft und Anglistik/ Amerikanistik an der Universität Potsdam. Ab Sommer 2012 studiert sie im Master Vergleichende Literatur- und Kunstwissenschaft. Sie ist als Tutorin für wissenschaftliches Arbeiten sowie Mentorin an der Universität tätig und arbeitet als studentische Hilfskraft am »Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte« in Berlin. Ihr Fokus liegt auf dem Zusammendenken von künstlerischen, kultur- und naturwissenschaftlichen Diskursen sowie der Kultur- und Wissenschaftsgeschichte.

Peter Eibich erlangte seinen Bachelorabschluss im Fach Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Derzeit studiert er Statistik im Master-Studiengang an der Humboldt-Universität und ist als studentische Hilfskraft am »Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung« Berlin tätig. Zu seinen Schwerpunkten zählen empirische Analysen aus dem Bereich der Gesundheitsökonomie und Epidemiologie.

Sebastian Geschonke ist Student der Ökonomie und Philosophie an der Universität Potsdam. In seiner Freizeit ist er kommunal- und hochschulpolitisch aktiv. Die erreichbare Gesellschaft mit seinem Wirken zu einem besseren und schöneren Ort für Mitmenschen zu machen, ist ihm sein wichtigstes Anliegen.

N. Clara Grass studiert Kulturwissenschaft und Anglistik/Amerikanistik an der Universität Potsdam und wartet derzeit auf eine positive Rückmeldung des Erasmus-Programmes. Ihr Hauptinteresse im Bereich der Kulturwissenschaften liegt auf dem lenkenden bzw. manipulativen Einfluss moderner Medien. Neben dem Studium und dem Nebenjob als Textilverkäuferin spielt sie seit zwölf Jahren Klavier, was ihr den nötigen Ausgleich zum Alltag verschafft.

Stephan Gürtler absolvierte nach seinem Abitur ein Freiwilliges Ökologisches Jahr am »Ecologic Institut« Berlin, einem internationalen Think Tank für Umwelt und Entwicklung. Seit Beginn seines Studiums 2010 unterstützt er das »Ecologic Institut« mit redaktioneller Betreuung von Newsletter und

Internetpräsenz sowie Arbeiten in den Bereichen Umweltkommunikation, Wissensmanagement und Web Design. Er studiert an der Universität Potsdam Politik & Verwaltung sowie im Nebenfach Volkswirtschaftslehre. Seit Anfang 2012 engagiert er sich im neugegründeten »oikos-Chapter« Berlin, wo er unter anderem Informationsveranstaltungen zum Rio+20-Gipfel 2012 organisiert.

Pia Haars ist Gründungsmitglied von »Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V.«. Derzeit studiert sie im M.Sc. Risk Analysis am King's College in London. Ihren BA in Politik & Wirtschaft absolvierte sie an der Universität Münster und der Marmara Üniversitesi in Istanbul. Fachlich liegt ihr Schwerpunkt in den Bereichen gesellschaftliche, ökologische und gesundheitliche Risikoanalyse und -management sowie Political Risk Analysis, insbesondere in den Regionen Balkan, Kaukasus und Türkei. Im weiteren Sinne beschäftigt sie sich überdies mit Themen der Umwelt- und Verhaltensökonomik sowie der Public Choice.

Dorte Hühnert ist Erste Vorsitzende und Gründungsmitglied von »Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V.«. Derzeit studiert sie im Master Internationale Studien und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Frankfurt am Main und der TU Darmstadt. Zuvor absolvierte sie den BA Politik & Wirtschaft an der Universität Münster. Am Institut d'Etudes Politiques de Rennes in Frankreich studierte sie zwei Semester im Rahmen des Erasmus-Programms. Ihre fachlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen: Internationale Politik, Friedens- und Konfliktforschung, Aufstandsbekämpfung in Afghanistan und Pakistan sowie Strategie- und Szenarioentwicklung.

Florian Kollewijn studiert seit 2010 im BA Philosophie, Politik und Ökonomik an der Universität Witten/Herdecke. Er organisierte mit »oikos International« die internationale Konferenz »Sustainable Entrepreneurship«. Heute ist er Vizepräsident des oikos Chapters Witten/Herdecke und setzt sich als Vorstand der »StudierendenGesellschaft« für Chancengleichheit an der der Universität Witten/Herdecke ein. Akademisch liegt sein derzeitiger Schwerpunkt bei Institutionen in Hinblick auf die Interdependenz von Politik und Wirtschaft.

David Marien studiert im Bachelor Politik & Verwaltung sowie Soziologie an der Universität Potsdam. Ihn interessiert, wie sich die Bürgerschaft in einer Gesellschaft politisch beteiligen kann, in der verschiedene Akteure um Einfluss auf Individuen, Gruppen und die Gesellschaft ringen. Er nutzt die Erfahrungen, die er im Essaybandprojekt gesammelt hat für seine Bachelorarbeit zum Thema »Liquid Democracy«.

Lilian Masuhrs wichtigste Einstellungen sind Neugier und Achtsamkeit. In ihrem Studium der Kulturwissenschaft und Französischen Philologie interessiert sie daher vor allem der Blick dahinter: hinter die eigenen Konsumgewohnheiten und die Internetnutzung, hinter die Migrationsgeschichten und Glaubenskonzepte anderer. In der Arbeit geht sie der Neugier als Reporterin und Moderatorin bei Fritz, dem Jugendsender des Rundfunks Berlin-Brandenburg, nach. Die Achtsamkeit anderer sucht sie in ihrer Freizeit durch Workshops für Schüler zum kreativ-kritischen Umgang mit Medien. Und die Achtsamkeit ihrer selbst im Praktizieren von Yoga und im Lesen von viel Literatur.

Jacob Müller ist Mitglied von »Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V.« und studiert nach einem Abstecher an die Universität Münster im BA Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin. Seine fachlichen Schwerpunkte liegen im Bereich der politischen Soziologie, der Sozialpolitik und der Arbeitssoziologie. Zudem arbeitet er als studentischer Gutachter bei Studiengangs-Akkreditierungsverfahren und im Bereich Qualitätssicherung und Monitoring bei der Deutschen UNESCO-Kommission.

Katharina Nickel erlangte ihren Bachelorabschluss in den Fächern Germanistik und Erziehungswissenschaften an der Universität Potsdam. Ab dem Sommersemester 2012 studiert sie im Master Germanistik. Das Verlagswesen und die Journalismus-Branche interessieren sie sehr, weshalb sie sich freut, mit dem Essaybandprojekt ihre Veröffentlichungen um eine wissenschaftliche Arbeit zu erweitern. Es ist ihr ein Anliegen, die deutsche Arbeitsmarktpolitik hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit zu erörtern und politische Denkanstöße zu geben.

Marion Partel ist Studentin der Kulturwissenschaft und Spanischen Philologie an der Universität Potsdam. Den Entschluss, diese Fächerkombination zu studieren, fasste sie nach einer fast dreijährigen Südamerikareise. In ihrer Reise bewegten sie vor allem die Begegnungen mit den Menschen und die soziale Ungerechtigkeit, denen viele dort ausgesetzt sind. Seit ihrer Rückkehr nach Europa engagiert sie sich politisch und sozial, und arbeitet in ehrenamtlichen Bereichen. Eine Rückkehr und ein Leben in Südamerika schließt sie nicht aus.

Lisa Schee genannt Halfmann studiert im fünften Semester an der Universität Potsdam Erziehungswissenschaft und Soziologie. Seit mehreren Jahren engagiert sie sich im sozialen Bereich und hat bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung zur Erzieherin. Im nächsten Semester strebt sie den

Bachelorabschluss an und nimmt anschließend das Masterstudium in Angriff. Mit ihrem Essay versucht sie auf ein grundlegendes Problem in der Familienpolitik aufmerksam zu machen, welches weitreichende gesellschaftliche Folgen nach sich zieht.

Anna Slobodnik studiert Bildende Kunst an der Universität der Künste Berlin. Bereits in ihrer Kindheit begann sie sich für Illustrationen zu interessieren, mit denen sie zum ersten Mal durch Märchenbücher in Berührung kam: »Illustrationen ermöglichen es mir, mein Interesse für Literatur und Kunst zu vereinen und dem Leser Ansätze zu eigenen Vorstellungen zu vermitteln. Gerade in der heutigen von Medien bestimmten Welt, ist es meiner Meinung nach wichtig, das bildnerische Vorstellungsvermögen in traditionellen Medien zu fördern und so die Phantasie anzuregen«. In ihrem Studium beschäftigt sich die Künstlerin deswegen vor allem mit dem traditionellen Medium der Malerei, in welchem sie sich mit Hilfe von Landschaften mit Farbigkeiten auseinanderzusetzen versucht. *www.a-slobodnik.de*

Christoph Straßburg studiert im neunten Semester Germanistik und Philosophie in Potsdam. Sein Hauptbestreben lag immer darin, konkrete Anschlüsse für philosophische Probleme in der Gesellschaft zu finden. Daher interessiert er sich unter anderem für Technikphilosophie, Anthropologie und die sich daraus ergebenden Fragen des Wandels durch zunehmende Technisierung und Entfremdung. In seinem Essay steht daher die individuelle Freiheit im Spannverhältnis zu einer mechanisch agierenden Wirtschaft im Zentrum.

Basanta E. P. Thapa ist Zweiter Vorsitzender und Gründungsmitglied von »Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V.«. Nach Abschluss seines BA Politik & Wirtschaft an der Universität Münster studiert er im MA Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam. Seine fachlichen Schwerpunkte sind Entwicklungspolitik, Governance, Wirtschaftssoziologie und ökonomische Verhaltenstheorie. Arbeitserfahrung hat er bei verschiedenen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung sowie als selbstständiger Verleger und Mediendesigner gesammelt.

Kathrin Wylezol studiert an der FH Potsdam Kommunikationsdesign. Ihren Schwerpunkt legt sie auf eine illustrative Bildsprache. Sie arbeitet freiberuflich als Illustratorin und Siebdruckerin in Berlin. Ihre größten Interessen bei ihren Arbeiten liegen im sozial-gesellschaftlichen Bereich. Sie unterstützt die DIY (Do it yourself)-Kultur.

ZOON POLITIKON
WERKSTATT FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT

Zoon Politikon – Werkstatt für Politik & Wirtschaft e.V. ist ein Netzwerk junger, engagierter Akademiker unterschiedlicher Fachgebiete und Spezialisierungen. Gemeinsam setzen wir Projekte jenseits der Hochschule um, mit dem Ziel, eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu schlagen.

Wir sind jung, querdenkend und innovativ. »Zoon Politikon« begreifen wir daher als Gemeinschaft, in dessen Rahmen wir uns frei und kreativ entfalten können. Der Verein eröffnet uns zudem die Möglichkeit, unsere Ideen in das gesellschaftliche Geschehen einzubringen. Als »Werkstatt« stehen bei uns Schaffenswille, handwerkliches Können und pragmatische Lösungen im Vordergrund. Gleichzeitig ist der Verein ein Ort des Lernens und Ausprobierens. Dabei deckt der fachliche Schwerpunkt »Politik & Wirtschaft« nicht nur unser breites sozialwissenschaftliches Profil ab, sondern betont auch unseren interdisziplinären Ansatz.

Wir arbeiten professionell und wissenschaftlich fundiert. Dabei orientieren sich unsere Aktivitäten am Dreiklang »Lernen – Denken – Handeln«. Gemeinsam richten wir beispielweise Workshops und Kolloquien aus, besuchen Seminare und Konferenzen und publizieren eine hauseigene Schriftenreihe. Wir erschließen nicht nur gemeinsam neue Inhalte und sammeln praktische Erfahrungen, sondern vermitteln unser Wissen auch weiter, etwa indem wir gemeinnützige Projekte beraten und unterstützen.

Unsere Mitglieder leben verstreut über Deutschland, Europa und die Welt, weshalb wir als virtuelle Organisation mithilfe neuester Informationstechnik zusammenarbeiten.

www.zoon-politikon.de

Copyrighted material

Welche Herausforderungen stellt eine nachhaltige Entwicklung an Individuum und Gesellschaft? Was zeichnet ein zukunftsfähiges politisches System aus? Wie können Familien- und Arbeitsmarktpolitik nachhaltiger gestaltet werden? Welche Perspektiven gibt es in Anbetracht global schwindender Ressourcen und schwelender Konflikte?

Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sind Schlüsselbegriffe unserer Zeit. Sie sind zu zentralen Analysekategorien avanciert, an denen gesellschaftliche Entwicklungen gemessen werden. Durch den vornehmlich theoretischen Gebrauch der Begriffe wird jedoch immer unklarer, wie sie in Alltag und Praxis umgesetzt werden können. Hier sind insbesondere die Perspektiven und Lösungsansätze junger Menschen gefragt. Dieser studentische Essayband gibt daher eine Reihe von möglichen Antworten auf die Frage, wie sich eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung im konkreten Fall gestalten kann.

Entstanden ist der Band in Kooperation mit dem Verein Zoon Politikon – Werkstatt für Politik und Wirtschaft e. V. und mit Unterstützung der StudiumPlus AG der Universität Potsdam.

ZOONPOLITIKON
WERKSTATT FÜR POLITIK UND WIRTSCHAFT

STUDIUMPLUS
KOMPETENZEN

ISBN 978-3-86956-185-1